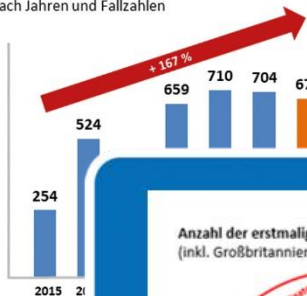


Deutschland im Jahr 2022

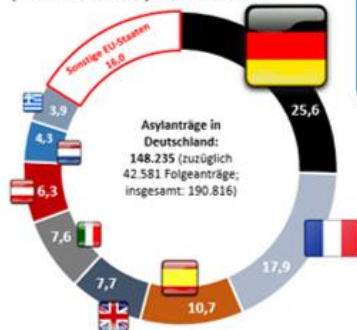
Eine Bestandsaufnahme

Fakten statt Fake News

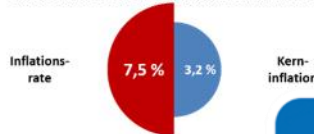
Vergewaltigung durch Gruppen gemäß § 177 Abs. 6 Nr. 2, Abs. 7 und 8 StGB insgesamt nach Jahren und Fallzahlen



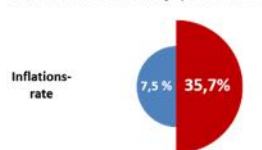
Anzahl der erstmaligen Asylbewerber in der EU (inkl. Großbritannien) in % im Jahr 2021



Inflationsrate versus Kerninflation in % im Juli 2022



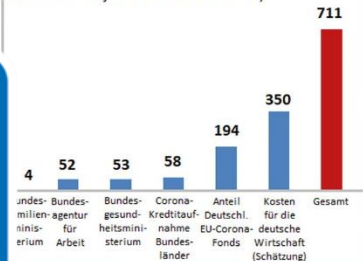
Inflationsrate versus Energiepreise in % im Juli 2022



Strom- und Gaskosten für einen 4-Personen-Haushalt (Einfamilienhaus, Neukunde, Jahresverbrauch) in Euro

Stadtwerke Düsseldorf (Tarifdetails)	Grundpreis pro Monat	kWh-Arbeitspreis	Gesamtpreis pro Monat	Jahrespreis
Düsseldgas Pur (Jahresverbrauch von 20.000 kWh)	18,35 EUR	0,30 EUR	521 EUR	6.249 EUR
Düsseldstrom Öko (Jahresverbrauch von 5.000 kWh)	9,92 EUR	0,69 EUR	298 EUR	3.576 EUR
Gesamtkosten			819 EUR	9.825 EUR

Kosten der Corona-Pandemie für Deutschland in Mrd. Euro (Selektive Zusammenstellung, zwischen Frühjahr 2020 und Juni 2022)



Liebe Leser,

zum vierten Mal in Folge liegt Ihnen die Faktensammlung in den Händen, in der Sie ein breites Lagebild über die wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Situation Deutschlands erhalten. Bereits als die Faktensammlung im November 2019 zum ersten Mal publiziert wurde, löste sie ein breites mediales Echo aus, vor allem in den sozialen Medien. Jedes Jahr kommen weitere Einzelbetrachtungen hinzu, die den Blick über die aktuelle Lage Deutschlands vertiefen.

Die Faktensammlung beruht auf Zahlen und Daten, die überwiegend aus Statistiken und Studien bekannter Institute (u. a. Bundesbank, Statistisches Bundesamt, Eurostat, OECD, Statista, Vereinte Nationen) sowie aus Veröffentlichungen der Bundes- und Landesministerien, Antworten aus parlamentarischen Initiativen sowie einzelner Medien stammen. Die Quellenangaben finden Sie u. a. auf den jeweiligen Seiten.

Da die Faktensammlung einen hohen Zuspruch erfährt, wird diese auch weiterhin kontinuierlich aktualisiert. Diese ist abrufbar unter: www.afd-fraktion-hessen.de/faktensammlung.

Die Fraktion der AfD im Hessischen Landtag möchte Ihnen keine Meinung vorgeben, sondern diese Faktensammlung lediglich zur Information zur Verfügung stellen, damit Sie sich eine eigene Meinung bilden können. Dennoch haben wir nach jedem Kapitel unsere Forderungen für ein besseres Deutschland aufgestellt. Seien Sie weiter kritisch und prüfen Sie gerne die Angaben anhand der aufgeführten Quellen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Frank Grobe

(Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion im Hessischen Landtag)

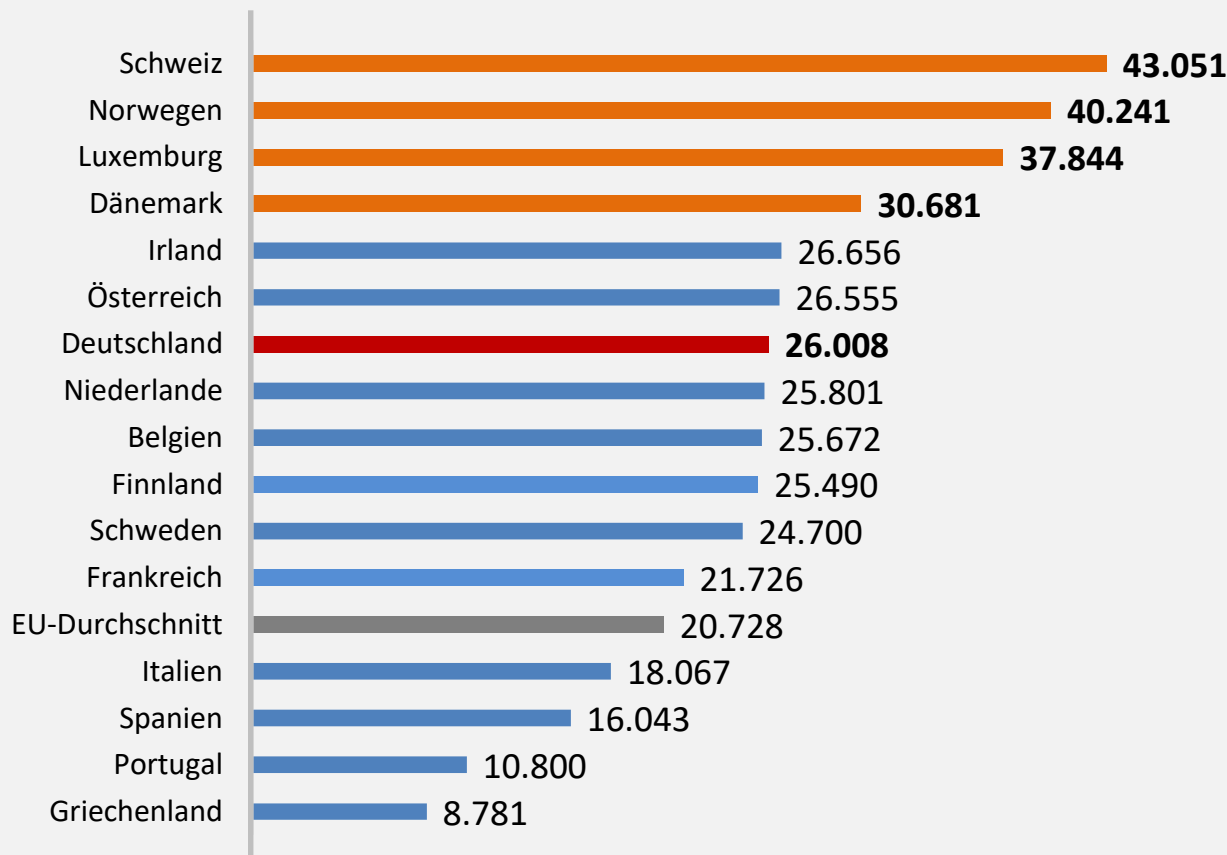
1.	Arbeit, Gesundheit, Rente und Soziales	3
2.	Demographie und Migration	33
3.	Bildung und Wissenschaft	52
4.	Energie und Umwelt	72
5.	Infrastruktur und Digitalisierung	92
6.	Steuern, Finanzen und Europäische Union	107
7.	Innere Sicherheit	140
8.	Medien	161
9.	Verteidigung	174
10.	Fazit	185

Das Nettoeinkommen der Deutschen ist europaweit niedrig

aktualisiert

Durchschnittliches Netto-Einkommen in Europa

(Medianes Äquivalenzgesamtnettoeinkommen) in Euro im Jahr 2020



Quellen:

1) Eurostat: Mediales Äquivalenzgesamtnettoeinkommen, 2020 2) Destatis: Reallohnindex, 24.03.2022

3) Andreas Hammer: „Niedriglohnsektor Deutschland weiter überdurchschnittlich groß“, 16.02.2021

1

- Im 4. Quartal des Jahres 2021 sind die Reallöhne in Deutschland im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 1,4 % (2020: -0,9 %) gesunken.

2

- Beim Nettoeinkommen klaffen die Unterschiede zwischen den einzelnen EU-Mitgliedstaaten deutlich auseinander. Im Gegensatz zu Deutschen verfügen Dänen, Norweger oder Schweizer über ein deutlich höheres Nettoeinkommen.

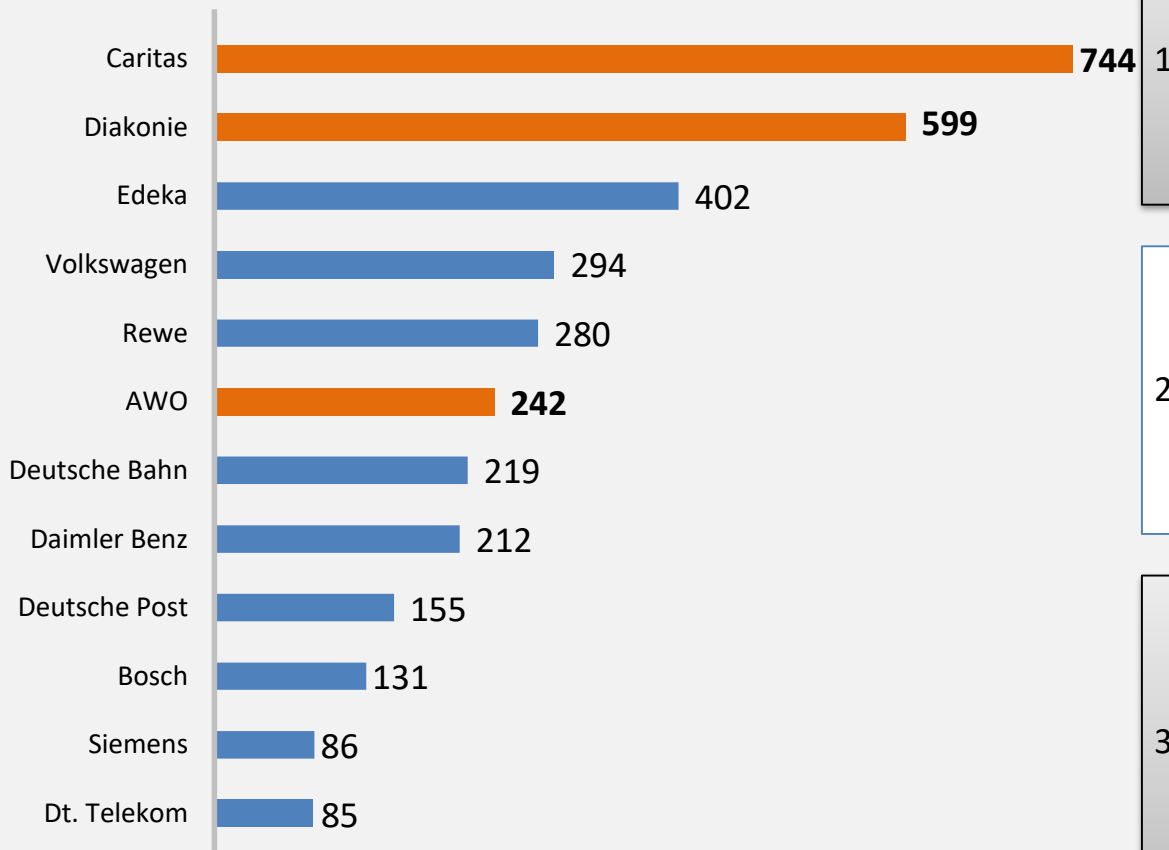
3

- In Deutschland nimmt der Niedriglohnsektor stetig zu, und das bei einem bereits hohen Niveau. Auch die Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns im Jahr 2015 hat den Anteil nicht reduziert.

Die Sozialindustrie hat sich zum größten Arbeitgeber entwickelt

aktualisiert

**Ausgewählte deutsche Unternehmen nach Mitarbeitern
in Deutschland in Tausend im Jahr 2021**



Quelle:
1) Geschäftsberichte der Unternehmen, 2022

1

- Nicht Unternehmen aus der Realwirtschaft, sondern aus der Sozialindustrie beschäftigen in Deutschland die meisten Mitarbeiter. Alleine bei der Caritas, Diakonie und Arbeiterwohlfahrt (AWO) waren im Jahr 2021 fast 1,6 Mio. Mitarbeiter tätig.

2

- Grund ist u. a. die Migrationskrise. Caritas, Diakonie und AWO haben durch die Entwicklung der letzten Jahre einen großen Bedeutungszuwachs als Arbeitgeber erfahren.

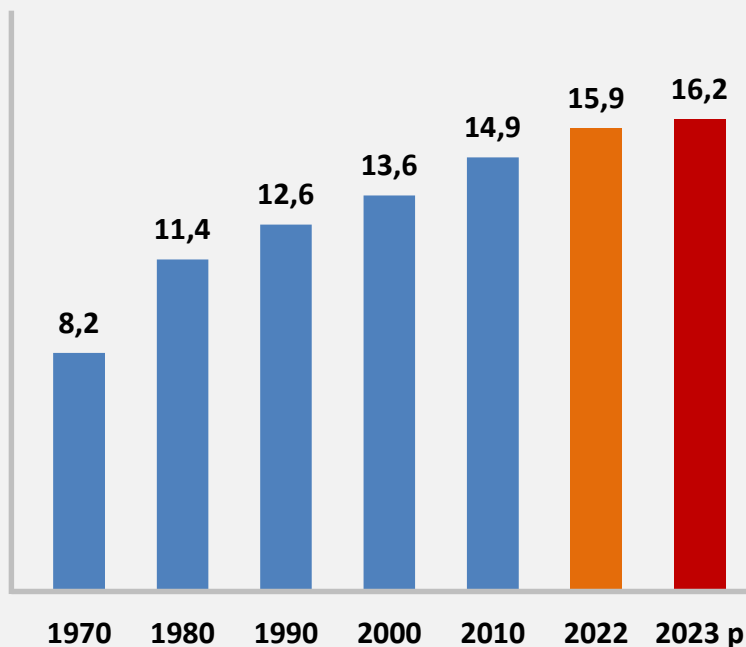
3

- Dabei trägt die Sozialindustrie (= Dienstleistungen) nur wenig zur Wertschöpfung (Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Leistung) bei.

In der Krankenversicherung klaffen Milliarden-Löcher – Beiträge steigen

NEU

Beitragsentwicklung in der Krankenversicherung (inkl. Zusatzbeiträge) in % nach Jahren



Quellen:

- 1) Sozialpolitik-aktuell: Beitragsentwicklung in der Sozialversicherung 1970-2022
- 2) Bundesministerium der Gesundheit: Finanzentwicklung der GKV im 1. Quartal 2022, 24.06.2022 3) Bild: „Beiträge sollen um bis zu 87 Euro rauf!“, 28.06.2022
- 4) Ärzteblatt: „Gesetzliche Krankenversicherung verbucht Defizit von fast sechs Milliarden Euro“, 10.03.2022

1

- „2021 erzielten die gesetzlichen Krankenkassen ein Defizit von 6,7 Mrd. Euro. Somit ist das Defizit der Krankenkassen rund 1 Mrd. Euro höher als in den vorläufigen Rechnungsergebnissen für 2021 ausgewiesen.“

2

- Dies liegt u. a. an den höheren Leistungsausgaben u. a. für Personalkosten in den Krankenhäusern durch die Corona-Politik der Bundes- und Landesregierungen. Zudem sind die Kosten der Krankenversicherungen durch die verstärkte Migration deutlich gestiegen. Die Folgen des Ukraine-Krieges (Kriegsflüchtlinge) sind aber noch nicht eingepreist.

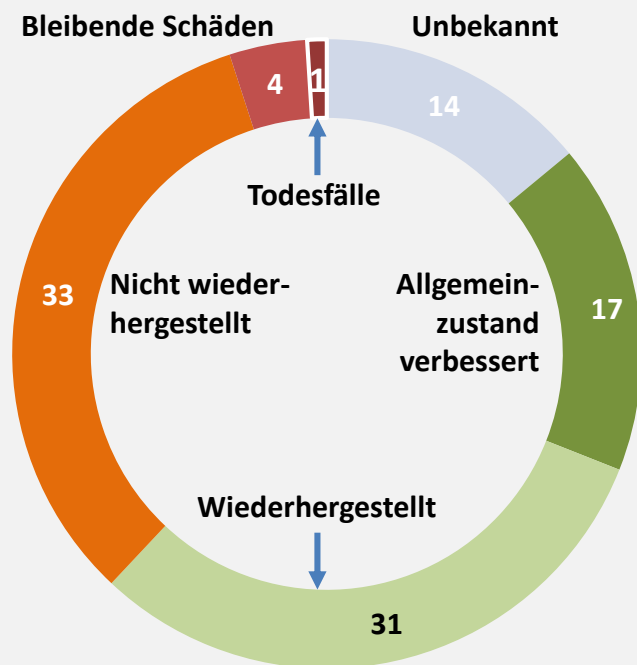
3

- Laut Bild-Zeitung fehlen der Gesetzlichen Krankenversicherung im Jahr 2023 mindestens 17 Mrd. Euro. Indem der Zusatzbeitrag um 0,3 Prozentpunkte erhöht werden soll (+ 87 Euro), erhofft sich die Bundesregierung zusätzliche Einnahmen von 4,8 Mrd. Euro. Steuerzuschüsse des Bundes, Bundesdarlehen, Sonderabgaben durch Pharmaunternehmen sowie Effizienzverbesserungen der GKV sollen das Ausgabenloch stopfen. Zudem sollen die Reserven der Krankenkassen um 4 Mrd. Euro nahe an das gesetzliche Minimum schrumpfen.

2.810 Todesfälle nach COVID-19-Impfung – 2,5 Mio. Impfnutzenwirkungen

NEU

Ausgang der Nebenwirkung-Verdachtsfallmeldungen nach Impfung mit COVID-19-Impfstoffen
in % (27.12.2020 bis 31.03.2022)



Quellen:

- 1) Paul-Ehrlich-Institut, Sicherheitsbericht: „Verdachtsfälle von Nebenwirkungen und Impfkomplicationen nach Impfung zum Schutz vor COVID-19, 04.05.2022
- 2) Die Welt: „2,5 Millionen Patienten meldeten Corona-Impfnutzenwirkungen“, 06.07.2022
- 3) T-Online: „Chef der BKK ProVita ist gefeuert worden“, 02.03.2022
- 4) Tagesschau: „Angebliche Tote durch Impfen. Daten ohne Kontext“, 02.06.2021

1

- Das Paul-Ehrlich-Institut stellte in seinem Sicherheitsbericht fest, dass es bis zum 31. März 2022 insgesamt 2.810 Verdachtsfallmeldungen gab, bei denen ein tödlicher Verlauf mitgeteilt wurde. Diese Verdachtsfälle seien ursächlich auf eine COVID-19-Impfung zurückzuführen.

2

- Insgesamt wurden bis zum 31. März 2022 insgesamt 172 Mio. Impfungen durchgeführt. Es gab dabei 296.233 Meldungen von Verdachtsfällen von Nebenwirkungen, von denen 1 % einen tödlichen Verlauf hatten, 4 % einen bleibenden Schaden hinterließen und 33 % der Menschen gesundheitlich weiter beeinträchtigt sind.

3

- Die Kassenärztliche Bundesvereinigung geht nach einer Auswertung sogar von 2,5 Mio. Impfnutzenwirkungen in Deutschland aus. Nachdem der BKK ProVita-Chef einige Monate zuvor darauf hingewiesen hatte, wurde er aufgrund politischen Drucks fristlos entlassen.

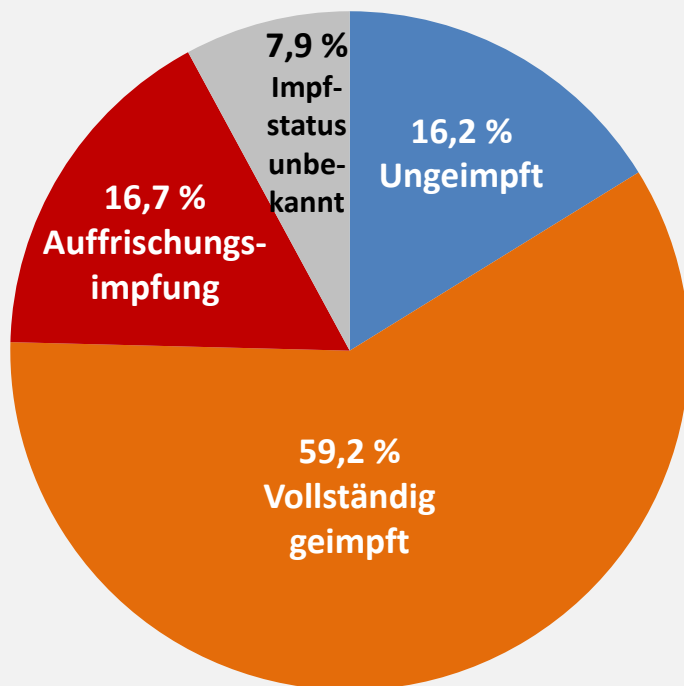
4

- In den Medien werden die Impf-Komplicationen mitsamt der durch die Impfung eingetretenen Todesfälle entweder heruntergespielt oder in einem nur sehr eingeschränkten Maße der Öffentlichkeit bekannt gegeben.

Eine „Pandemie der Geimpften“? RKI-Zahlen deuten darauf hin

NEU

**Omikron-Fälle in der Kalenderwoche 51/2021
nach Impfstatus in %**



Quellen:

- 1) Robert-Koch-Institut: Wöchentlicher Lagebericht des RKI zur Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19), Aktualisierter Stand, 31.12.2021
- 2) Junge Freiheit: „Auch viele Geimpfte auf den Intensivstationen“, 11.07.2022
- 3) Robert-Koch-Institut: Wöchentlicher Lagebericht des RKI zur Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19), 07.07.2022
- 4) Junge Freiheit: „Unsere Nachbarn, alle irre?“, 25.02.2022
- 5) Bild: „Geheime Corona-Konferenz der Regierung. Neue Impfstoffe, neue Maßnahmen, neue Probleme!“, 18.07.2022

1

- Ende 2021 waren es vor allem die Geimpften (75,9 %), die an Omikron erkrankten, wie man dem Robert-Koch-Institut in seinem Wochenbericht entnehmen konnte. Danach wurden „für 6.788 Fälle Angaben zu den Symptomen übermittelt.“ „1.097 Patienten waren ungeimpft, 4.020 waren vollständig geimpft, von diesen wurde für 1.137 eine Auffrischimpfung angegeben.“

2

- Dass sich insbesondere viele Geimpfte auf den Intensivstationen befinden, wurde im Juli 2022 deutlich. Denn laut „Wochenbericht des RKI sind derzeit nur 14,4 % aller Corona-Patienten, die intensiv-medizinisch behandelt werden müssen, ungeimpft. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung liegt bei 22,9 % und ist dort damit deutlich höher. Die Geimpften sind auf Intensivstationen dagegen überrepräsentiert.“

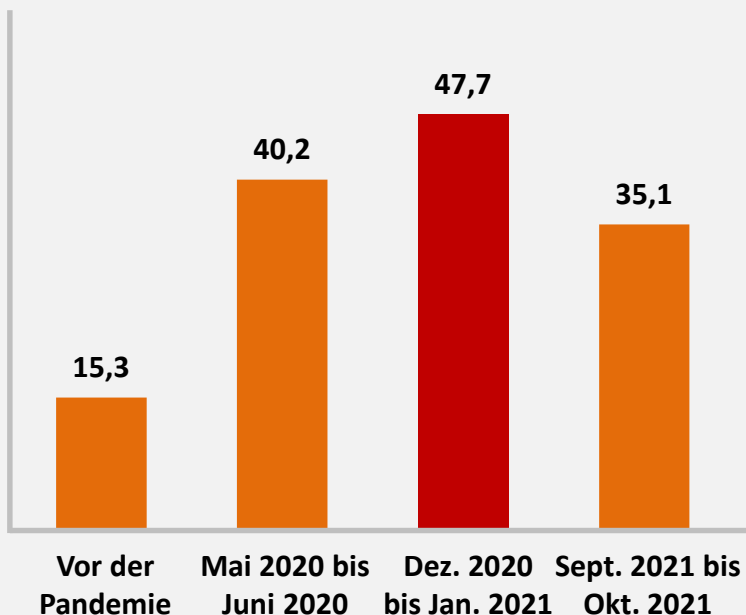
3

- Dies wird auch ein Grund sein, dass in ganz Europa – mit Ausnahme von Deutschland und dem Vatikanstaat – alle Corona-Maßnahmen spätestens im März 2022 aufgehoben wurden und auch keine Impfpflicht mehr gefordert wurde. Anders in Deutschland. Dort sind bereits neue Maßnahmen für den Herbst 2022 geplant (u. a. 1G-Regel für Großveranstaltungen, Impfung von bis zu 60 Mio. Menschen, neue Impf-Kampagne).

Kinder litten besonders an den Corona-Maßnahmen der Regierung

NEU

Kinder und Jugendliche, die eine niedrige Lebensqualität melden in % (7-17-Jährige) nach Zeitabschnitte



Quellen:

1) AfD-Fraktion Thüringen: „Zwei Jahre Corona-Politik – Eine Schadensbilanz“, 2022
 2) Universitätsklinikum Hamburg Eppendorf: Copsy-Studie Child Public Health, 07.07.2022 3) Youtube: „Corona-Folgen: Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen“, 19.11.2021 4) Simon Schnetzer: Trendstudie. Jugend in Deutschland – Sommer 2022, 2022 5) Ärzteblatt: „Mehr psychische Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen“, 03.06.2022 6) HR Info: „Wartezeiten für Psychotherapien“, 10.05.2022

1

„Von vornherein spielte das Wohlergehen der Kinder und Jugendlichen in der Coronapolitik der Regierungen in Bund und Ländern keine Rolle.“ Dagegen wurden Kinder „als Virenschleuder gebrandmarkt und rücksichtslos restriktiven Maßnahmen unterworfen.“ Und das, obwohl Kinder und Jugendliche nur wenig ansteckend bzw. Corona-krank waren.

2

„Kontaktverbote und Isolierung, gesperrte Spielplätze, über Monate hinweg stillgelegter Freizeitsport, wochenlange Schließungen von Schulen und Kindergärten.“ Als die Schulen wieder öffneten, mussten die Kinder „während der gesamten Unterrichtszeit und oft sogar auf dem Pausenhof Masken tragen. Hinzu kamen ständige Coronatests. Psychische Erkrankungen und Essstörungen waren die Folge.

3

Das Ergebnis dieser Corona-Maßnahmen ist laut der Trendstudie „Jugendliche in Deutschland“ erschreckend: 45 % der Jugendlichen berichteten über Stress, 35 % über Antriebslosigkeit, 27 % über Depression, 13 % über Hilflosigkeit und 7 % hatten Selbstmordgedanken. Die Corona-Maßnahmen der Regierungen haben körperliche und psychische Schäden bei Kindern und Jugendlichen hinterlassen.

EU-Corona-Fonds: Wundertüte an schuldenfinanzierten Projekten

NEU

Aufbau- und Resilienzfazilität für einzelne Bereiche von EU-Staaten (Auswahl)

	EU-Aufbaufonds in Mrd. EUR	davon für Umsetzung Klimaziele	davon für digitalen Wandel	davon für den Gesundheitssektor	davon für Sonstiges
	191,5	37,0 %	25,0 %	8,1 %	Sozialer u. territorialer Zusammenhalt (6,9 %)
	69,5	40,0 %	28,0 %	k. A.	Veränd. Tourismussektor: 4,9 %
	39,4	46,0 %	21,0 %	6,3 %	Jobs, Ausbildung junger Menschen: 11,7%
	30,5	37,5 %	23,3 %	0,8 %	Eigenkapitalunterstützung für KMU: 41,6 %
	25,6	42,0 %	52,0 %	11,7 %	Investitionsprog. Kinderbetreuung: 2 %
	29,1	41,0 %	21,0 %	6,9 %	Fiskalische Nachhaltigkeit: k. A.
	16,6	38,0 %	22,0 %	k. A.	Zugang zu Wohnraum: 7,2 %
	6,3	59,0 %	26,0 %	5,9 %	Industriemodernisierung: 12,8 %
	3,5	59,0 %	53,0 %	k. A.	Umschulungsmaßnahmen: 7,9 %
	3,3	44,4 %	20,5 %	13,7 %	Bau von Mietwohnungen: 9,0 %
	1,5	59,0 %	25,0 %	0,7 %	Steuerliche Anreize für F+E: 9,9 %
	1,0	42,0 %	32,0 %	k. A.	Weiterbildung und Umschulung: 11,5 %
	0,1	61,0 %	32,0 %	k. A.	Umschulungsmaßnahmen: 7,0 %

1

- Im Rahmen des Projekts „NextGenerationEU“ hat die EU sowohl die sogenannte „Aufbau- und Resilienzfazilität“ (Wiederaufbaufonds) in Höhe von 724 Mrd. Euro geschaffen, als auch bestehende EU-Programme mit weiteren 83 Mrd. Euro ausgestattet.

2

- Italien will – obwohl es den größten Anteil mit 192 Mrd. Euro beansprucht – nur 16 Mrd. Euro in den Gesundheitssektor stecken. Insgesamt fließt in fast allen Ländern nur ein geringer Prozentsatz in den Gesundheitsbereich.

3

- Vielfach werden die Corona-Hilfen zweckentfremdet, u. a. für Klimaziele, digitalen Wandel, Bau von Mietwohnungen (Portugal, Schweden), Unterstützung von Unternehmen (Bulgarien, Griechenland), Beantragung von Jagdgenehmigungen (Luxemburg), oder Ausrichtung des Ryder-Cup-Golfturniers sowie Sanierung von ehemaligen Mafia-Gebäuden für 300 Mio. Euro (Italien).

Quellen:

1) Der Steuerzahler: „Jagdschein über den EU-Corona Fonds“, 3-2022. Ders., 5-2022 2) EU-Kommission: Die Aufbau- und Resilienzfazilität, Factsheets, April 2022

Auch in Hessen wurde das Corona-Sondervermögen zweckentfremdet

NEU

Übersicht über Zweck und Mittelverwendung des GZSG-Sondervermögens

Zweck der Maßnahmen (laut Hessischem Ministerium der Finanzen)	Gesamtausgaben für Maßnahmen in den Jahren 2020 und 2021
Infektionsschutzgesetz	0,07 Mrd. EUR
Stärkung der Partnerschaft mit den hessischen Kommunen	1,30 Mrd. EUR
Erhalt der hessischen Wirtschaftskraft, Konjunktur (inkl. Klimaschutz und digitale Transformation)	0,91 Mrd. EUR
Kofinanzierung von Bundesprogrammen	0,08 Mrd. EUR
Gesundheitsschutz und zur Sicherung der sozialen und kulturellen Infrastruktur	0,98 Mrd. EUR
Erhaltung der staatlichen Infrastruktur und für Defizitausgleiche im Landeshaushalt	0,46 Mrd. EUR

1

- Die Hessische Landesregierung hatte sich ein kreditfinanziertes Sondervermögen in Höhe von 12 Mrd. Euro zur finanziellen Bewältigung der Corona-Krise geschaffen. AfD, SPD und FDP klagten dagegen und bekamen Recht.

2

- Die AfD, aber auch SPD und FDP sahen Verstöße, des „Gute-Zukunft-Sicherungsgesetzes“ (GZSG) gegen haushaltsverfassungsrechtliche Grundsätze, das Budgetrecht des Landtags und gegen das Verbot der Neuverschuldung.

3

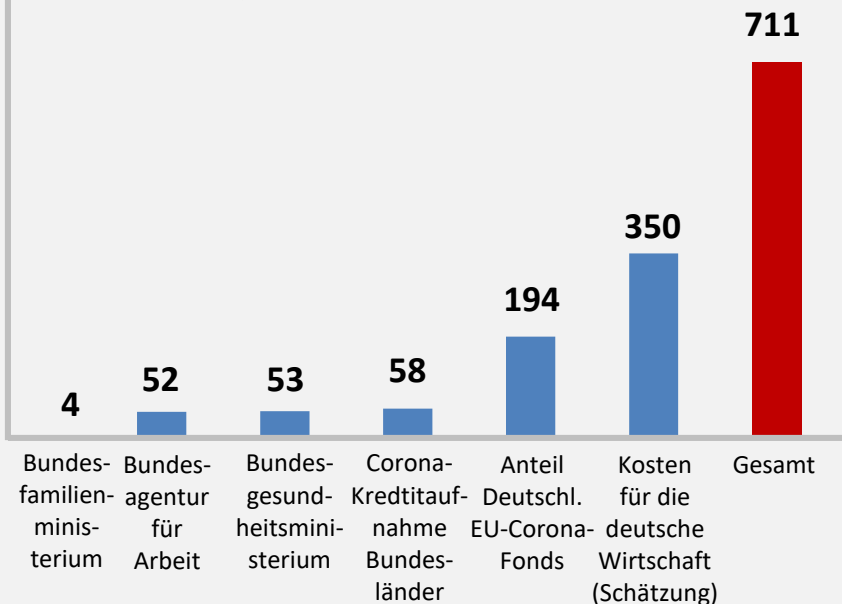
- Das „Sondervermögen“ wurde zum Jahreswechsel 2021/22 außer Kraft gesetzt. Jedoch wurden bis Ende 2021 über 3,79 Mrd. Euro für unterschiedliche Corona-Maßnahmen ausgegeben (siehe linke Tabelle), die größtenteils nichts mit Gesundheit zu tun hatten.

Quellen: 1) [Staatsgerichtshof des Landes Hessen: „Urteil des Staatsgerichtshofes zu den Normenkontrollanträgen zum „Corona-Sondervermögen“ von 40 Mitgliedern des Hessischen Landtags und der Fraktion der AfD im Hessischen Landtag“, 27.10.2021](#) 2) [Hessisches Finanzministerium: Abschlussbericht, Februar 2022](#)

Deutschland kostete die Corona-Pandemie mindestens 711 Mrd. Euro

NEU

Kosten der Corona-Pandemie für Deutschland
in Mrd. Euro (Selektive Zusammenstellung,
zwischen Frühjahr 2020 und Juni 2022)



Quellen:

- 1) Frage des MdB Stephan Pilsinger (CDU) zu den Ausgaben der Bundesregierung zur Anschaffung von Corona-Impfstoffen, Frage 175, 10.06.2022
- 2) Tagesschau: „Bund zahlte bislang 53 Milliarden Euro“, 03.07.2022
- 3) Hessischer Staatsgerichtshof: Urteil zum „Corona-Sondervermögen“, 27.10.2021
- 4) Die Welt: „Bundesagentur musste bisher 52 Milliarden für Pandemie-Folgen aufwenden“, 18.11.2021
- 5) Tagesschau: „750-Milliarden-Hilfspaket“, 12.05.2021
- 6) Der Spiegel: „Länder verschulden sich bisher mit fast 60 Milliarden Euro“, 29.12.2021
- 7) Institut der deutschen Wirtschaft: „Corona kostet Wirtschaft 350 Milliarden Euro“, 24.01.2022
- 8) MDR: „Was die Pandemie den Staat bisher kostet“, 21.11.2021
- 9) Hessisches Finanzministerium: Abschlussbericht, Februar 2022
- 10) FAZ: „Überschreitet der Corona-Fonds die EU-Kompetenzen?“, 26.07.2022

1

Bislang sind für die angebliche Corona-Pandemie Kosten von mindestens 711 Mrd. Euro aufgelaufen. Die Bundesregierung zahlte allein für Impfdosen, Impfungen, (PCR-)Tests, Masken, Ausgleichszahlungen für Krankenhäuser, Corona-Arzneimittel, Kurzarbeitergeld, pandemiebedingtes Arbeitslosengeld und einen Kinderbonus über 109 Mrd. Euro.

2

- Die Schäden der Wirtschaft belaufen sich laut dem „Institut der deutschen Wirtschaft“ auf über 350 Mrd. Euro. Darüber hinaus muss Deutschland mindestens 24 % des EU-Corona-Fonds (807 Mrd. Euro) tragen.

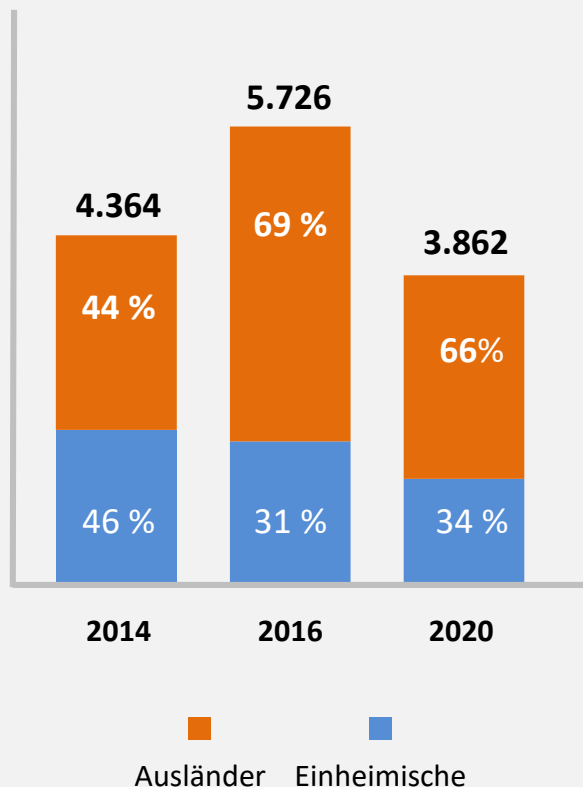
3

Auch die Bundesländer beteiligten sich an den Ausgaben und schufen sich „Corona-Sondervermögen“ von etwa 58 Mrd. Euro. U. a. wurde in Hessen ein „Sondervermögen“ von 12 Mrd. Euro aufgelegt. Erst nachdem u. a. die AfD dagegen geklagt hatte, wurde dieses vom Hessischen Staatsgerichtshof einkassiert. Dennoch wurden bis Ende 2021 fast 3,8 Mrd. Euro ausgegeben, u. a. für beleuchtete Fahrradwege.

Tuberkulose ist vor allem unter Ausländern deutlich stärker verbreitet

aktualisiert

Anzahl und prozentualer Anteil der Tuberkulose-Fälle nach Staatsangehörigkeit in Deutschland nach Jahren



Quellen:

1) RKI: Bericht zur Epidemiologie der Tuberkulose in Deutschland für 2020, 2021

2) Der Spiegel: „Tickende Bombe Tuberkulose“, 16.08.2013

1

Die Migrationskrise hat dazu geführt, dass immer mehr Zuwanderer mit Tuberkuloseerkrankungen nach Deutschland kommen. So entfielen im Jahr 2020 66,1 % aller neuen TBC-Fälle auf Ausländer, während deren Anteil im Jahr 2002 noch bei 31 % gelegen hatte. Die Inzidenz bei dieser Personengruppe ist „knapp 14-mal so hoch wie in der deutschen Bevölkerung.“

2

Bei Kindern, die an TBC erkrankten, liegt das Risiko an Tuberkulose zu erkranken „mit ausländischer Staatsangehörigkeit im Vergleich zu deutschen Kindern etwa 12-mal“ höher.

3

Hessen verzeichnet nach den drei Stadtstaaten (Hamburg, Bremen, Berlin) die höchste Neuerkrankungsrate mit 7,6 (2019: 5,7) pro 100.000 Einwohner unter den Flächenländern.

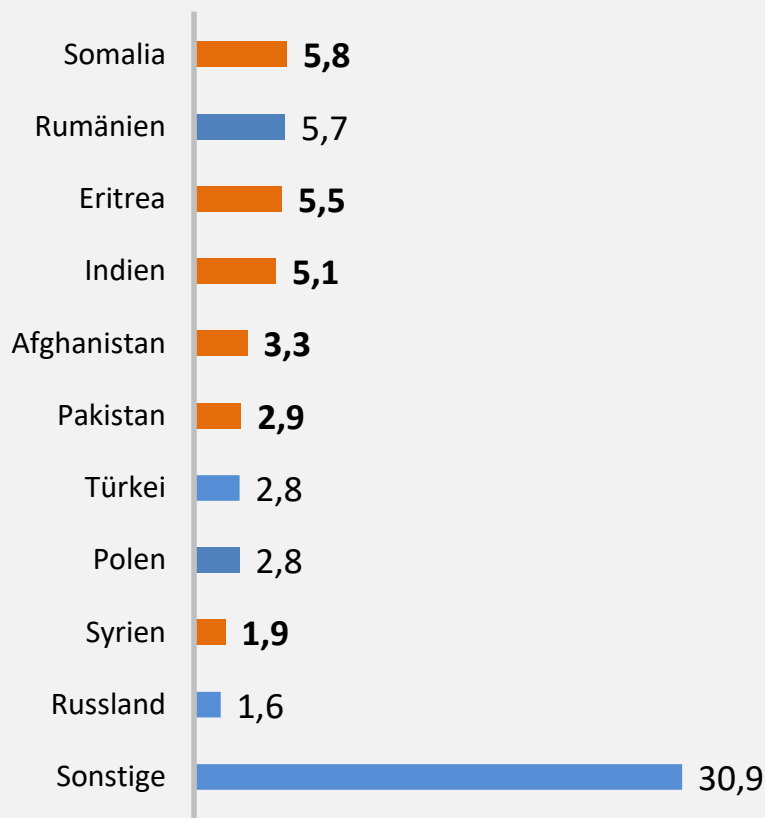
4

Die Bevölkerung ist nicht nur einem erheblichen Gesundheitsrisiko ausgesetzt, sondern auch einer gewaltigen finanziellen Belastung. Denn die medizinischen Kosten können sich pro Patient auf bis zu 107.700 Euro belaufen.

Viele Asylbewerber reisen mit einer TBC-Erkrankung nach Deutschland

aktualisiert

Anteil der Tuberkulosefälle nach ausländischem Geburtsland in % im Jahr 2020



Quellen:

1) RKI: Bericht zur Epidemiologie der Tuberkulose in Deutschland für 2020, 2021

2) RKI: Bericht zur Epidemiologie der Tuberkulose in Deutschland für 2015, 2016

3) Ärzteblatt: Neue multiresistente Tuberkulose unter Migranten aus Ostafrika entdeckt, 09.01.2018

1

- Im Jahr 2020 waren 2.553 Ausländer an Tuberkulose (TBC) erkrankt (insgesamt: 3.862). Das waren über 66,1 % aller TBC-Fälle.

2

- Fast 24,5 % aller ausländischen TBC-Fälle entfallen inzwischen auf Afghanen, Eritreer, Inder, Somalier, Syrer und Pakistaner. 2011 machten sie nur 7,4 % der TBC-Erkrankten aus.

3

- Gerade Migranten aus Ostafrika (Eritrea, Somalia) schleppen viele multiresistente Tuberkulose-Erreger ein.

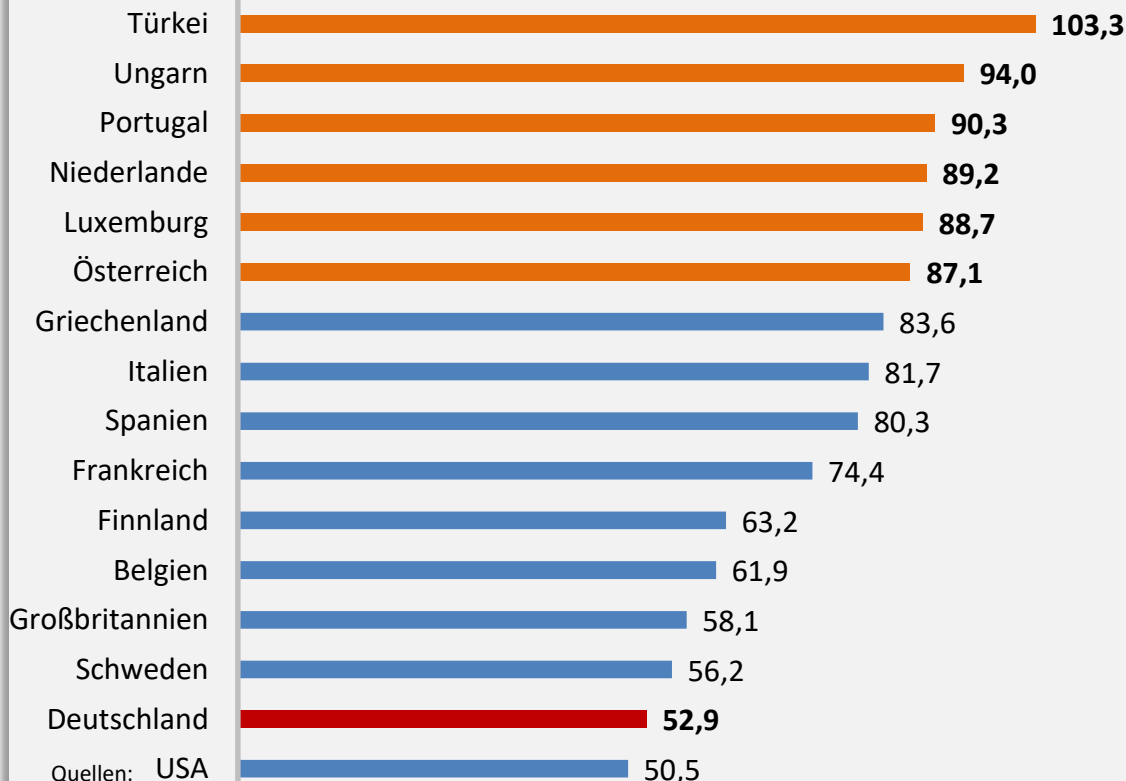
4

- Noch vor wenigen Jahren galt TBC in Deutschland als so gut wie besiegt. Diese Leistung wurde durch die Einschleppung von TBC durch Flüchtlinge zunichte gemacht.

Deutschland liegt bei der Rente im Vergleich zu anderen Staaten weit zurück ...

aktualisiert

OECD-Studie: Männlicher Durchschnittsverdiener, der in Rente geht
in % (Median) des individuellen Arbeitsentgelts im Jahr 2021 (September)
(Nettoersatzquoten nach Verdienstniveau)



1) OECD: „Pensions at a Glance 2021“

2) Handelsblatt: „Was Deutschland vom Rentensystem in anderen EU-Ländern lernen kann“, 06.06.2018

3) Destatis, Lebensbedingungen und Armutsgefährdung, 08.02.2021

4) Deutsche Rentenversicherung: Rentenversicherung in Zahlen 2022, Aktuelle Daten 2022, 11.11.2021

5) Destatis: Armutsgefährdung stieg seit 2005 am stärksten in der Generation 65 plus, 30.09.2020

6) Destatis: Armutsgefährdungsquote nach Migrationshintergrund und ausgewählten Merkmalen, 12.05.2022

1

- Deutschland liegt beim Rentenniveau deutlich unter dem vieler EU-Staaten, u. a. auch der Krisenstaaten und Profiteuren von EU-Subventionen wie Italien, Spanien und Portugal.

2

- Im Durchschnitt werden seit dem 1. Juli 2021 pro Monat 1.179 Euro für Männer bzw. 801 Euro für Frauen an Rente in Deutschland ausgezahlt, also Beträge jeweils unterhalb der Bedürftigkeitsgrenze.

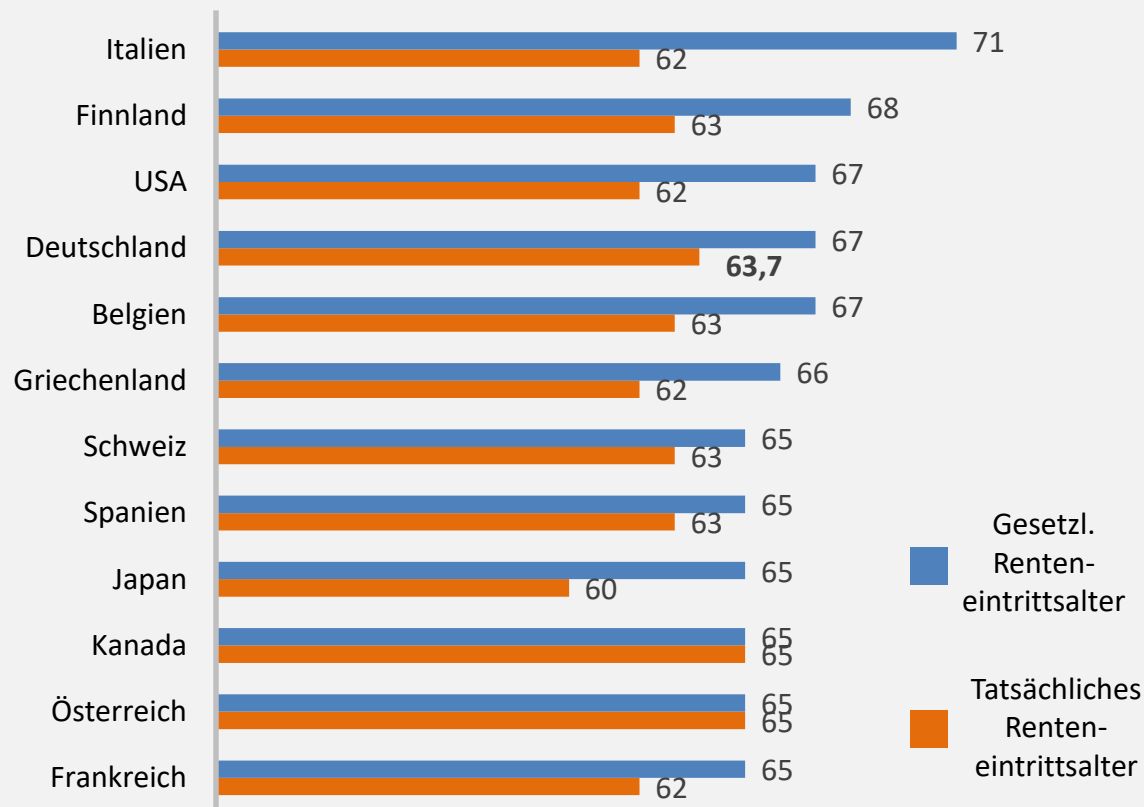
3

- Wer weniger als 60 % des mittleren Einkommens (Median) verdient, gilt in der EU als armutsgefährdet. In Deutschland lag der Anteil der armutsgefährdeten Rentnern im Jahr 2021 insgesamt bei 17,2 % (2019: 15,7 %), Rentner mit Migrationshintergrund sogar bei 30,9 %.

... und das Renteneintrittsalter soll in Deutschland auf 70 erhöht werden

NEU

Gesetzliches und tatsächliches Renteneintrittsalter (Auswahl) im Durchschnitt im Jahr 2020



Quellen:

1) OECD: „Pensions at a Glance 2021“

2) Auswandern-Handbuch: „Renteneintrittsalter in Europa und weltweit: Wer arbeitet am längsten?“, 17.11.2021

3) Der Tagesspiegel: „Habeck will das Rentenalter auf freiwilliger Basis erhöhen“, 21.02.2022

1

- Wer nach dem Jahr 1964 geboren ist und mindestens 45 Beitragsjahre in die deutsche Rentenversicherung eingezahlt hat, kann erst mit 67 Jahren in Rente gehen.

2

- Um den angeblichen Fachkräftemangel zu mindern werden bereits in Deutschland Forderungen aufgestellt, das Rentenalter auf 70 Jahre zu erhöhen, u. a. vom grünen Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck.

3

- In den meisten Staaten weicht das gesetzliche Renteneintrittsalter von dem tatsächlichen stark ab. So gehen Italiener bereits im Durchschnitt mit 62 Jahren und nicht wie vorgesehen mit 71 Jahren in Rente.

Arbeitnehmer müssen für eine Ø-Beamten-Pension 92 Jahre arbeiten

Rentenvergleich zwischen Beamte und Arbeitnehmer im Jahr 2020

Pensionsgruppe	Monatlicher Pensionsanspruch		So lange müsste ein Rentner dafür arbeiten
Staatssekretär (B11)	10.625 EUR		311 Jahre
Stv. Sprecher der Bundesregierung (B10)	10.309 EUR		302 Jahre
Botschafter (B9)	8.758 EUR		256 Jahre
Generalmajor der Bundeswehr (B7)	7.856 EUR		229 Jahre
Bundesbankdirektor (B6)	7.471 EUR		218 Jahre
Richter in Baden-Württemberg (R1)	5.141 EUR		151 Jahre
Professor in Niedersachsen (B1)	4.917 EUR		144 Jahre
Lehrer am Gymnasium in NRW (A13)	3.890 EUR		114 Jahre
Durchschnittspension	3.160 EUR		92 Jahre
Polizeikommissar in Hessen (A9)	2.448 EUR		71 Jahre
Feuerwehrmann in Niedersachsen (A7)	2.208 EUR		65 Jahre
Justizwachtmeister (A6)	2.144 EUR		63 Jahre
Amtsgehilfe (A2)	1.779 EUR		52 Jahre

Quellen:

1) Bild: „Der große Geld-Vergleich. So ungerecht sind Renten im Vergleich zu Pensionen“, 09.07.2021 2) Geschäftsbericht des Landes Hessen 2020 3) Deutsche Rentenversicherung: „Wie wird meine Rente berechnet?“, 30.07.2022

1

- Damit ein Arbeitnehmer mit einem Durchschnittseinkommen die gleichen Rentenansprüche wie ein Beamter (Pension) erhält, müsste dieser durchschnittlich 92 Jahre lang arbeiten. Wenn er die Pension eines Staatssekretärs erhalten möchte, müsste er sogar 311 Jahre arbeiten.

2

- Im Gegensatz zum Arbeitnehmer erhält der Beamte nach 40 Dienstjahren als Pension maximal 72 % seines letzten Gehalts ausgezahlt.

3

- Arbeitnehmer zahlen dagegen solidarisch in die Rentenkasse ein. Dafür sichern sie sich aber nur sogenannte „Entgeltpunkte“. Ein Arbeitnehmer verdiente im Jahr 2020 im Durchschnitt etwa 40.551 Euro brutto im Jahr. Dafür erhält er aber nur einen Entgeltpunkt. Das heißt 36,02 Euro im Westen und 35,52 Euro im Osten Deutschlands.

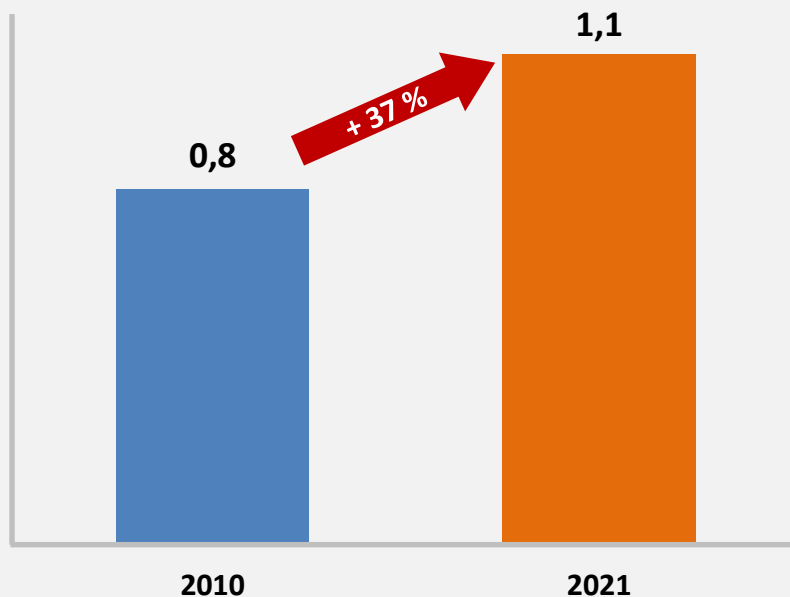
4

- Die Pensionsversprechen von Bund, Ländern und Gemeinden sind deutlich angewachsen. Für die versteckten Schulden von 1,5 Billionen Euro wird der Steuerzahler aufkommen müssen. In Hessen belaufen sich die Pensions- und Beihilferückstellungen derzeit auf 96 Mrd. Euro (2020)

Bereits heute erhalten über 1 Mio. Rentner Grundsicherung

aktualisiert

Zahl der Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Mio. nach Jahren



Quellen:

1) Destatis: „2,2 % mehr Personen erhielten im Dezember 2021 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“, 28.04.2022

2) AfD Kompakt: „Der Renten-Gau: Liegen bald 10 Millionen Beschäftigte unter der Grundsicherung?“, 09.08.2019

3) Wirtschaftswoche: „Rentenerhöhung? Nur für Gutverdiener!“, 09.07.2019

4) Statista: Armutsgefährdungsquote in Deutschland von 2005 bis 2021, 13.07.2022

5) Statista: Armutsgefährdungsquote in Deutschland nach Bundesländern im Jahr 2021, 14.07.2022

1

- Mit der Grundrente sollen Rentner eigentlich vor Altersarmut und bei Erwerbsminderung geschützt werden. Doch von 2010 bis 2021 ist die Zahl der Empfänger von Grundsicherung im Alter von 0,8 auf fast 1,1 Mio. gestiegen. Das ist eine Steigerung um 37 %. Zum Vorjahr gab es 2,2 % mehr Leistungsempfänger.

2

- Bei Rentenerhöhungen gehen über eine Million Grundrentenbezieher leer aus. Wie die AfD-Bundestagsfraktion erfuhr, verdienen bereits heute mehr als zehn Millionen Vollzeit-Beschäftigte nicht genug, um im Alter eine Rente oberhalb der Grundsicherung zu erhalten.

3

- Die Armutsgefährdungsquote lag im Jahr 2021 in Deutschland bei 16,6 % (2019: 15,7 %). In Hessen bei 18,3 % (2019: 16,1 %), in NRW bei 18,7 % (18,5 %) und in Bremen bei 28 % (24,9 %).

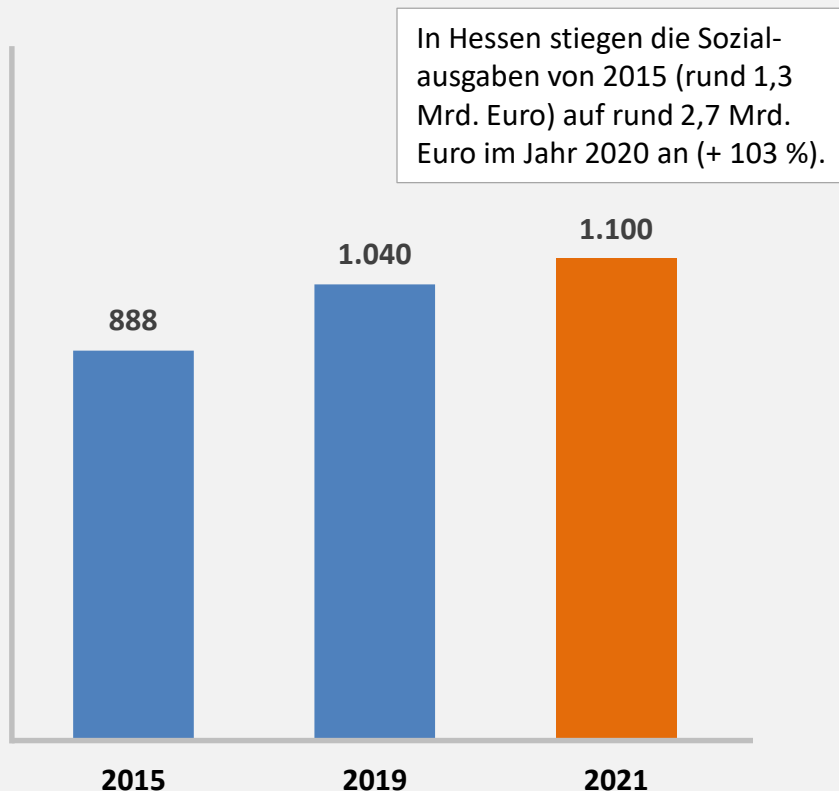
4

- Vor allem unkontrollierte Einwanderung, Lohn-drückerei, Leiharbeit und befristete Beschäftigungsverhältnisse sind die Ursachen dieser beunruhigenden Entwicklung. Durch Auslagerung, Digitalisierung und Automatisierung wird diese weiter verschärft.

Sozialausgaben beanspruchen fast 1/3 unserer Wirtschaftsleistung

Jährliche Ausgaben für Soziales

in Mrd. Euro (Schätzung: 2021)



Quellen:

1) Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Deutschland in Zahlen: Sozialbudget 2019 2) Land Hessen, Haushaltsrechnung 2015 3) Land Hessen, Haushaltsrechnung 2020 4) Destatis: Statistisches Jahrbuch 2019

1

- Deutschland gibt fast 30 % seines Bruttoinlandsprodukts im Bereich Soziales aus (u. a. Rentenversicherung, Sozialhilfe, Grundsicherung/Hartz IV).

2

- Es ist in nächster Zeit mit dramatisch steigenden Beitragssätzen in den Sozialversicherungssystemen zu rechnen. Durch die steigenden Beitragssätze werden die Nettoeinkommen der Bürger sinken. Das wirkt sich zu Lasten des Konsums aus.

3

- Des Weiteren verteuern die höheren Sozialabgaben die Arbeitsplätze. Und das, obwohl Deutschland bereits heute unter den OECD-Staaten die höchsten Abgaben hat.

Immer mehr Hartz-IV-Bezieher sind Ausländer – Tendenz steigend

aktualisiert

1

- Insgesamt lebten im Februar 2022 fast 5,3 Mio. Personen in Bedarfsgemeinschaften. Allein von den 3,6 Mio. erwerbsfähigen Leistungsberechtigten sind 37,9 % Ausländer. Die Ampelkoalition will den Leistungsbezug von Hartz-IV erleichtern sowie diese Leistung als „Bürgergeld“ umbenennen. Damit wird ein zusätzlicher Anreiz für Millionen geschaffen, nach Deutschland einzuwandern.

2

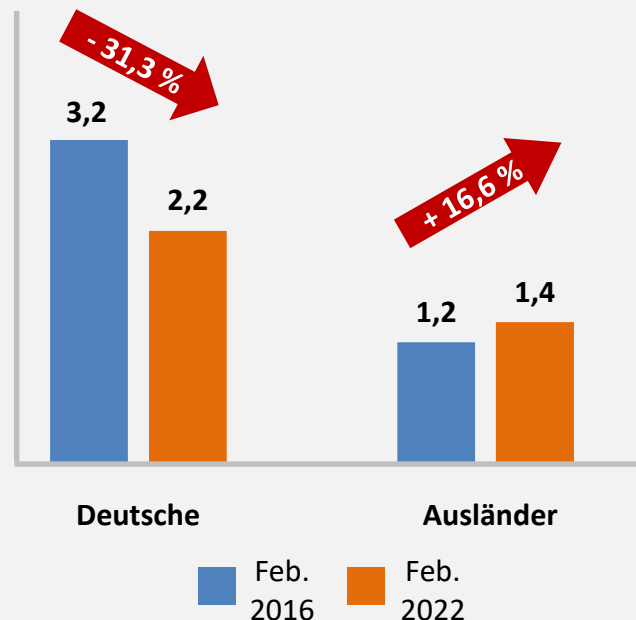
- Dadurch, dass seit dem 1. Juni 2022 ukrainische Kriegsflüchtlinge Hartz-IV beantragen können, ist mit einer deutlich steigenden Zahl an ausländischen Empfängern zu rechnen. „Laut einer vertraulichen Szenariorechnung der Bundesagentur für Arbeit können bis Jahresende 746.000 Geflüchtete aus der Ukraine in der Grundsicherung und bei den Jobcentern landen.“ Der DGB fordert zudem, dass künftig auch Asylbewerber einen Anspruch auf Grundsicherung erhalten.

3

- „Immer noch leben noch 896.000 der im Zuge der Flüchtlingswelle 2015/16 nach Deutschland gekommenen Migranten von Hartz-IV. 235.000 sind arbeitslos, weitere 437.000 arbeitssuchend. Selbst von den 460.000, die Arbeit gefunden haben, ist mehr als die Hälfte in unterqualifizierten Jobs beschäftigt. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des AfD-Abgeordneten René Springer hervor.“

Erwerbsfähige Leistungsberechtigte in der Grundsicherung

im Vergleich in Mio. nach Jahren



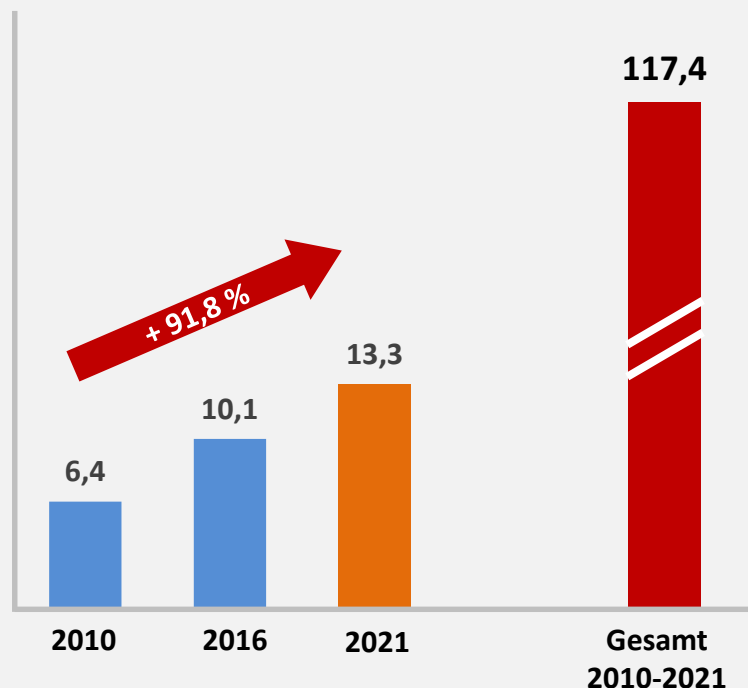
Quellen:

- 1) Bundesagentur für Arbeit: Migrationsmonitor, Juni 2016 und Juni 2022
- 2) Der Westen: „Hartz 4: Ukrainer bekommen seit Juni 82 Euro mehr – Jobcenter überlaufen“, 04.06.2022
- 3) AfD-Bundestagsfraktion: „René Springer: Bis zu 750.000 neue Hartz-IV-Empfänger 2022 – Regierung wiederholt Fehler von 2015“, 07.06.2022
- 4) Junge Freiheit: „Flüchtlingswelle: Es kamen keine Fachkräfte“, 25.05.2022
- 5) AfD-Bundestagsfraktion: „René Springer: DGB-Chefin fordert Grundeinkommen für Asylbewerber“, 23.05.2022

Seit 2010: 117 Mrd. Euro an ausländische Hartz-IV-Bezieher überwiesen

NEU

Zahlungsansprüche von Leistungsberechtigten mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Mrd. Euro nach Jahren



Quellen:

1) Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Entwicklung der Ausgaben im SGB II (Hartz-IV) – Zeitraum 2010 bis 2022, Drs. 20/2846, 19.07.2022

2) Junge Freiheit: „So viel gibt Deutschland für ausländische Hartz-IV-Empfänger aus“, 01.08.2022

1

- Deutschland überwies seit 2010 über 117 Mrd. Euro an ausländische Hartz-IV-Bezieher. Die jährlichen Hartz-IV-Ausgaben stiegen für Nichtdeutsche von 6,92 Mrd. Euro im Jahr 2010 auf mehr als 13,27 Mrd. Euro im Jahr 2021. Das war eine Steigerung von 91,8 %.

2

- Der Anteil an den ausländischen Hartz-IV-Leistungsempfängern stieg in der Zeit von 2010 bis 2021 auf fast 40 %. Dabei machten die Zahlungsansprüche von Leistungsberechtigten aus den 8 größten Asyl-Hauptländern (Syrien, Afghanistan, Irak, Eritrea, Somalia, Iran, Nigeria, Pakistan) im Jahr 2021 fast 44 % aus (5,8 Mrd. Euro).

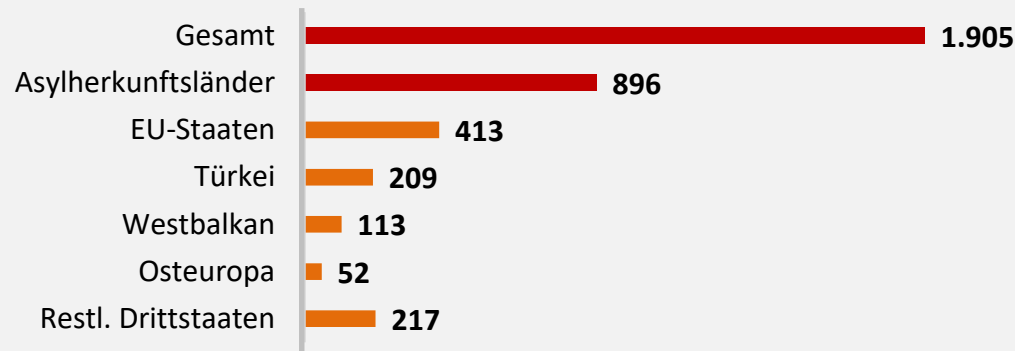
3

- Seit Dezember 2021 besitzt bereits eine Mehrheit von 52 % der neu hinzugekommenen Hartz-IV-Empfänger nicht mehr die deutsche Staatsangehörigkeit. Da vom 1. Juni 2022 an auch ukrainische Kriegsflüchtlinge Hartz-IV beantragen können, wird sich die Lage noch verschlimmern.

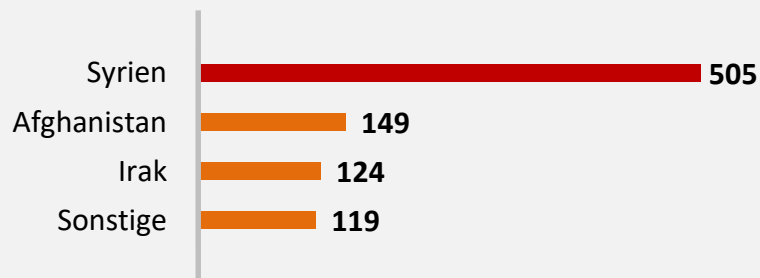
Fast 1,5 Mio. Nichteuropäer erhalten durch Merkels Politik Hartz IV

aktualisiert

Regelleistungsberechtigte Ausländer im Vergleich in Tausend nach Herkunft (Stand: März 2022)



Asylherkunftsländer in Tausend nach Herkunft (Stand: März 2022)



Quelle:

1) Bundesagentur für Arbeit: Migrationsmonitor - Deutschland und Länder, Juni 2022

1

- Von den über 1,9 Mio. Ausländern, die im März 2022 eine Grundsicherung für Arbeitssuchende bezogen, erhielten über 1,49 Mio. Nicht-EU-Europäer Hartz-IV.

2

- Während 2011 noch lediglich 19 % der Hartz-IV-Empfänger eine ausländische Staatsangehörigkeit hatten, sind es bereits heute über 38 % Ausländer.

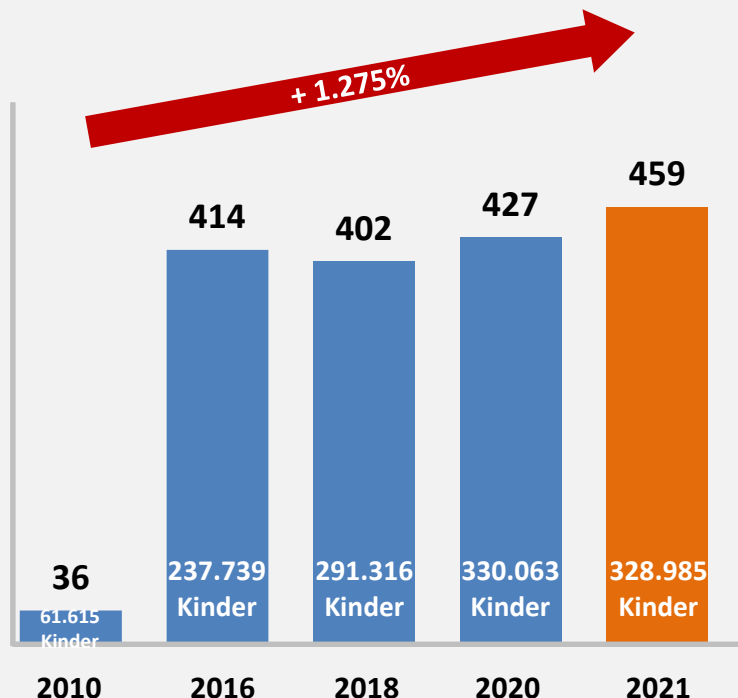
3

- Die Anzahl der Hartz-IV-Empfänger aus den acht Hauptherkunftsländern (Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia, Syrien) stieg von 2013 bis März 2022 von 163.000 auf 895.713. Das entspricht einer Zunahme von 450 %. Die Syrer stellen mit fast 26,5 % die größte Gruppe unter den ausländischen Hartz-IV-Empfängern.

459 Mio. Euro Kindergeld gingen im Jahr 2021 ins Ausland

aktualisiert

Kindergeld an Konten im Ausland in Mio. Euro nach Jahren



Quellen:

- 1) Schriftliche Fragen, René Springer (AfD-MdB), Drs. 19/25900, 12.01.2021
- 2) Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Kindergeldstatistik – Entwicklungen im Zeitverlauf, Drs. 19/11307, 02.07.2019
- 3) Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Zahlung von Kindergeld an ausländische Kindergeldberechtigte, Drs. 19/1275, 20.03.2018
- 4) Junge Freiheit: „Deutschland überweist 459 Millionen Euro Kindergeld ins Ausland“, 01.05.2022

1

- Die Bundesagentur für Arbeit überwies im Jahr 2021 459 Mio. Euro Kindergeld für fast 329.000 Kinder ins Ausland (nach Einkommensteuergesetz und Bundeskindergeldgesetz). Das ist eine fast 1.300 prozentige Steigerung zum Jahr 2010 (36 Mio. Euro).

2

- „Auch Leistungen wie der Kinderbonus 2020 (300 Euro pro Kind), der Kinderbonus 2021 (150 Euro pro Kind) sowie der Kinderbonus 2022 (100 Euro pro Kind) werden aufgrund der bestehenden EU-Verordnung (EG) Nr. 883/2004 an im Ausland lebende Kinder gezahlt.“

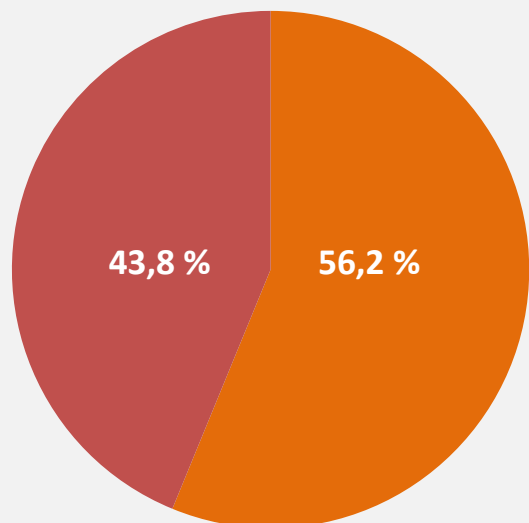
3

- „In einigen osteuropäischen Ländern entspricht das Kindergeld für zwei Kinder bereits einem Monatslohn. Dem deutschen Steuerzahler, der aufgrund der Inflation hier kaum noch seine Miete zahlen kann, ist das nicht mehr vermittelbar“, kritisierte der AfD-Politiker René Springer.

Fast 44 % aller Asylbewerber sind angeblich minderjährig

aktualisiert

Asylanträge nach Altersgruppe in % im Jahr 2022



■ Minderjährige ■ Erwachsene

Quellen:

1) Statista: Verteilung der Asylbewerber in Deutschland nach Altersgruppen im Jahr 2022, 11.07.2022

2) Die Linke: Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das Jahr 2020, Drs. 19/26738, 18.02.2021

3) Focus: „Zeifel an Minderjährigkeit: 40 Prozent der überprüften Flüchtlinge gaben Alter falsch an“, 17.09.2019

1

- In den letzten Jahren wanderten immer mehr minderjährige Migranten unter 18 Jahren nach Deutschland illegal ein bzw. wurden hier geboren. Im Jahr 2022 waren bereits 43,8 % der Asylbewerber unter 18 Jahre alt.

2

- Das Institut für Rechtsmedizin des Universitätsklinikums Münster stellte fest, dass fast 40 % der untersuchten minderjährigen Migranten ihr Alter falsch angaben. Die Bundesregierung ging jedoch davon aus, dass im Jahr 2020 nur 2,4 % (4.488) ein falsches Alter mitteilten. Röntgenuntersuchungen, die zweifelsfrei das Alter nachweisen, werden nur selten angewendet.

3

- Auch von Datenträgern (Mobilfunkgeräte) lassen sich Erkenntnisse über das Alter herauslesen. Dennoch wurden im Jahr 2020 nur 2.581 Auswertungsanträge gestellt. Davon wurden 1.779 Datenträger-Auswertungen freigegeben.

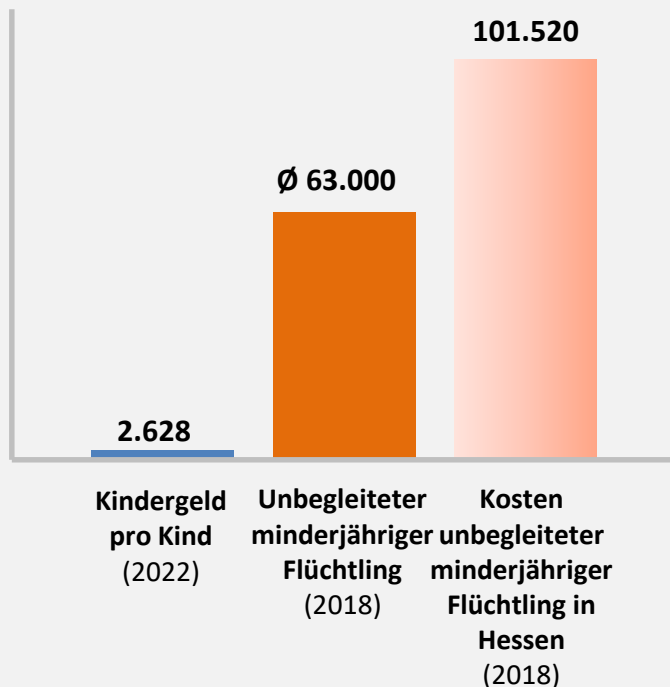
4

- Nach Auswertung von 1.270 Ergebnisdokumentationen bestätigten 29,5 % die Identität der Antragsteller, 1,8 % wurden widerlegt und bei 68,7 % (872) waren keine Erkenntnisse verwertbar.

Staat: Viel mehr Geld für minderjährige Flüchtlinge als für eigene Kinder

aktualisiert

Kindergeld versus Kosten pro unbegleitetem minderjährigem Flüchtling in Euro nach Jahren



Quellen:

- 1) Kleine Anfrage der Fraktion der AfD im Hessischen Landtag: Unterbringung unbegleiteter, minderjähriger Ausländer in Hessen, Drs. 20/367, 05.08.2019
- 2) Destatis: 61.400 Inobhutnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen im Jahr 2017
- 3) Tichys Einblick: „100.000 Euro Kosten für einen Jung-Asylbewerber, 05.08.2018
- 4) Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Unbegleitete Minderjährige in Deutschland
- 5) Kindergeld, Tabelle 2022

1

- Lagen die monatlichen Ausgaben im Bundesdurchschnitt bei 5.250 Euro (2018), kosteten unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Hessen sogar 8.460 Euro im Monat (101.520 Euro pro Jahr).

2

- Für einen unbegleiteten minderjährigen Flüchtling gibt der hessische Staat das 39-fache dessen aus, was die Bundesregierung für deutsche Kinder auszugeben bereit ist.

3

- Denn eine Familie erhält für das erste Kind im Jahr 2022 pro Monat nur 219 Euro Kindergeld. Im Gesamtjahr 2022 sind das 2.628 Euro.

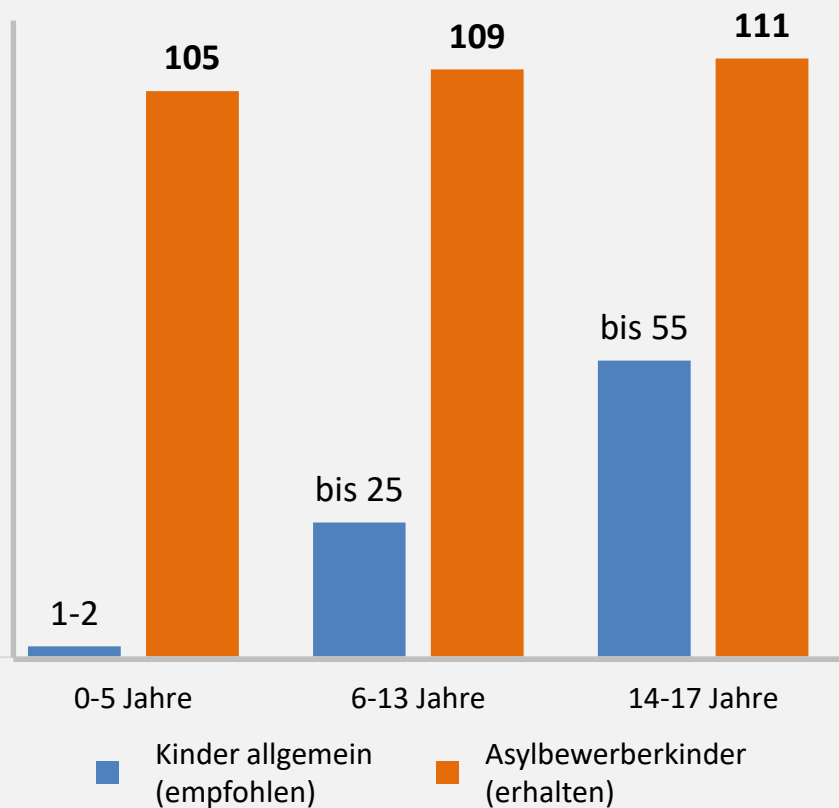
4

- Allein die Unterbringung minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge kostet nach Schätzung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes bis zu 4,8 Mrd. Euro pro Jahr.

Sind dem Staat Asylbewerberkinder mehr wert als Kinder allgemein?

aktualisiert

Taschengeldzahlungen an minderjährige Asylbewerber versus empfohlenes Taschengeld für Kinder in Euro pro Monat



Quellen:

1) Taschengeldtabelle 2022

2) Anpassung der AsylbLG-Regelsätze zum 1. Januar 2022

1

- Das Taschengeld an minderjährige Asylbewerber wird als sogenannter notwendiger persönlicher Bedarf vom Staat bezahlt. Dagegen handelt es sich bei der Höhe des Taschengeldes für Kinder allgemein lediglich um eine Empfehlung des Jugendamtes.

2

- Das Taschengeld (Leistungen für den notwendigen persönlichen Bedarf) wird in bar ausgezahlt. Minderjährige Asylbewerberkinder bis sechs Jahre erhalten 105 Euro, bis 13 Jahre 109 Euro und bis 17 Jahre 111 Euro monatlich vom Staat. Dagegen sollen Eltern ihren Kindern deutlich weniger Taschengeld geben.

Die Wohnungsnot hat sich durch die Migration deutlich verschlimmert

aktualisiert

1

- Von 2009 bis 2020 hat sich die Zahl der Wohnungslosen – vor allem durch die Migrationskrise – um 84 % erhöht.

2

- Durch den weiteren Zuzug von Migranten wird sich die Lage noch zuspitzen. Insbesondere gibt es nach Ansicht der Immobilienwirtschaft einen Bedarf von bis zu einer halben Million Wohnungen allein für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine.

3

- Bereits heute leben ca. 45.000 Menschen auf der Straße. Von denen haben 30 %, in Metropolen bis zu 50 % der auf der Straße lebenden Personen eine ausländische Staatsangehörigkeit.

4

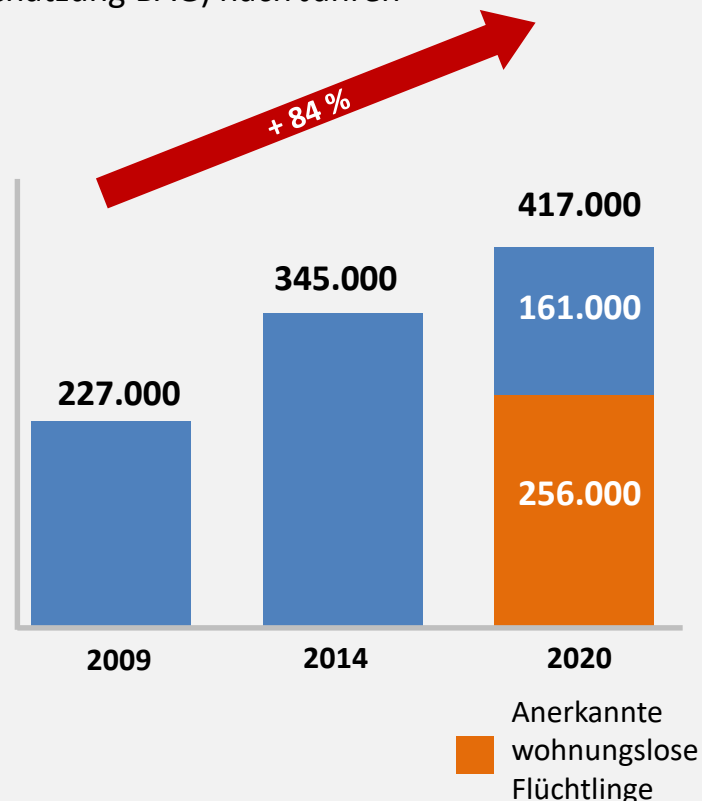
- Bis Ende Januar 2022 hatte der Staat 178.000 wohnungslose Menschen in Not- und Gemeinschaftsunterkünften vorübergehend untergebracht. 64 % davon waren ausländische Staatsbürger, bei 5 % war die Staatsangehörigkeit unbekannt.

5

- Die Wohnraumknappheit stellt ein Problem für sämtliche Bevölkerungsschichten dar, da knapper Wohnraum den Mietzins nach oben treibt.

Wohnungslose in Deutschland

Schätzung BAG) nach Jahren



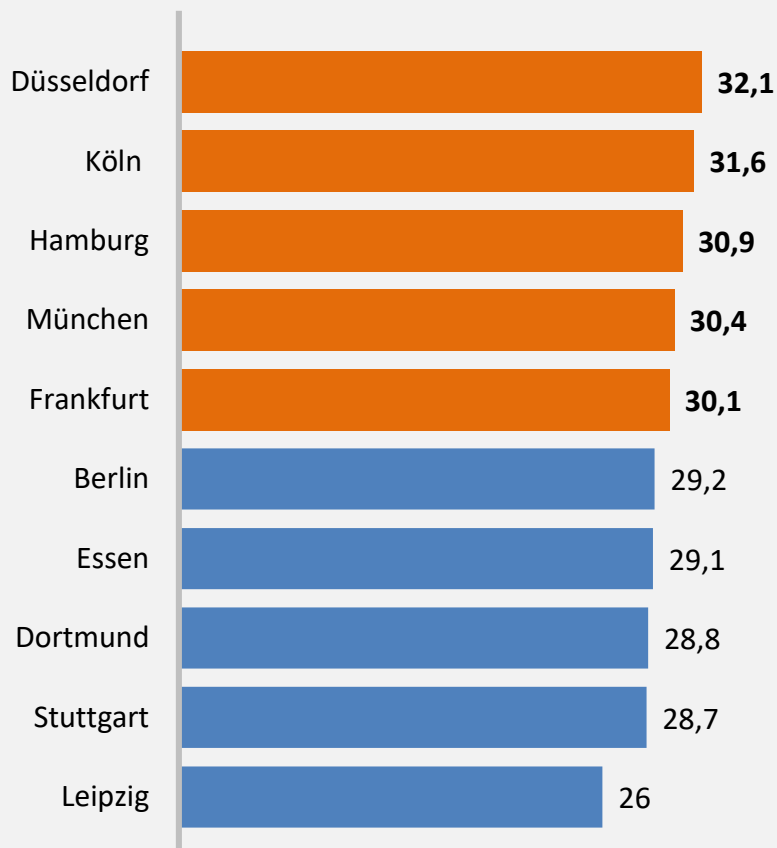
Quellen:

- 1) BAG Wohnungslosenhilfe, 21.12.2021
- 2) Institut der deutschen Wirtschaft, 21.12.2017
- 3) Statista: Schätzung zur Anzahl der Wohnungslosen in Deutschland (1995-2020)
- 4) Ärzteblatt: „Statistik: 178.000 Wohnungslose in Unterkünften“, 15.07.2022
- 5) Bayernkurier: „Hohe Mieten durch Flüchtlingskrise“, 17.02.2016

Mieten werden immer mehr zur Belastung für einheimische Bürger

NEU

Durchschnittlicher Anteil der Bruttowarmmiete am Nettoeinkommen in %



Quellen:

1) Böckler Impuls: „Mehr als zwei Millionen Mieter in prekärer Lage“, 13/2021

2) Bayernkurier: „Hohe Mieten durch Flüchtlingskrise“, 17.02.2016

1

- Laut der Hans-Böckler-Stiftung haben „fast 13 % der Miethaushalte in deutschen Großstädten nach Abzug der Miete weniger als das Existenzminimum zur Verfügung. Besonders für Menschen mit geringen Einkommen gibt es viel zu wenig bezahlbaren Wohnraum.“

2

- Dies „bringt knapp 1,1 Mio. aller Miethaushalte in deutschen Großstädten in eine sehr prekäre Lage. Diesen Haushalten mit rund 2,1 Mio. Menschen bleibt weniger als das im Sozialrecht festgelegte Existenzminimum übrig, nachdem sie Miete und Nebenkosten bezahlt haben. Dabei sind eventuelle Sozialtransfers und Wohngeld bereits berücksichtigt.“

3

- Vor allem durch die Massennmigration verschärft sich seit 2015 die Situation. Denn der Staat zahlt für die Unterbringung von Asylbewerber und Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine immer höhere Mieten. Dies führt dazu, dass kaum noch günstige Wohnungen am Markt zu finden sind und einheimische Bürger sich diese nicht mehr leisten können.

Politiker und Gewerkschafter gehören zu den unbeliebtesten Berufen

aktualisiert

Berufe mit dem höchsten und geringsten Ansehen, 2022

Rang	Hohes Ansehen
1.	Feuerwehrmann
2.	Krankenpfleger
3.	Arzt
4.	Altenpfleger
5.	Polizist
6.	Erzieher
7.	Müllmann
8.	Richter

Rang	Niedriges Ansehen
1.	Versicherungsvertreter
2.	Mitarbeiter Werbeagentur
3.	Mitarbeiter Telefongesellschaft
4.	Politiker
5.	Bankangestellter
6.	Steuerbeamter
7.	Gewerkschaftsfunktionär
8.	Beamte

Quelle:

1) Monitor öffentlicher Dienst (hier: Beruferanking), 2022

1

- Obwohl soziale Berufe wie Alten- und Krankenpfleger hohes Ansehen genießen, fortwährend von der Politik gelobt und beklatscht werden, ist die Entlohnung dem Engagement und der Arbeitsbelastung nicht angemessen.

2

- Neben Bank- und Versicherungsangestellten sowie Mitarbeitern von Werbeagenturen bzw. Telefongesellschaften sind vor allem Politiker und Gewerkschafter, aber auch Beamte und Journalisten unbeliebt. Zum Vorjahr ist die Berufsgruppe der Politiker um einen Rang weiter abgestiegen.

3

- Die Beliebtheits- bzw. Unbeliebtheitsfaktoren sind auf Erfahrungen zurückzuführen, die die Bürger mit diesen Berufsgruppen gemacht haben.

4

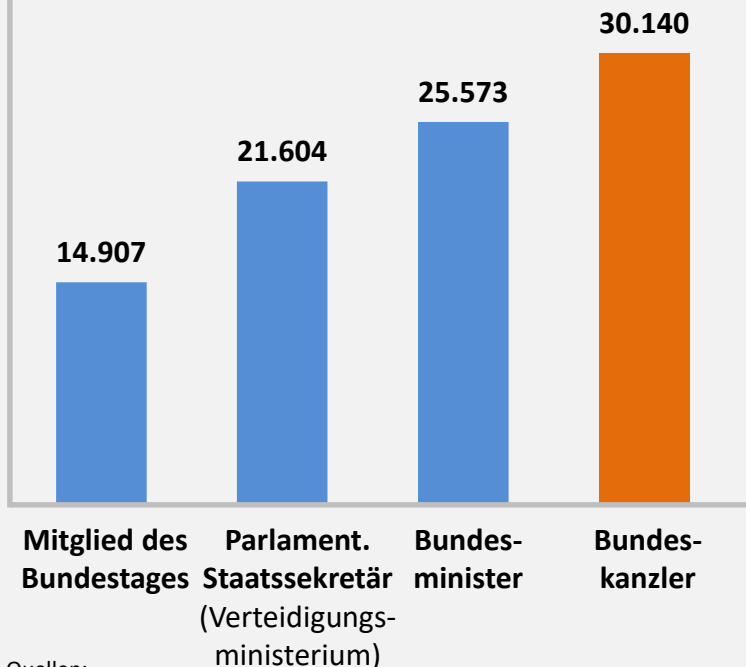
- Nicht von ungefähr zählen daher Feuerwehrmänner, Ärzte, Kranken- und Altenpfleger sowie Polizisten, aber auch Müllmänner zu den angesehensten Berufsgruppen.

Die Diäten für Politiker und Minister steigen trotz Krise deutlich

NEU

Monatliche Diäten in Euro ab dem 1. Juli 2022

In Hessen erhalten die Mitglieder des Landtages eine monatliche Entschädigung von 8.521 Euro.



Quellen:

1) Bild: „Mehr als 30 000 Euro für Scholz“, 30.06.2022

2) Deutscher Bundestag: Bekanntmachung der Anpassung der Abgeordnetenentschädigung, Drs. 20/1516, 27.04.2022

3) Stephan Brandner (AfD): „Armut auf Höchststand aber deutliche Diätenerhöhung für Abgeordnete“, 30.06.2022

1

- Nach einer Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion erhält Bundeskanzler Olaf Scholz ein Gehalt von 30.140 Euro pro Monat. Die Bundesminister kommen auf monatlich 25.573 Euro.

2

- Die Abgeordneten-Diäten stiegen ab Juli 2022 um 3,1 %. Die Ampelkoalition hatte einen entsprechenden Beschlussvorschlag vorgelegt. Die Anpassung wurde von CDU/CSU, SPD, Grünen und FDP gegen die Stimmen der Linken und der AfD angenommen. Stephan Brandner (AfD) „hält die Entwicklung für gefährlich, zeige sie doch, dass sich die Gruppe der Politiker immer weiter vom Volk entferne“.

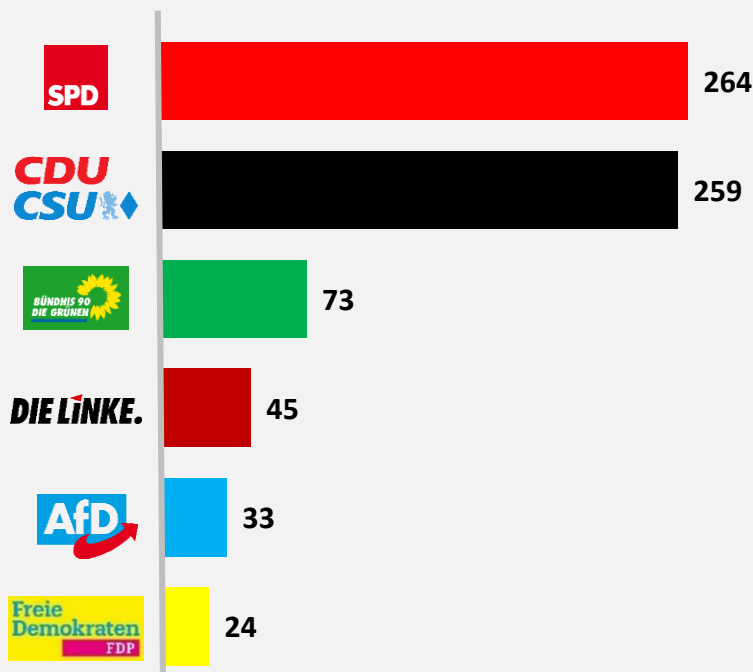
3

- Die Abgeordneten des Hessischen Landtages erhalten seit dem 1. Juli 2022 jeden Monat eine Vergütung in Höhe von 8.521 Euro brutto (vorher: 8.206 Euro).

SPD ist reichste Partei Deutschlands, danach folgen CDU und Grüne

NEU

Reinvermögen der deutschen Parteien in Mio. Euro im Jahr 2020



Quellen:

1) Presse Augsburg: „Reinvermögen der deutschen Parteien steigt stark“, 08.06.2022

2) Bundeszentrale für politische Bildung: „Einnahmen und Ausgaben der Parteien“, 22.06.2020

1

- Zusammen kamen alle sieben im Bundestag vertretenen Parteien im Jahr 2020 auf ein Reinvermögen von fast 697 Mio. Euro. Im Vergleich zum Jahr 2019 war das eine Steigerung von 12,5 % (619 Mio. Euro). Im Jahr 2018 verbuchten die Parteien noch Einnahmen von 511 Mio. Euro.

2

- Mit Ausnahme der CSU (- 2,1 Mio. Euro) steigerten alle anderen sechs Parteien zum Vorjahr ihr Reinvermögen (SPD: + 20,2 Mio. Euro; CDU: + 28,9 Mio. Euro; Bündnis 90/Die Grünen: + 11,9 Mio. Euro; Die Linke: + 6,8 Mio. Euro; AfD: + 6,6 Mio. Euro; FDP: + 5,2 Mio. Euro)

3

- Das Vermögen der AfD beruht zum größten Teil aus Spenden und Zuwendungen – sogar Erbschaften – durch private Gönner, Freunde und Mitglieder.

Unsere AfD-Forderungen zu Arbeit, Gesundheit, Rente und Soziales

NEU

1

- Das deutsche Rentensystem benachteiligt die Menschen massiv, die mit ihrem Berufsleben zu unserem derzeitigen Wohlstand beigetragen haben. Rentner müssen von ihrer Rente gut leben können, ohne Pfandflaschen sammeln zu müssen.

2

- Die Bevölkerung darf ihre Bürgerrechte nicht durch eine panikgetriebene und hoch ideologisierte Politik, ohne notwendige Evaluierung der Maßnahmen zu Corona und anderen Krankheitsbildern verlieren.

3

- Nebenwirkungen und Spätfolgen durch die sogenannte Corona-Schutzimpfungen müssen enttabuisiert und von der Politik anerkannt werden. Nur dadurch können Geschädigte auch ihr Recht auf Schadenersatz erhalten. Die verantwortlichen Politiker, welche die Impfungen als nebenwirkungsfrei und bedenkenlos öffentlich darstellen, müssen dafür rechtlich zur Verantwortung gezogen werden.

4

- Um eine Senkung der Sozialleistungen zu erreichen, müssen Bezieher von Sozialleistungen die Möglichkeit erhalten, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten. Sozialsysteme die dauerhaft arbeitsfähige Bürger versorgen müssen, sind mit einer sozialen Marktwirtschaft nicht vereinbar. Sozialsysteme als Pull-Faktoren für Migration führen zu einer völligen Überlastung und damit zu einer erheblichen gesamtgesellschaftlichen Belastung.

5

- Das Deutschland seit 2010 rund 117 Mrd. Euro an ausländische Hartz-IV-Bezieher überwiesen hat, ist ein Beleg für eine gescheiterte Migrations- und Integrationspolitik. Die Bundesregierung hat die Kontrolle über die Einwanderung in die Sozialsysteme und die daraus resultierenden finanziellen Lasten verloren. Diese Einwanderung muss gestoppt werden.

6

- Eine Altersfeststellung minderjähriger Asylbewerber muss ebenso stattfinden, wie eine erhebliche Absenkung der Betreuungskosten. Zugleich müssen Fluchtursachen beseitigt werden, damit Menschen gar nicht erst in Not kommen. Die in Hessen aufgewendeten Gelder helfen nur einer Minderheit.

7

- Kindergeld darf nur für Kinder gezahlt werden, wenn diese einen Wohnsitz in Deutschland haben. Sollte dies nicht der Fall sein, muss das Kindergeld nach dem Vorbild Österreichs an das Kindergeld des jeweiligen Landes angepasst werden.

8

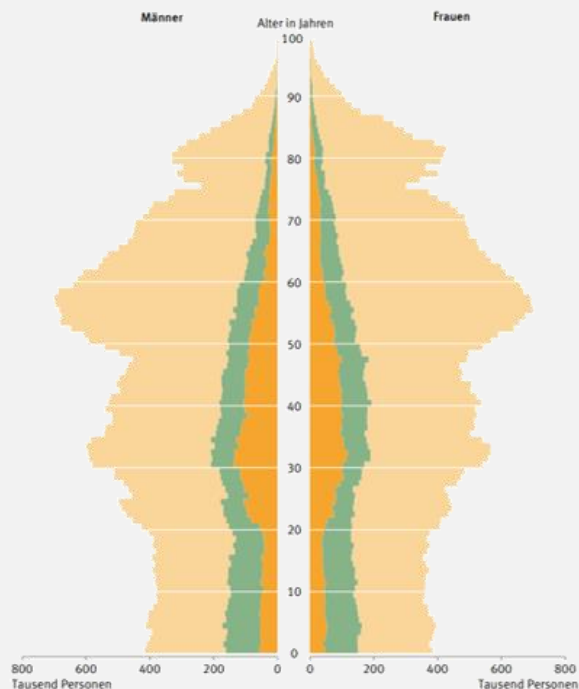
- Die Inflation verschärft ebenso wie die starke Migration seit 2015 die Situation auf dem Wohnungsmarkt deutlich. Der Staat darf für die Unterbringen von Asylanten keine höheren Mieten als die marktüblichen zahlen.

1.	Arbeit, Gesundheit, Rente und Soziales	3
2.	Demographie und Migration	33
3.	Bildung und Wissenschaft	52
4.	Energie und Umwelt	72
5.	Infrastruktur und Digitalisierung	92
6.	Steuern, Finanzen und Europäische Union	107
7.	Innere Sicherheit	140
8.	Medien	161
9.	Verteidigung	174
10.	Fazit	185

Deutsche ohne Migrationshintergrund werden zur Minderheit

aktualisiert

Bevölkerung in Privathaushalten nach Geschlecht, Migrationserfahrung und Alter 2021 Ergebnisse des Mikrozensus in Tausend



Deutsche ohne Migrationshintergrund
Ausländer
Deutsche mit Migrationshintergrund

Quellen:

1) Destatis: Bevölkerung mit Migrationshintergrund, 2021

2) Die Welt: „Höchstes Geburtendefizit in Deutschland seit Ende des Zweiten Weltkrieges“, 11.05.2022

1

- Bei den 45- bis 60-Jährigen ist der Anteil an Personen mit Migrationshintergrund in der Bevölkerung heute noch vergleichsweise gering. Im Jahr 2060 wird es aber eine deutliche Veränderung geben. Dann werden voraussichtlich überwiegend Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland leben.

2

- Der überwältigende Anteil der Steuerzahler im Jahr 2021 besteht aus Personen ohne Migrationshintergrund, die für die Transferleistungen, Infrastruktur, soziale Dienste usw. des Staates aufkommen.

3

- Problematisch ist die Altersgruppe von 0 bis 44 Jahren. Dort stellen die Personen mit Migrationshintergrund bereits heute etwa 30 % der Bevölkerung. „Im 50. Jahr in Folge verzeichnet Deutschland ein Geburtendefizit.“ So „gab es 2021 228.000 weniger Geburten als Todesfälle.“

4

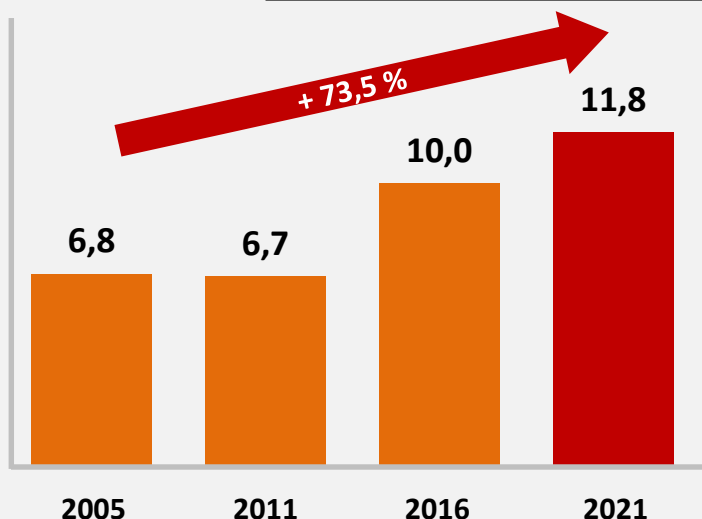
- Durch die fortschreitende Migration und die hohe Geburtenrate v. a. muslimischer Frauen werden die Deutschen ohne Migrationshintergrund in wenigen Jahrzehnten zur Minderheit im eigenen Land.

11,8 Mio. Ausländer leben in Deutschland – fast 74 % mehr als im Jahr 2005

aktualisiert

Entwicklung der ausländischen Bevölkerung in Deutschland in Mio. (Stand: 31.12.2021)

In Hessen stieg die Zahl der Personen mit Migrationshintergrund von 2005 bis 2020 von 1,4 auf 2,2 Mio. Insgesamt lebten 2021 fast 1,2 Mio. Ausländer in Hessen.



Quellen:

- 1) Destatis: Ausländische Bevölkerung, 14.04.2022
- 2) Destatis: Bevölkerung in Privathaushalten nach Migrationshintergrund insgesamt, 12.04.2022
- 3) Destatis: 20 % mehr Einbürgerungen im Jahr 2021, 10.06.2022
- 4) Destatis: Bevölkerung in Privathaushalten 2021 nach Migrationshintergrund, 12.04.2022
- 5) Hessischer Integrationsmonitor 2022
- 6) Wiesbadener Kurier: „1,16 Millionen Ausländer“, 12.05.2022

1

- Ende Dezember 2021 waren 11,8 Mio. Personen (2020: 11,4 Mio.) mit ausschließlich ausländischer Staatsangehörigkeit in Deutschland gemeldet (Hessen: 1,2 Mio. Ausländer).

2

- Seit der von Bundeskanzlerin Merkel verfügten Grenzöffnung 2015 stieg die Ausländerzahl um fast 45 % (2014: 8,2 Mio.) und seit ihrer Amtsübernahme um über 73 % (2005: 6,8 Mio.).

3

- Damit leben in Deutschland so viele Ausländer wie noch nie zuvor. Hinzu kommen 10,5 Mio. (2020: 9,8 Mio.) Deutsche, die einen Migrationshintergrund aufweisen und eine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen (Stand: 31.12.2021).

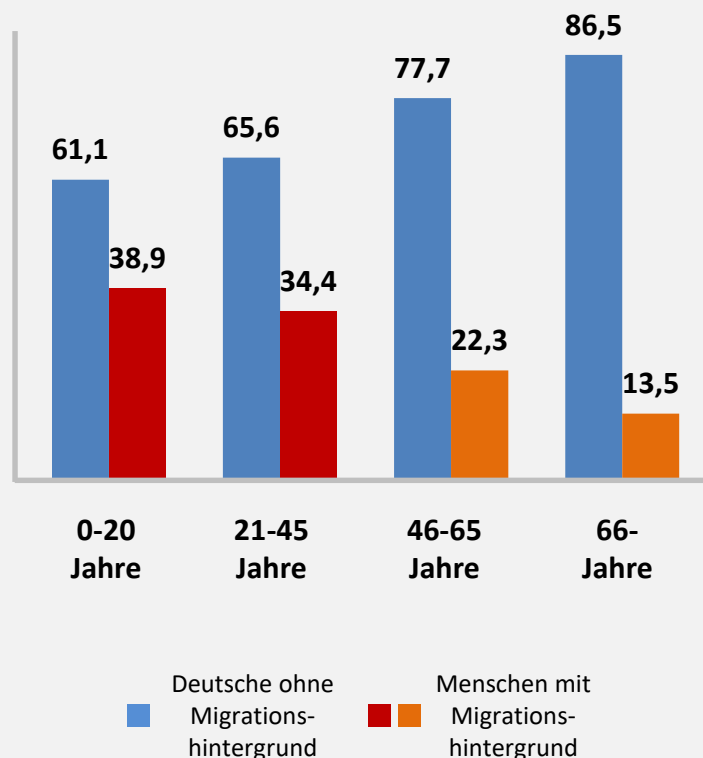
4

- Im Jahre 2021 lebten in Deutschland 2,9 Mio. Deutsche mit einer zweiten Staatsangehörigkeit. Diese werden nicht zur ausländischen Bevölkerung gerechnet. Eingebürgert wurden von 2006 bis 2021 1,8 Mio. Menschen.

In wenigen Jahrzehnten in der Minderheit?

aktualisiert

Bevölkerung in Deutschland nach Migrationsstatus und Alter in % im Jahr 2021



Quelle:

1) Destatis: Bevölkerung mit Migrationshintergrund, 2022

1

- Während Personen mit Migrationshintergrund bereits 38,9 % der Altersgruppe der bis zu 20-Jährigen in Deutschland ausmachen (6 Mio.), ist der Anteil dieser Gruppe unter den über 65-Jährigen verhältnismäßig gering (2,4 Mio.). Deutsche ohne Migrationshintergrund machen in diesen Alterskohorten derzeit 9,34 Mio. (0-20 Jahre) bzw. 15,1 Mio. (über 65 Jahre) aus.

2

- Bei Fortschreiten dieser Tendenz ist davon auszugehen, dass Menschen mit Migrationshintergrund nach Ablauf der kommenden 20 bis 30 Jahre die Bevölkerungsmehrheit bei den bis zu 40-Jährigen Personen in Deutschland stellen werden. Denn bei den Kindern bis 15 Jahren haben aktuell etwa 40 % einen Migrationsanteil.

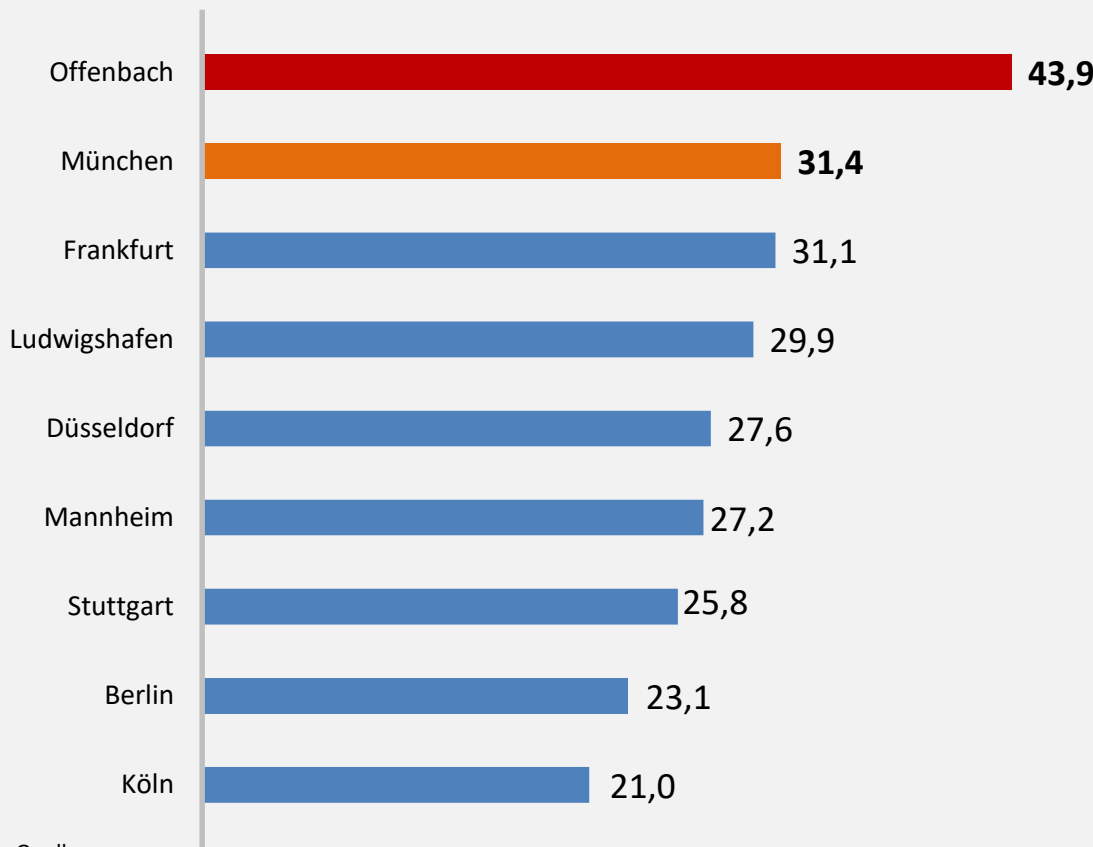
3

- Einer zunehmend vergreisenden einheimischen Bevölkerung steht dann eine junge Generation mit Migrationshintergrund gegenüber.

Bald sind in vielen deutschen Städten Menschen ohne Migrationshintergrund in der Minderheit

aktualisiert

Ausländische Bevölkerung in ausgewählten Städten in % im Jahr 2021



Quellen:

1) Sozialpolitik-aktuell.de: Ausländische Bevölkerung in ausgewählten Großstädten 2021

2) NZZ: „In deutschen Städten sieht die Mehrheitsgesellschaft ihrem Ende entgegen“, 09.07.2019

3) Die Welt: „Musliminnen bekommen deutlich mehr Kinder“, 25.07.2019 4) Bild: „Das kostet Hessen die Flüchtlingskrise“, 09.08.2021 5) Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Irrtum ist korrigierbar, Irrsinn nicht“, 11.07.2019

1

- Bereits spätestens seit 2016 gibt es in Offenbach am Main und in Frankfurt am Main mehr Menschen mit Migrationshintergrund als ohne. Allein die Zahlen nur der ausländischen Bevölkerung (siehe links) verdeutlichen dies. In Offenbach hatten Ende 2020 fast 61 % der Einwohner einen Migrationshintergrund. Tendenz – wie in allen deutschen Städten – steigend.

2

- In wenigen Jahren werden sich weitere Großstädte radikal verändern. Menschen ohne Migrationshintergrund werden überwiegend noch in ostdeutschen Städten und im Umland von Städten leben.

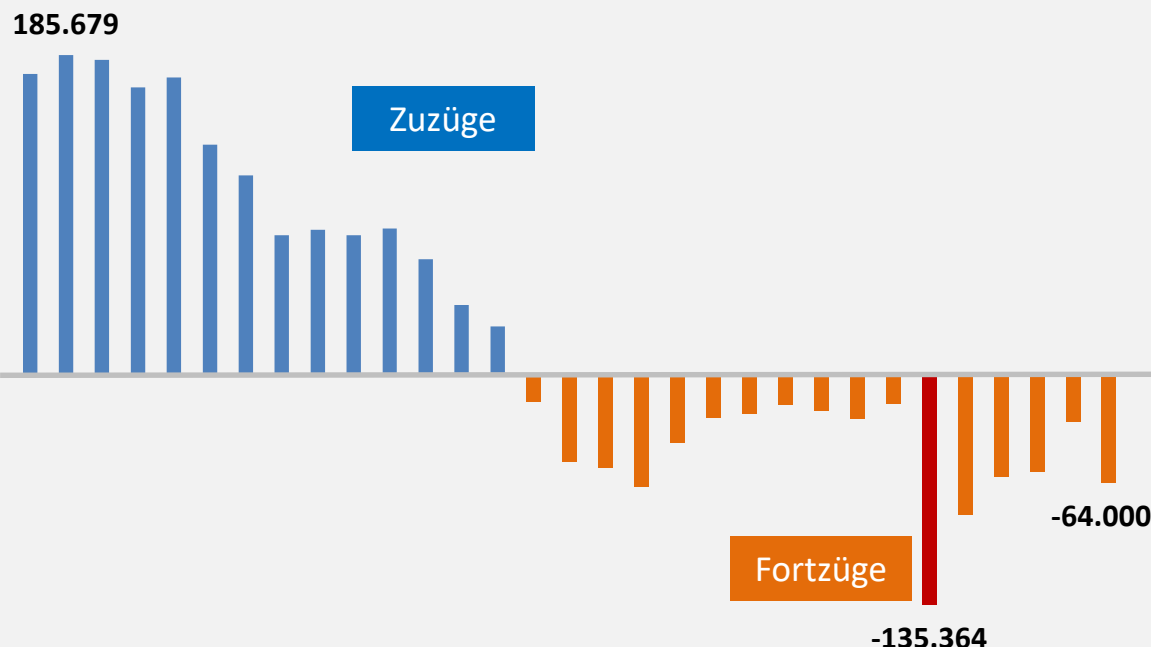
3

- Vor allem der Islam wird sich durch die hohe Anzahl unter den Einwohnern mit Migrationshintergrund weiter in den deutschen Großstädten ausbreiten. Durch die hohe Geburtenrate muslimischer Frauen wird sich die Zahl der Muslime in Deutschland deutlich erhöhen.

Seit 2006 sind fast 800.000 deutsche Fachkräfte netto ausgewandert

aktualisiert

Fort- und Zuzüge Deutscher aus Deutschland nach Jahren und Anzahl insgesamt



Jahr						
1991	1996	2001	2006	2011	2016	2021

Quellen:

1) Destatis: Migration 2021: 329 000 Personen mehr zu- als abgewandert, 28.06.2022

2) Kleine Anfrage der Fraktion der AfD im Hessischen Landtag: Spätaussiedler in Hessen – Teil I, Drs. 20/5566, 10.08.2021

1

- Von 2005 bis 2021 wanderten über 792.000 Deutsche für immer aus (Fortzug abzüglich Zuzug). Das zweite Corona-Jahr hat wieder zu einer größeren Nettoabwanderung geführt.

2

- Vor 2005 gab es noch eine Nettozuwanderung von Deutschen, v. a. Spätaussiedler (1,6 Millionen). Nach Hessen wanderten von 1991 bis 2005 insgesamt 155.420 Deutsche ein, von 2006 bis 2020 nur noch 5.484.

3

- Es sind v. a. Fachkräfte, die aus Deutschland auswandern. Dies ist u. a. den im internationalen Vergleich ungünstigen Arbeitsbedingungen (geringe Löhne bei relativ hohen Abgaben) geschuldet.

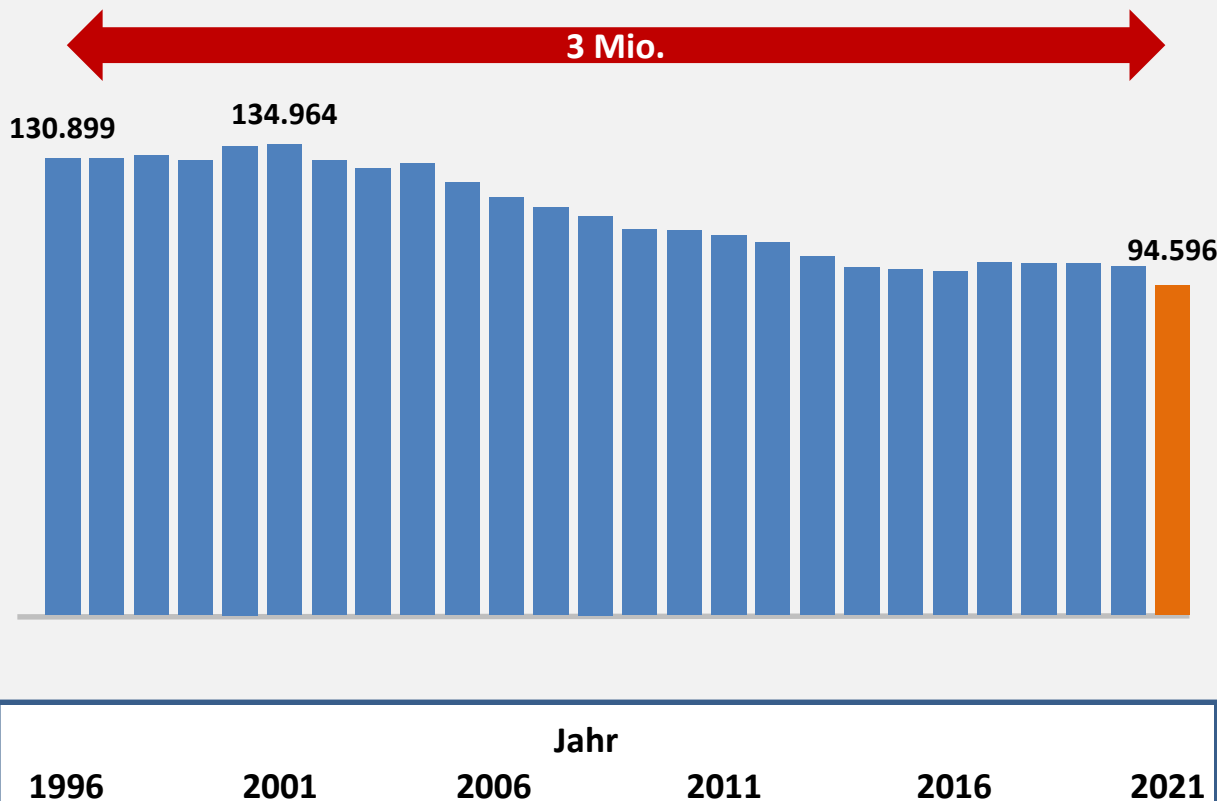
4

- Am liebsten ziehen Deutsche in die Schweiz, nach Österreich und in die USA.

In 25 Jahren wurden fast 3 Millionen Babys im Mutterleib getötet ...

NEU

Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland nach Jahren und Anzahl



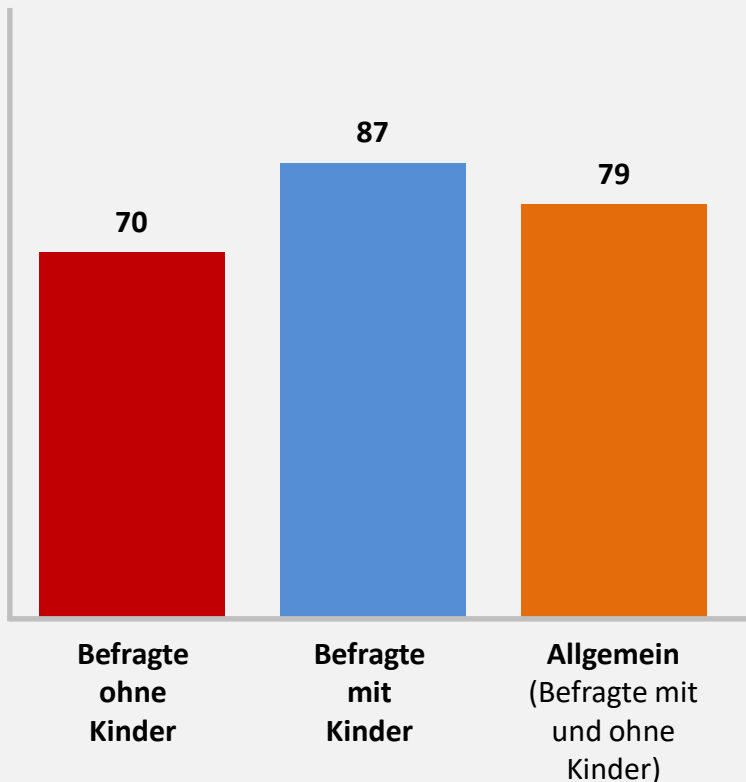
Quelle:
1) Statista: Anzahl der Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland, 24.01.2022

- 1
 - Im Jahr 2021 wurden in Deutschland 94.600 Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen. Insgesamt wurden seit 1996 fast drei Millionen Föten abgetrieben.
- 2
 - Gerade die hohe Abtreibungszahl ist unbestreitbar ein wesentlicher Grund für das Geburtendefizit in Deutschland.
- 3
 - Die Folgen sind gravierend. Die Bevölkerung schrumpft und ist überaltert. Dies führt zu einem Erwerbstätigenmangel gegenüber immer mehr Rentnern.
- 4
 - Eine Einwanderung bzw. ein Familiennachzug insbesondere von Muslimen mit hoher Geburtenrate, aber geringerer Qualifikation, wird die Probleme nicht lösen, sondern verstärken.

... dabei fördert gerade die Familie das Glücklichein

NEU

Einfluss der Familie auf das Glücklichein in % im Jahr 2022



Quelle:

1) Bild: „Familie macht glücklich!“, Insa-Umfrage, 14.05.2022

1

- „Die Familie wird von jedem Einzelnen, aber auch von der Gesellschaft insgesamt mehrheitlich als das stabile Fundament angesehen, ist Quelle von Glück und Zufriedenheit und schützt sogar vor Einsamkeit und Drogen.“

2

- Gibt es Kinder in Familien, steigt auch das Glücklichein (87 %). Ohne Kinder sind nur 70 % zufrieden.

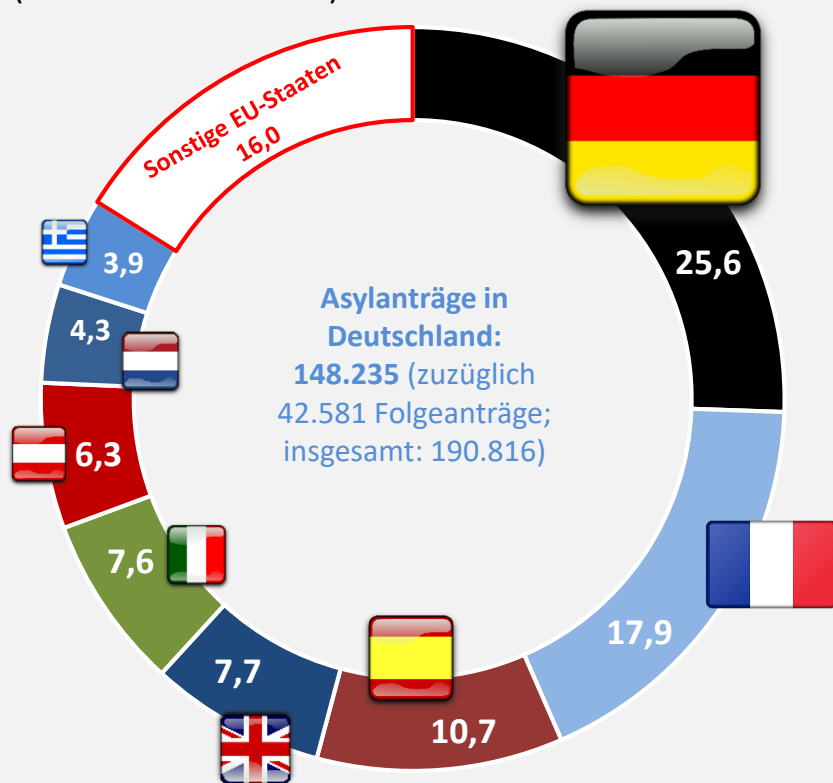
3

- „Zwei Drittel der minderjährigen Kinder (62 %) wachsen nach [der] Befragung bei ihren miteinander verheirateten Eltern auf. Die traditionelle Familie aus Vater, Mutter, Kind/er ist das am häufigsten praktizierte Modell.“

Deutschland nahm im Jahr 2021 ein Viertel aller Asylanten auf ...

aktualisiert

Anzahl der erstmaligen Asylbewerber in der EU
(inkl. Großbritannien) in % im Jahr 2021



Quellen:

- 1) Statista: Europäische Union: Anzahl der erstmaligen Asylbewerber, 12.04.2022
- 2) Bundeszentrale für Politische Bildung: Asylanträge in Deutschland, 12.08.2022
- 3) Europäisches Parlament: Asylanträge 2020
- 4) Statista: Vorgesehene Verteilung der Asylbewerber auf die Bundesländer in Deutschland nach dem Verteilungsschlüssel im Jahr 2022, 18.03.2022

1

- Deutschland trug mit 148.235 erstmaligen Asylanträgen im Jahr 2021 erneut den Großteil der Migration in Europa. Das waren fast 26 % aller in diesem Zeitraum in die Europäische Union (inklusive Großbritannien) gekommenen Migranten (579.290).

2

- Insgesamt wurden im Jahr 2021 in Deutschland 190.816 Asylanträge gestellt. Darin enthalten sind 42.581 Folgeanträge. Bis Anfang August 2022 wurden bereits 113.171 Asylanträge gestellt.

3

- Vergleicht man die Asylbewerberzahlen von Deutschland mit anderen Staaten, zeigt sich, dass das flächenmäßig etwa gleich große Italien nur 43.905 und das deutlich größere Frankreich nur 103.810 Asylanten und Griechenland nur 22.660 Migranten aufgenommen hatten.

4

- Rechnet man die Migranten, die 2021 nach Hessen (14.197) und Nordrhein-Westfalen (40.224) verteilt wurden zusammen, haben beide Bundesländer mehr Migranten als Italien (43.905), Griechenland (22.660) oder Schweden (10.180) aufgenommen.

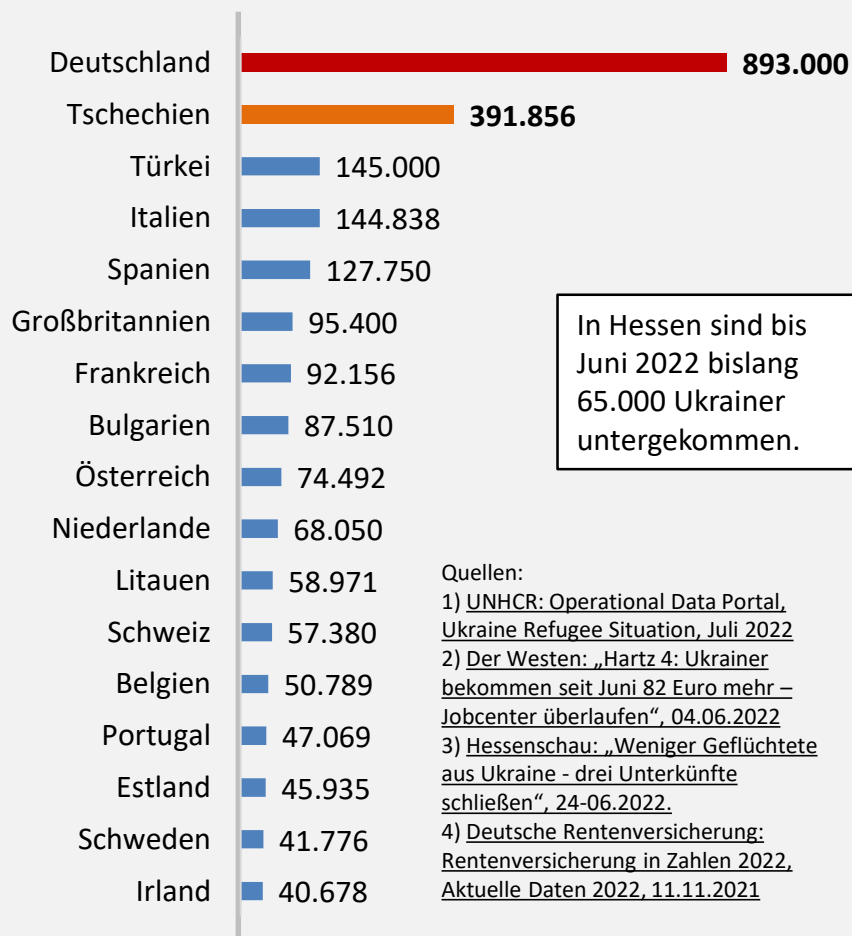
5

- Belgien (19.605), die Niederlande (24.830), Schweden (10.180), Polen (6.240), Irland (2.615), Dänemark (2.015), Norwegen (1.615), Finnland (1.365) oder Portugal (1.350) nahmen im Jahr 2021 vergleichsweise wenige Migranten auf.

...und trägt bei ukrainischen Kriegsflüchtlingen eine Hauptlast

NEU

Vorläufig registrierte Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine (ohne Anrainerstaaten) am 12. Juli 2022



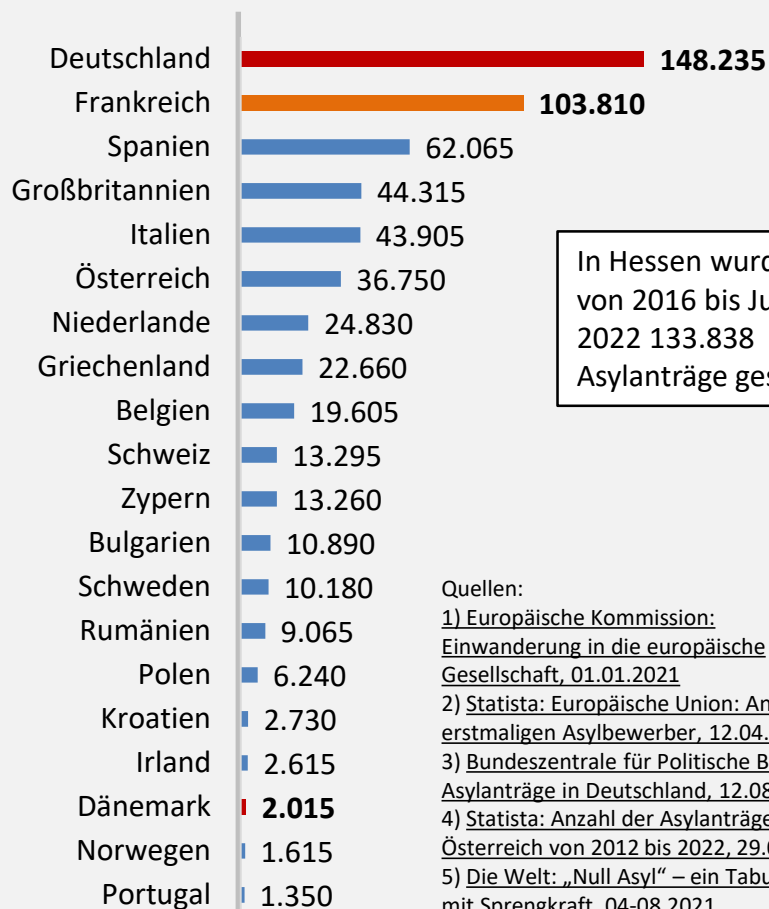
1. Neben den von Januar bis Anfang August 2022 illegal nach Deutschland eingereisten 113.171 Migranten, nahm Deutschland vom 24.02. bis 12.07.2022 zusätzlich noch 893.000 ukrainische Kriegsflüchtlinge auf.
2. Dagegen haben Italien, Spanien, Großbritannien und Frankreich nur zwischen 10 bis 16 % des deutschen Anteils an Ukrainern aufgenommen. Ein Grund, warum Ukrainer besonders gerne nach Deutschland fliehen, sind die höheren Sozialleistungen.
3. Denn seit dem 1. Juni können ukrainische Kriegsflüchtlinge 2022 Hartz-IV beantragen. Ein Ukrainer hat damit Anspruch auf 449 Euro Regelsatz (Hartz-IV), plus Kosten der Unterkunft, plus Mehrbedarfe. Ein Ukrainer kostet daher pro Monat mehr als 1.000 Euro. Demgegenüber erhalten Rentner, die 45 Jahre in das Sozialsystem eingezahlt haben, im Durchschnitt 1.179 Euro im Monat (Männer, Frauen = 801).
4. Für die betroffenen Ukrainer bedeutet die neue Regelung, dass sie deutlich mehr Geld erhalten, als der Regelsatz aus dem Asylbewerberleistungsgesetz.
5. Viele Ukrainer sind zudem in die Anrainerstaaten geflohen. u. a. nach Russland (1,6 Mio.), Polen (1,2 Mio.), Moldawien (84.562), Slowakei (81.179), Rumänien (45.530) und Ungarn (26.563).

„Null-Asyl“-Politik der sozialdemokratischen dänischen Regierung wirkt

aktualisiert

Hauptziel der Asylanten

nach ausgewählten Staaten im Jahr 2021



In Hessen wurden
von 2016 bis Juni
2022 133.838
Asylanträge gestellt.

Quellen:

1) Europäische Kommission:

Einwanderung in die europäische
Gesellschaft, 01.01.2021

2) Statista: Europäische Union: Anzahl der
erstmaligen Asylbewerber, 12.04.2022

3) Bundeszentrale für Politische Bildung:
Asylanträge in Deutschland, 12.08.2022

4) Statista: Anzahl der Asylanträge in
Österreich von 2012 bis 2022, 29.07.2022

5) Die Welt: „Null Asyl“ – ein Tabubruch
mit Sprengkraft, 04-08.2021

1

- Trotz Corona nahmen die Asylbewerberzahlen im Jahr 2021 deutlich zu. So beantragten über 148.000 Migranten erstmalig in Deutschland Asyl. Allein bis Anfang August 2022 kamen weitere 113.171 Asylbewerber hinzu.

2

- Nicht nur die osteuropäischen EU-Staaten verhalten sich restriktiv gegenüber Asylanten, sondern auch Großbritannien, die Niederlande, Portugal und Irland. Die sozialdemokratische Regierung Dänemarks setzt auf eine Null-Asylbewerber-Politik.

3

- In Österreich gingen von Ende 2016 bis Ende 2019 die Asylbewerberzahlen um 40 % zurück. Dies war eine Folge der Politik der Regierungskoalition aus ÖVP und FPÖ. Seitdem die ÖVP mit den Grünen koalitiert, stiegen die Zahlen um 209 % wieder an.

4

- Erhalten jedes Jahr so viele Asylanten eine positive Entscheidung wie im Jahr 2021, müsste jeweils eine neue Stadt in der Größe von Paderborn oder Regensburg in Deutschland errichtet werden.

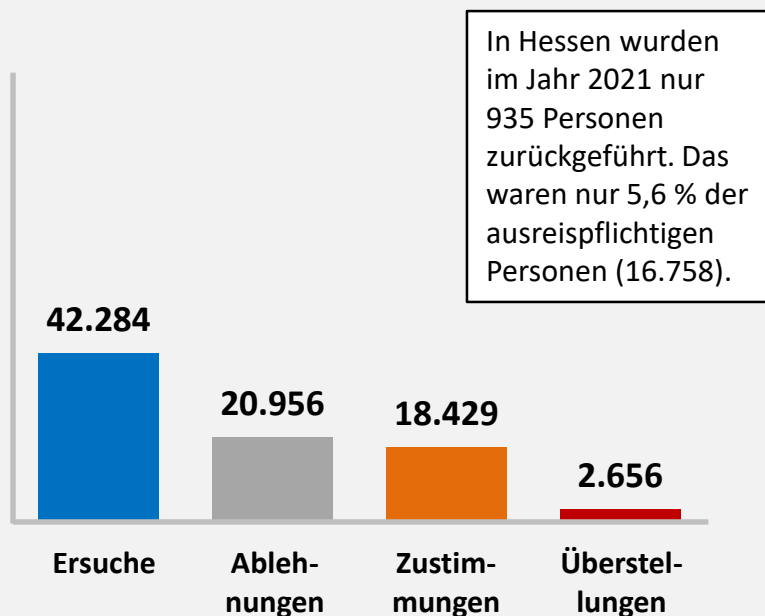
5

- Gemessen an ihrer Bevölkerungsdichte (Einwohner pro km²) könnten Frankreich (105), Irland (68), oder Bulgarien (66) im Vergleich zu Deutschland (229) deutlich mehr Migranten aufnehmen.

Dublin-III: Griechenland nimmt einen und überstellt 531 Migranten

aktualisiert

Übernahme-Ersuche und Überstellungen von Migranten an die EU-Mitgliedstaaten im Jahr 2021



Quellen:

- 1) Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Das Bundesamt in Zahlen 2021, 2022
- 2) Kleine Anfrage der Fraktion der AfD im Hessischen Landtag: Ausreisepflichtige Ausländer in Hessen, Drucks. 20/1087, 20/2855, 20/3241, 20/3242 und 20/3243, 23.03.2021
- 3) Kleine Anfrage der AfD im Hessischen Landtag: Ausreisepflichtige Ausländer in Hessen – Kosten für das Land Hessen, Drs. 20/5911, 23.07.2021
- 4) Kleine Anfrage der Fraktion der AfD im Hessischen Landtag, Drs. 20/5912, 05.07.2021
- 5) Kleine Anfrage Dr. Dr. Rainer Rahn (Fraktion der AfD im Hessischen Landtag): Ausreisepflichtige Personen in Hessen, Drs. 20/7896, 14.04.2023

1

- Über 99 % aller Migranten reisen über einen Drittstaat illegal nach Deutschland ein. Diese müssten aufgrund der Dublin-III-Verordnung wieder in den EU-Staat abgeschoben werden, über den sie nach Deutschland eingereist sind.

2

- Für das Jahr 2021 wären das fast 189.000 Menschen gewesen. Doch die Bundesregierung stellte nur 42.284 Übernahme-Ersuche an die EU-Staaten. Von diesen Übernahme-Ersuchen wurden nur 18.429 akzeptiert. Überstellt wurden letztlich nur 2.656 (6,3 %).

3

- Die Regierungen anderer EU-Mitgliedstaaten brechen permanent das EU-Recht, indem sie die Rücknahme der aufzunehmenden Migranten ihrerseits regelmäßig verweigern. Deutschland hält sich daran. Dies erkennt man daran, dass Deutschland sogar von den anderen EU-Staaten 4.274 Migranten zurücknahm. Dies entspricht 27 % der Gesuche.

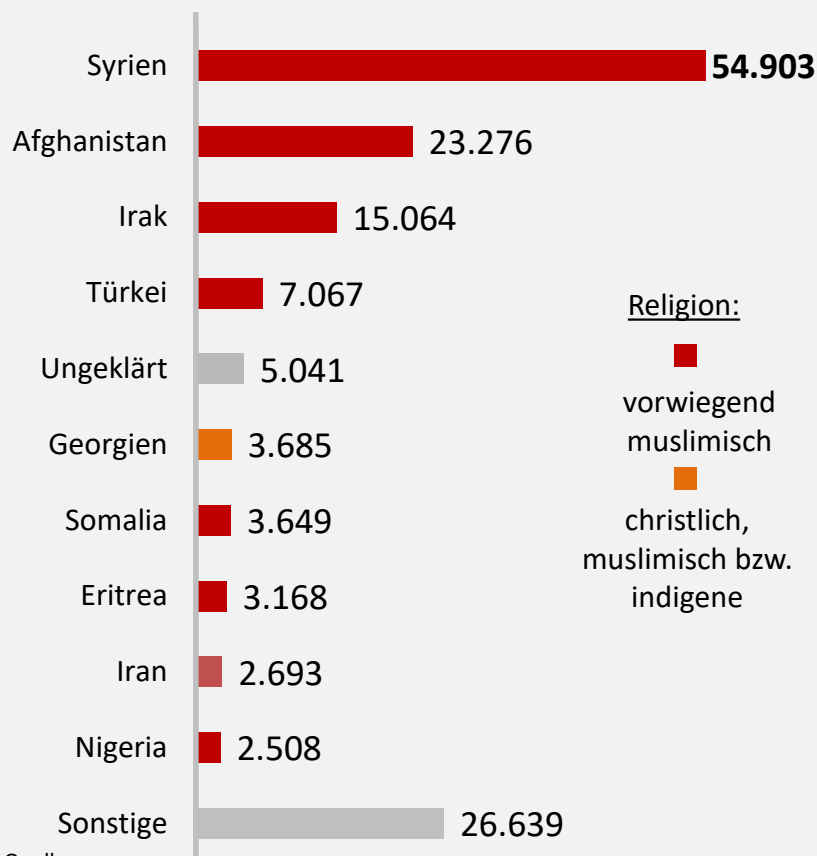
4

- Einige EU-Staaten weigern sich, Dublin-III anzuerkennen. Beispielsweise hat Griechenland nur einen Migranten im Jahr 2021 aus Deutschland zurückgenommen. Gleichzeitig überstellte Griechenland an Deutschland aber 531 Migranten.

Insbesondere Muslime und Afrikaner wandern nach Deutschland ein

aktualisiert

Gesamtzahl der Erstanträge auf Asyl (Top 10) nach Hauptstaatsangehörigkeiten im Jahr 2021 (148.233)



Quellen:

1) Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Das Bundesamt in Zahlen 2021, 2022. 2) Destatis: Ausländische Bevölkerung nach Geschlecht und ausgewählten Staatsangehörigkeiten am 31.12.2021, 14.04.2022 3) Bundeszentrale für Politische Bildung: Asylanträge in Deutschland, 27.06.2022

1

- Nach Syrern und Afghanen stellten im Jahr 2021 die Iraker und Türken als größte Migrantengruppen in Deutschland Erstanträge auf Asyl.

2

- Über 6,8 Millionen Ausländer stammen aus Nicht-EU-Staaten, vornehmlich aus arabischen und afrikanischen Staaten.

3

- Weiterhin reisen täglich bis zu 500 Migranten illegal über die offenen Grenzen nach Deutschland ein. Das waren allein in den ersten sechs Monaten des Jahres 2022 über 90.000 Personen.

4

- Aufgrund des Königsteiner Schlüssels (Quote) muss Hessen 7,44 % aller Asylanten aufnehmen. In 2021 wurden 13.377 (2020: 8.199) Personen aufgenommen.

In Deutschland leben 5,6 Millionen Muslime – konservativ geschätzt

aktualisiert

Muslimische Bevölkerung in Deutschland nach Regionen und prozentualer religiöser Aufteilung im Jahr 2020, konservative Schätzung



Quellen:

- 1) Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Neue Studie „Muslimisches Leben in Deutschland 2020“ zeigt mehr Vielfalt, 28.04.2021, 2) Eigene Berechnungen,
- 3) Bevölkerung: Migration und Integration, 4) FAZ: „Anteil der Muslime in Deutschland könnte sich bis 2050 verdoppeln“, 30.11.2017, 5) Statista: Religionszugehörigkeit der Deutschen nach Bundesländern, September 2011
- 6) ZDF: Zahl der Muslime deutlich gestiegen, 28.04.2021

1

- Laut dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge lebten 2020 zwischen 5,3 bis 5,6 Millionen Muslime in Deutschland. Genaue Zahlen sind nicht bekannt.

2

- Laut dem Pew Research Center lebten Ende 2016 bereits etwa 5 Mio. Muslime in Deutschland. Statista belegt aber für das Jahr 2009 bereits 4,3 Mio. Da von 2010 bis Mitte 2019 über 4 Mio. – v. a. Muslime – einwanderten, können die Zahlen nicht stimmen.

3

- Österreich bietet sich als Vergleichsstaat sehr gut an. Dort leben derzeit etwa 700.000 Muslime, das sind knapp 8 % der Bevölkerung. Im Umkehrschluss müssten auch in Deutschland etwa sieben Mio. Muslime leben.

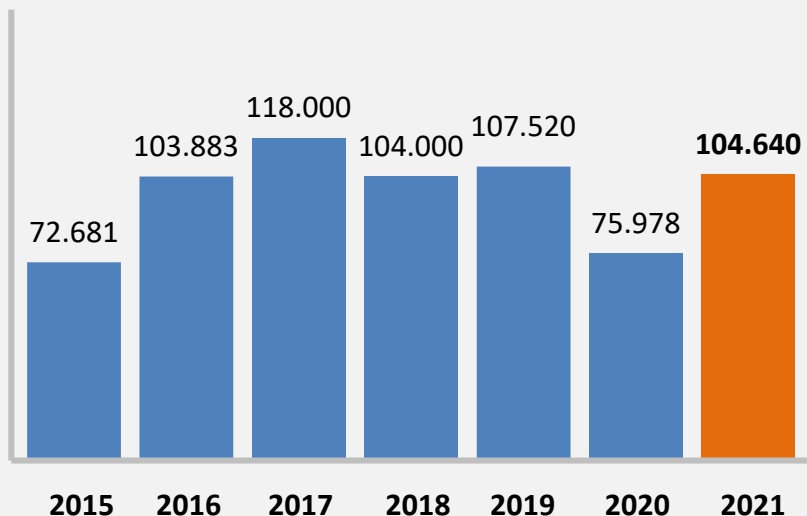
4

- Bereits 2011 waren 7 % (über 417.000) der Einwohner Hessens Muslime. Aufgrund der gesteigerten Zuwanderung der letzten Jahre dürfte deren Zahl deutlich gestiegen sein.

Bereits 690.000 Visa für Familiennachzug – dem EuGH reicht das nicht

aktualisiert

Visaerteilung für Familiennachzug nach Anzahl und Jahren



Quellen:

- 1) Die Welt: „322.000 Visa für Familiennachzug seit 2015 erteilt“, 09.07.2018
- 2) Bild: „55.000 Visa für Familiennachzug“, 01.08.2018 3) AfD Kompakt: „Durch Familiennachzug steigt die Zahl von Migranten ohne Bleiberecht jeden Tag“, 20.08.2019 4) Auswärtiges Amt: Erteilte Visa, 2019 5) Auswärtiges Amt: Erteilte Visa, 2020 6) Destatis: Einwohnerzahl der größten Städte in Deutschland, 2019 7) Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Familienasyl und Familiennachzug, 14.11.2019 8) Bundesministerium des Innern: „Bundesregierung beschließt erstes Migrationspaket“, 06.07.2022 9) Neue Osnabrücker Zeitung: „Familiennachzug hat 2021 zugenommen - wieder mehr Visa“, 10.03.2022 10) Die Welt: „Warum Deutschland den Familiennachzug von Flüchtlingen großzügiger auslegen muss“, 01.08.2022

1

- Der Familiennachzug hat im Jahr 2021 wieder Fahrt aufgenommen und nähert sich dem Höchststand aus dem Jahr 2017 an. Durch den Familiennachzug steigt jeden Tag die Zahl von Migranten, obwohl viele kein dauerhaftes Bleiberecht haben.

2

- Allein von 2015 bis 2021 wurden 690.702 Visa zur Familienzusammenführung erteilt. Damit sind weit mehr Personen eingewandert, als Düsseldorf oder Stuttgart Einwohner haben. Die größte Gruppe bilden syrische und irakische Staatsangehörige. Das heißt, es wandern immer mehr Muslime nach Deutschland ein.

3

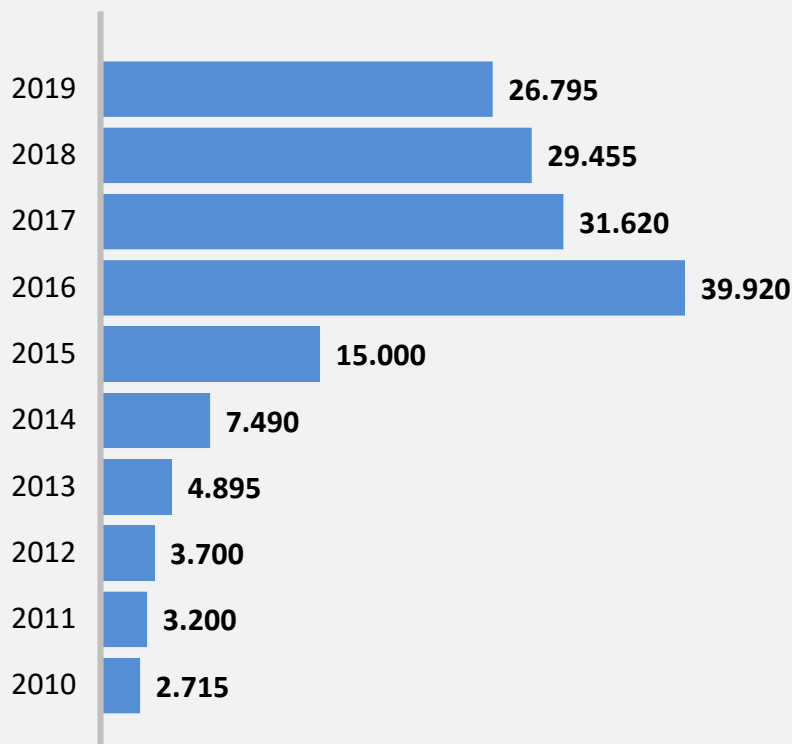
- Die Ampelregierung hat den „Familiennachzug zu drittstaatsangehörigen Fachkräften erleichtert, indem für nachziehende Angehörige das Erfordernis eines Sprachnachweises entfällt.“ Dies wird den Familiennachzug weiter verschärfen.

4

- Laut einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) muss Deutschland den Familiennachzug von Flüchtlingen großzügiger auslegen. Damit wird es Eltern von minderjährigen Migranten nun erleichtert, ein Einreisevisum zu erhalten und Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen.

2010 bis 2019: rund 158.000 Kinder von „Schutzsuchenden“ geboren

Neugeborene Schutzsuchende in Deutschland nach Jahren



Quelle:

1) Destatis: Seit 2015 wurden deutlich mehr Schutzsuchende in Deutschland geboren, 17.06.2021

1

„Insgesamt wurden von Anfang 2010 bis Ende 2019 rund 158 000 neugeborene Schutzsuchende registriert. Sie hatten zumeist die syrische (33 %), irakische (11 %), afghanische (10 %) oder nigerianische (6 %) Staatsangehörigkeit. In 6 % der Fälle war die Staatsangehörigkeit noch ungeklärt.“

2

Im Durchschnitt kamen im Zeitraum von 2015 bis 2019 jährlich 28.500 Kinder in Deutschland als Schutzsuchende zur Welt. Ab dem Jahr der Grenzöffnung (2015) hat sich die Zahl damit deutlich erhöht.

3

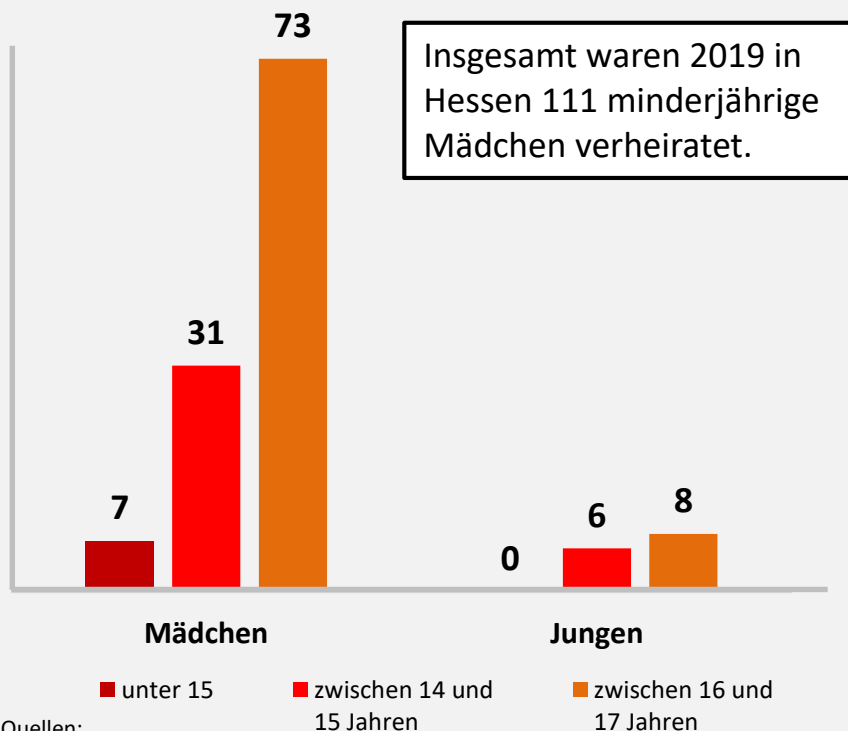
„Aufgrund der jungen Altersstruktur der Schutzsuchenden ist auch in den nächsten Jahren noch mit einer erhöhten Zahl von Kindern zu rechnen, die in Deutschland als Schutzsuchende geboren werden.“

4

„Ende 2019 waren im Ausländerzentralregister insgesamt rund 1,8 Millionen Schutzsuchende in Deutschland registriert, darunter 497.000 Minderjährige.“

In Hessen ist die Scharia bereits ankommen: immer mehr Kinderehen

Verheiratete ausländische Minderjährige in Hessen (Stand: September 2019)



Quellen:

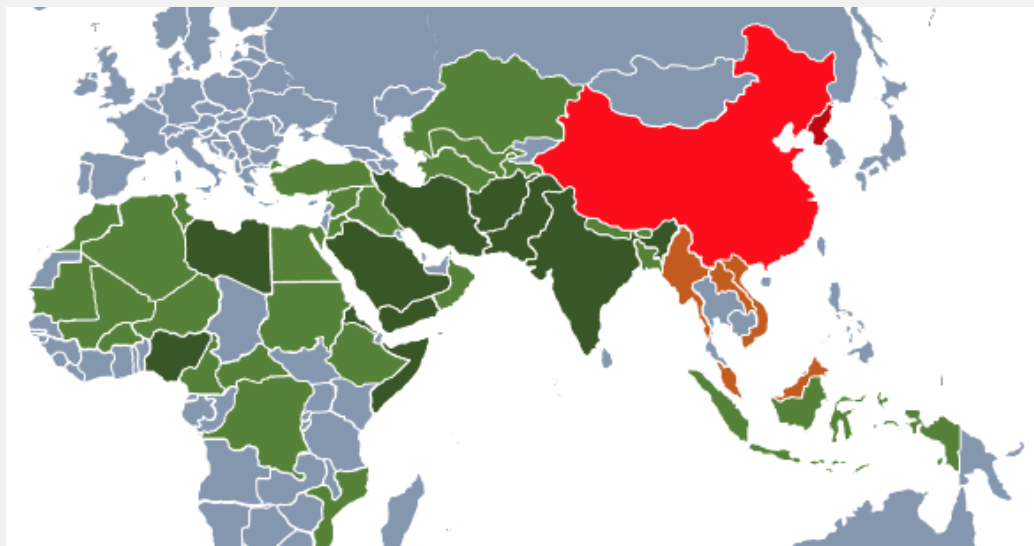
1) Kleine Anfrage Dr. Dr. Rainer Rahn (Fraktion der AfD im Hessischen Landtag): Kinderehen in Hessen – Teil 1, Drs. 20/5159, 19.04.2021 2) Kleine Anfrage Dr. Dr. Rainer Rahn: Kinderehen in Hessen – Teil 2, Drs. 20/5160, 15.04.2021 3) Kleine Anfrage der Fraktion der Fraktion der AfD in Hessen: Mehrehen und Kinderehen, Drs. 20/733, 12.09.2019 4) Gesetz zur Bekämpfung von Kinderehen wird bundesweit unzureichend umgesetzt 5) Bild: „Expertin: Auch bei uns gibt es Kinderehen“, 21.11.2020 6) Focus: In Deutschland leben Hunderte Mädchen in Kinderehen, 09.07.2021

1. Nach § 1303 Abs. 1 BGB darf eine Ehe seit Juli 2017 nicht mehr vor Eintritt der Volljährigkeit eingegangen werden. In Deutschland soll es 2019 angeblich nur 813 Kinderehen gegeben haben, wobei von einer weitaus höheren Dunkelziffer auszugehen ist.
2. Die Anerkennung einer Ehe mit einem minderjährigen Partner ist nur möglich, wenn dadurch eine „besondere Härte“ vermieden wird. Eine „besondere Härte“ kann im Falle einer Schwangerschaft der minderjährigen Ehefrau oder der Geburt eines gemeinsamen Kindes anzunehmen sein.
3. Seit Inkrafttreten des Gesetzes zur Bekämpfung von Kinderehen folgten auf 140 Anträge auf Auflösung der Ehe nur 104 Verfahren (31 in Hessen). Lediglich elf Kinderehen wurden daraufhin aufgehoben; eine davon in Hessen. In Hessen waren vier Verfahren anhängig.
4. In einigen islamischen Ländern werden Mädchen ab einem Alter von neun Jahren bereits als heiratsfähig angesehen. Diese werden dann vor Scharia-Gerichten verheiratet. In Deutschland waren im Jahr 2020 über 1.230 solcher Fälle bekannt.
5. In Hessen hatten „die Ehegatten die folgenden Staatsangehörigkeiten: türkisch, bulgarisch, rumänisch, mazedonisch, griechisch, marokkanisch, algerisch, syrisch; den größten Anteil bildeten hierbei bulgarische Staatsangehörige.“

Christen werden vornehmlich in muslimischen Staaten verfolgt

aktualisiert

Weltverfolgungsindex: Wo Christen am stärksten verfolgt werden, 2022



Rang:

1. Afghanistan
2. Nordkorea
3. Somalia
4. Libyen
5. Jemen
6. Eritrea
7. Nigeria
8. Pakistan
9. Iran
10. Indien
11. Saudi-Arabien
12. Myanmar
13. Sudan
14. Irak
15. Syrien

1

- Neben den beiden kommunistischen Staaten Nordkorea und China sind es v. a. muslimische Staaten, in denen Christen verfolgt werden (grün markiert).

2

- Nach Schätzung von Open Doors werden derzeit in 50 Ländern mehr als 360 Mio. Christen verfolgt. Ein Jahr zuvor waren es bereits 309 Mio. Christen.

3

- Bislang haben sich weder CDU/CSU noch SPD, Grüne FDP und Linke gegen die Christenverfolgung in der Welt gewandt! Nur die AfD setzt sich gegen Christenfeindlichkeit ein.

Quellen:

1) [Open Doors: Weltverfolgungsindex 2022](#) 2 Bundestag: AfD will Christenverfolgung in Pakistan stoppen, 17.12.2020) 3) [Katholisch.de: Bundestag lehnt Beauftragten für Christenverfolgung in Deutschland ab, 17.12.2020](#)

Unsere AfD-Forderungen zu Demographie und Migration

NEU

1

- Wie jede andere Volksgruppe auch haben die Deutschstämmigen in der Bevölkerung ebenfalls das Recht auf den Erhalt der eigenen Identität.

2

- Keine öffentliche Werbung für Schwangerschaftsabbrüche. Abtreibung ist kein Verhütungsmittel und der Schutz des ungeborenen Lebens muss rechtlich gewährleistet sein.

3

- Familien müssen sich endlich wieder ohne Nachteile für das Kinderkriegen entscheiden können. Familie muss wieder bezahlbar sein.

4

- Deutschland ist als Industrienation auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen. Der stärker werdenden Nettoabwanderung von gut ausgebildeten Fachkräften muss entgegengesteuert werden.

5

- Die Migration von schlecht ausgebildeten Einwanderern in unser Sozialsystem muss gestoppt werden. Deutschland darf nicht das Asylheim der EU werden.

6

- Der Familiennachzug, besonders von afrikanischen und arabischen Großfamilien, muss endlich gestoppt werden. Junge Männer vorschicken, damit der Rest nachgeholt werden kann, darf kein Geschäftsmodell werden.

7

- Kinderehen verstoßen in Deutschland gegen geltendes Recht und müssen konsequent aufgelöst werden. Ehen Erwachsener mit Minderjährigen sind zudem aufs Höchste moralisch verwerflich.

8

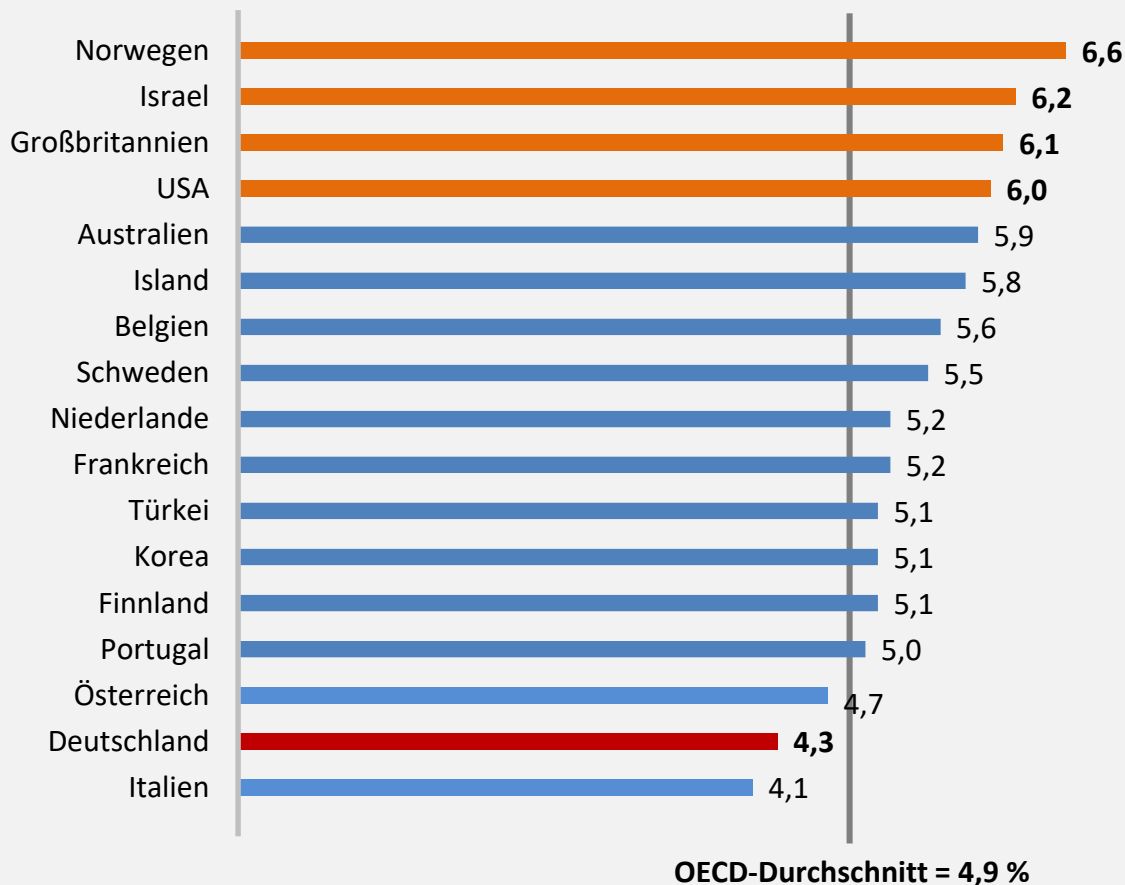
- Die weltweite Christenverfolgung darf nicht durch den Import fremder Werte und Kulturen nach Deutschland akzeptiert werden.

1.	Arbeit, Gesundheit, Rente und Soziales	3
2.	Demographie und Migration	33
3.	Bildung und Wissenschaft	52
4.	Energie und Umwelt	72
5.	Infrastruktur und Digitalisierung	92
6.	Steuern, Finanzen und Europäische Union	107
7.	Innere Sicherheit	140
8.	Medien	161
9.	Verteidigung	174
10.	Fazit	185

Deutschland investiert seit Jahren unterdurchschnittlich in Bildung

aktualisiert

Ausgaben für Bildungseinrichtungen im Ländervergleich in Bezug zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) in % im Jahr 2018



Quelle: Destatis: Bildungs-Finanzbericht 2021, Dezember 2021

1

- Im europäischen Vergleich liegt Deutschland mit 4,3 % des BIP am unteren Ende bei den Bildungsausgaben (OECD-Durchschnitt: 4,9 %). Das Bundesland Hessen investiert mit 3,8 % seines BIP noch weniger in Bildung (2017: 3,7 %).

2

- Die Türkei und Portugal – beide hoch verschuldet – investieren prozentual mehr in Bildung als Deutschland. Zum Jahr 2017 hat Deutschland seine Bildungsausgaben nur um 0,1 % des BIP erhöht.

3

- Da Bildung zum wichtigsten „Rohstoff“ Deutschlands zählt, verspielen wir langfristig unsere Zukunft!

Immer bessere Abiturnoten bei stagnierenden Leistungen

aktualisiert

Abiturnoten im Ländervergleich im Notenmittel in % nach Jahren

Jahr	Baden-W.	Bayern	Berlin	Brandenb.	Bremen	Hamburg	Hessen	Meckl.-Vorp.	Niedersachsen	NRW	Rheinl.-Pfalz	Saarl.	Sachsen	Sachs.-Anhalt	Schles.-Holst.	Thüringen
2006	2,38	2,43	2,68	2,48	2,49	2,57	2,49	2,40	2,71	2,66	2,63	2,51	2,44	2,41	2,63	2,33
2010	2,44	2,40	2,48	2,40	2,45	2,49	2,44	2,43	2,62	2,56	2,60	2,46	2,45	2,52	2,60	2,30
2014	2,46	2,33	2,42	2,31	2,46	2,43	2,43	2,37	2,61	2,50	2,54	2,44	2,34	2,42	2,54	2,16
2018	2,44	2,31	2,42	2,29	2,41	2,41	2,39	2,33	2,57	2,45	2,48	2,38	2,25	2,32	2,55	2,16
2021	2,38	2,18	2,24	2,17	2,32	2,27	2,25	2,21	2,38	2,35	2,48	2,26	2,12	2,25	2,40	2,06

1

- Laut dem Deutschen Lehrerverband ist es zu einer Noteninflation gekommen. Das heißt, es wurden „bessere Noten trotz stagnierender Leistungen“ vergeben. In Hessen liegt der Notendurchschnitt im Jahr 2022 bei 2,23 (2006: 2,49, 2021: 2,25).

2

- Die Qualität des Abiturs sinkt kontinuierlich. Hatte 2006 durchschnittlich noch jeder fünfte Absolvent einen Notenschnitt von 1,9 oder besser, war es 14 Jahre später bereits mehr als jeder vierte.

3

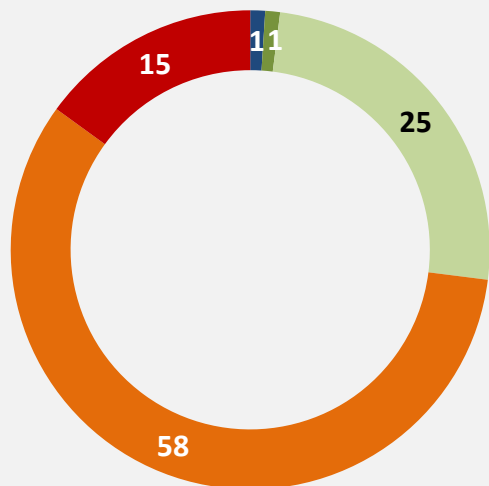
- Der Deutsche Lehrerverband kritisierte zudem das „nachträgliche Notenlifting beim Mathematikabitur.“ Dies „scheine in Deutschland mittlerweile regelmäßige Praxis in einigen Bundesländern zu werden.“

Quellen: 1) Kultusminister-Konferenz: Abiturnoten im Ländervergleich 2006 bis 2021 (Stand: 11.02.2022) 2) Deutscher Lehrerverband: Schulnoten, Abiturzeugnisse zwischen Noteninflation und mangelnder Vergleichbarkeit, 12.02.2019 3) Deutscher Lehrerverband: Mathematik-Abitur 2020, 30.06.2020 4) FAZ: „Abiturnoten besser als vor der Pandemie“, 28.07.2022

73 % der Lehrer schätzen die Lernrückstände der Schüler als groß ein

NEU

Umfrage: Wie groß schätzen Lehrer in ihren Klassen die aktuellen Lernrückstände ein, die in den beiden Schuljahren durch Corona entstanden sind? in %



■ es gibt keine ■ sehr gering ■ gering ■ groß ■ sehr groß

Quelle:

1) Bayerischer Philologenverband, Umfrage: „Psychosoziale Probleme der Schüler endlich ernst nehmen“, 08.02.2022

1

- Laut dem Bayerischen Philologenverband schätzen 73 % der Lehrer die coronabedingten schulischen Defizite als groß oder sehr groß ein.

2

- Zudem hat die Corona-Pandemie zu einer Verschlechterung der psychosozialen Situation von Schülern beigetragen. Dies gaben 63 % der befragten Lehrer an.

3

- Dies führt auch dazu, dass 40 % der befragten Lehrer die Stimmung an ihren Schulen als schlecht bis sehr schlecht bewerten.

4

- Für die „Aufarbeitung der pandemisch bedingten Lern- und Leistungsrückstände (...) brauchen Schulen die Rückkehr zu einer echten Normalität, doch dazu benötigen sie Zeit, Personal und Geduld: (...) insbesondere für die vorhandenen Beratungslehrkräfte und Schulpsychologen.“

Corona-Pandemie verstärkt Erosion der Sprachkompetenz

aktualisiert

- Die Corona-Pandemie hat dazu beigetragen, dass Kinder der vierten Klassen eine substanziell „geringere Lesekompetenz“ aufweisen als Viertklässler 2016. Allein „der Anteil an Grundschulern, die gut bis sehr gut lesen können“, sei „um rund 7 % auf 37 % gesunken.“

1) TU Dortmund: „Repräsentative Untersuchung zeigt: Geringere Lesekompetenz in den 4. Klassen nach Corona-bedingten Einschränkungen“, 15.03.2022

- Obwohl die Kultusminister wussten, dass die Rechtschreibreform falsch war, haben sie diese aus Staatsräson durchgezogen. Mit „Staatsräson“ ist die ideologische Hinwendung zum (gleichmachenden) „Neuen Menschen“ gemeint, den die „Frankfurter Schule“ bereits in den 1920er Jahren propagierte. Damit soll der Kulturmarxismus in der Gesellschaft verankert werden.

- „Die sogenannte Rechtschreibreform ist ein Kniefall vor der fortschreitenden Legasthenisierung der Gesellschaft.“ (Josef Kraus, ehemaliger Präsident des Deutschen Lehrerverbandes) Bereits 2018 machte jeder Grundschüler im Durchschnitt 17 Rechtschreibfehler auf 100 Wörter (1972: 7). Hauptgrund ist die eingeführte Rechtschreibreform.

1) Der Spiegel: „Hit und Top, Tipp und Stopp, 01.01.2006 2) Die Welt: „Rechtschreibreform: „Zerstörungsakt“ oder Vereinfachung?“, 31.07.218

- Mit der ungebremsten Zuwanderung haben sich zudem sprachliche Parallelgesellschaften gebildet. „Gut 18 % aller Kinder und Jugendlichen (2,4 Mio.) wachsen in Familien auf, in denen Deutsch im Alltag nicht die Hauptsprache zur Verständigung ist, was mitunter frühe Förderangebote und Unterstützung in der Schule nötig macht.“ Allein in Hamburg unterhielten sich 23 % der Grundschüler im Jahr 2013 nicht mehr auf Deutsch.

1) Süddeutsche Zeitung: „Vor allem bei jüngeren Kindern wird zu Hause wenig Deutsch gesprochen“, 05.02.2021

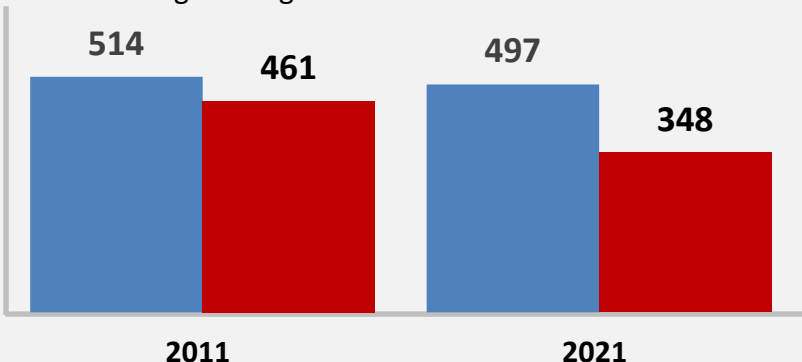
2) Hamburger Abendblatt: „Jeder vierte Grundschüler spricht zu Hause kaum Deutsch“, 15.04.2013

Viertklässler immer schlechter – Migrantenkinder verlieren Anschluss

NEU

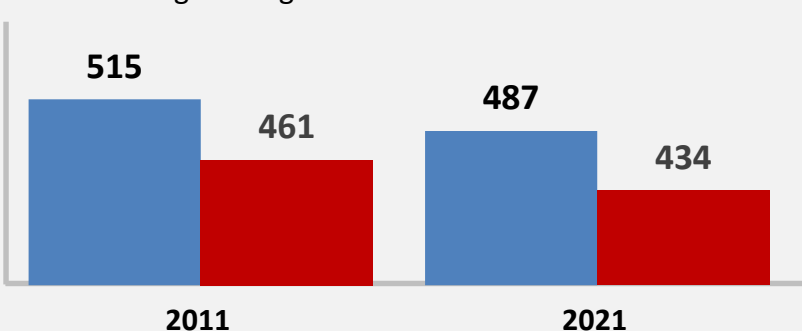
Kompetenzmittelwerte Lesen mit/ohne

Zuwanderungshintergrund nach Punktwerten und Jahren



Kompetenzmittelwerte Mathematik mit/ohne

Zuwanderungshintergrund nach Punktwerten und Jahren



Ohne
Zuwanderungs-
hintergrund



Mit Zuwanderungs-
hintergrund
1. Generation

Quelle:

1) Institut für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen: IQB-Bildungstrend 2021, 01.07.2022

1

- Die Leistungen von Viertklässlern sind innerhalb von zehn Jahren in Deutsch und Mathematik erheblich schlechter geworden. „Der Anteil der Kinder, die die Mindeststandards verfehlen, ist zu hoch.“

2

- Die mittlere Leistung aller Schüler (mit und ohne Migrationshintergrund) ist in der Zeit von 2011 bis 2021 beim Lesen um 9 %, beim Zuhören um 14,8 % und in der Mathematik um 13,2 % zurückgegangen.

3

- In der Zeit von 2011 bis 2021 hat sich der Anteil der Viertklässler mit Zuwanderungshintergrund um 13,6 % erhöht. Insbesondere bei Kindern der ersten Generation mit Zuwanderungshintergrund hat sich die Lage verschärft

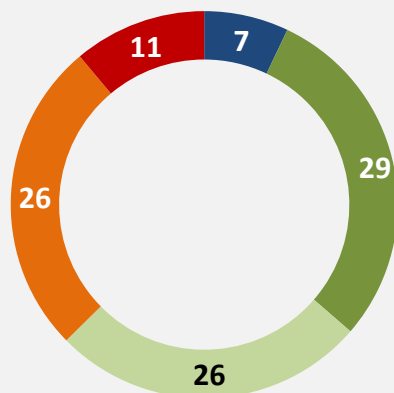
4

- Auch bei Kindern ohne Migrationshintergrund sind die Leistungen zurückgegangen, aber nicht in dem Maße wie bei Kindern mit Migrationshintergrund. Beim Lesen gingen die Kompetenzen um 3,3 %, beim Zuhören um 4,6 % und in der Mathematik um 5,4 % zurück.

Innerhalb der nächsten 10 Jahre gehen 37 % aller Lehrer in Pension

NEU

Altersverteilung der Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen in % (gerundet) im Jahr 2020/21



- unter 30 Jahre
- 30-40 Jahre
- 40-50 Jahre
- 50 bis 60 Jahre
- 60 Jahre und älter

Quellen:

- 1) Destatis: Altersverteilung der Lehrkräfte 2020/21, 2022
- 2) Statistik Hessen: Hauptamtliche und hauptberufliche Lehrerinnen und Lehrer an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Hessen seit 1980/1981 bis 2020/2021 3) Handelsblatt: „Kinder mit Migrationshintergrund brauchen mehr Hilfe in der Schule“, 20.12.2018

1

- Bereits heute sind 37 % der fast 702.000 Lehrer in Deutschland über 50 Jahre alt. 11 % sogar über 60 Jahre.

2

- Auch in Hessen sind von den 63.799 Lehrern (an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen) im Jahr 2020/21 über 36,4 % 50 Jahre und älter. Das sind 23.250 Lehrer.

3

- Da eine Lehrerausbildung im Normalfall mindestens 7 Jahre dauert (Regelstudienzeit und Referendariat), wird sich die Lehrerunterversorgung weiter verschärfen.

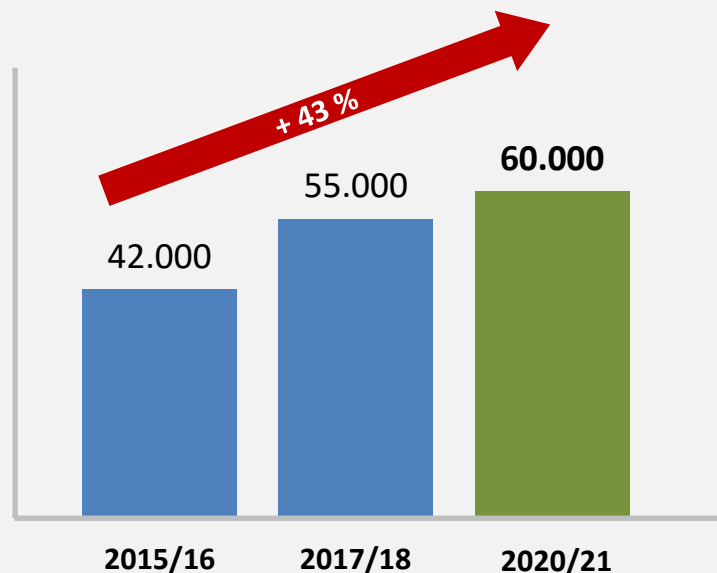
4

- Hinzu kommt, dass die Beschulung von Zuwanderer- und Inklusionskindern zu einem erhöhten Lehrer-, Förder- und Finanzbedarf führt.

Islamunterricht wirkt einer erfolgreichen Integration entgegen

aktualisiert

Schüler im islamischen Religionsunterricht in Deutschland nach Jahren



Quellen:

1) Deutscher Bundestag: „Islamischer Religionsunterricht an Schulen Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen und Umsetzung in den Bundesländern“, 12.07.2021 2) AIWG: „AIWG veröffentlicht Expertise zu islamischem Religionsunterricht“, 11.01.2021 3) Mediendienst Integration: Islamischer Religionsunterricht in Deutschland, 27.05.2020 4) Mediendienst Integration: Islamischer Religionsunterricht in Deutschland, April 2018 5) Die Zeit: „55.000 Schüler nehmen an islamischem Religionsunterricht teil“, 29.04.2018 6) RP Online: „Statt Weihnachtsfeier Schulausflug nach Mekka“, 12.06.2014 7) Die Welt: „Wenn Ditib gegen den Wunsch der Politik am Islamunterricht beteiligt wird“, 15.07.2022

1

- An rund 900 Schulen wird in Deutschland islamischer Religionsunterricht erteilt. In Hessen wurde 2020/21 an 56 Grund- und 6 weiterführenden Schulen durch Ditib ein bekenntnisorientierter Islamunterricht erteilt. Der islamische Religionsunterricht wirkt einer erfolgreichen Integration entgegen.

2

- Denn der deutsch-türkische Moscheeverband Ditib untersteht der türkischen Regierung. Im Mai 2022 entschied der Hessische Verwaltungsgerichtshof, dass Hessen beim islamischen Religionsunterricht wieder mit der Ditib zusammenarbeiten muss – „trotz großer Zweifel an deren Eignung.“

3

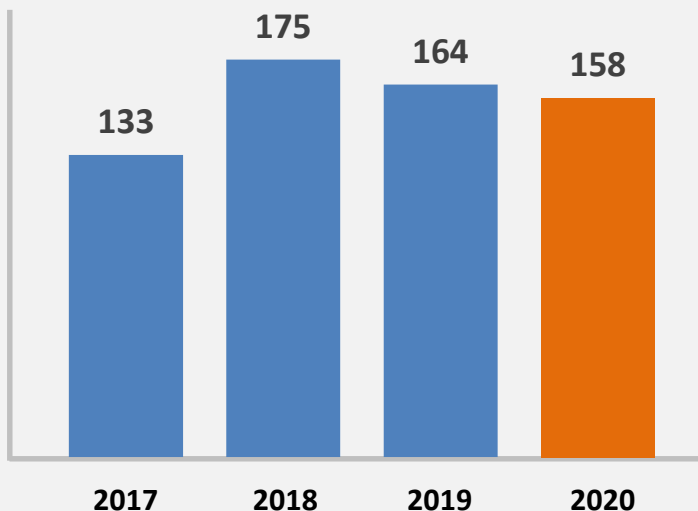
- „Susanne Schröter, Direktorin des Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam, sagt: Mit der Ditib-Kooperation des Landes Hessen geraten die Kinder aus muslimischen Familien in den Einflussbereich einer von dem undemokratischen, nationalistischen und islamistischen Präsidenten der Türkei abhängigen Organisation.“

4

- In Birmingham/Großbritannien werden einige Schulen bereits von muslimischen Lehrern dominiert. Jungen und Mädchen werden getrennt unterrichtet; Sexualkundeunterricht findet nicht mehr statt.

158 Fälle sexualisierter Gewalt an hessischen Schulen

**Fälle sexualisierter Gewalt an hessischen Schulen
nach Fällen und Jahren**



Quelle:

1) Kleine Anfrage der Fraktion der AfD im Hessischen Landtag: Speak!-Studie zu sexualisierter Gewalt an den beruflichen Schulen in Hessen, Drs. 20/5310, 13.08.2021

1

- In Hessen gab es im Zeitraum von 2017 bis 2020 insgesamt 628 sexuelle Übergriffe, darunter Vergewaltigungen, sexuelle Nötigungen und Übergriffe, exhibitionistische Handlungen, Verbreitung jugend- und tierpornographischer Schriften sowie Ausübung von Prostitution.

2

- Insgesamt wurden 79 Fälle von Gewalt an Kindern bzw. Jugendlichen im Alter von 6 bis 17 Jahren bekannt. U. a. wurden 24 Fälle sexuellen Missbrauchs von Schutzbefohlenen, 19 Fälle sonstigen schweren Missbrauchs von Kindern, 2 Vollzugstaten des Beischlafs mit einem Kind sowie drei Fälle sexuellen Missbrauchs von Jugendlichen ermittelt.

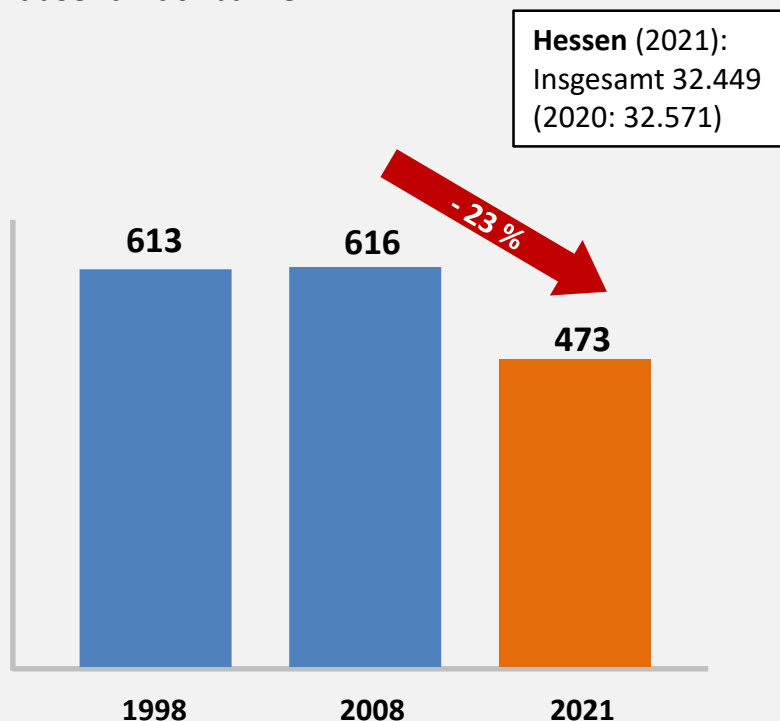
3

- Da die Dunkelziffer weit höher ist, hat die hessische Landesregierung mehrere Präventionsprojekte ins Leben gerufen. Bislang wurden dafür über 937.000 Euro ausgegeben, knapp die Hälfte im Jahr 2020. Die Präventionsmaßnahmen erzielten keine signifikante Wirkung.

Immer weniger Auszubildende – Flüchtlinge haben kaum Interesse

aktualisiert

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Tausend nach Jahren



Quellen:

- 1) Berufsbildungsbericht 2022
- 2) Statistik Hessen: Auszubildende nach Ausbildungsbereichen 2021
- 3) Statistik Hessen: Die 15 am stärksten besetzten Ausbildungsberufe der Auszubildenden in Hessen 2020

1

- Im Jahr 2021 begannen nur noch 473.100 Personen eine Ausbildung. Das ist im Vergleich zum Jahr 2008 ein Rückgang von über 23 %.

2

- Insgesamt blieben im vergangenen Jahr 63.176 Lehrstellen unbesetzt. Das ist ein neuer Höchstwert. Im Jahr 2009 gab es nur 17.766 unbesetzte Plätze. Knapp 25.000 Bewerber fanden im Jahr 2021 keinen ihnen passend erscheinenden Ausbildungsplatz.

3

- Zahlreiche Lehrstellen können aus Mangel an ausreichend qualifizierten Bewerbern nicht besetzt werden. Dies gilt vor allem in den Bereichen Lebensmittelhandwerk, Gaststättengewerbe, Gerüst-, Beton- und Stahlbau.

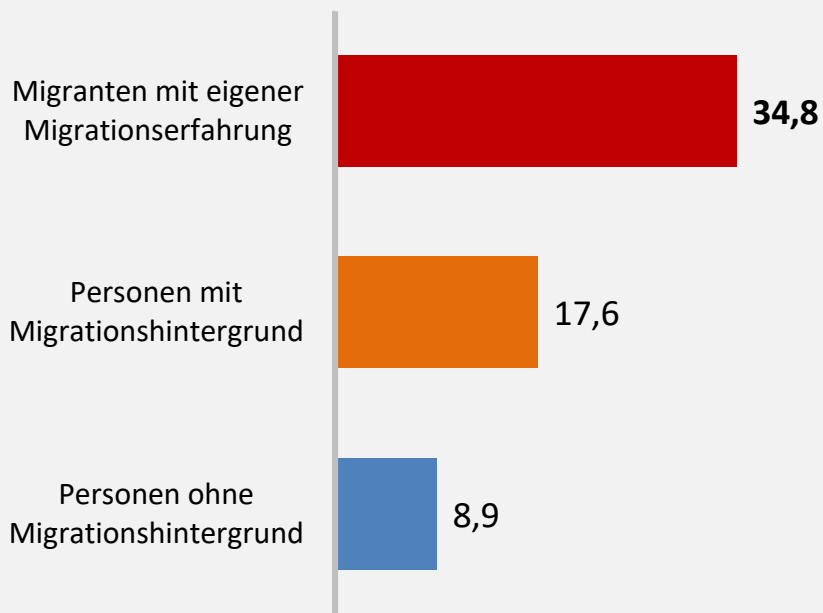
4

- Die Zahl junger Menschen mit Fluchthintergrund, die sich für eine Ausbildungsstelle interessierten, hat im vergangenen Jahr weiter abgenommen. So haben sich im Jahr 2021 31.081 Bewerber mit Fluchthintergrund bei der Bundesagentur für Arbeit ausbildungssuchend gemeldet (- 6,3 % zu 2020).

Viele Personen mit Migrationshintergrund ohne Berufsabschluss

aktualisiert

Quote der Ungelernten im Alter der 20 bis 34-Jährigen
in % im Jahr 2020



Quelle:
1) Berufsbildungsbericht 2022

1

- Im Jahr 2020 verfügten 2,33 Mio. der jungen Menschen zwischen 20 und 34 Jahren in Deutschland über keinen Berufsabschluss. Im Jahr zuvor waren es noch 2,16 Mio. Damit verschlechtern sich die Voraussetzungen für eine dauerhafte qualifizierte Beteiligung am Erwerbsleben.

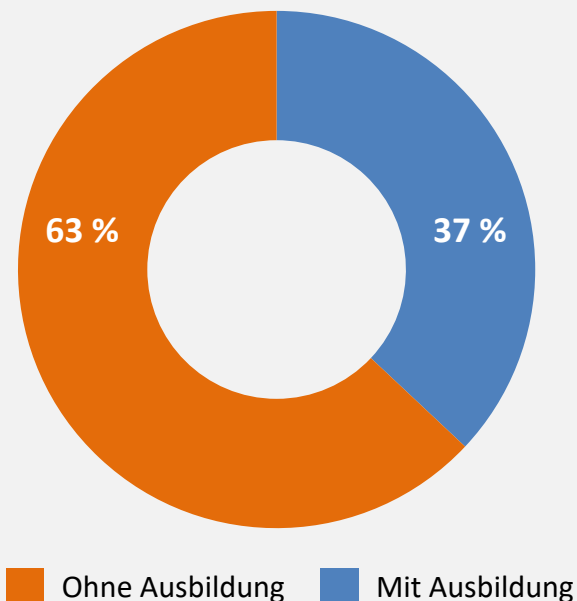
2

- Personen mit Migrationshintergrund blieben überdurchschnittlich häufig ohne Berufsabschluss. 2020 betrug die Ungelerntenquote der 20- bis 34-jährigen Migranten mit eigener Migrationserfahrung 34,8 % (2019: 33,3 %). „Bei Personen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, lag die Quote bei 17,6 %“ (2019: 16,4 %). Zum Vergleich: Bei deutschen Personen ohne Migrationshintergrund lag die Quote der Ungelernten nur bei 8,9 % (2019: 8,5 %).

2015 lässt grüßen: bis zu 63 % der Ukrainer haben keine Ausbildung

NEU

Berufliche Qualifikation von ukrainischen Flüchtlingen in Deutschland in % im Juni 2022



Quellen:

1) Business Insider: „Interner Bericht zeigt: Geflüchtete aus Ukraine offenbar schlechter qualifiziert als angenommen“, 11.07.2022
 2) Deutschlandfunk: „Ukraine-Krieg. Schon über 140.000 Integrationskurse genehmigt“, 11.07.2022 3) Wirtschaftswoche: „Kosten pro Flüchtling 4000 Euro – Erstattung: 875 Euro“, 01.04.2022 4) Kleine Anfrage Dr. Dr. Rainer Rahn (Fraktion der AfD im Hessischen Landtag): Kosten für die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine, Drs. 20/8229, 04.04.2022

1

▪ Anders als öffentlich verlautbart, verfügen 63 % der Ukrainer, die nach Deutschland geflüchtet sind, über keine berufliche Qualifikation – oder sie sind nicht erfasst worden. In der Zeit vom 24. Februar bis zum 3. Juli 2022 sind 876.461 Ukrainer in Deutschland angekommen.

2

▪ 87 % der Ukrainer sprechen kein Deutsch. Damit wird eine Integration und eine zeitnahe berufliche Beschäftigung schwierig. Zumal „etwa 265.000“ Ukrainer „im erwerbsfähigen Alter, also zwischen 15 und 67 Jahren alt“ sind.

3

▪ Laut Bundesagentur für Arbeit sind „bisher schon rund 144.000 Integrationskurse für geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer genehmigt“ worden. Seit dem 1. Juni 2022 haben Ukrainer zudem Anspruch auf Hartz-IV-Leistungen.

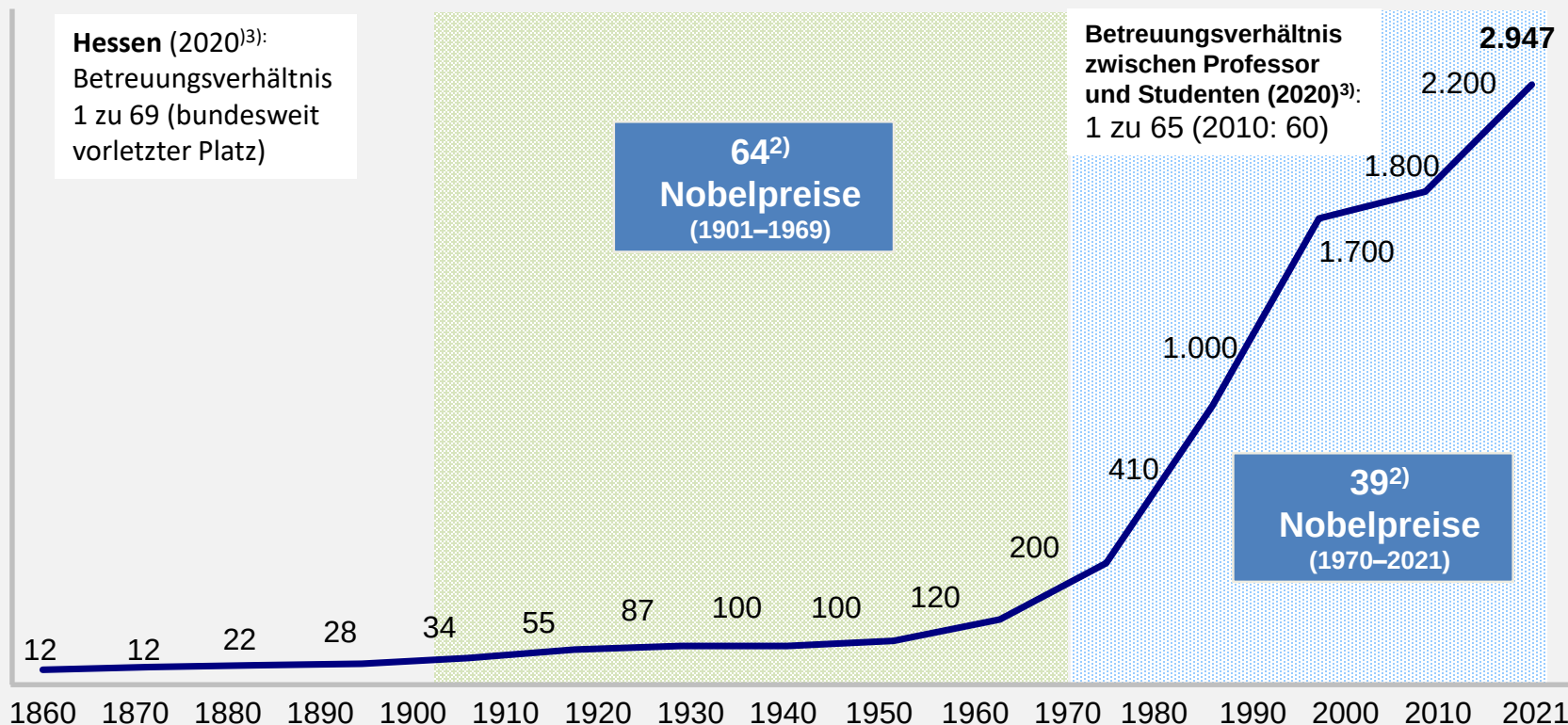
4

▪ Für die Unterbringung und Verpflegung von ukrainischen Flüchtlingen geben die Kommunen bis zu 4.000 Euro pro Monat und Person aus (Baden-Württemberg). Aufgrund des geringen Bildungsniveaus ist mit einer langfristigen Kostenbelastung des Staates zu rechnen. Hessen rechnet mit 665 Mio. Euro für 2022.

Vermassung der Hochschulen führt zum Niedergang der Qualität

aktualisiert

Zeitraum 1860 bis 2021, Studenten (in Tsd.) versus Nobelpreise¹⁾ nach Jahren



Quellen:

1) Das akademische Deutschland, Band III, S. 317-348, Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte, S. 28 ff

2) Wikipedia: [Liste der deutschen Nobelpreisträger](#), 21.01.2022

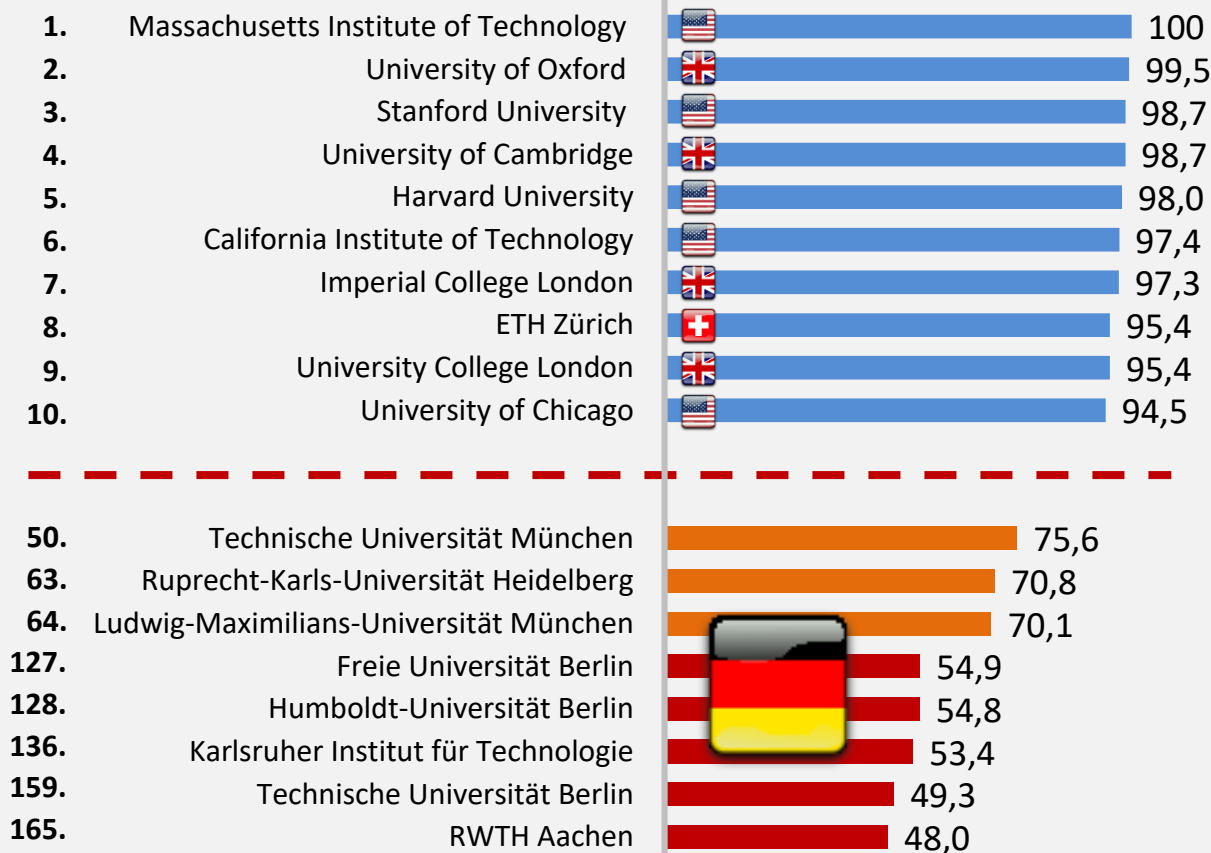
3) Forschung und Lehre: Uni-Barometer 2020, „Professoren betreuen im Schnitt 65 Studierende“, 03.01.2022 4) Destatis: [Zahl der Studierenden im Wintersemester 2021/2022 auf Vorjahresniveau](#), 26.11.2021 5) Statistik Hessen: „[Weniger Studierende an hessischen Hochschulen](#)“, 16.11.2021

Nur drei deutsche Universitäten unter den Top 100 weltweit

aktualisiert

Rangfolge der Universitäten weltweit im Jahr 2022 nach Gesamtpunktzahl

Position



Quellen:

- 1) QS World University Rankings 2022
- 2) Die Welt: „Das sind die besten Unis Deutschlands“, 24.06.2021

1

- Nur drei deutsche Universitäten finden sich laut dem „QS World University Ranking“ weltweit unter den besten 100 Hochschulen wieder: Neben den beiden Münchener Universitäten hat es auch die älteste bundesdeutsche Hochschule in Heidelberg geschafft.

2

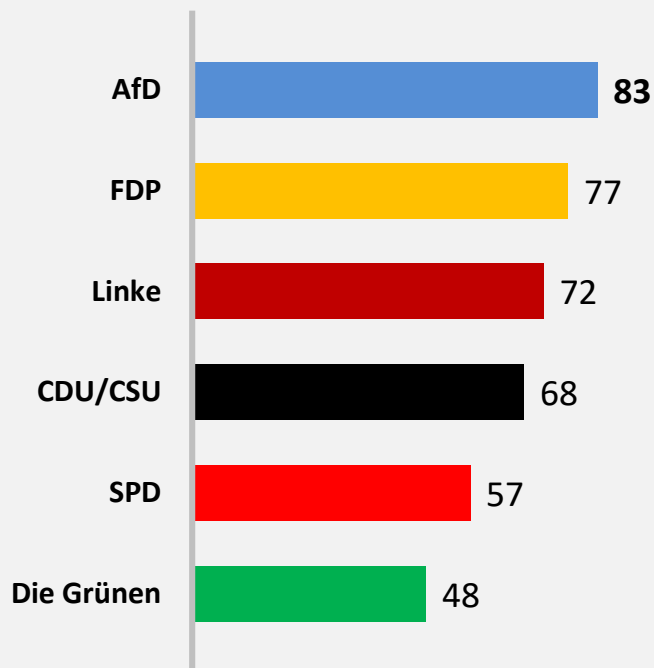
- „Während sich 17 deutsche Bildungsstätten im Vergleich zum Vorjahr verbessert haben, sind 23 abgestiegen. Es geht also eher bergab mit den deutschen Unis als bergauf.“ Hessische Hochschulen finden sich erst zwischen den Rängen 269 (TU Darmstadt) und 701-750 (Uni Gießen) wieder.

3

- Um erfolgreich zu sein, bedarf es eines freiheitlichen Bildungssystems. Derzeit ist in Deutschland die Wissenschaftsfreiheit bedroht, da die Hochschulangehörigen immer mehr ihrer Eigeninitiative beraubt werden. Ein weiterer Punkt ist die Einschränkung der Meinungsfreiheit durch die Cancel Culture.

71 % lehnen die geschlechtergerechte Sprache ab – Staat macht weiter

Umfrage zur geschlechtergerechten Sprache, hier: Ablehnung in %



Quellen:

1) Welt am Sonntag: „Die Gender-Sprache ist eine Top-down-Veranstaltung“, 26.05.2021 2) Kleine Anfrage der Fraktion der AfD im Hessischen Landtag: Verpflichtende Verwendung von gendergerechter Sprache an der Universität Kassel, Drs. 20/5433, 18.05.2021 3) Kleine Anfrage der Fraktion der AfD im Hessischen Landtag: Nachfrage zu Drs. 20/5814, Drs. 20/5433, 25.05.2021 4) Kleine Anfrage der Fraktion der AfD im Hessischen Landtag, Drs. 20/5814, 30.06.2021 5) Bild: „ZDF-Politbarometer, Riesige Mehrheit gegen Gender-Sprache in Medien“, 20.07.2021

1

- Laut einer Umfrage von Infratest Dimap im Auftrag der „Welt am Sonntag“ lehnen 65 % der Deutschen die geschlechtergerechte Sprache ab. Das ZDF-Politbarometer kommt sogar auf eine Ablehnung von 71 %.

2

- Die Anhänger der AfD lehnen die gendergerechte Sprache mit 83 %, die der FDP mit 77 %, die der Linken mit 72 %, die der CDU/CSU mit 68 %, die der SPD mit 57 % und die der Grünen mit 48 % ab. Es kann jedoch gefolgert werden, dass (bemerkenswerterweise) mehr Grüne sich gegen das Gendern als dafür aussprechen.

3

- Laut der Umfrage würde sogar über ein Drittel der Deutschen es begrüßen, wenn es zu einem Verbot der geschlechtergerechten Sprache in öffentlichen Einrichtungen per Gesetz – wie es in Frankreich der Fall ist – kommen würde.

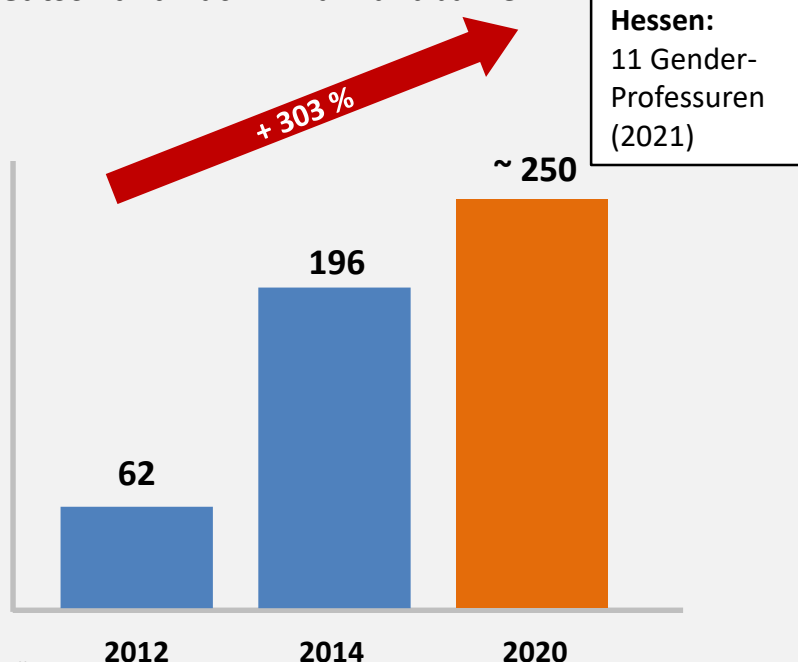
4

- Die hessische Landesregierung dagegen vertritt die Auffassung, dass durch das Gendern „sowohl die Wirkung der Ansprache, als auch das Bewusstsein im Hinblick auf die Diversität des angesprochenen Personenkreises verbessert“ werden würde.

250 Lehrstühle für „Gender-Studies“: Wissenschaftlicher Wert = Null

aktualisiert

Lehrstühle und Zentren für „Gender-Studies“ in Deutschland nach Anzahl und Jahren



Quellen:

- 1) Focus: „Das totalitäre System der Gender-Dogmatiker“, 13.06.2019
- 2) News4teacher: „Fast doppelt so viele Professuren in Gender Studies wie in Altphilologie“, 31.10.2014
- 3) Die Zeit: „Orchideenfächer: Wo gibt’s denn so was?“, 05.01.2012
- 4) Humboldt-Universität Berlin: Überblick zur Frauen- und Geschlechterforschung in Deutschland und im deutschsprachigen Raum (Stand: 09.08.2021)
- 5) Kleine Anfrage der Fraktion der AfD im Hessischen Landtag: Verpflichtende Verwendung von gendergerechter Sprache an der Universität Kassel, Drs. 20/5433, 18.05.2021
- 6) Kleine Anfrage der Fraktion der AfD im Hessischen Landtag: Finanzielle Förderung und wissenschaftliche Signifikanz der „Gender-Studies“ in Hessen im Jahr 2021, Drs. 20/8343, 17.06.2022

1

- Gender-Studien betreiben auf subtile Weise Sprachmanipulation. Die Denk- und Verhaltensweisen der Bevölkerung sollen verändert werden. Bereits heute existieren in Deutschland rund 250 Lehrstühle und Zentren für „Gender-Studies“.

2

- Für die Gender-Professoren ist das biologische Geschlecht nicht mehr ausschlaggebend. Sie glauben, dass das Geschlecht v. a. ein soziales Konstrukt sei, das sich zeitlich ändern kann. Sie wollen das biologische Geschlecht überwinden.

3

- Gender-Studien transportieren keine Wissenschaft, sondern eine politische Ideologie, wobei Sprache zur Neukonstruktion der Gesellschaft Verwendung findet.

4

- An einigen hessischen Hochschulen „existieren Empfehlungen zur Verwendung von gendergerechter Sprache.“ (TU Darmstadt, Philipps-Universität Marburg). An der Universität Kassel wurden Studenten Punkte in ihren Prüfungsarbeiten abgezogen, weil diese ausschließlich das generische Maskulinum verwendeten. Nach der AfD-Anfrage wurde diese Maßnahme vorerst eingestellt.

Sind hessische Gender-Studien nobelpreisträchtig? Einige Beispiele ...

aktualisiert

Kosten der Gender-Forschung in Hessen nach Forschungsprojekten und Höhe der Förderung im Jahr 2021 und 2022 (Auswahl)

„AGendA: Gender und Flüchtlingsrecht
Analysedatenbank: Gender in der deutschen Asylpraxis“:
50.677 Euro

„Performing Gender:
Kulturelle Aushandlungen
von Geschlecht in der globalen
Kunstproduktion im Kontext
gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse
(1940 bis in die Gegenwart)“:
32.545 Euro

„Modellversuch zur
Radverkehrsförderung bei
jugendlichen Mädchen“:
23.131 Euro

„Zweite Welt, Zweites
Geschlecht: Frauen und
Architektur im Sozialismus“:
35.091 Euro

„LSBTIQ* und Menschenrechte.
Selbstorganisation und Empowerment
in postkolonial queeren Kontexten in
Ostafrika mit Fokus auf Ruanda und
Tansania“: 36.350 Euro

„Vom heimlichen Lehrplan
zur Affirmation von Verschiedenheit!
Geschlechterbildung an hessischen Schulen
mit Courage“: 49.509 Euro

„Weiblichkeit und Fleischkonsum.
Eine empirische Untersuchung zur
Vergeschlechtlichung von
Ernährungspraktiken“: 62.536 Euro

„Geschlechterdifferenzierung in
Krippen. Eine ethnographische
Studie im multikategorialen
Kontext.“: 48.200 Euro

„Weiblichkeitskonstruktion
und Vorstellung von
Mutterschaft bei
ProtagonistInnen der
völkisch-nationalistischen
Rechten“: 15.000 Euro

Quellen:

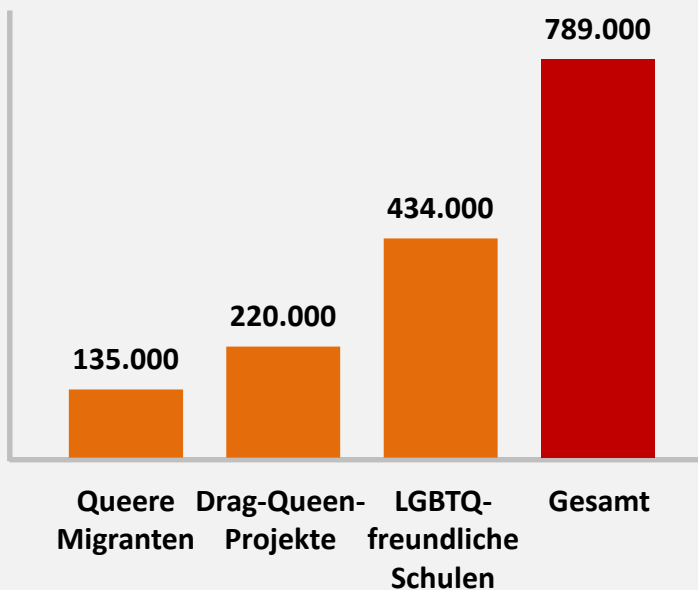
- 1) Kleine Anfrage der Fraktion der AfD im Hessischen Landtag: Finanzielle Förderung und wissenschaftliche Signifikanz der „Gender-Studies“ in Hessen im Jahr 2021, Drs. 20/8343, 17.06.2022 2) Kleine Anfrage der AfD-Fraktion im Bundestag, Drs. 19/10970, 18.06.2019 3) Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Genderstrategie der Bundesregierung, Drs. 19/18259, 30.03.2020 4) Wikipedia: Divers (Stand 09.08.2021)
- 6) Bild: ZDF-Politbarometer, Riesige Mehrheit gegen Gender-Sprache in Medien, 20.07.2021

- 1
 - In Hessen gab das Wissenschaftsministerium in den Jahren 2021 und 2022 fast 1,1 Mio. Euro für Gender-Forschungsprojekte aus. Es werden bereits medizinische Forschungsanträge in Gendersprache geschrieben. Denn die Antragsteller gehen davon aus, dass andernfalls ihre Anträge abgelehnt würden.
- 2
 - Die Bundesregierung hat die Bezeichnung „d“ für das dritte Geschlecht „divers“ eingeführt; Unternehmen müssen dies z. B. in Stellenanzeigen berücksichtigen: (m, w, d). Im Rahmen von Gender-Forschung und Diversity-Programmen gibt der Bund mittlerweile 500 Mio. Euro aus.
- 3
 - Nach einer Umfrage des ZDF lehnen 71 % der Deutschen das „Gendern“ der deutschen Sprache in den Medien ab. Seit Einführung des dritten Geschlechts „divers“ im Dezember 2018 wurden in ganz Deutschland nur 394 Menschen als „divers“ erfasst (Oktober 2020).

EU-Desorientierung von Kindern durch LGBTQ-Projekte

NEU

Ausgaben des EU-Jugendprogramms Erasmus+ für LGBTQ-Projekte in Euro im Jahr 2020



Quellen:

1) Reitschuster: „Abenteuer schwuler Kängurus – EU verschwendet Steuergeld für Drag-Queen-Workshops“, 24.05.2022

2) Junge Freiheit: „EU finanziert „Drag-Queen“-Kurse mit 220.000 Euro“, 22.05.2022

1

- Nach Recherchen von Dr. Nikolaus Fest (AfD, MdEP) förderte die EU-Kommission im Jahr 2021 über das EU-Jugendprogramm Erasmus+ mit mindestens 789.000 Euro Seminare zur geschlechtlichen Desorientierung von Kindern und Jugendlichen.

2

- Für „Beyond Gender Sommercamp“, das in Göttingen stattfand und sich an „trans*, inter*, nicht-binäre und gender-hinterfragende Jugendliche“ richtete, wurden knapp 63.000 Euro ausgegeben. Das Projekt „EUROPE – identities under (trans)formation: GENDER*X“ (Salzburg) erhielt 40.000 Euro.

3

- Zudem fand unzulässigerweise ein Drag-Workshop „Drag It Up“ in Berlin (21.797 Euro), „Dragtivism“-Seminare in Spanien (24.597 Euro) oder das „United with Pride“-Projekt in Slowenien (21.770 Euro) statt. „Mit rund 15.450 Euro wurde „What’s Masc?“ (Was ist Maskulinität?) sowie mit 14.028 Euro „Queer History Matters“, beide von Queer Matters in Berlin, finanziert. In Oldenburg bekam „TransYouth“ mehr als 28.000 Euro.“

4

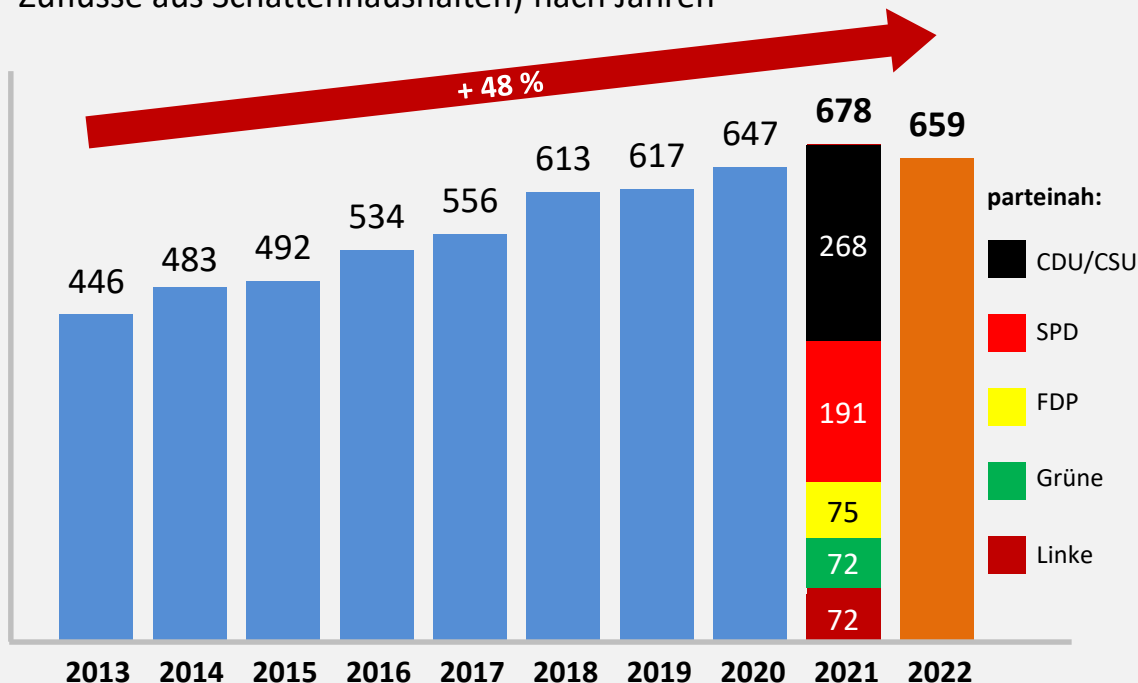
- Obwohl Fragen zur Kindererziehung gemäß bestehender EU-Verträge Sache der Mitgliedstaaten sind, finanziert die EU unzulässig Bildungsprojekte.

659 Mio. Euro für parteinahe Stiftungen – AfD-Stiftung geht wieder leer aus

aktualisiert

Parteinahe Stiftungen

Staatliche Zuschüsse in Mio. Euro (ohne Landesstiftungen und ohne Zuflüsse aus Schattenhaushalten) nach Jahren



Quellen:

- 1) Die Welt: „Bund stellt 659 Millionen Euro zur Verfügung – und der AfD nichts“, 01.07.2022
- 2) Berechnungen durch die Desiderius-Erasmus-Stiftung, hier: Rechenschaftsberichte der Stiftungen
- 3) Süddeutsche Zeitung: „Eine Million Euro an politische Stiftungen und Bildungswerke“, 22.01.2022
- 4) Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages: „Finanzielle Förderung der parteinahen Stiftungen durch Bund und Länder, 16.02.2006 5) AfD-Bundestagsfraktion: „Entwurf eines Gesetzes über die Rechtsstellung und die Finanzierung parteinaher Stiftungen“, Drs. 19/2674
- 6) Junge Freiheit: „AfD-nahe Erasmus-Stiftung erhält kein Geld aus Bundeshaushalt“, 19.05.2022

1

- Im Jahr 2022 erhielten die sechs parteinahen Stiftungen von CDU, CSU, SPD, FDP, Grüne, Linke den Rekordbetrag von 659 Mio. Euro, u. a. für Studien, Journalistenprogramme und Fortbildungen. Die AfD-nahe Stiftung ging wieder leer aus.

2

- Damit die Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES; AfD-nah) weiter keine staatliche Förderung erhält, schafften die anderen 6 Parteien eine neue – rechtlich umstrittene – Regelung. Laut Die Welt „ist es quasi ein Beschluss der anderen im Bundestag vertretenen Parteien in eigener Sache.“

3

- „Mehrere juristische Experten haben einen politisch motivierten Ausschluss der DES kritisiert. Laut dem Berliner Staatsrechtler Christoph Möllers dürfe der Staat über die AfD-nahe Stiftung „nicht einfach nach Gusto im Einzelfall entscheiden“. Claus-Dieter Classen „(Greifswald)“, nannte es „nach jetziger Rechtslage schwer, die DES von einer Förderung auszuschließen“.

4

- Auch Hessen förderte 2021 politische Stiftungen (Konrad-Adenauer-Stiftung: 98.500 Euro, Friedrich-Ebert-Stiftung: 79.600 Euro, Heinrich-Böll-Stiftung: 49.300 Euro, Karl-Hermann-Flach-Stiftung (FDP): 37.100 Euro, Rosa-Luxemburg-Stiftung: 34.800 Euro).

Unsere AfD-Forderungen zu Bildung und Wissenschaft

NEU

1

- Unsere Schüler haben unter den Corona-Drosselungen des öffentlichen Lebens mit am meisten gelitten. Damit ihre Lernrückstände nicht noch größer werden, darf es keine Distanzbeschulung mehr geben.

2

- Hessen muss endlich mehr Geld in Bildung investieren. Bildungssysteme wie in Finnland und Dänemark müssen Vorbilder sein.

3

- Kinder aus Migrantenfamilien müssen besonders gefordert und gefördert werden. Gute Schulabschlüsse verbessern die Zukunftsaussichten und tragen maßgeblich zur Integration bei.

4

- Islamischer Religionsunterricht wirkt einer erfolgreichen Integration entgegen und muss ersatzlos gestrichen werden.

5

- Hessens Fachkräftemangel besteht überwiegend im Handwerk. Berufliche Ausbildung muss gegenüber akademischer Bildung gestärkt werden. Das deutsche Handwerk hat nach wie vor goldenen Boden.

6

- Um dem weiteren internationalen Abstieg der deutschen Hochschulen entgegenzuwirken, müssen die Hochschulen finanziell und personell besser ausgestattet werden. Zudem muss der Forschungs- und Wissenschaftsfreiheit wieder Geltung verschafft werden.

7

- Sofortige Streichung aller Fördermittel für so genannte Gender-Studies an hessischen Hochschulen. Wir brauchen Qualität an unseren Hochschulen, keine links-grüne Ideologie.

8

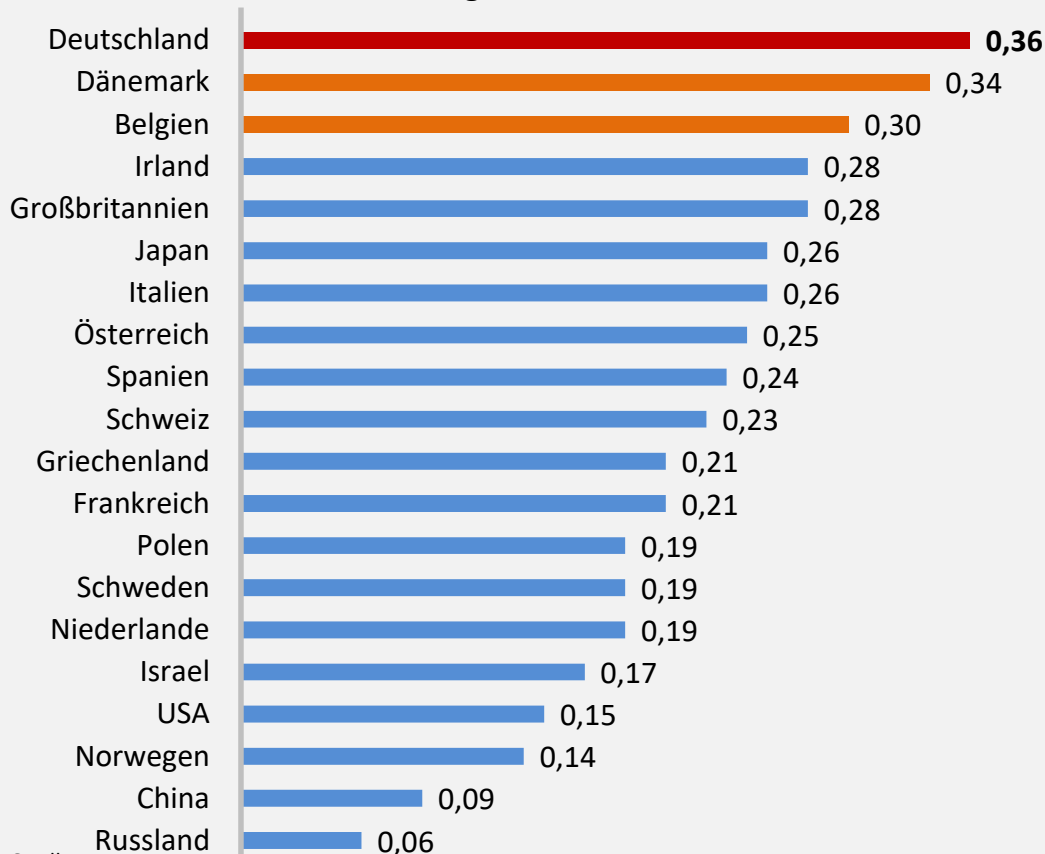
- Die Desiderius-Erasmus-Stiftung muss, wie alle anderen parteinahen Stiftungen, endlich Fördermittel erhalten.

1.	Arbeit, Gesundheit, Rente und Soziales	3
2.	Demographie und Migration	33
3.	Bildung und Wissenschaft	52
4.	Energie und Umwelt	72
5.	Infrastruktur und Digitalisierung	92
6.	Steuern, Finanzen und Europäische Union	107
7.	Innere Sicherheit	140
8.	Medien	161
9.	Verteidigung	174
10.	Fazit	185

Deutsche zahlen höchsten Strompreis weltweit – 2022: 40,6 Cent/kWh

aktualisiert

Strompreise in Europa für Haushaltskunden, Stromkosten pro Land inklusive aller Steuern und Abgaben in US-Dollar/kWh im Jahr 2021



Quellen:

1) Verivox: Verbraucher-Atlas. Weltweite Strompreise, Stand: 28.06.2022 2) Statista: Strompreise privater Haushalte in ausgewählten Ländern weltweit im Jahr 2021, 01.04.2022 3) Tech for Future: „Strompreisentwicklung Deutschland 2022: Warum steigen die Stromkosten?“, 27.04.2022 4) Eurostat: „Strompreise nach Art des Benutzers“, 27.06.2022 5) Die Welt: „Warum jeder vierte Deutsche in die Energiearmut rutscht“, 03.07.2022

1. Deutschland ist im Jahr 2022 Weltmeister beim Strompreis. Waren es noch im Jahr 2021 36 Cent pro Kilowattstunde (kWh), müssen die Bürger im April 2022 mindestens 40,6 Cent zahlen.
2. Demgegenüber zahlten Kunden in Österreich im Jahr 2021 nur 25 Cent, in Polen nur 19 Cent, in den USA nur 15 Cent, in China nur 9 Cent und in Russland nur 6 Cent pro Kilowattstunde.
3. In der Zeit von 2012 bis 2022 ist der Strompreis in Deutschland um fast 56 % gestiegen! Grund ist Angela Merkels Energiewende sowie die EEG-Umlage.
4. Die Strompreise folgen den Gaspreisen in extreme Höhen, weil Gaskraftwerke weiterhin zur Deckung des Bedarfes notwendig sind. Erst wenn durch Reaktivierung von Kohle- und Kernkraftwerken die Gasverstromung überflüssig wird, könnten die Strompreise auch bei hohen Gaspreisen nachhaltig sinken.

4-Personen-Haushalt muss mit 10.000 Euro Energiekosten p.a. rechnen

NEU

Strom- und Gaskosten für einen 4-Personen-Haushalt
(Einfamilienhaus, Neukunde, Jahresverbrauch) in Euro

Stadtwerke Düsseldorf (Tarifdetails)	Grundpreis pro Monat	kWh- Arbeitspreis	Gesamt- preis pro Monat	Jahrespreis
Düselgas Pur (Jahresverbrauch von 20.000 kWh)	18,35 EUR	0,30 EUR	521 EUR	6.249 EUR
Düselstrom Öko (Jahresverbrauch von 5.000 kWh)	9,92 EUR	0,69 EUR	298 EUR	3.576 EUR
Gesamtkosten			819 EUR	9.825 EUR

Quellen:

1) Stadtwerke Düsseldorf, Tarifdetails Düselstrom, 14.07.2022 2) Stadtwerke Düsseldorf, Tarifdetails Düselgas, 14.07.2022

3) Bild: „Bis zu 1152 Euro mehr!“, 15.08.2022

1

- Durch die von der aktuellen und der früheren Bundesregierung selbstverschuldete Energiekrise muss ein 4-Personen-Haushalt bei einem Neuvertrag mit fast 10.000 Euro im Jahr für Gas- und Strom rechnen.

2

- Das bedeutet, dass ein 4-Personen-Haushalt monatlich 819 Euro für Strom und Gas aufbringen muss.

3

- Zusätzlich wird es ab Oktober 2022 in Deutschland eine Gas-Umlage geben, die das Gas mit 2,4 Cent pro kWh verteuern wird. Dies führt zu einer Mehrbelastung im Extremfall bis zu 1.152 Euro!

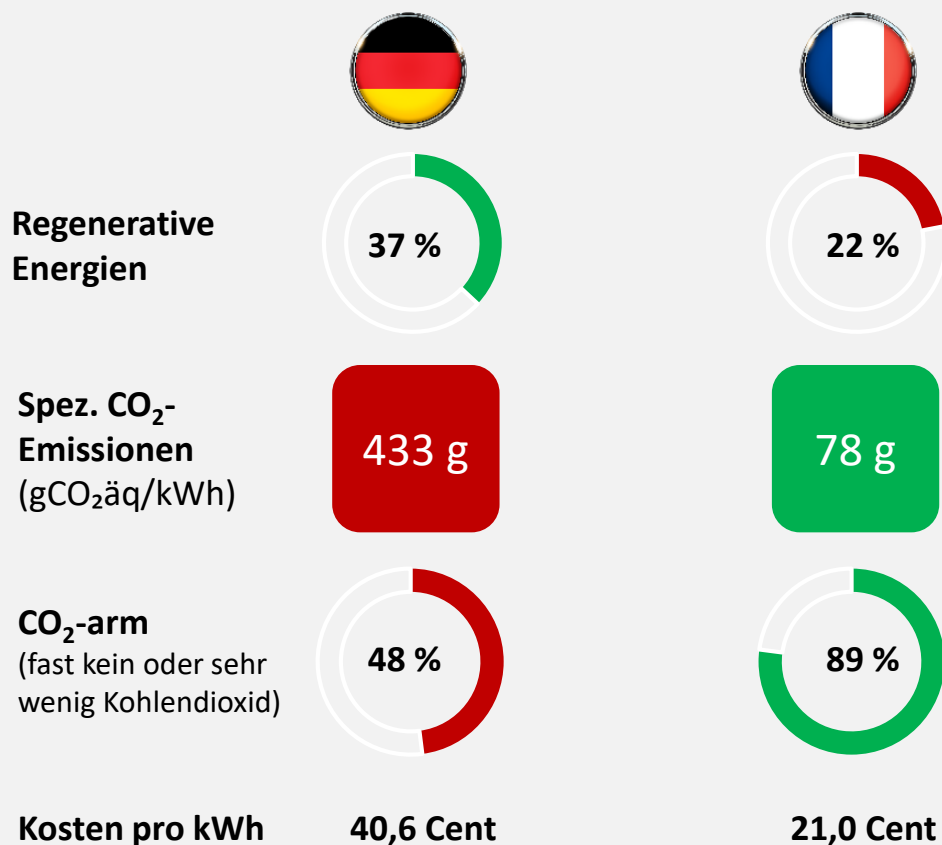
4

- Im nächsten Jahr werden viele Strom- und Gaskunden die hohen Nachzahlungen nicht mehr bezahlen können. Es ist mit vielen Abschaltungen zu rechnen.

In Frankreich ist der Strom deutlich CO₂-ärmer und viel günstiger

NEU

Vergleich Strom in Deutschland und Frankreich am 4. Juli 2022 um 4 Uhr



1

- Frankreich bezieht seinen Strom zum überwiegenden Teil aus Kernkraftwerken. Dieser ist CO₂-neutral. Frankreich hat dadurch nur geringe CO₂-Emissionen.

2

- Im Gegensatz dazu sind in Deutschland die CO₂-Emissionen bis zu 5 mal so hoch. Und das, obwohl in Deutschland bereits im 1. Quartal 2022 über 47 % des Energieverbrauchs aus regenerativen Quellen gedeckt werden (Wind, Biogas, Photovoltaik, Wasserkraft).

3

- Auch beim Preis zeigen sich gravierende Unterschiede. Kostet in Frankreich die Kilowattstunde Strom nur 21 Cent, müssen bei uns 40,6 Cent gezahlt werden. Die deutsche Energiewende ist gescheitert, weil sie keines ihrer Ziele erreicht hat.

4

- Der „kostenlose erneuerbare Strom“ hat den deutschen Letztverbraucherpreis explodieren lassen. Das wird weitergehen, denn Flatterstrom zu beherrschen, wird mit steigender Einspeiseleistung und mehr Anlagen immer aufwendiger. Ohne Stromspeicher lässt sich Deutschland nicht mit „Erneuerbaren“ versorgen.

Quellen:

1) Electricitymap: [Klimaeinfluss der Regionen. Sortiert nach CO₂-Intensität der verfügbaren Elektrizität \(gCO₂äq/kWh\), 04.07.2022](#) 2) Destatis: [„Stromerzeugung im 1. Quartal 2022: Kohle weiter wichtigster Energieträger“](#), 08.06.2022 3) Verivox: [Verbraucher-Atlas. Weltweite Strompreise](#), Stand: 28.06.2022

Einen Gasnotstand gibt es weltweit nur in Deutschland, warum?

NEU

Übersicht aller Länder, in denen ein Gasnotstand ausgerufen wurde im Jahr 2022



Quelle:

1) Stiftung Familienunternehmen: Die Energiekrise im Standortvergleich: Preiseffekte und Importrisiken, ZEW-Studie, 28.06.2022

1

- Die Gaskrise bedroht die deutsche Wettbewerbsfähigkeit. Denn kein anderes Industrieland leidet stärker als Deutschland unter der Energiepreiserhöhung.

2

- Laut einer ZEW-Studie der Stiftung Familienunternehmen befindet sich Deutschland „aufgrund des hohen Anteils russischer Gasimporte wiederum unter den Ländern mit deutlich erhöhtem Importrisiko.“

3

- Ab Herbst 2022 werden die Gasspeicher voraussichtlich zum größten Teil leer sein. Selbst vollständig gefüllte Speicher würden nur zwei bis drei Monate den deutschen Bedarf decken. Da mit unseren Nachbarn geteilt werden muss, wird der überbrückbare Zeitraum eher bei einem Monat liegen.

4

- Deutschland und Europa haben keine Chance, ohne russisches Gas über den Winter zu kommen. Es drohen ein Kollaps der industriellen Produktion und Kältetote wie im Jahre 1946.

Deutsche Industrie auf Gasimporte angewiesen – andere Staaten nicht

NEU

Energieeinsatz der Branchen in Gigawattstunde, Anteile in % im Jahr 2022
(Beispiele)

Bezeichnung	Gesamtverbrauch	davon Gas	davon Steinkohle	davon Öl	davon Strom
Chemische Erzeugnisse	304.229	41,7 %	0,9 %	0,9 %	16,7 %
Metallerzeugung/-bearb.	237.075	36,0 %	29,5 %	0,1 %	16,7 %
Kokerei/Mineralölverarb.	106.701	18,9 %	0	0,4 %	5,9 %
Papier, Pappe etc.	71.230	38,8 %	2,7 %	0,4 %	24,9 %
Kraftwagen u. -teile	39.896	33,0 %	0	0,8 %	38,9 %
Metallerzeugnisse	24.862	40,8 %	0	3,5 %	52,4 %

Quelle:

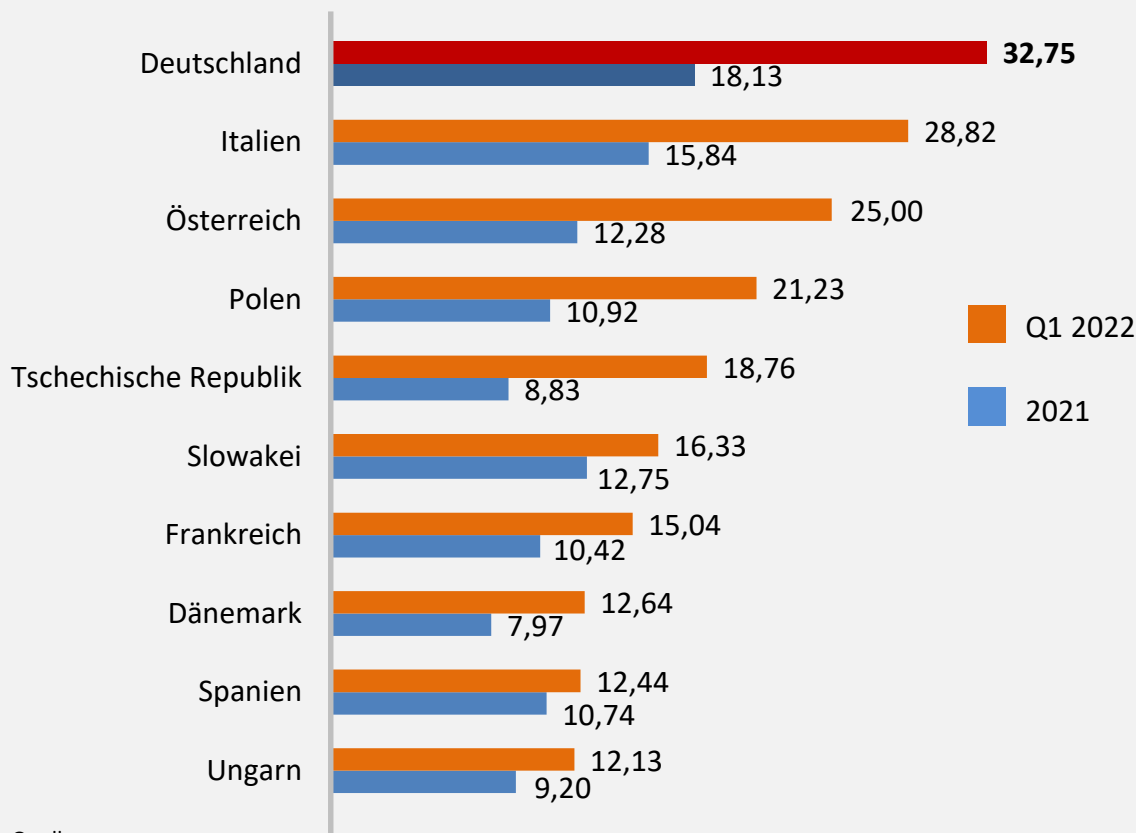
1) Stiftung Familienunternehmen: Die Energiekrise im Standortvergleich: Preiseffekte und Importrisiken, ZEW-Studie, 28.06.2022

- 1 Die Sanktionen gegen Russland stellen die Energie- und Rohstoffversorgung der deutschen Volkswirtschaft vor große Herausforderungen, insbesondere den Maschinenbau, die Chemie- und Nahrungsmittelindustrie.
- 2 Diese weisen „die mit Abstand höchsten Energieeinsätze auf. Der Großteil entfällt hierbei jeweils auf Gas, aber auch der Stromverbrauch dieser Branchen liegt deutlich über dem der anderen Wirtschaftszweige.“
- 3 Demgegenüber sind Staaten wie die USA, Kanada, Frankreich und Japan nur bedingt vom Gas abhängig. Nicht von ungefähr sind in diesen Staaten nur leichte Preisanstiege zu verzeichnen.
- 4 Dies liegt am hohen Anteil von Kernkraft (USA, Frankreich, Japan). Die dortigen Unternehmen sind damit wettbewerbsfähiger und resilienter.

Unternehmen leiden enorm unter der Energiewirtschaft der Regierung

aktualisiert

**Strompreise für mittelständische Unternehmen (150 MWh)
in ausgewählten Ländern nach Verbrauchsmenge
(Stromkosten pro Land in Euro-Cent/kWh) im Jahr 2021 vs. Q1 2022**



Quellen:

1) Statista: Strompreise für Industriekunden 2021, 02.06.2022

2) Stiftung Familienunternehmen: Die Energiekrise im Standortvergleich: Preiseffekte und Importrisiken, ZEW-Studie, 28.06.2022

1

- Die deutschen Unternehmen zahlten bereits im Jahr 2021 mit 18,13 Cent pro Kilowattstunde den höchsten Strompreis. Im ersten Quartal 2022 stiegen diese um 80,6 % auf 32,75 Cent pro kWh.

2

- Damit haben deutsche Unternehmen gegenüber der ausländischen Konkurrenz einen deutlichen Wettbewerbsnachteil.

3

- Steigende Stromkosten bedrohen die Existenz vieler Unternehmen, vornehmlich der kleinen und mittleren Unternehmen.

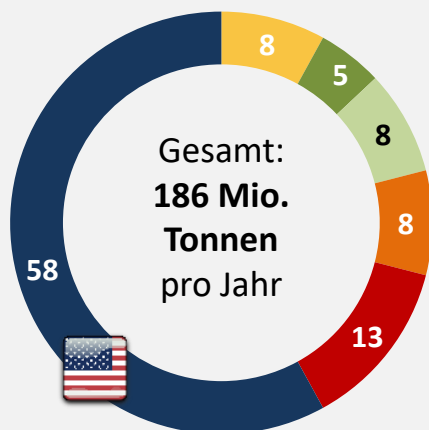
4

- Die immer schlechter werdende Grundlastfähigkeit der deutschen Energieversorgung aufgrund wetterabhängiger erneuerbarer Energien wie Wind und Sonne verteuert den Strom immer stärker.

Vor allem die USA profitieren von einem Gasembargo gegen Russland

NEU

Geplante neue Gasverflüssigungsanlagen nach Ländern in % im Jahr 2022



Sonstige

Mosambik

Mexiko

Vereinigte Arab. Emirate

Katar

USA

Quellen:

1) Wirtschaftswoche: „Wo das Flüssiggas ankommen soll – und wer wie viel daran verdient“, 20.05.2022

2) Wirtschaftswoche: „Hier steckt das Gas, das Europa unabhängig von Putin machen soll“, 10.04.2022

3) T-Online: „Preis der Freiheit“, 19.01.2022

4) Bundesverband Erdgas, Erdöl und Geoenergie e.V.: „Erdgasreserven und Potenziale in Deutschland“, 21.04.2022

1

Die EU will die Gasimporte aus Russland bis Ende 2022 um zwei Drittel reduzieren. Größter Profiteur sind die Vereinigten Staaten von Amerika. Diese sind bereits heute der größte Fracking-Gas-Exporteur weltweit.

2

Künftig wird das Flüssigerdgas (LNG = Flüssigerdgas) überwiegend per Schiff über die Weltmeere transportiert. Dies wird die Meere weiter durch Schiffsaltöl verschmutzen. Zudem hinterlässt das Fracking-Gas aus den USA einen größeren CO₂-Fußabdruck als die Lausitzer Braunkohle.

3

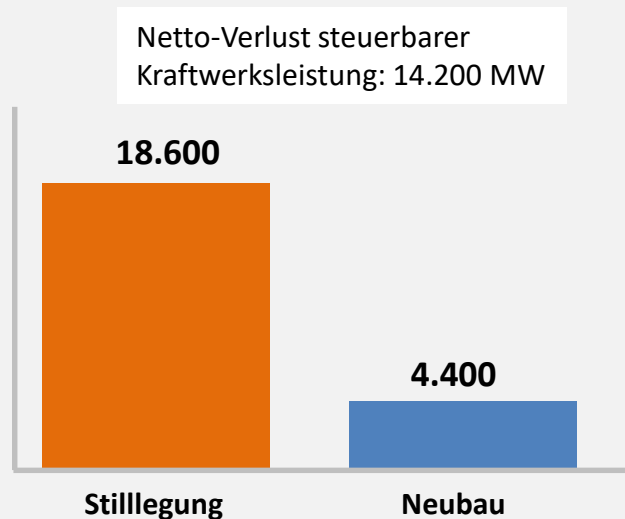
In Deutschland gibt es derzeit noch kein betriebsfähiges LNG-Terminal, das die Flüssiggas-lieferungen annehmen könnte. Bis 2025 sollen Terminals in Deutschland (2 in Wilhelmshaven, 1 in Brunsbüttel, 1 in Stade und 3 schwimmende Terminals), sowie einige in Belgien, Italien, Lettland und Polen errichtet werden.

4

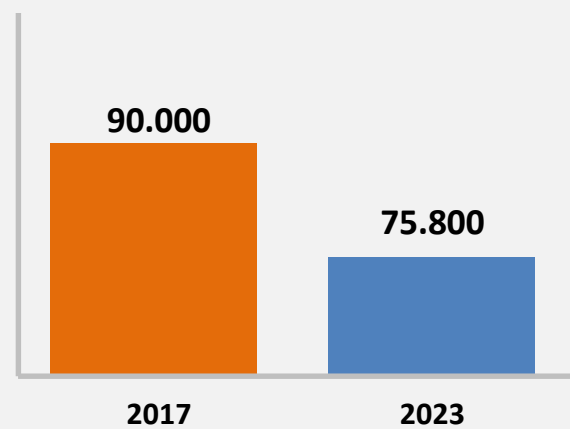
Dabei könnte man auch in Deutschland die Gasvorkommen nutzen. Laut dem Erdgas-Bundesverband „verfügt Deutschland derzeit über rund 32 Mrd. Kubikmeter Erdgasreserven, die als sicher oder wahrscheinlich förderbar gelten. Tatsächlich machen diese Reserven aber nur einen geringen Teil des insgesamt vorhandenen Potenzials aus.“

Spätestens ab 2023 drohen Stromausfälle in Deutschland

Kraftwerksstilllegungen und -neubau
in Megawatt (MW) bis Ende 2022 (Schätzung)



Stromerzeugungsleistung in Deutschland
in Megawatt (MW) 2017 zu 2023 (2023: Schätzung)



1 Laut dem Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft ist ab 2023 mit einer Unterdeckung der Energieversorgung zu rechnen. Die Netzstabilität ist dann nicht mehr gewährleistet. Die Abhängigkeit von ausländischen Energieversorgern (v.a. Atomstrom) erhöht sich.

2 Deutschland hat sich zur Energiesicherung bislang ein doppeltes Stromsystem geleistet. Ab 2022 fehlen aber konventionelle Kraftwerke. So werden 2023 die Kraftwerke 14.200 Megawatt Leistung weniger bereitstellen.

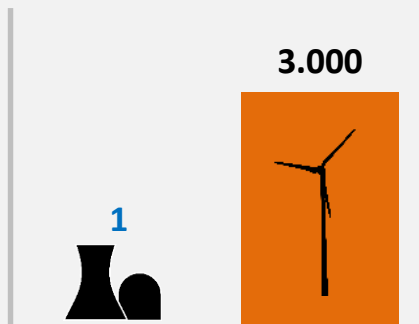
3 Durch die Energiewende Merkels – die einen Rückbau von Kern- und Kohlekraft vorsieht –, konnte die Jahreshöchstlast von geschätzten 81.366 Megawatt in 2021 bereits nicht mehr gedeckt werden.

Quellen: 1) Die Welt: „Die deutsche Energiewende verliert ihren Risikopuffer, 23.04.2018 2) Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Blackout-Gefahr in Deutschland, Künstliche Intelligenz soll die Stromversorgung sicherer machen, 16.08.2021

Für ein Kernkraftwerk braucht man 3.000 Windräder und sehr viel Platz

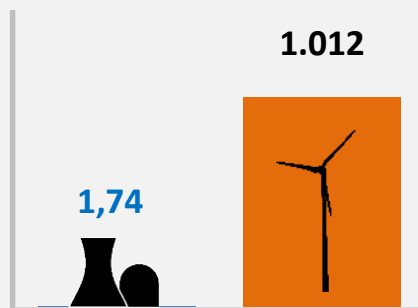
NEU

Leistung Kernkraftwerk versus Windturbinen



Kernkraftwerk Windturbinen

Flächenbedarf Kernkraftwerk versus Windturbinen in km² (Bsp.: Hinkleypont, Großbritannien)



Kernkraftwerk Windturbinen

Quellen:

- 1) Bild: „Sieben Argumente für Atomkraft“, 08.06.2022
- 2) Ruhrkultur: „Der unglaubliche Flächenbedarf durch Wind & Solar“, 17.01.2020
- 3) Fläche umrechnen: Fußballfelder 4) Tech for future: „Mehrheit für Kernenergie: Aktuelle Umfragen zur Atomkraft in Deutschland“, 10.05.2022

1

- Um die jährliche Strommenge eines Kernkraftwerkes zu ersetzen, benötigt es etwa 3.000 Windturbinen und eine Fläche, die in etwa 500 mal so groß ist. Windstrom ist jedoch „Flutterstrom“, da wetterabhängig und volatil.

2

- Das bedeutet, dass man für 3.000 Windturbinen (1.012 Quadratkilometer) eine Fläche von etwa 142.000 Fußballfeldern benötigt. Anders ausgedrückt: Knapp 40 % des Saarlandes müssten mit Windturbinen betonierte werden, um ein Kernkraftwerk zu ersetzen.

3

- Die neuartigen Reaktoren (Thorium- bzw. Flüssigsalzreaktoren) laufen mit Atommüll aus alten Reaktoren. „Die Reststoffe daraus sind nach 200 bis 300 Jahren komplett abgeklungen. Eine langfristige Endlagerproblematik hat sich damit erübrigt.“

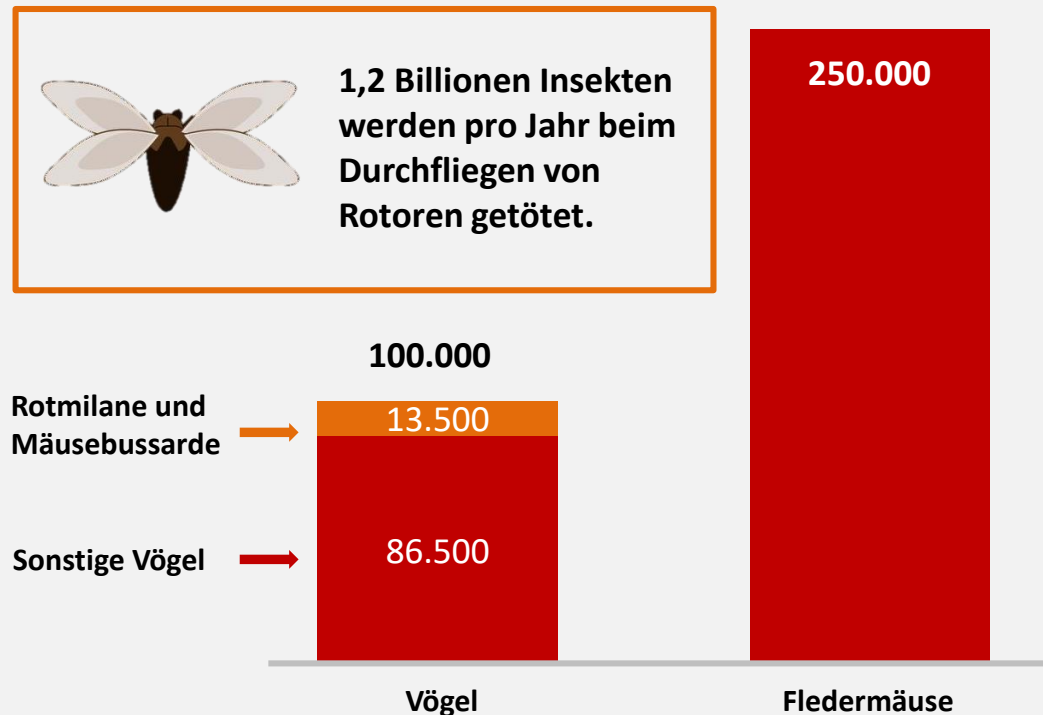
4

- „Kernkraft ist nach diversen Studien die sicherste konventionelle Energieform, die es gibt (Fachmagazin Nature)“. Bereits heute sprechen sich 57 % der Deutschen für eine Rückkehr zur Kernkraft aus.

Vogelkiller Windkraft: Hunderttausende Vögel und Fledermäuse sterben

aktualisiert

Vogel- und Fledermaussterben durch Windkraftanlagen pro Jahr (geschätzt)



1 Mäusebussarde (12.000) und Rotmilane (1.500) sterben in großer Zahl durch Windräder. Dazu 1,2 Billionen Insekten.

2 Insgesamt kollidieren jedes Jahr etwa 6 % der Mäusebussard- und 3 % der Rotmilan-Populationen mit Rotoren. Damit bewegen sich die Verluste an der Grenze zur Beeinträchtigung der Population.

3 Durch Verwirbelungen und dem Druckabfall hinter den Rotorblättern platzen bei den Fledermäusen die Lungen und inneren Organe.

4 Das Max-Planck-Institut fordert, dass die Betreiber von Windparks „das Kollisionsrisiko für Vögel im Planungsprozess bereits frühzeitig berücksichtigen“ und den Bau „auf ein Minimum beschränken.“

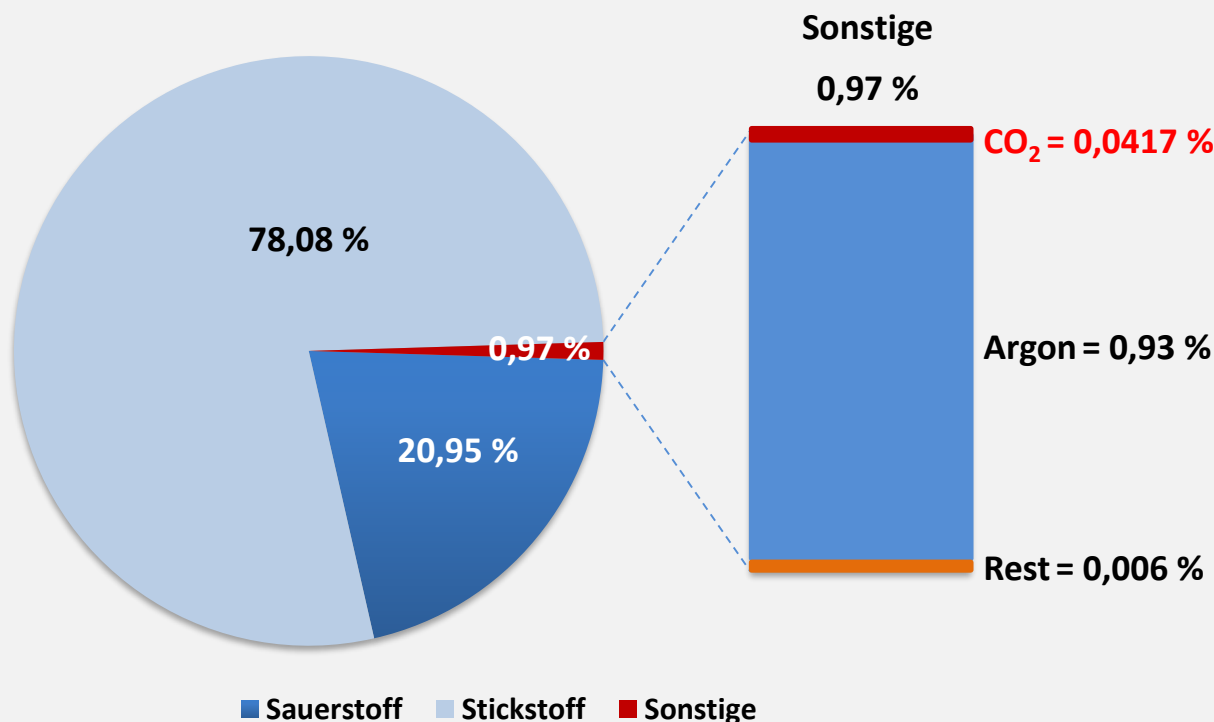
Quellen:

- 1) Leibniz-Institut für Zoo- und Wildtierforschung: „Gefährlicher Flug in den Wildpark“, 08.07.2016
- 2) ARD Alpha: „Windräder als Todesfallen“, 08.02.2017
- 3) BioConsult SH: „Ermittlung der Kollisionsraten von (Greif-)Vögeln, F&E-Vorhaben Windenergie“, Abschlussbericht 2016
- 4) Rotmilan: Rotmilane und Windenergie
- 5) Deutsche Wildtierstiftung: Windenergie und Artenschutz
- 6) Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt, DLR-Studie zu Wechselwirkungen von Fluginsekten und Windparks, 26.03.2019
- 7) Schweizer Vogelwarte Sempach: Windkraftanlagen und Vögel - ein Konflikt?, 2005
- 8) Naturschutz-Initiative: „Erneut erschlagener Rotmilan bei WEA Hilpertsberg/Pfullendorf“, 16.06.2021
- 9) Max Planck Forschung: „Auf Kollisionskurs“, 2/2022.

Deutsche Klimaneutralität bewirkt nichts: Kosten über 71 Mrd. Euro p.a.

NEU

Zusammensetzung der Erdatmosphäre in %



Quellen:

1) Statista: Statistiken und Daten zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Wirtschaftswachstum, 27.05.2022

2) Die Bundesregierung: CO₂-Emission

1 ■ Der deutsche Anteil am CO₂-Wachstum weltweit von derzeit im Mittel von 0,000243 % pro Jahr beträgt 1,85 %. Deutschland ist damit für einen jährlichen Anstieg von rechnerisch nur 0,0000045 % p.a. verantwortlich.

2 ■ Selbst wenn Deutschlands Anteil im Zuge totaler Klimaneutralität wegfallen würde, wäre der Wegfall aufgrund der natürlichen Variabilität der CO₂-Rate nicht messbar und nicht nachweisbar.

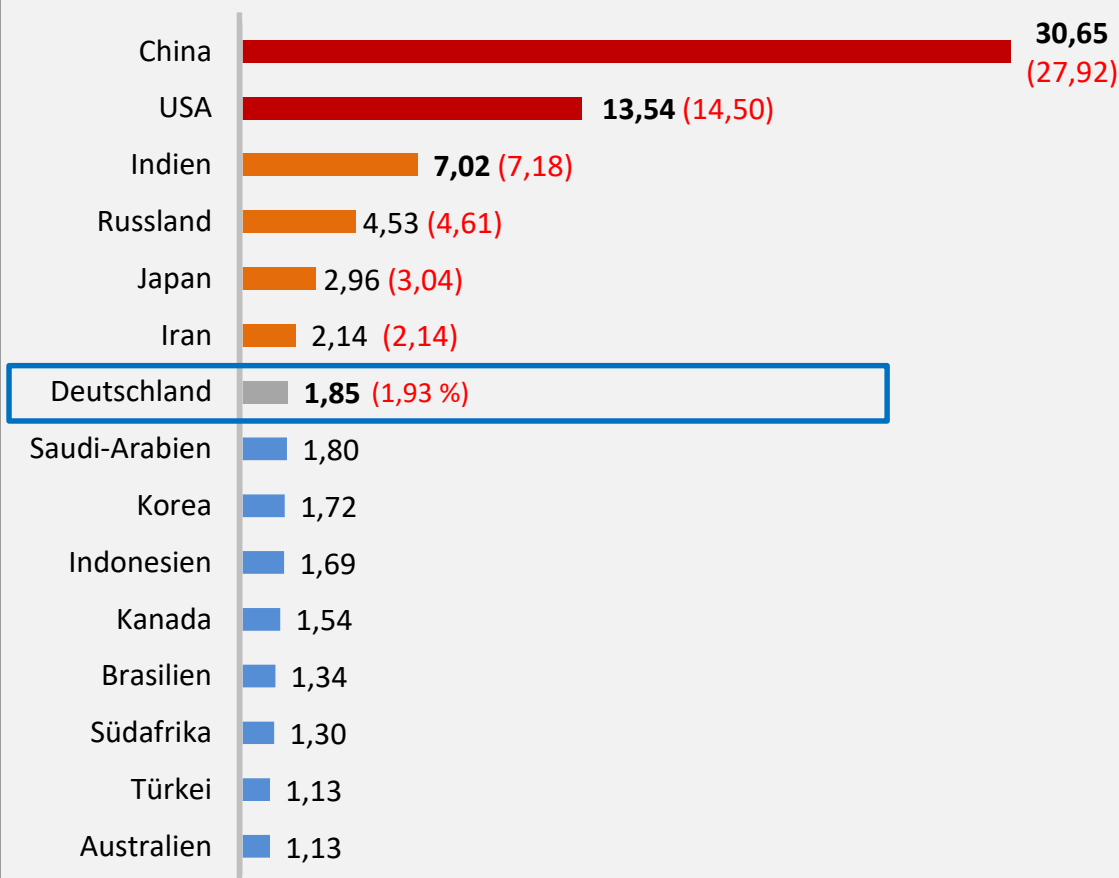
3 ■ Zum Erreichen seiner Klimaziele müsste Deutschland jährlich 2 % der Wirtschaftsleistung für Klimaschutz ausgeben. Das wären im Jahre 2021 über 71 Mrd. Euro.

4 ■ Klimawandel gab es schon immer und wird es immer geben. Einen globalen menschengemachten Klimawandel kann man zwar mit Computernmodellen beschreiben, jedoch wissenschaftlich nicht beweisen.

China erhöht CO₂-Emissionen deutlich – und Deutschland rettet die Welt ...

aktualisiert

Größte Länder nach Anteil am weltweiten CO₂-Ausstoß in % im Jahr 2020 (Klammer: Vorjahr)



Quelle:

1) Statista: CO₂-Emissionen: Größte Länder nach Anteil am weltweiten CO₂-Ausstoß im Jahr 2020, 01.04.2022

1 Die fünf größten Emittenten (China, USA, Indien, Japan, Russland) sind im Jahr 2020 für fast 59 % des Treibhausgasausstoßes verantwortlich (2019: 57 %). China und Indien erhöhten den CO₂-Ausstoß.

2 Der Anteil Deutschlands an den weltweiten Treibhausgasemissionen reduzierte sich und betrug nur noch 1,85 %. Dagegen steigerte China die CO₂-Emissionen auf 30,65 % (+ 2,73 %).

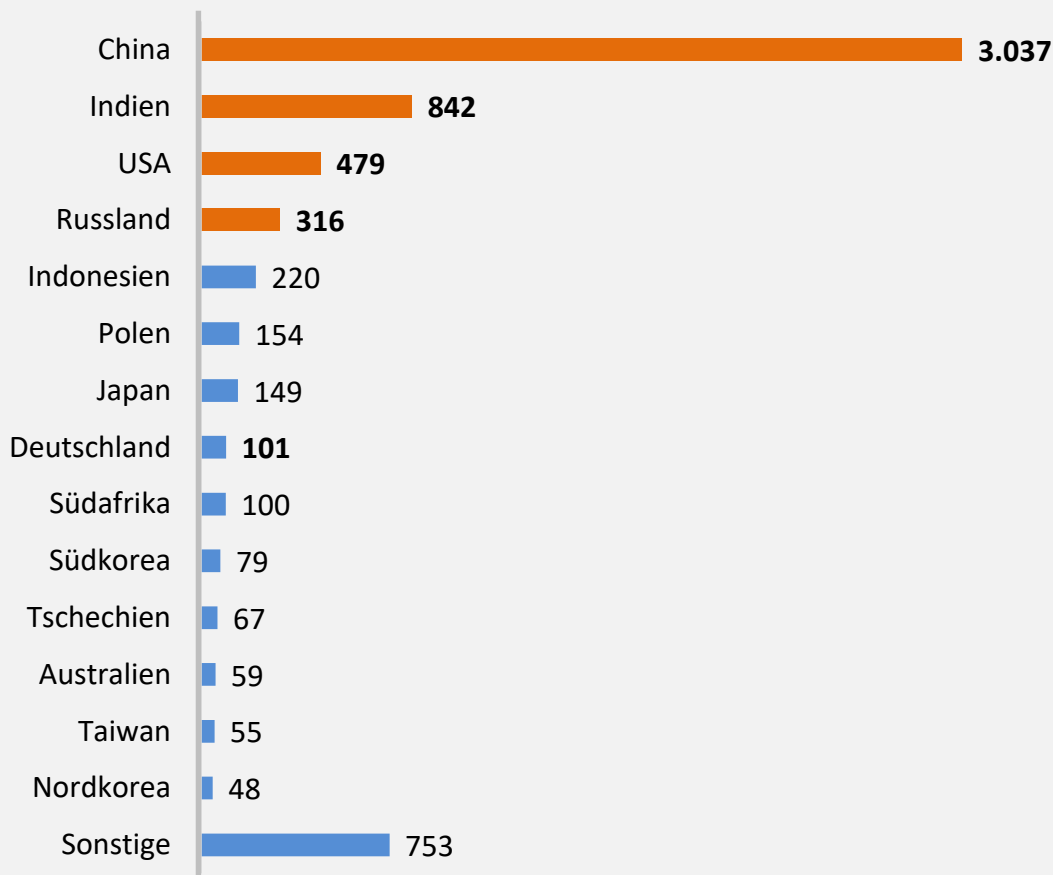
3 Obwohl Deutschland 2021 noch die viertgrößte Volkswirtschaft nach USA, China und Japan war, stieß es vergleichsweise wenig Treibhausgasemissionen aus!

4 Dagegen verursachten die Staaten Iran, Saudi-Arabien und Indonesien – alles Schwellenländer – jeweils mehr bzw. fast genauso viel CO₂ wie Deutschland.

China als größter Verursacher von CO₂ setzt verstärkt auf Kohlekraft

aktualisiert

Aktive Kohlekraftwerke weltweit nach Anzahl (Stand: Januar 2022)



Quellen:

1) Global Coal Plant Tracker: Coal Plants by County (Units), Januar 2022

2) Statista: „2/3 aller Kohlekraftwerke stehen in China, Indien und den USA“, 03.08.2020

3) Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: „Kohleausstieg und Strukturwandel“, (Stand: 06.09.2021)

1

- Obwohl in China bereits 46 % aller Kohlekraftwerke weltweit stehen, baut das Reich der Mitte noch mehr. „Mehr als die Hälfte des globalen Kohleverbrauchs geht auf das Konto Chinas.“

2

- Insgesamt wurden im Januar 2022 bis zu 950 Kraftwerksblöcke angekündigt oder befanden sich in Planung oder im Bau. Darunter waren 469 in China, 112 in Indonesien und 85 in Indien.

3

- Deutschlands Kohleausstieg bewirkt global keine Reduzierung von CO₂-Emissionen. Denn die Kohlekraftwerke müssen durch Gaskraftwerke ersetzt werden. Und hier sind die indirekten Emissionen durch Förderung, Transport und Lagerung bei Gas deutlich höher.

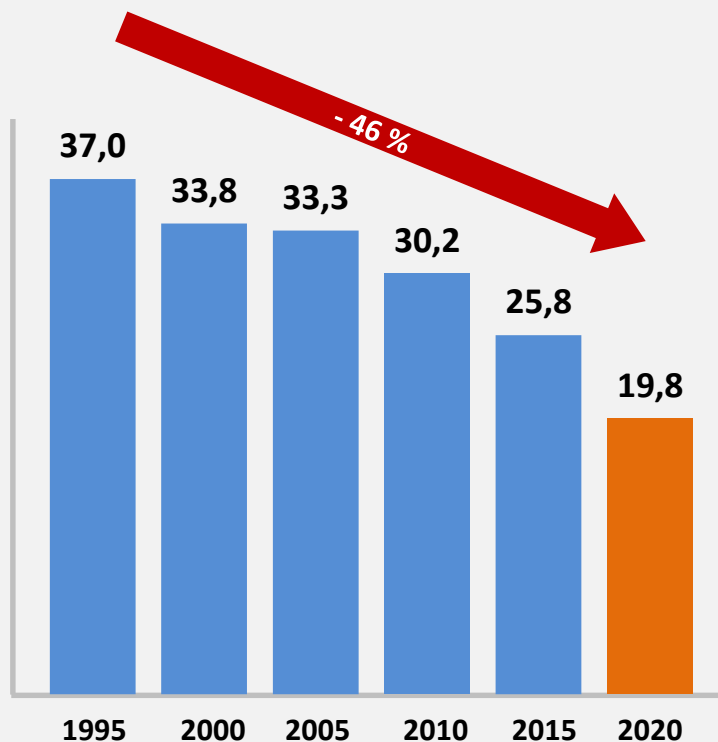
4

- Selbst wenn Deutschland alle 101 verbliebenen Kohlekraftwerke sofort abschaltet, würde das alleine durch die 172 im Bau befindlichen Kraftwerke in China in kürzester Zeit kompensiert.

Hessen: Luftqualität immer besser – Fahrverbote sind nicht mehr nötig

Stickstoffdioxid in hessischen Städten

im Jahresdurchschnitt (in Mikrogramm pro Kubikmeter Luft $\mu\text{g}/\text{m}^3$)



Quelle:

1) Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände: „Dieseldebatte. Keine Fahrverbote in Hessen“, Mai 2021

1

- In Hessen hat sich die Luftqualität von 1995 bis heute deutlich verbessert. Bis zum Jahr 2020 ist der Stickstoffdioxid-Wert (NO_2) um über 46 % gesunken. Dennoch gibt es bereits hessische Städte (z. B. Darmstadt), in denen Fahrverbote eingeführt wurden.

2

- „Laut Bundesverwaltungsgericht dürfen Fahrverbote nur die ‚ultima ratio‘ sein. Fahrverbote sind generell als unverhältnismäßig abzulehnen. Die Landesregierung muss künftig alles rechtlich Zulässige gegen die Verhängung von Fahrverboten tun.“

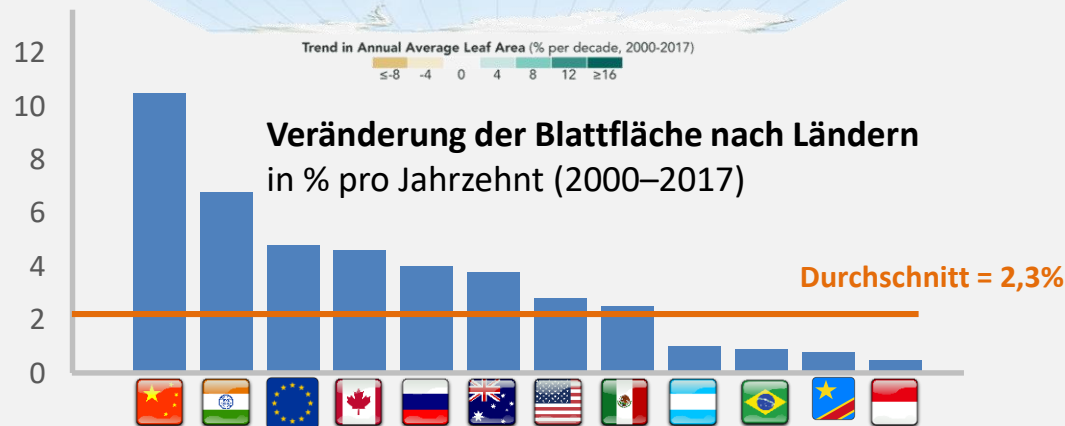
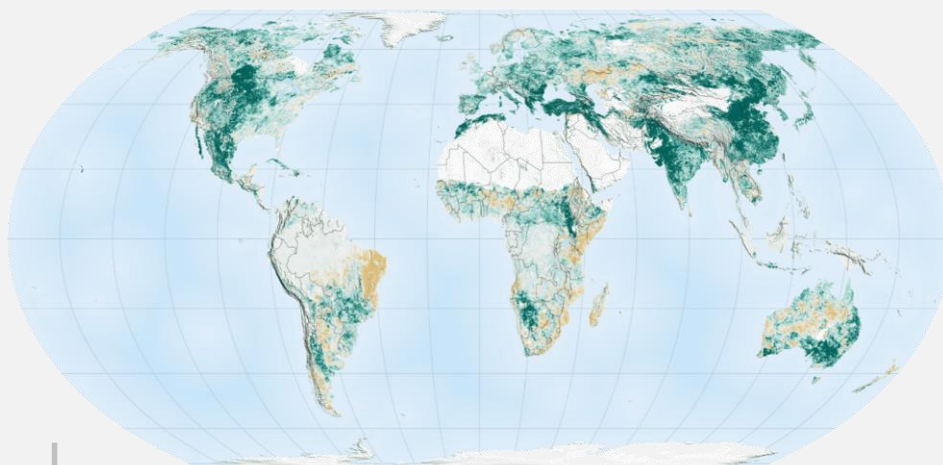
3

- „Angesichts der Kritik von Wissenschaftlern an den NO_2 -Grenzwerten sollte die EU eine wissenschaftlich fundierte Überprüfung veranlassen. In den USA liegt der Grenzwert bei 100 Mikrogramm je Kubikmeter.“ In Deutschland liegt der Grenzwert bei 40 Mikrogramm NO_2 pro Kubikmeter Luft im Jahresmittel.

Laut NASA ist die Erde in den letzten 20 Jahren grüner geworden

aktualisiert

Entwicklung der jährlichen durchschnittlichen Blattfläche in % pro Jahrzehnt 2000–2017 (Quelle: NASA Erdobservatorium)



Quellen:

1) NASA: Human Activity in China and India Dominates the Greening of Earth, 11.02.2019

2) Hozizonworld: „NASA-Studie zeigt: Die Erde ist in den letzten 20 Jahren grüner geworden“, 01.04.2019

3) EIKE: „Die Wahrheit über China - 2400 neue Kohlekraftwerke werden jedwede COP21-Schwüre durchkreuzen“, 03.12.2015

1

- Die NASA stellte in einer Studie fest, dass die Erde seit dem Jahr 2000 um 5 % grüner geworden ist.

2

- Obwohl „China und Indien für ein Drittel der Begrünung verantwortlich sind, decken [sie] aber nur 9 % der gesamten Landfläche mit Vegetation ab.“ In China wurde ein Aufforstprogramm aufgesetzt.

3

- Dabei emittierten im Jahr 2020 China und Indien – neben den USA – prozentual die meisten Treibhausgase (China 30,7 %, USA 13,5 %, Indien 7,0 %).

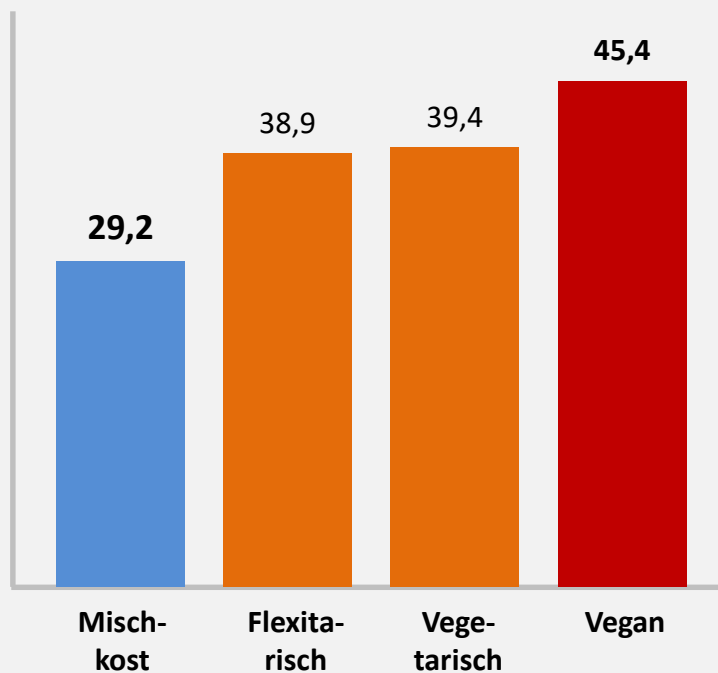
4

- Ein höherer CO₂-Gehalt der Atmosphäre führt zu einer Düngung der Vegetation, damit zu allgemein besserem Pflanzenwachstum und im Ergebnis zu einer Vermehrung der Grünflächen auf der Erde.

Vegetarische/vegane Ernährung führt zu steigendem Wasserverbrauch

NEU

Wasserverbrauch der Lebensmittelerzeugung
in m³ pro Person und Jahr



Quelle:

1) WWF: Der kulinarische Kompass. Wasserverbrauch & Wasserknappheit,
24.08.2021

1

- „Im Vergleich zur flexitarischen, vegetarischen und veganen Ernährungsweise weist [laut WWF] die derzeitige Ernährungsweise [Mischkost] den geringsten Wasserverbrauch auf (29 m³ pro Person und Jahr).“

2

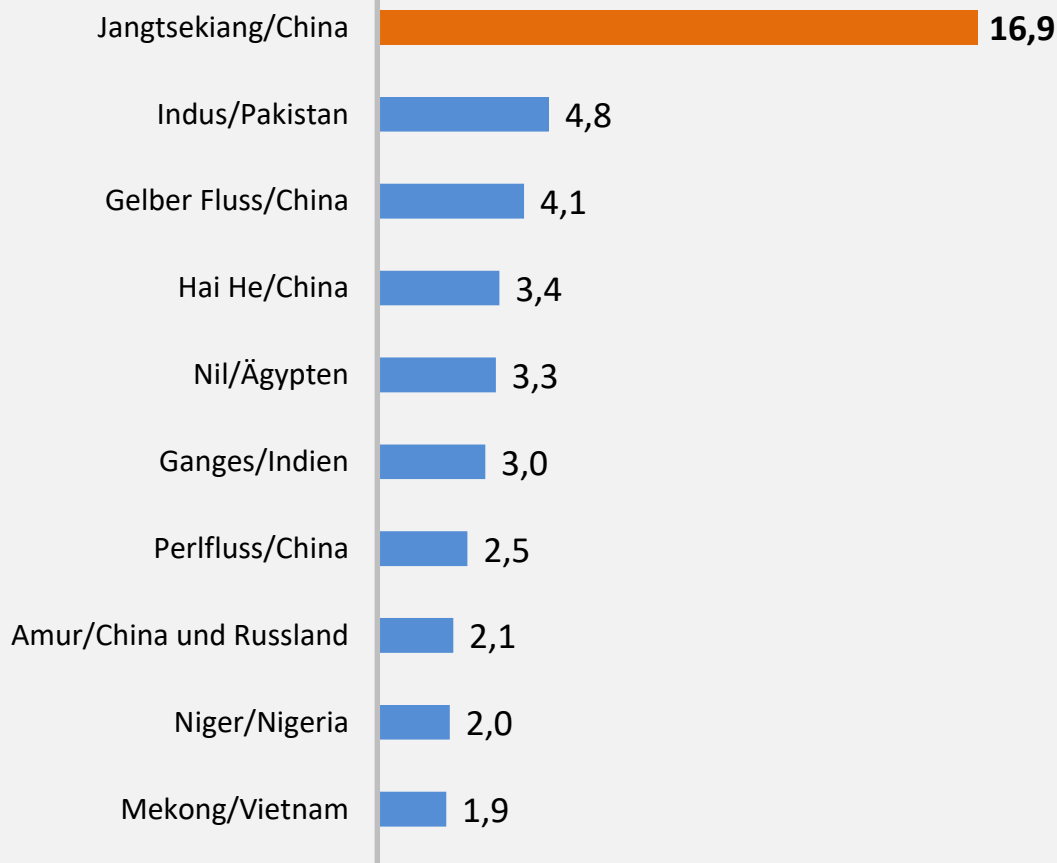
- Dagegen benötigt „die Erzeugung pflanzlicher Lebensmittel mehr Wasser zur Bewässerung“. Dies gilt vor allem für vegane und vegetarische Nahrung. So benötigt „jede Person im Jahr 39 m³ Wasser für eine flexitarische, 39 m³ für eine vegetarische und 45 m³ für eine vegane Ernährungsweise.

3

- Angeblieh gut gemeinte veränderte Ernährungsgewohnheiten hin zu fleischlosem Essen verstärkt die Wasserknappheit. Insbesondere wird die „Nachfrage in Teilen mit Erzeugnissen aus Regionen gestillt, für die ein Wasserknappheitsrisiko besteht, u. a. Staaten in Afrika, oder Südamerika.

90 % des Plastikmülls wird über Flüsse aus Asien und Afrika in die Meere geleitet

Kunststoffmüll aus Flüssen in Mio. Tonnen im Jahr 2017



Quellen:

- 1) Statista: Ranking der Flüsse weltweit, die die größte Menge an Kunststoffmüll ins Meer spülen im Jahr 2017
- 2) Helmholtz, Zentrum für Umweltforschung: Flüsse tragen Plastikmüll ins Meer, 17.10.2017
- 3) Deutsche Welle: „Wieso deutscher Müll eben doch im Meer landet“, 24.01.2019
- 4) Manager Magazin: „Das Plastik-Problem der Welt in fünf Grafiken“, 09.05.2018

1

- Das Plastik-Problem der Weltmeere ist v. a. ein von afrikanischen und asiatischen Staaten verursachtes Problem.

2

- Alleine über die 10 links genannten Wasserstraßen werden 90 % des Kunststoffmülls in die Meere geleitet.

3

- In einem Länder-Ranking „steht China an der Spitze – gefolgt von anderen pazifischen Ländern wie von den Philippinen und Indonesien.“

Unsere AfD-Forderungen zu Energie und Umwelt

NEU

1

- Strom muss sowohl für Industrie, Handwerk als auch Privathaushalte bezahlbar, sicher und zuverlässig sowie umweltfreundlich sein.

2

- Der bestehende Kraftwerks-Mix aus Kohle-, Gas- und Kernkraftwerken muss erhalten werden und steuerbare Stromerzeuger jederzeit die Spitzenlast von über 80 GW abdecken können. Hessen muss sich für einen Weiterbetrieb der CO₂-neutralen, sicheren und kostengünstigen Kernkraftwerke einsetzen.

3

- Der weitere Bau von Windkraftanlagen verursacht massive Schäden an Flora und Fauna. Außerdem ist die Stromerzeugung mit Wind unzuverlässig und kann ohne großtechnische Stromspeicher keine Versorgungsgrundlage einer Industrienation sein.

4

- Das Ziel der Klimaneutralität bewirkt weniger als ein Tropfen auf einem heißen Stein. Klimaschutzmaßnahmen sind daher abzulehnen, weil sie ineffektiv und nutzlos sind.

5

- Hessen importiert mehr als die Hälfte des verbrauchten Stroms und ist dadurch ein energiepolitischer „Trittbrettfahrer“. Ein Land mit strategisch wichtiger Infrastruktur, wie dem Flughafen Frankfurt und den Rechenzentren des Rhein-Main-Gebiets, muss durch eigene Kraftwerke einen angemessenen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten.

6

- Gasimporte sind für die hessische Industrie überlebensnotwendig. Die Inbetriebnahme von Nord-Stream 2 würde mehr Sicherheit in der Versorgung Deutschlands schaffen. Die Mehrwertsteuer auf Gas muss ausgesetzt werden.

7

- Die Luftqualität in Hessen wird seit Jahren deutlich besser. Durchfahrverbote leiten nur den Verkehr auf längere Umwege und vergrößern damit den Stickoxidausstoß. Diese sind daher ersatzlos abzuschaffen.

8

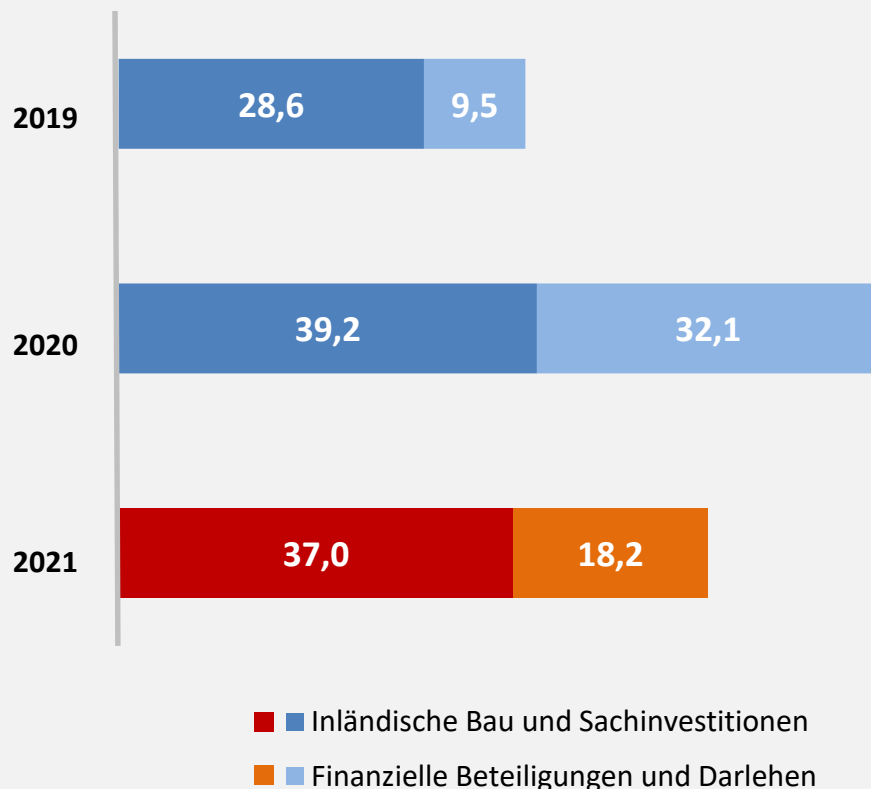
- Die Rohstoffgewinnung für Lithium-Akkus ist ethisch bedenklich und führt zu riesigen Umweltproblemen in den Förderländern. Die Förderung der E-Mobilität ist eine Umverteilung von unten nach oben. Beides muss gestoppt werden.

1.	Arbeit, Gesundheit, Rente und Soziales	3
2.	Demographie und Migration	33
3.	Bildung und Wissenschaft	52
4.	Energie und Umwelt	72
5.	Infrastruktur und Digitalisierung	92
6.	Steuern, Finanzen und Europäische Union	107
7.	Innere Sicherheit	140
8.	Medien	161
9.	Verteidigung	174
10.	Fazit	185

Die Bundesregierung investiert kraftlos und gering in die Infrastruktur

NEU

Investitionen des Bundes in Mrd. Euro nach Jahren



Quelle:

1) Institut der deutschen Wirtschaft: „Investitionen oft nur auf dem Papier“, 03.12.2020

1

- Der Bund investierte 2021 nur noch 55,2 Mrd. Euro in die Infrastruktur Deutschlands. Ein Jahr zuvor waren es noch 71,3 Mrd. Euro. Und dass, obwohl Deutschland viele marode Autobahnen und Brücken und ein überlastetes Schienenverkehrsnetz hat. Zudem schreitet der Breitbandausbau nur langsam voran.

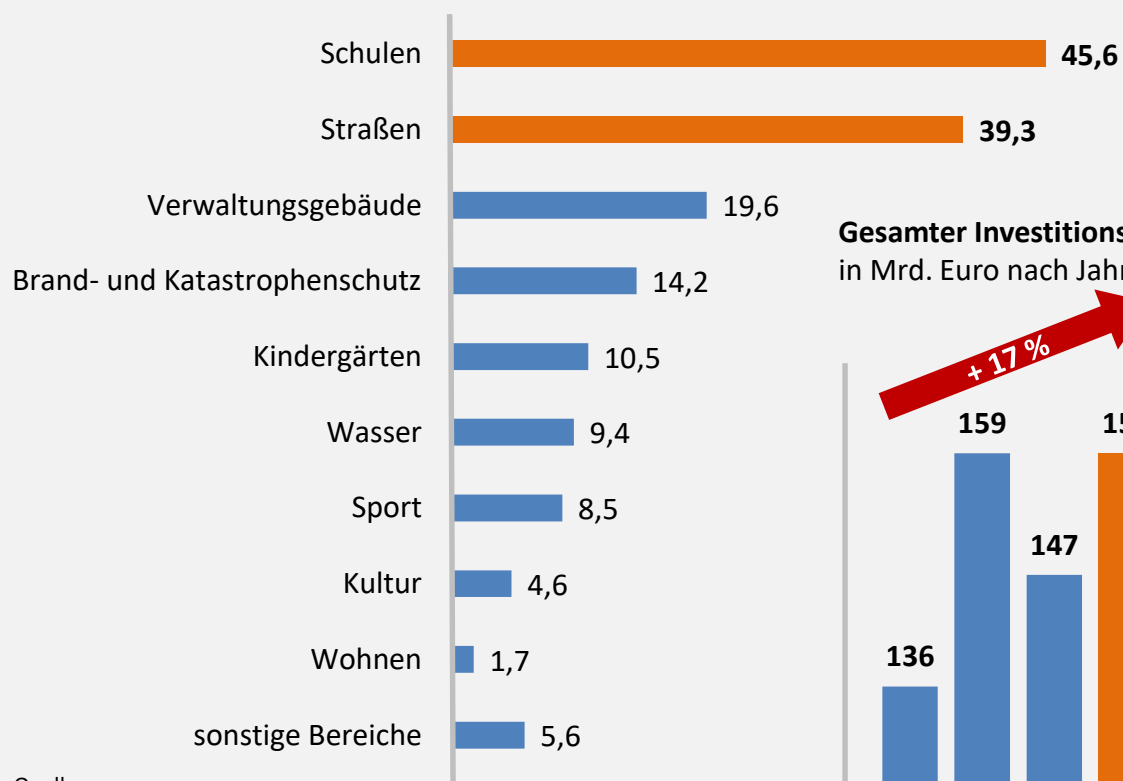
2

- „Betrachtet man die Investitionspläne des Bundes genauer, zeigt sich zudem: Ein großer Teil davon setzt sich aus finanziellen Beteiligungen und Darlehen zusammen, die kaum wachstumswirksam sein dürften. Damit kommen viele wichtige Investitionen zu kurz.“

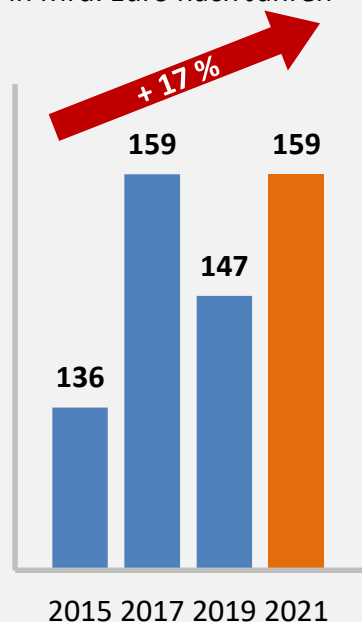
Die Krise der Kommunen wird zum Dauerzustand und nimmt weiter zu

aktualisiert

Wahrgenommener Investitionsbedarf der Kommunen in Deutschland in Mrd. Euro im Jahr 2021



Gesamter Investitionsbedarf in Mrd. Euro nach Jahren



Seit Jahren regiert in den deutschen Kommunen in vielen wichtigen Bereichen bereits der Mangel. Doch anstatt gegenzusteuern, wird der Investitionsbedarf immer höher. Im Jahr 2021 lag dieser bei 159 Mrd. Euro (2015: 136 Mrd. Euro).

Wie aus dem KfW-Kommunalpanel hervorgeht, wurde über Jahre die Infrastruktur vernachlässigt. Das hat dazu geführt, dass etliche Brücken und Straßen sanierungsbedürftig sind. Zudem nimmt der Investitionsbedarf beim Brand- und Katastrophenschutz, den Verwaltungsgebäuden, den Kindergärten und beim Wasser deutlich zu.

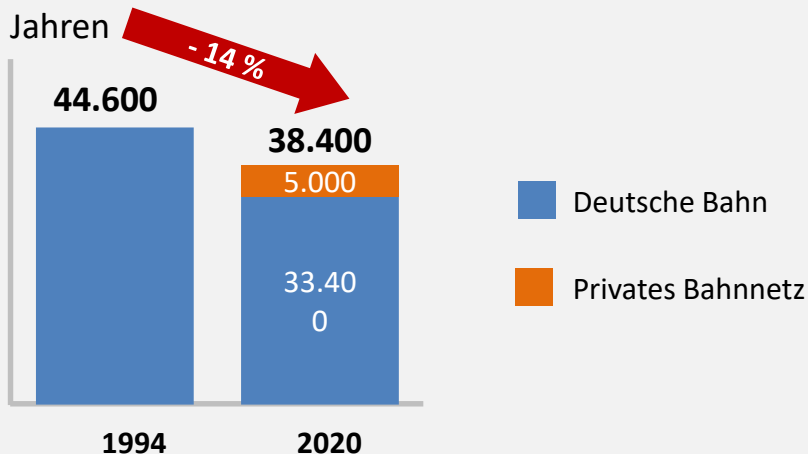
Quellen:

- 1) KfW-Kommunalpanel Mai 2022
- 2) KfW-Kommunalpanel 2021, Mai 2021
- 3) KfW-Kommunalpanel 2020, Mai 2020
- 4) KfW-Kommunalpanel 2018, Mai 2018
- 5) KfW-Kommunalpanel 2016, Mai 2016

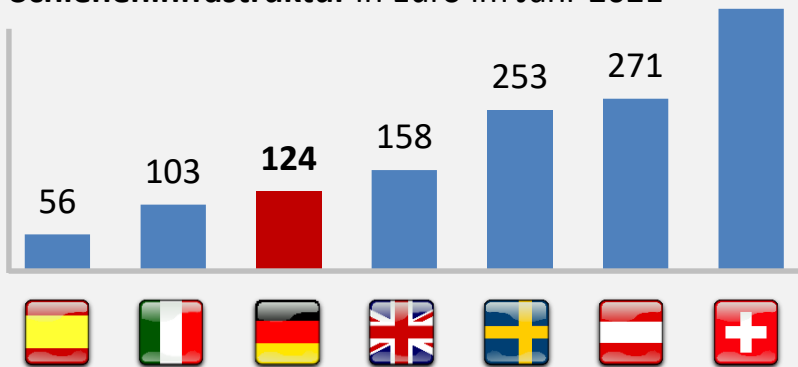
Seit Jahrzehnten wird das deutsche Bahnnetz mutwillig zerstört

NEU

Schienennetz in Deutschland nach Kilometern und Jahren



Pro-Kopf-Investitionen des Staates in die Schieneninfrastruktur in Euro im Jahr 2021



Quellen: 1) Allianz pro Schiene: „Das Schienennetz in Deutschland“, 27.06.2022
2) Deutsche Wirtschaftsnachrichten: „Bundestagswahl 2021: Die Deutsche Bahn ist nicht mehr zu retten“, 24.08.2021

1

- In den letzten Jahrzehnten wurde das Schienennetz in Deutschland stark reduziert. Über 100 Städte wurden vom Fernverkehrsnetz abgehängt (u. a. Chemnitz, Potsdam, Trier, Bayreuth, Wetzlar).

2

- „Gab es 1994 noch über 11.000 Gleisanschlüsse für Industriebetriebe, so sind es derzeit gerade noch etwas über 2.000.“ Dadurch werden immer weniger Tonnen Güter mit der Bahn transportiert. Die Deutsche Bahn verfügt nur noch über 65.000 Güterwagen (2008: 120.000).

3

- „In Deutschland wird immer noch nur mager in das Schienennetz investiert. Pro Kopf flossen 2021 124 Euro in die Schieneninfrastruktur. In Schweden etwa sind die Pro-Kopf-Ausgaben doppelt so hoch und in der Schweiz liegen die Pro-Kopf-Ausgaben sogar bei 413 Euro – drei Mal mehr als in Deutschland.“

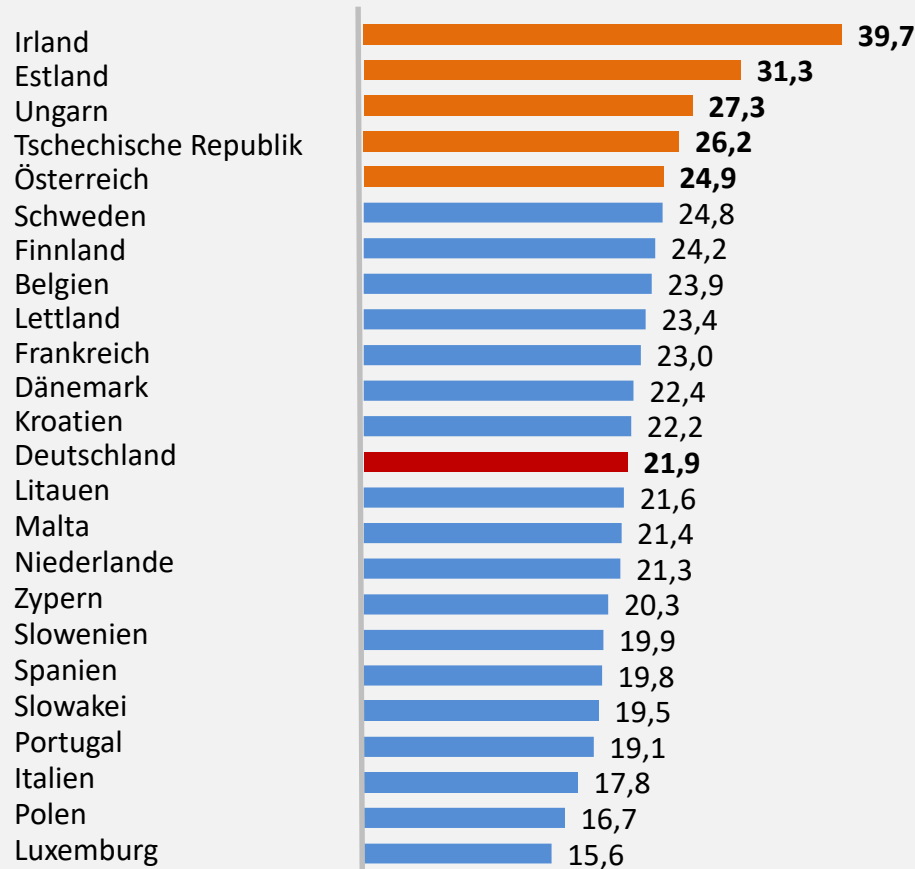
4

- Der Transport von Gütern wurde durch diese Maßnahmen immer mehr erschwert und unattraktiv gemacht. Die Unternehmen sind dadurch gezwungen, vermehrt LKWs einzusetzen. Weitere Staus auf Autobahnen sind vorprogrammiert.

Deutsche Unternehmen investieren zu wenig in die Infrastruktur ...

aktualisiert

Bruttoanlageinvestitionen in der Europäischen Union in % des BIP im Jahr 2020



Quellen:

1) Destatis: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, 1. Vierteljahr 2022, 10.06.2022

1

- Die deutschen Unternehmen investieren seit langem nur unterdurchschnittlich in die Modernisierung des Anlagevermögens (2020: 21,9 %). Das heißt in Ausrüstungsinvestitionen (technische Anlagen, Maschinen, Fahrzeuge oder Betriebs- und Geschäftsausstattung und Bauinvestitionen).

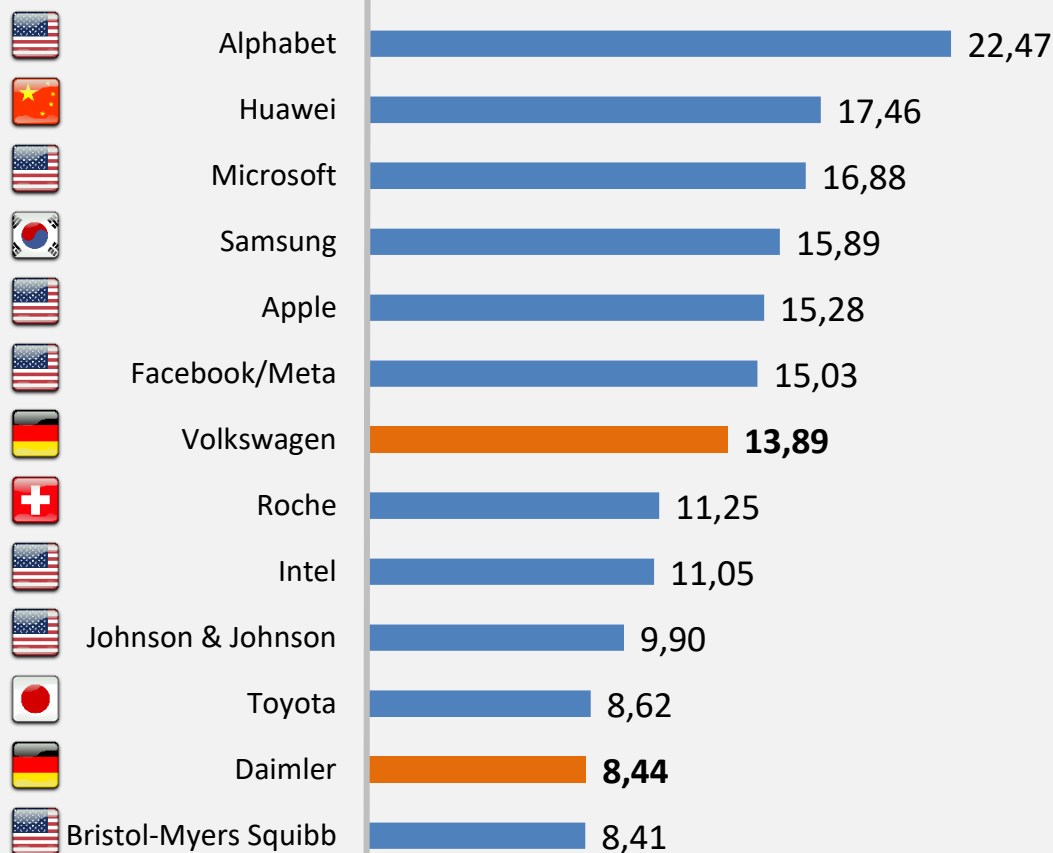
2

- Dagegen investieren Unternehmen vor allem in Irland (39,7 %), der Tschechischen Republik (26,2 %), Österreich (24,9 %), Schweden (24,8 %), Finnland (24,2 %), Belgien (23,9 %) oder Frankreich (23,0 %) deutlich mehr. Deutschland verliert damit an Wettbewerbsfähigkeit.

... insbesondere investieren Firmen zu wenig in Forschung und Entwicklung

aktualisiert

Unternehmen mit den höchsten Ausgaben für Forschung und Entwicklung Top 13 von 50 in Mrd. Euro im Jahr 2020



Quellen:

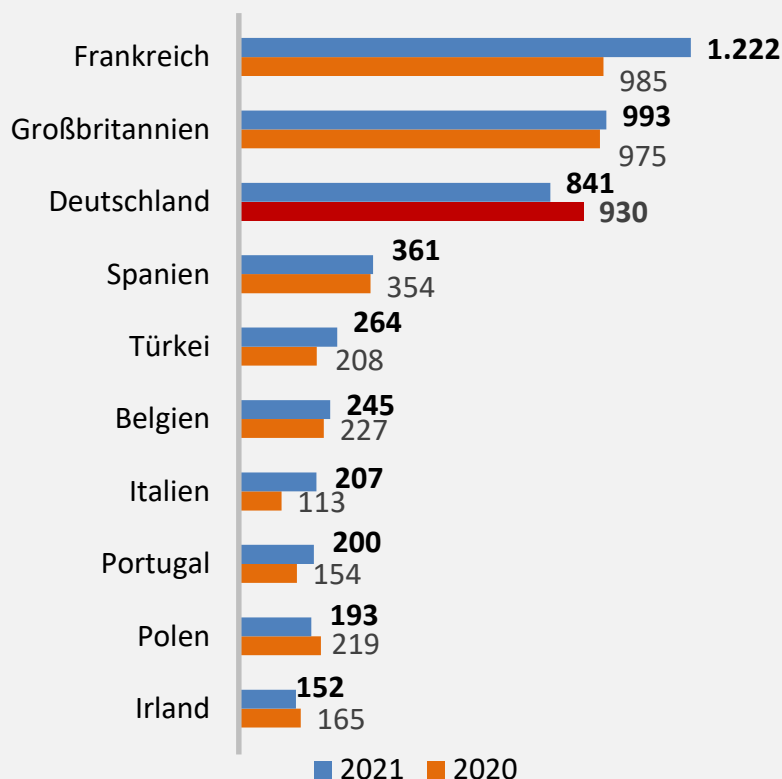
- 1) Statista: TOP 50-Ranking der weltweit führenden Unternehmen nach Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Jahr 2020, 24.01.2022 2) Handelsblatt: „Dax-Konzerne haben 2021 so viel verdient wie nie zuvor“, 30.03.2022
3) Statista: Jahresergebnisse von Amazon, Apple, Alphabet, Meta (ehemals Facebook), Microsoft für das Jahr 2021

- 1
 - Vor allem US-Unternehmen investieren Milliarden Euro in Forschung und Entwicklung und somit in die Zukunft.
- 2
 - Die US-amerikanischen Technologieunternehmen forschen in allen Zukunftsfeldern (u. a. künstliche Intelligenz, autonomes Fahren, Batterietechnik).
- 3
 - In den digitalen Zukunftsbranchen ist Deutschland unterrepräsentiert. VW belegt den 7. Rang (2019: Rang 6). Daimler befindet sich auf Rang 12 (11), Bayer auf 16, BMW auf 19 und Robert Bosch auf 21. Hier zeigt sich aber, dass Deutschland weiter Autoland ist.
- 4
 - Die fünf Software- und Internetfirmen (Amazon, Apple, Alphabet, Meta (früher Facebook), Microsoft) verdienten 2021 fast 289 Mrd. Euro – deutlich mehr als alle 40 DAX-Unternehmen zusammen (129 Mrd. Euro).

Ausländische Investitionen in Deutschland sinken zum 4. Mal in Folge

NEU

Anzahl der von ausländischen Unternehmen angekündigten Investitionsprojekte in Europa im Jahr 2021



Quellen:

1) EY: „Ausländische Investitionen in Deutschland sinken um ein Zehntel“, 31.05.2022

2) Handelsblatt: „Ausländer investieren weniger in Deutschland. Das sind die Gründe“, 31.05.2022

1

- Obwohl die Zahl der ausländischen Investitionsprojekte in Europa im Jahr 2021 um 5 % gestiegen ist, sank sie in Deutschland zum vierten Mal in Folge. Dagegen legte sie in Italien um 83 % zu, in Portugal um 30 %, in Frankreich um 24 %, in der Türkei um 27 % und in Großbritannien um 2 %. Frankreich und Großbritannien sind weiterhin Nummer eins und zwei unter den Top-Investitionsstandorten.

2

- „Ausländische Investoren haben ihr Engagement in Deutschland im vergangenen Jahr deutlich reduziert: Die Zahl der von ausländischen Unternehmen in Deutschland angekündigten Investitionsprojekte sank im Vergleich zum Vorjahr um 10 % auf 841.“ Dagegen führten deutsche Unternehmen insgesamt 661 Investitionen durch und bleiben Investitionsmotor in Europa.

3

- Gerade die „teure Energie, [die] langen Genehmigungsprozesse und die schwierige Personalsuche machen den Standort Deutschland unattraktiver.“

Deutschland bei Patentanmeldungen Spitze – doch wie lange noch?

aktualisiert

Die 7 größten Patentanmeldeländer im Jahr 2021

Rang	Land	2021	+/-2020
1		46.533	+ 5,2 %
2		25.969	+ 0,3 %
3		21.681	- 1,2 %
4		16.665	+ 24,0 %
5		10.537	- 0,7 %
6		9.394	+ 3,4 %
7		8.442	+ 3,9 %

Top 10 der Patentanmeldungen im Jahr 2020

Rang	Unternehmen	Herkunftsland
1	Huawei	
2	Samsung	
3	LG	
4	Ericsson	
5	Siemens	
6	Raytheon Techn.	
7	Qualcomm	
8	Sony	
9	Royal Philips	
10	Robert Bosch	

Quellen:

1) Europäisches Patentamt: Patentanmeldungen in Europa erreichen 2021 Rekordniveau, 05.04.2022

2) Statista: Anzahl der Patentanmeldungen in Deutschland nach Bundesländern im Jahr 2021, 17.03.2022

1

- Deutschland belegt bei den weltweiten Patentanmeldungen weiterhin den 2. Rang (europaweit Platz 1). Dennoch sind die Patentanmeldungen um nur 0,3 % gestiegen.

2

- Im Vergleich dazu konnten Konkurrenten wie China (+ 24,0 %), Türkei (+ 21,0 %), Kanada (+ 18,4 %), Indien (+ 16,2 %), Schweden (+ 12,0 %), Polen (+ 12,8 %), Finnland (+ 11,2 %), Spanien (+ 8,9 %), Italien (+ 6,5 %) und die USA (+ 5,2 %) deutlich zulegen.

3

- Bei den Patentanmeldungen nach Bundesländern lag im Jahr 2022 Baden-Württemberg auf Rang 1 (13.570 Patente), gefolgt von Bayern (11.875) und Nordrhein-Westfalen (5.675). Hessen rangiert auf Position 5 (1.479; - 20,1 % zum Vorjahr).

Innovationen kommen kaum noch aus deutschen Großunternehmen

aktualisiert

Globaler Vergleich der innovativsten Top 50 Unternehmen (Auswahl) im Jahr 2021

Rang	Unternehmen	Herkunftsland
1	Apple	
2	Alphabet	
3	Amazon	
4	Microsoft	
5	Tesla	
6	Samsung	
7	IBM	
8	Huawei	
9	Sony	
10	Pfizer	
11	Siemens	
30	Bosch	
34	Adidas	
40	SAP	
50	Bayer	

1

- Lediglich die fünf deutschen Großunternehmen (Siemens, Bosch, Adidas, SAP, Bayer) sind in den Top 50 der innovativsten Firmen für 2021 zu finden.

2

- Deutsche Großunternehmen verlieren im Vergleich zur internationalen Konkurrenz weiter den Anschluss.

3

- Von den mittlerweile 40 DAX-Unternehmen sind sogar nur fünf in der Auswahl vertreten.

Quelle:

1) Boston Consulting Group: Most Innovative Companies 2021

Deutschland fällt im internationalen Innovationsvergleich zurück

NEU

Globaler Innovationsvergleich, Rangfolge im Jahr 2021

Rang	Herkunftsland	Auf-/Abstieg (Vorjahr)
1		↔ (1)
2		↔ (2)
3		↔ (3)
4		↔ (4)
5		↑ (10)
6		↓ (5)
7		↔ (7)
8		↔ (8)
9		↓ (6)
10		↓ (9)

1

- Positiv ist, dass sieben europäische Staaten sich unter den zehn innovativsten Ländern der Welt befinden. Allerdings rangiert Deutschland im weltweiten Vergleich der Innovationskraft hinter kleineren Ländern wie Finnland, Singapur (Rang 8) Dänemark oder den Niederlanden nur auf Platz 10.

2

- Deutschland ist um einen Rang zum Vorjahr abgestiegen. Und dass, obwohl Deutschland nach Bevölkerung und Wirtschaftskraft die größte Volkswirtschaft Europas ist. Dagegen halten sich Wettbewerber wie die Schweiz, Schweden, die USA und Großbritannien wie im Vorjahr auf den ersten vier Rängen. Und Südkorea stieg von Rang 10 auf Rang 5 auf.

3

- Gerade im Bereich Infrastruktur ist Deutschland schwächer geworden und von Rang 12 auf Rang 21 abgerutscht. Bei der digitalen Partizipation der Bevölkerung und bei öffentlichen Digitalangeboten ist Deutschland auf Rang 59 (2020: 17) gesunken.

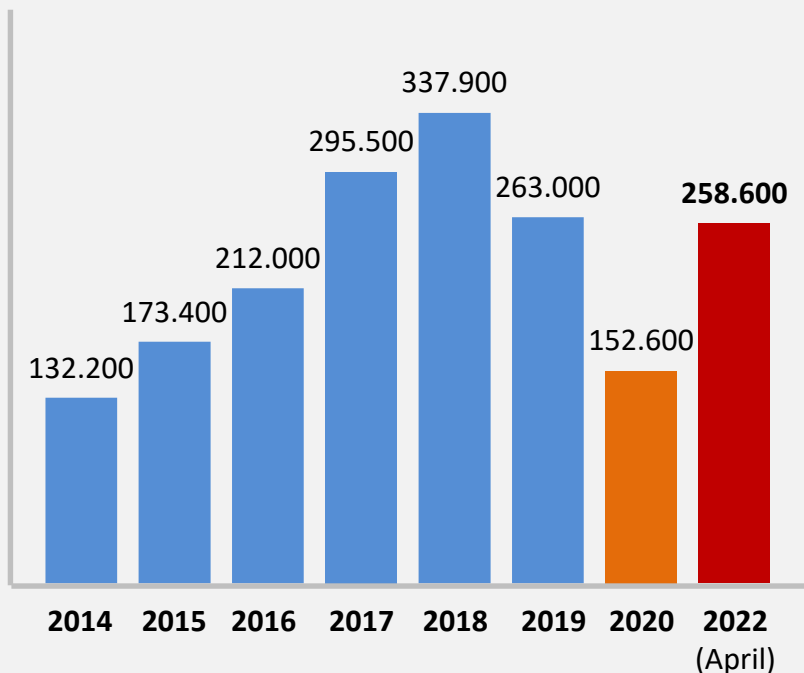
Quelle:

1) [Global Innovation Index 2021: The Global Innovation Index 2021 captures the innovation ecosystem performance of 132 economies and tracks the most recent global innovation trends, 20.09.2021](#)

Im technischen Bereich (MINT) fehlen Deutschland 258.600 Fachkräfte

aktualisiert

Offene MINT-Stellen in Deutschland nach Anzahl und Jahren



Quellen:

- 1) Statista: Offene MINT-Stellen in Deutschland nach Bundesländern und Berufsaggregaten 2022, 08.07.2022
- 2) Institut der Deutschen Wirtschaft Köln: MINT-Herbstreport 2021, 23.11.2021
- 3) AfD-Fraktion Berlin: Blue Deal 2030. Businessplan für eine neue Gründerzeit des 'Unternehmens Berlin', 2021
- 4) Haufe: „Historischer Rückgang bei den unbesetzten MINT-Stellen“, 16.06.2020
- 5) Statista: MINT mangelt es an Frauen, 13.07.2022

1

- Das Fehlen von fast 259.000 MINT-Fachkräften (Stand April 2022) „hemmt die Innovationsstärke der deutschen Wirtschaft in hohem Maße.“ Im Jahr 2020 waren die offenen MINT-Stellen durch den Corona-bedingten Wirtschaftseinbruch rückläufig gewesen (MINT = Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik).

2

- Laut Michael Stahl (Arbeitgeberverband Gesamtmetall) ist „MINT die Grundlage unserer Forschungs- und Innovationsfähigkeit. Deshalb brauchen wir auch noch mehr MINT-Kräfte, wenn wir die Forschungsausgaben in Deutschland auf 3,5 % des Bruttoinlandsproduktes steigern wollen. Genauer gesagt: Die Zahl der MINT-Erwerbstätigen in den Forschungsabteilungen müsste von heute rund 1,1 Mio. um etwa 220.000 auf 1,3 Mio. zunehmen.“

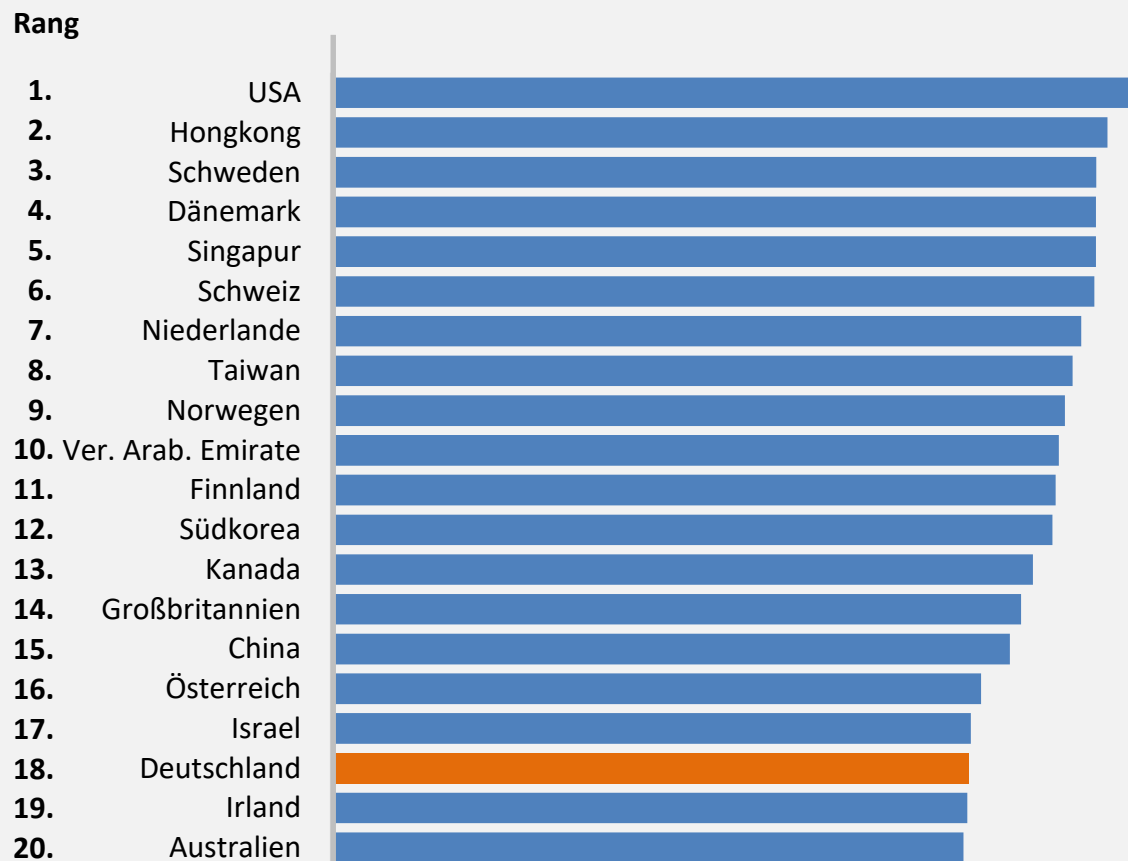
3

- In Nordrhein-Westfalen sind derzeit 52.500 Stellen im MINT-Bereich unbesetzt; in Bayern 47.200, in Baden-Württemberg 35.300, in Niedersachsen und Bremen 31.900 und in Hessen 14.200. Im MINT-Bereich mangelt es allgemein an Frauen. So lag die Frauenquote in MINT-Berufen Ende März 2021 bei 15,5 %.

Deutschland schlecht bei digitaler Wettbewerbsfähigkeit aufgestellt

NEU

Digitale Wettbewerbsfähigkeit nach Rang im Jahr 2021



1

- Bei der digitalen Wettbewerbsfähigkeit liegt Deutschland deutlich abgeschlagen auf Rang 18, während China – welches von Deutschland seit Jahren Entwicklungshilfe erhält – sich um einen Rang verbessern konnte.

2

- In Europa setzt sich die Transformation der zwei Geschwindigkeiten fort. Während Österreich in Bezug auf seine digitale Wettbewerbsfähigkeit Boden gut gemacht hat (von Rang 17 auf Rang 16), bleibt Deutschland auf dem Vorjahresplatz.

3

- Bei der digitalen Entwicklung liegt Deutschland auf dem vorletzten Platz in Europa. Nur noch Albanien schnitt schlechter ab. Auch innerhalb der G7-Staaten befindet sich Deutschland auf dem vorletzten Platz.

Quellen:

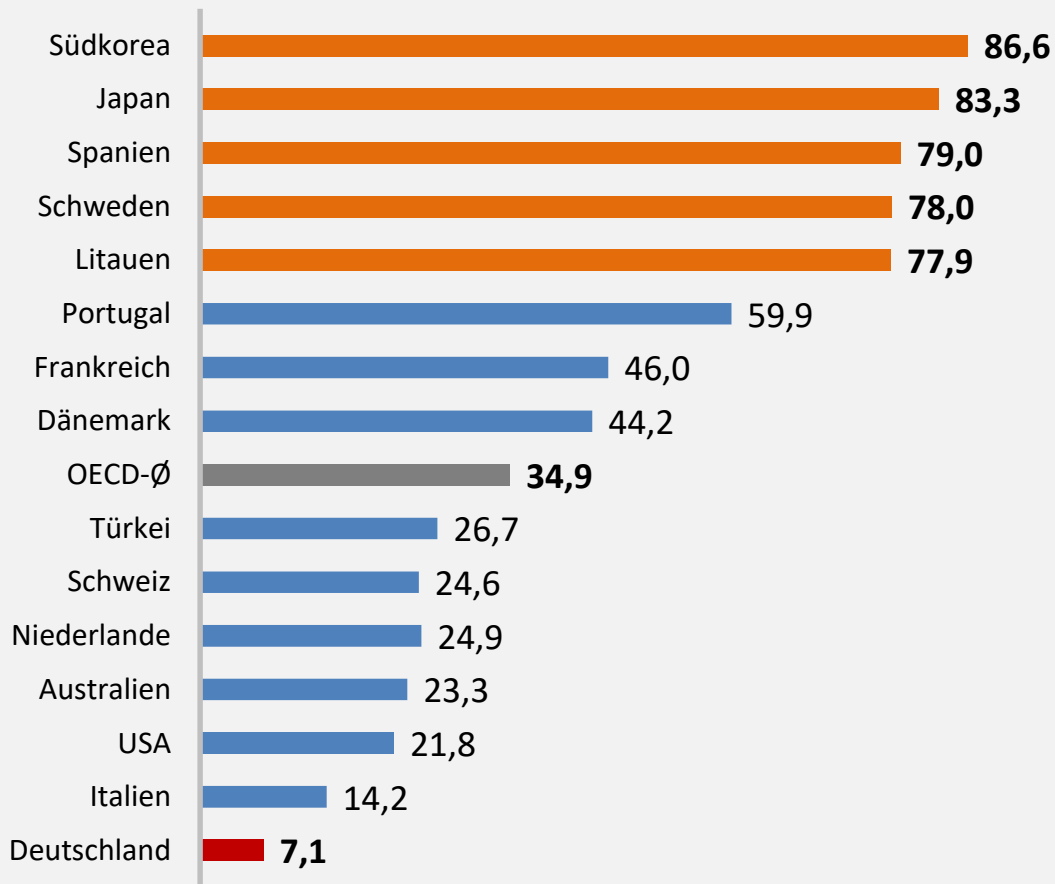
1) IMD World Competitiveness Center: World Digital Competitiveness Ranking 2021

2) European Center for Digital Competitiveness: „China und Saudi-Arabien an Spitze der G20 Kanada, Italien und Frankreich führend innerhalb der G7“, 02.09.2021

Beim Glasfaserausbau liegt Deutschland auf Entwicklungsland-Niveau

aktualisiert

Anteil von Glasfaseranschlüssen an allen stationären Breitbandanschlüssen in ausgewählten Ländern der OECD in % im Dezember 2021



Quelle:

1) Statista: Anteil von Glasfaseranschlüssen an allen stationären Breitbandanschlüssen in den Ländern der OECD im Dezember 2021, 25.07.2022

1

- Fast nirgendwo ist das Ausbaurvolumen der Glasfaseranschlüsse so niedrig wie in Deutschland – hier ist Deutschland zu einem Entwicklungsland geworden.

2

- Die Bundesregierung macht den Fehler, neben dem Glasfaserausbau auch auf die Aufrüstung durch alte Kupferkabel zu setzen.

3

- Die Digitalisierung der Behörden wurde bereits von der Merkel-Regierung nicht angegangen. Dies zieht sich weiter fort. Laut der EU-Kommission gehört Deutschland zu den Ländern mit der geringsten Online-Interaktion.

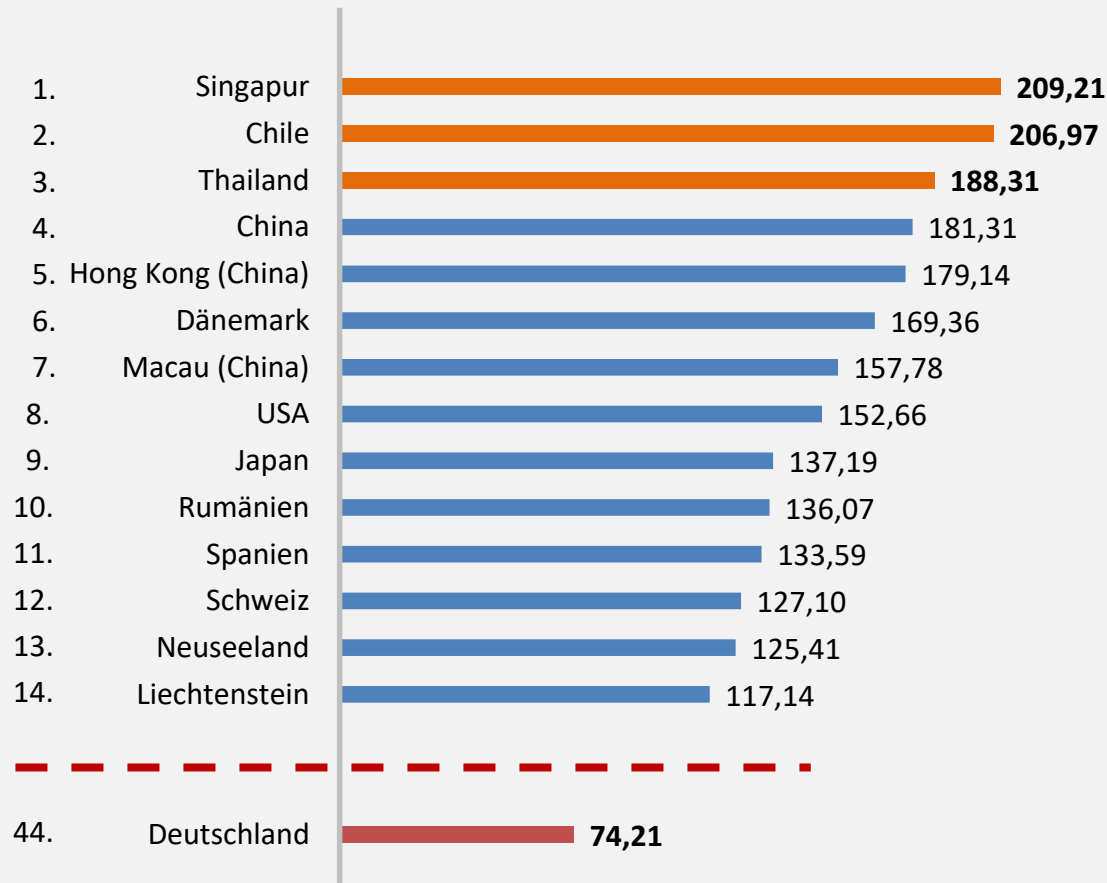
4

- Damit entstehen Unternehmen und Bürgern hohe zusätzliche Milliardenkosten und viel Zeitaufwand.

Deutschland bei der Breitband-Datenübermittlung nur auf Rang 44

aktualisiert

Internet-Übertragungsgeschwindigkeiten (Downstream-Geschwindigkeit)
nach Länder-Rang in Mbit/s (Stand: Mai 2022)



Quelle:

1) Speedtest: Global Speedtest Index, Mai 2022

1

- Im Vergleich zu anderen Industriestaaten liegt Deutschland bei der Datenübertragung (im Downstream) am unteren Ende.

2

- Vor allem in ländlichen Gegenden erhalten Nutzer oft keinen schnellen Internetzugang. Sie gehören zu den digital Abgehängten.

3

- So haben nur 50 % der Haushalte in ländlichen Regionen Zugang zu Übertragungsgeschwindigkeiten von 50 Megabit pro Sekunde oder schneller.

4

- International fiel Deutschland von Platz 35 (Juni 2021) auf 44 (Mai 2022) zurück. Vor Deutschland liegen Staaten wie Polen, Panama, Moldawien, Chile oder Ungarn.

Unsere AfD-Forderungen zu Digitalisierung und Infrastruktur

NEU

1

- Der deutsche Staat investiert auf allen Ebenen zu wenig in die Infrastruktur. Hessen und Deutschland müssen diese weiter ausbauen, damit es wettbewerbsfähig bleibt. Hier muss Hessen mit gutem Beispiel voran gehen und die Investitionen deutlich erhöhen.

2

- Der Investitionsbedarf in hessischen Kommunen wird immer höher. Damit Kindergärten, Schulen, Straßen usw. in einem guten Zustand bleiben, muss das Land Hessen die Kommunen finanziell unterstützen.

3

- Eine gute Infrastruktur ist die Lebensader für Logistik und Wirtschaft. Durch eine jahrzehntelange falsche Investitionspolitik auf Bundes- und Landesebene, steht das Straßen- und Bahnnetz kurz vor dem Kollaps. Daher muss insbesondere in diese Netze deutlich mehr investiert werden.

4

- Es muss für Unternehmen wirtschaftlich lukrativ sein, in Hessen in Anlagen zu investieren. Nur so kann Hessen weitere Abwanderung verhindern und als Wirtschaftsstandort bestehen.

5

- Seit Jahren sinken die ausländischen Investitionen, da in Deutschland wie in Hessen u. a. die Genehmigungsprozesse viel zu lange dauern und die Energiekosten zu hoch sind. Die Zulassungsverfahren müssen verkürzt und die Kernkraftwerke wieder aufgebaut werden.

6

- Die Sanktionen gegen Russland dürfen nicht dazu führen, dass die hessische oder deutsche Wirtschaft darunter mehr leiden als Russland selbst. Sanktionen, die uns schaden, müssen beendet werden.

7

- Die deutsche wie die hessische Industrie bringen immer weniger Innovationen und Patente hervor. Hier muss seitens des Bundes und des Landes Hessen stärker in Forschung und Entwicklung investiert werden.

8

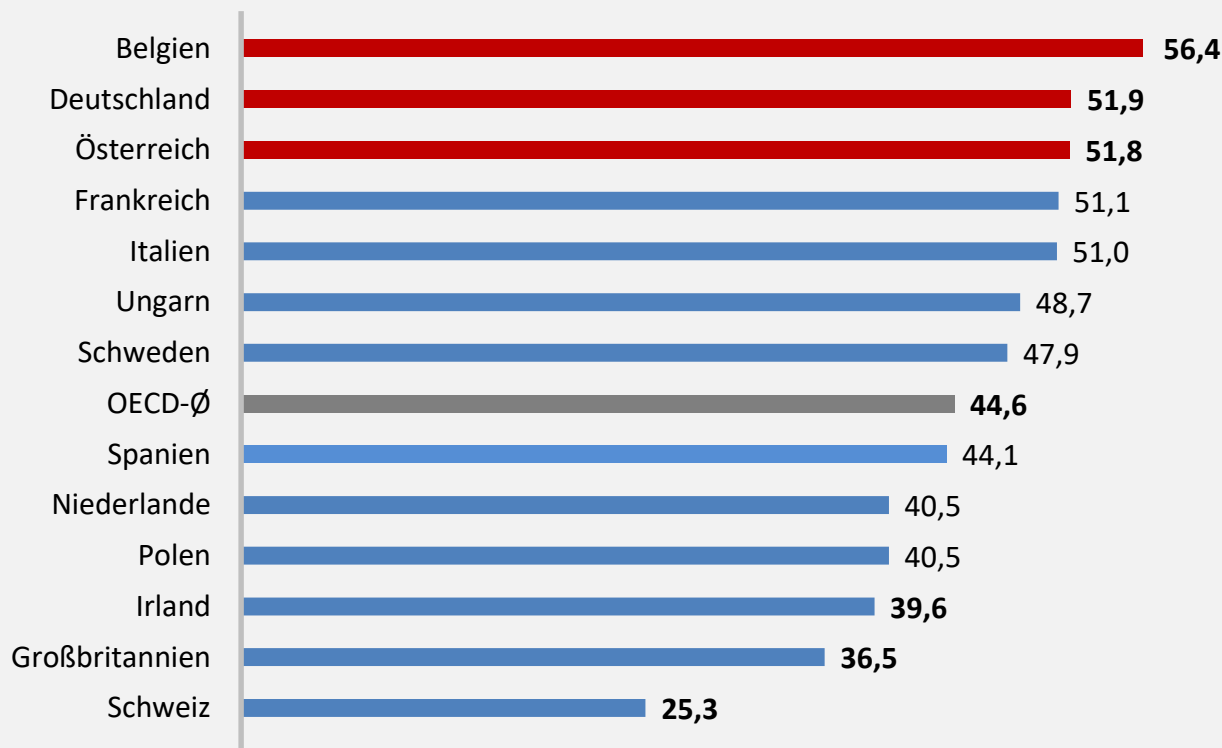
- Hessen muss beim Glasfaser- und Breitbandausbau deutlich nachbessern und mehr investieren. Ebenso besteht hoher Investitionsbedarf beim flächendeckenden Ausbau von LTE und 5G. Ansonsten ist keine Industrie 4.0 möglich. Dies gilt auch für Deutschland.

1.	Arbeit, Gesundheit, Rente und Soziales	3
2.	Demographie und Migration	33
3.	Bildung und Wissenschaft	52
4.	Energie und Umwelt	72
5.	Infrastruktur und Digitalisierung	92
6.	Steuern, Finanzen und Europäische Union	107
7.	Innere Sicherheit	140
8.	Medien	161
9.	Verteidigung	174
10.	Fazit	185

Deutsche haben OECD-weit die zweithöchsten Abgaben zu tragen

aktualisiert

Belastung mit direkten Lohnabzügen und Umsatzsteuer (Normalsatz) in % der Bruttoarbeitskosten für ledige Durchschnittsverdiener in ausgewählten Ländern im Jahr 2021



Quellen:

1) Bund der Steuerzahler: „Steuerzahlergedenktag und Einkommensbelastungsquote 2022“, 13.07.2022

2) InFranken: „Ehegattensplitting bei den Steuern 2022: Diese Änderungen für Ehepaare sind geplant“, 15.03.2022

1

- Deutschland liegt bei der Belastung von Durchschnittsverdienern (Singles, Doppelverdiener) durch Einkommensteuer und Sozialabgaben OECD-weit auf dem zweiten Platz.

2

- Nur in Belgien ist die Belastung höher. Dagegen liegt die Steuer- und Abgabenlast in Spanien, den Niederlanden, Polen, Irland, Großbritannien und der Schweiz unter dem OECD-Durchschnitt.

3

- Sollte das Ehegattensplitting abgeschafft werden – wie es SPD, Grüne und Linkspartei fordern – würden Familien deutlich stärker belastet.

Der deutsche Staat belastet seine Bürger mit 40 verschiedenen Steuern

aktualisiert

Steuerarten in Deutschland im Jahr 2022 (Auswahl)



Quellen:

1) Bundesministerium der Finanzen: [Wo finde ich welche Steuerinfos?](#), 31.07.2022
 2) Die Bundesregierung: [„Bundesregierung beschließt Erhöhung der Luftverkehrssteuer“](#), 17.12.2019 3) Die Bundesregierung: [„CO₂-Bepreisung“](#), 19.12.2019 4) Deutscher Anwaltverein: [„Corona-Steuerpläne von der Vermögensabgabe zum Soli“](#), 29.07.2022 5) Bund der Steuerzahler: [Der Steuerzahler](#), 7/8-2021 6) News.de: [„Gas-Umlage ab Oktober 2022: Kosten-Explosion für Verbraucher“](#), 28.07.2022

1

- Bereits heute werden die Bundesbürger mit 40 Steuerarten belastet. Mit dieser Vielzahl von Abgaben liegen deutsche Steuerzahler weltweit an der Spitze.

2

- Der „unterproportionale“ Einkommenszuwachs und der „vom Bund der Steuerzahler erkämpfte Abbau der kalten Progression – also die Berücksichtigung der Inflation im Steuertarif – bremst den Zuwachs der Steuerlast bei steigendem Einkommen.“ Ansonsten „wäre die Gesamtbelastung der Haushalte höher ausgefallen.“

3

- Da die Bundesregierung für die selbst verschuldete Migrationskrise und die von ihr vorangetriebene Energiewende immer mehr Geld benötigt, werden weitere Steuern und Erhöhungen folgen. Ab Oktober 2022 wird zusätzlich eine „Gas-Umlage“ erhoben, die für die Verbraucher zu einer Kosten-Explosion führen wird.

4

- Die CO₂-Steuer sowie eine deutliche Erhöhung der Luftverkehrssteuer zeigen bereits, wohin die Reise geht. Durch die CO₂-Abgabe sind seit Anfang 2021 die Preise für Benzin und Diesel sowie die Wohnkosten – hier für Erdgas und Heizöl – deutlich gestiegen.

Eigentlich bleibt dem Arbeitnehmer nicht mehr viel vom Lohn

NEU

Steuern, Sozialabgaben und Wohlstandsverluste in Euro im Jahr 2022 (Beispiel)

Lediger, kinderloser Arbeitnehmer	Abzüge	Einkommen
Echtes Bruttogehalt (Kosten Arbeitgeber)		3.794,22
Bruttogehalt (laut Gehaltsnachweis)		2.900,00
Steuern (Kirchen- u. Lohnsteuer)	399,76	
Sozialabgaben (Arbeitslosen-, Renten-, Pflegeversicherung, Krankenkasse)	611,18	
Nettogehalt		1.889,06
Abzüglich monatlich verdeckter Steuern und Abgaben		
Gesundheitskosten ausgegliedert	5,00	
KFZ-Steuer	30,00	
KFZ-Versicherungssteuer	20,00	
Benzinsteuer	74,21	
Weitere Steuern*	100,00	
GEZ-Gebühr	18,36	
Abzüglich indirekte Steuern (MwSt.)	158,26	
Einkommen nach Steuern		1.483,23
Wohlstandsverluste (staatl. Fehlinvestitionen, Geldmengenwachstum, Unternehmensbesteuerung)	605,17	
Verwertbares Einkommen		878,06

Quelle:

1) Achgut: „Steuern: Brutto und Netto als Mogelpackungen“, 18.04.2022

1

▪ Nach allen Abzügen (Steuern, Abgaben, Wohlstandsverluste) bleibt dem Arbeitnehmer nicht mehr viel von seinem echten Bruttogehalt. „Dem Arbeitnehmer würde es bedeutend besser gehen, wenn der Staat seinen Kernaufgaben [als Nachwächterstaat] nachkommen würde.“ D.h. niedrige Steuern und „Produktion von Sicherheit und Frieden.“

2

▪ Von dem verbliebenen Einkommen muss der Arbeitnehmer noch Miete, Nahrung und Kleidung zahlen sowie Rücklagen für eine eventuelle Neuanschaffung eines Autos bzw. den Kauf eines Hauses bilden.

3

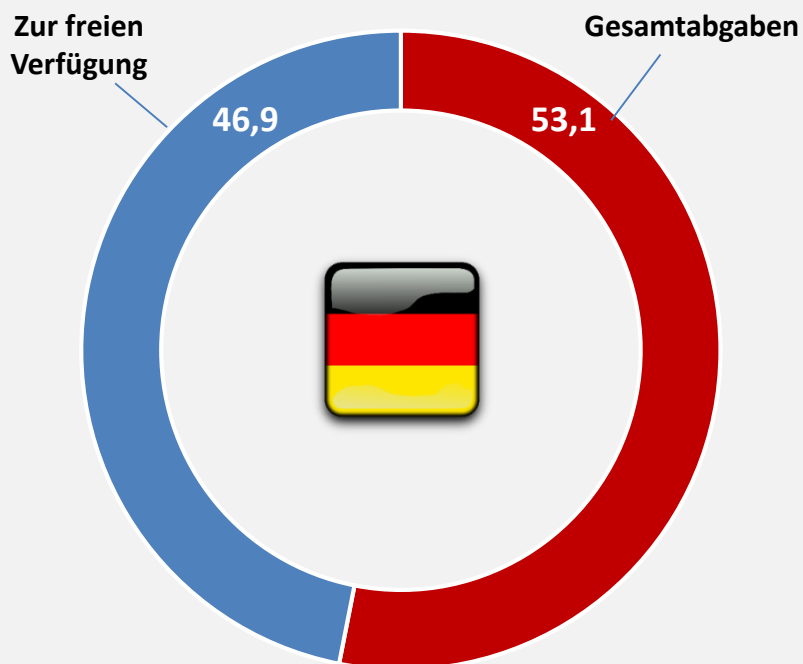
▪ „Besonders die gesetzliche Rentenversicherung war von Anfang an kein reines Rentensystem, sondern diente vornehmlich als politische Verfügungsmasse. Die Einzahlungen in das Sozialsystem stellen eine de-facto-Steuer dar, ohne einen konkreten Anspruch auf Gegenleistung. Die Sozialversicherungen sind ein Schneeballsystem. Wie jedes Schneeballsystem mündet auch dieses System im Bankrott. Daher sollte der Arbeitnehmer entscheiden können, ob er diesem System beitreten möchte oder nicht.“

* Unter weitere Steuern fallen: „Kapitalertragsteuer, Tabaksteuer, Branntweinsteuer, Alkopopsteuer, Schaumweinsteuer, Kaffee-steuer, Versicherungssteuer, Stromsteuer, Erbschaftsteuer, Grundsteuer, Rennwett- und Lotteriesteuer, Biersteuer, Hundesteuer, Jagdsteuer, Zweitwohnsitzsteuer, Vergnügungsteuer. Hinzu kommen noch überhöhte Kosten für Müllabfuhr, Strom, Heizung, oder Post.“

Der Durchschnittshaushalt arbeitet 194 Tage im Jahr für den Staat

aktualisiert

**So viel bleibt von einem Euro übrig,
in Euro-Cent (Prognose 2022, Bund der Steuerzahler)**



Quelle:
1) Bund der Steuerzahler: Steuerzahlergedenktag 2022

1

- Ein Durchschnittshaushalt (2,2 Personen; Monats-Brutto: 6.474 Euro pro Monat; Nettoeinkommen: 3.038 Euro pro Monat) wird im Jahr 2022 voraussichtlich mit Abgaben in Höhe von 3.436 Euro belastet, was 53,1 % des monatlichen Bruttoeinkommens entspricht.

2

- Damit arbeitet der Durchschnittshaushalt an 194 von 365 Tagen nur für den Staat. Das heißt, erst ab dem 14. Juli 2022 arbeitet der Durchschnittshaushalt für sich selbst.

3

- Von jedem Euro entfallen auf Sozialabgaben 31,6 Cent und auf Steuern 21,5 Cent. Es verbleiben somit nur 46,9 Cent zur freien Verfügung. Ein Jahr zuvor waren es noch 47,1 Cent.

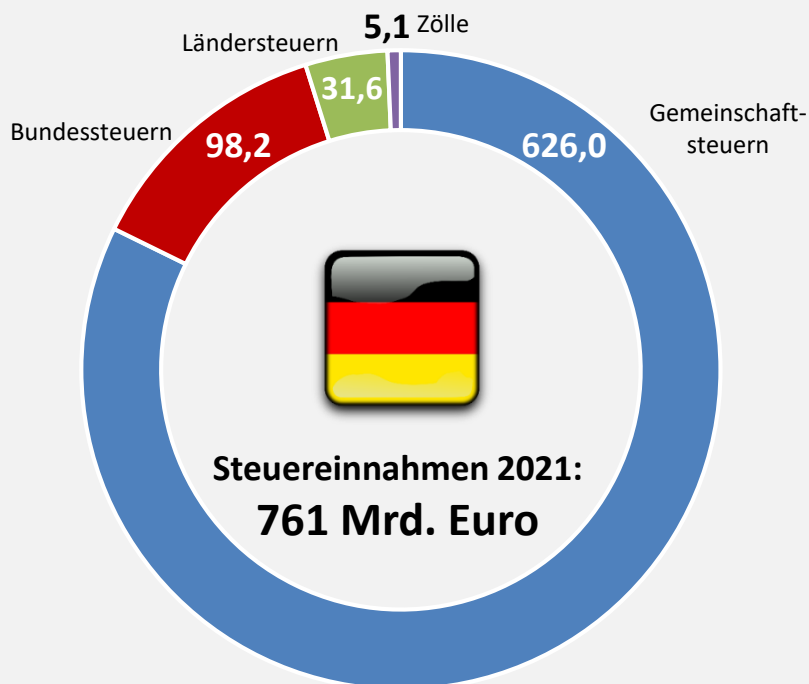
4

- „Im europäischen Vergleich ist [dies] ein fragwürdiger Spitzenwert“.

Steuereinnahmen stiegen trotz Corona-Pandemie um 11,5 %

aktualisiert

Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden in Mrd. Euro im Jahr 2021



Quellen:

- 1) Bundesfinanzministerium: Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Haushaltsjahr 2021
- 2) Bundesfinanzministerium: „Nachtragshaushalt 2021 und Eckwerte für den Bundeshaushalt 2022 und den Finanzplan bis 2025“, April 2022
- 3) Bundesfinanzministerium: Bundeshaushalt 2021, Einzelpläne
- 4) Bundesfinanzministerium: Lindner: „Das ist ein Booster für die Volkswirtschaft“, 13.12.2021

1

- Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden (ohne Gemeindesteuern) stiegen trotz der Corona-Pandemie im Haushaltsjahr 2021 gegenüber dem Vorjahr um 11,5 % auf 761 Mrd. Euro.

2

- Der Gesamthaushalt des Bundes – inkl. eines zweiten Nachtragshaushaltes – belief sich im Jahr 2021 auf 572,7 Mrd. Euro (2020: 508,53 Mrd. Euro).

3

- Den größten Etat hatte im Jahr 2021 das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (rund 165 Mrd. Euro). Die Corona-Pandemie und die weiterhin starke illegale Zuwanderung sowie die zusätzliche Unterbringung von Hunderttausenden Flüchtlingen aus der Ukraine wird die Kosten steigen lassen.

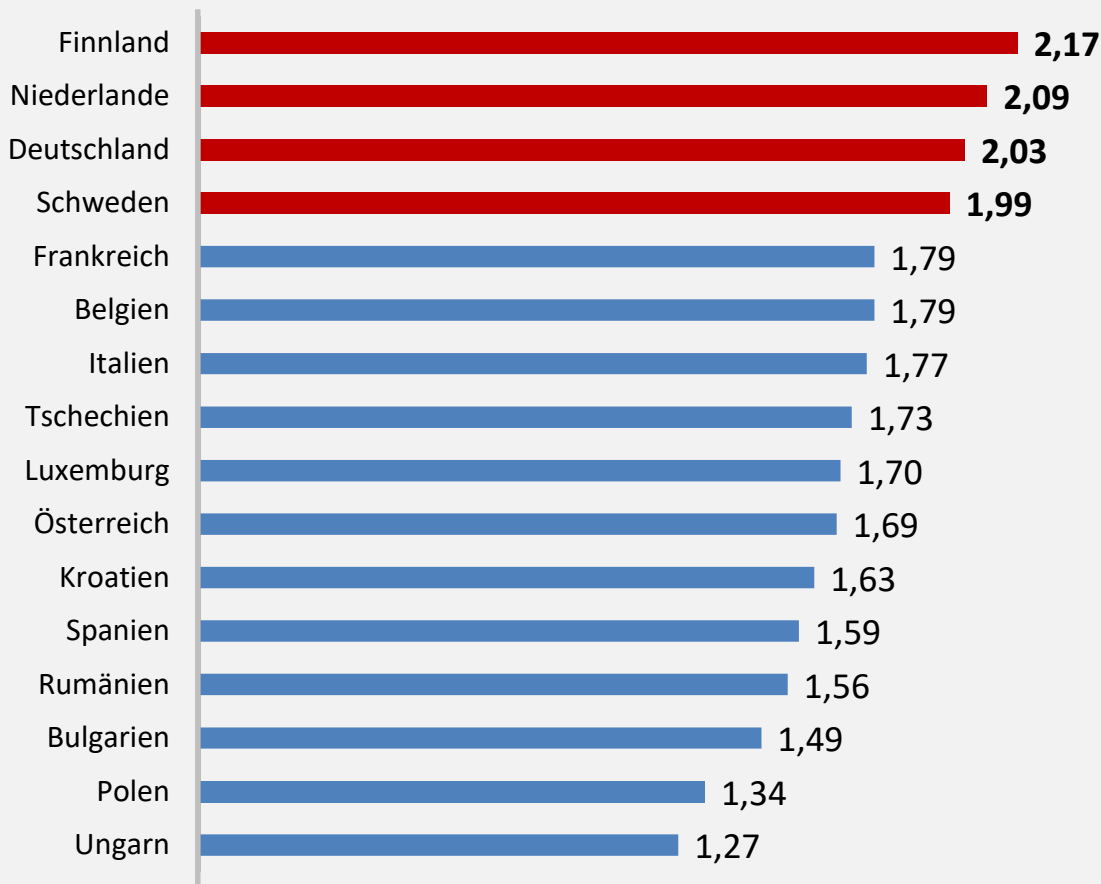
4

- Nachdem die Corona-Pandemie 2020 zu einem deutlichen Einbruch der Wirtschaftsleistung und der Steuereinnahmen geführt hatte, setzte 2021 eine spürbare wirtschaftliche Erholung ein. Die Steuereinnahmen stiegen wieder an. Dies lag u. a. auch an den deutlich gestiegenen Energiepreisen.

Vor allem der Staat profitiert von den hohen Kraftstoffpreisen

NEU

Euro-Super 95 je Liter in Euro am 11.04.2022



Quellen:

1) Destatis: „Kraftstoffpreise im EU-Vergleich“, 11.04.2022

2) AfD: „Staatlicher Anteil an den Kraftstoffkosten in Deutschland“, Stand: 11.04.2022

3) RBB24: „Polen senkt ab Februar Mehrwertsteuer auf Benzin und Diesel“, 07.01.2022

1

- Der Liter Kraftstoff war seit Bestehen der Bundesrepublik noch nie so teuer wie heute. Im Gegensatz zu Deutschland reagierten andere europäische Regierungen und senkten die Mehrwertsteuer auf Kraftstoffe, wie Polen (von 23 % auf 8 %).

2

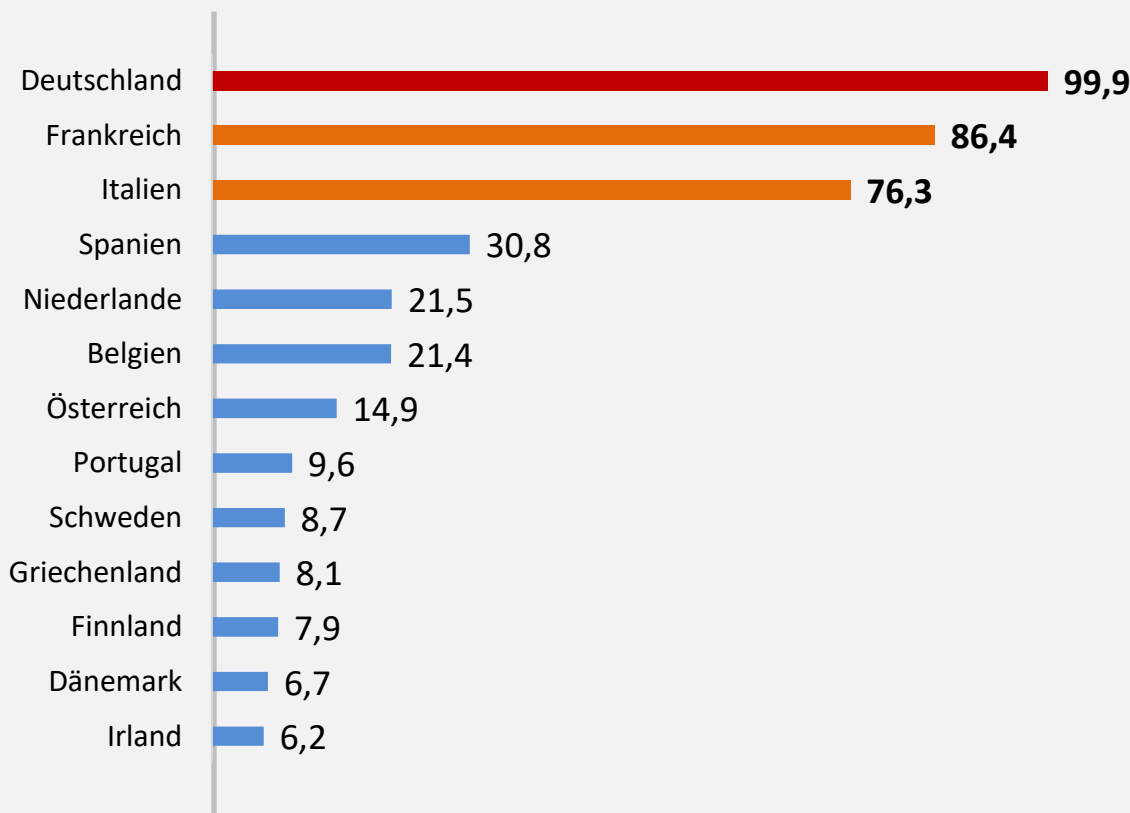
- In Osteuropa sind die Kraftstoffpreise generell niedriger als in Westeuropa, was an den niedrigeren Steuern liegt.

3

- Der staatliche Anteil an den Kraftstoffkosten in Deutschland setzt sich aus der Energiesteuer, dem Erdölbevorratungsbeitrag, der CO₂-Steuer und der Mehrwertsteuer zusammen. Das heißt, dass mehr als 50 % eines Liter Sprits auf Steuern entfallen.

100 Mrd. Euro Steuern allein in Deutschland durch den Kfz-Verkehr

Steuereinnahmen durch Kraftfahrzeuge in ausgewählten EU-Staaten in Mrd. Euro im Jahr 2020



Quelle:

1) ACEA: „Kfz-Steuer steigt in wichtigen EU-Märkten auf 398 Milliarden Euro“, 29.04.2021

1

- Fast ein Siebtel der deutschen Steuereinnahmen (2021: 761 Mrd. Euro) werden aus dem Geschäft mit der Kfz-Mobilität generiert (99,9 Mrd. Euro).

2

- Allein die 15 EU-Kernstaaten nehmen fast 400 Mrd. Euro jährlich durch den Kfz-Verkehr an Steuern ein (Mehrwertsteuer, Kfz-Steuer, CO₂-Steuer, Ökosteuer).

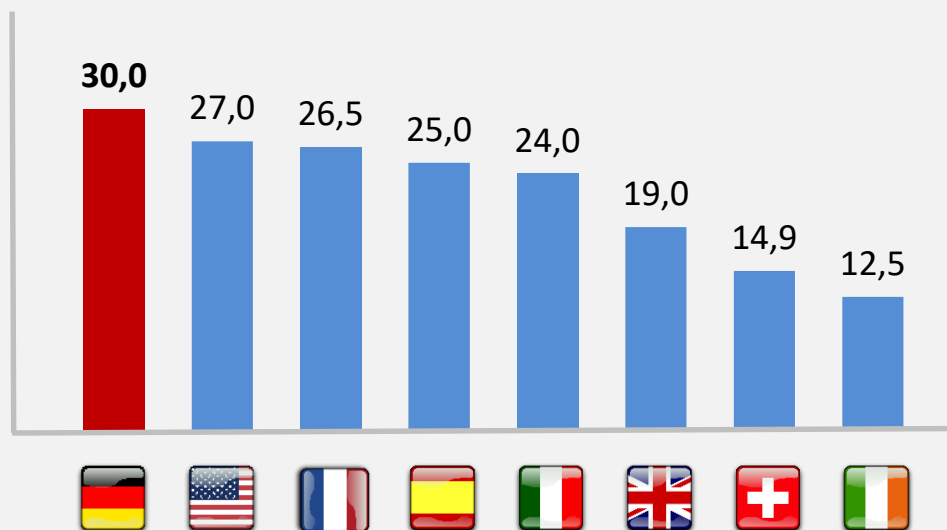
3

- Der Rückbau der deutschen Automobil- und Zulieferindustrie wird die Steuereinnahmen langfristig deutlich sinken lassen. Zudem werden die Kfz-Steuern nicht in das marode Straßen- und Brückennetz investiert.

Die deutsche Wirtschaft leidet unter der viel zu hohen Steuerlast

aktualisiert

Unternehmensbesteuerung im internationalen Vergleich (Auswahl)
in % im Jahr 2021 (Tarifliche nominale Gewinnbesteuerung von Kapitalgesellschaften; Körperschaftsteuern, Gewerbeertragsteuern und vergleichbare andere Steuern von Bund, Ländern und Gebietskörperschaften)



Quelle:

1) Statista: „Unternehmenssteuersätze in ausgewählten Ländern im Jahr 2021“, 21.01.2022

1

- Deutschland und Indien haben weltweit die zweithöchsten Unternehmenssteuersätze. Darunter leidet die Konkurrenzfähigkeit deutscher Unternehmen. Nur Japan (30,6 %) besteuert seine Unternehmen noch höher.

2

- Liegt die durchschnittliche internationale steuerliche Gesamtbelastung aller Unternehmen bei 23,6 %, beträgt sie in Deutschland 30 %. Die USA senkten ihren Steuersatz unter Donald Trump im Jahr 2018 von 40 % auf 27 %.

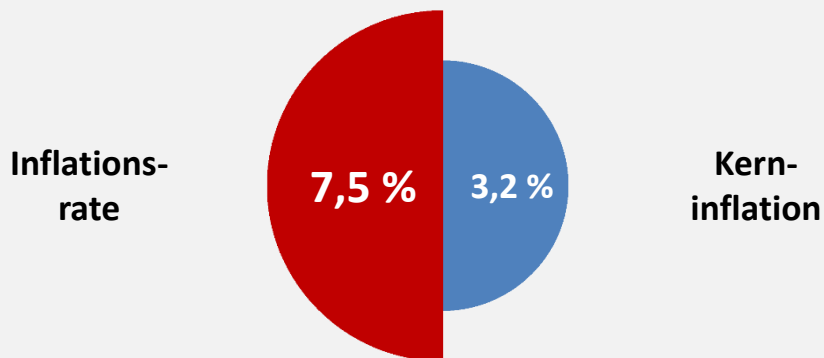
3

- Die niedrigsten Steuersätze in der EU für Unternehmen haben Ungarn (9 %), Bulgarien (10 %) und Irland (12,5 %). Staaten wie Großbritannien, Kroatien, Polen, Slowenien und Tschechien besteuern die Kapitalgesellschaften nur mit 19 %. Die Niederlande, Spanien und Österreich folgen mit 25 %.

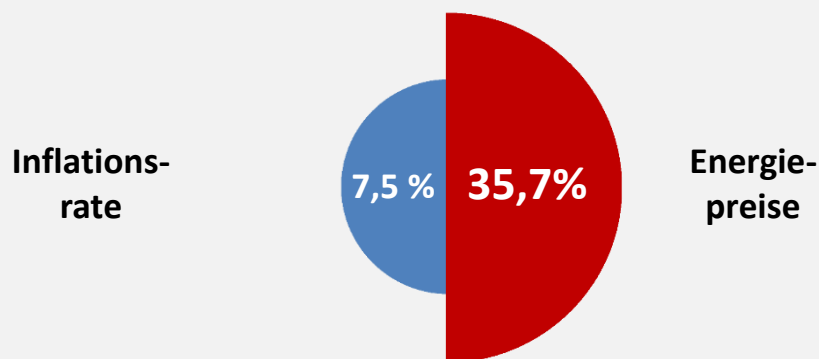
Höchste Inflationsrate seit 40 Jahren und ein Ende ist nicht absehbar

aktualisiert

Inflationsrate versus Kerninflation in % im Juli 2022



Inflationsrate versus Energiepreise in % im Juli 2022



Quellen:

- 1) Inflationsrate: „Aktuelle Inflationsrate Deutschland 7/2022 = 7,5 %“, 29.07.2022
- 2) Inflationsrate: „Kerninflation Juli 2022 = 3,2 %“, 10.08.2022
- 3) Tagesschau: „Inflationsrate springt auf 7,3 Prozent“, 30.03.2022
- 4) Gabor Steingart: „Klimapolitik treibt Inflation“, 11.08.2021
- 5) Hessisches Statistisches Landesamt: „Höchste Inflationsrate in Hessen seit 48 Jahren“, 30.03.2022

1

- Die Inflationsrate stieg im Vergleich zum Vorjahresmonat im Juli auf 7,5 %. Das ist die höchste Inflation seit 1981, also seit mehr als 40 Jahren. Es ist mit einer weiter steigenden Inflationsrate bedingt durch die steigenden Energiepreise zu rechnen.

2

- An der Spitze der deutlich gestiegenen Verbraucherpreise stehen Gas und Benzin/Diesel mit einer Preissteigerung von fast 36 %. Einer der Hauptgründe dafür ist der Ukraine-Krieg sowie hausgemachte Steuererhöhungen, wie die CO₂-Abgabe.

3

- „Die Politiker haben sich allerdings einen Trick ausgedacht, damit der klimabedingte Preisanstieg nicht so auffällt: Sie haben die Inflationsrate um die Energiepreise bereinigt und die sogenannte Kerninflation erfunden. Diese Kennzahl gibt an, wie sich die Verbraucherpreise entwickeln, wenn bestimmte Güter des Warenkorb nicht berücksichtigt werden. Bei der Berechnung der Kerninflationsrate werden also die Preise für Energie, vor allem Heizöl, Kraftstoffe, Strom und Gas ausgeblendet.“ (Gabor Steingart)

Preissteigerungen von bis zu 144 % – wer kann das noch bezahlen?

NEU

Preissteigerung für ausgewählte Produkte von März 2021 bis März 2022 in %

Güter	Preissteigerung
Leichtes Heizöl	+ 144,0 %
Kraftstoffe	+ 47,4 %
Erdgas	+ 41,8 %
Strom	+ 17,7 %
Energieprodukte allgemein	+ 39,5 %
Sonnenblumenöl	+ 30,0 %
Frisches Gemüse	+ 14,8 %
Nahrungsmittel allgemein	+ 6,2 %
Gebrauchte PKW	+ 23,9 %
Verbrauchsgüter	+ 16,7 %
Neue PKW	+ 8,2 %
Waren allgemein	+ 12,3 %

1

- Die Inflationsrate in Deutschland – lag im März 2022 bei +7,3 %. Damit erreichte die Inflation einen neuen Höchststand seit der deutschen Wiedervereinigung.

2

- Die Preise für Energie, aber auch für Nahrungsmittel trugen maßgeblich zu dem spürbar verstärkten Auftrieb des Preisniveaus bei. Der Ukraine-Krieg ist nur teilweise eingepreist. Vielmehr ist für die Teuerungsrate die Politik der letzten Jahre verantwortlich (u. a. EZB-Nullzinspolitik, Energiewende, verfehlte Corona-Politik).

3

- Die durch die Inflation deutlich gestiegenen Kosten, das fehlende Baumaterial sowie der Mangel an Handwerkern machen die Kosten für viele Bauvorhaben in Deutschland derzeit unkalkulierbar. Der Ukraine-Konflikt wird dies noch verstärken.

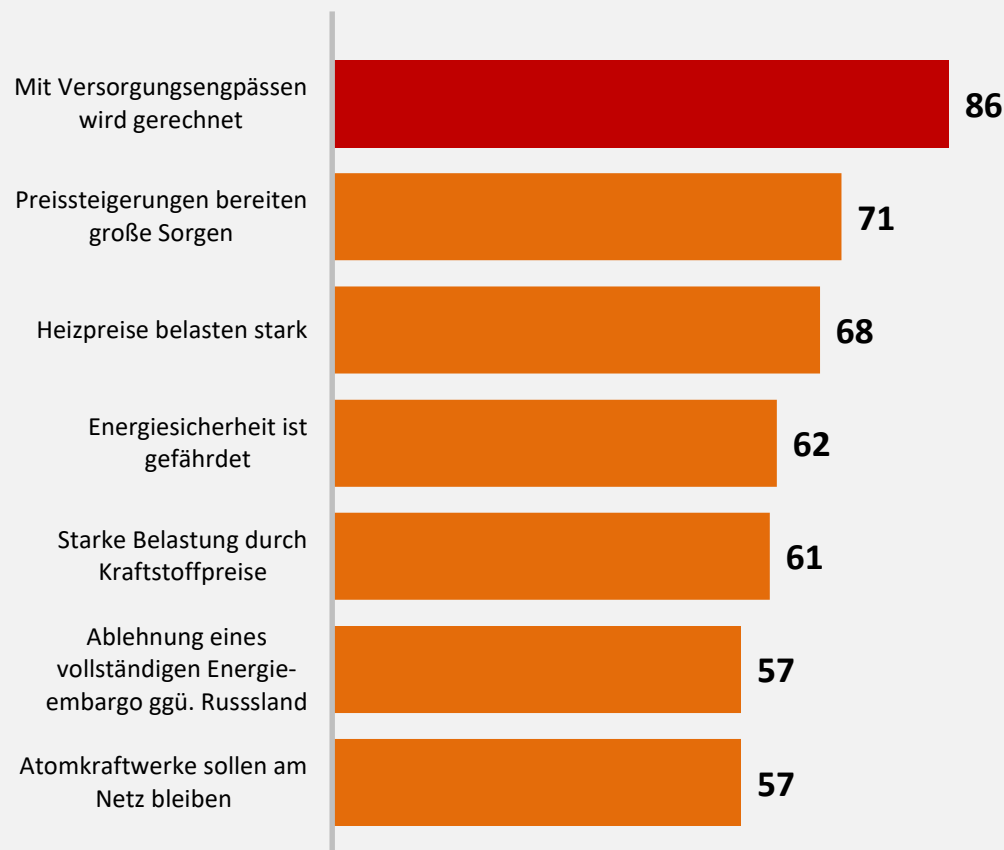
Quelle:

1) Destatis: „Inflationsrate im März 2022 bei +7,3 %“, 12.04.2022

Steigende Energiepreise und Ukraine-Krieg ängstigen die Bevölkerung

NEU

Welche Sorgen und Erwartungen haben die Bundesbürger in %



1

- Durch den Ukraine-Krieg rechnen 86 % der Bürger mit Versorgungsengpässen bei Energielieferungen.

2

- Gerade die deutlichen Preissteigerungen – vor allem bei den Energiekosten – werden von den Bürgern als große Belastung angesehen.

3

- Da die mögliche Unterversorgung mit Energie das zentrale Thema ist, lehnt eine deutliche Mehrheit ein vollständiges Energieembargo gegenüber Russland ab.

4

- Zudem sprechen sich 57 % der Befragten gegen die Abschaltung der letzten deutschen Kernkraftwerke aus.

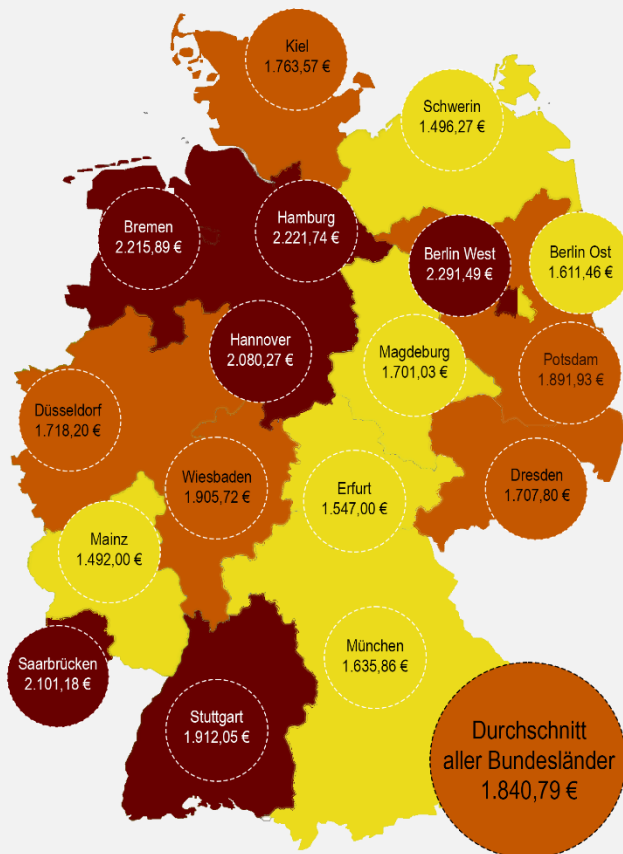
Quellen:

- 1) Frankfurter Allgemeine Zeitung: Umfrage Allensbach, „Das Zukunftsvertrauen der Deutschen ist kollabiert“, 23.03.2022
- 2) Frankfurter Allgemeine Zeitung: Umfrage Allensbach, „Mehrheit gegen Energieembargo“, 12.04.2022

Wohnen wird immer teurer – Nebenkosten steigen weiter

NEU

Wohnnebenkostenvergleich der Landeshauptstädte (Gesamtkosten mit Grundsteuer) in Euro im Jahr 2022



Quelle:

1) Bund der Steuerzahler: Der Steuerzahler, 6-2022, S. 16f.

1

- Gegenüber dem Vorjahr sind die Wohnnebenkosten im Jahr 2022 in 14 von 16 Landeshauptstädten gestiegen. Darunter fallen Gebühren für Abfall, Trink-, Schmutz- und Niederschlagwasser.

2

- „Neben den ausgewählten Wohnnebenkosten existieren eine Menge weiterer Belastungen. Auch beim Erwerb von Wohneigentum bzw. Immobilien ist nicht nur die Grunderwerbsteuer zu zahlen, sondern es gibt noch eine Vielzahl von Gebühren, Beiträgen und sonstigen Abgaben.“

3

- U. a. verteuern und belasten die „horrenden Energiepreise die Haushalte. Die Gaspreise haben sich fast verdoppelt! Der neue Rundfunkbeitrag macht das Wohnen ebenfalls teurer.“

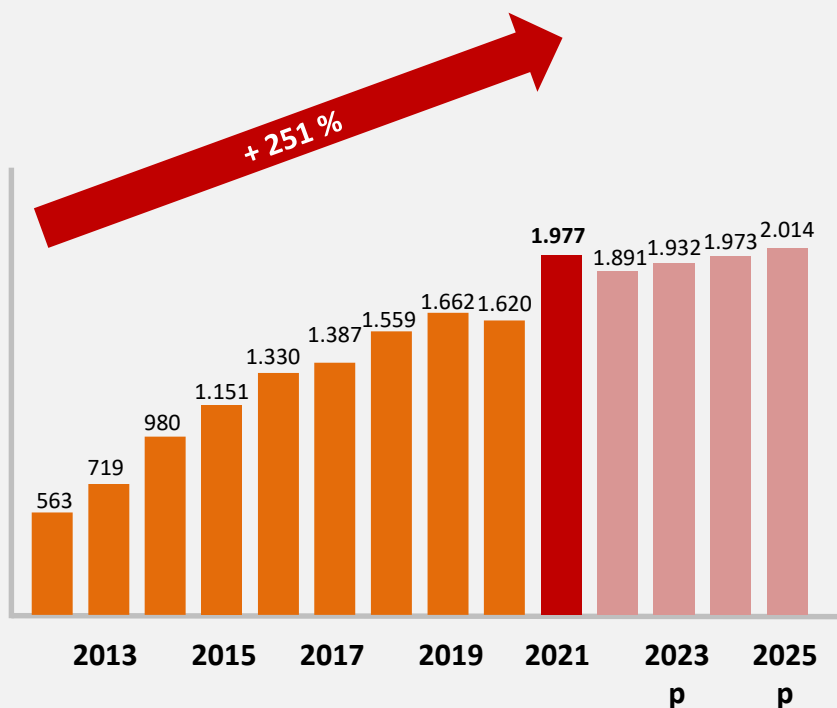
4

- Über dem Durchschnitt aller Bundesländer von 1.840 Euro liegen Berlin (2.291 Euro), Hamburg, Bremen, Saarbrücken, Hannover, Stuttgart und Wiesbaden (1.905 Euro). Mainz ist dagegen am günstigsten (1.492 Euro).

Hessen: 13 Mrd. Euro Grunderwerbsteueraufkommen in zehn Jahren

NEU

Entwicklung der Grunderwerbsteuer in Hessen in Mio. Euro nach Jahren



P = Prognose

Quelle:

1) Kleine Anfrage der Fraktion der AfD im Hessischen Landtag: Reform der Grunderwerbsteuer, Drs. 20/8232, 04.04.2022

1

- Anstatt wie versprochen die Grunderwerbsteuer zu senken um die Bürger und Unternehmen zu entlasten, hat die Hessische Landesregierung die Grunderwerbsteuer deutlich erhöht (2013: von 3,5 % auf 5 %; ab 1.8.2014: von 5 % auf 6 %).

2

- Allein von 2012 bis 2021 nahm die Hessische Landesregierung 12,95 Mrd. Euro an Grunderwerbsteuer ein. In dieser Zeit stieg das Aufkommen um 251 % an. Für die Zeit von 2022 bis 2025 rechnet das Hessische Finanzministerium mit jährlichen Einnahmen von 1,9 bis 2,0 Mrd. Euro (Steuersatz 6 %).

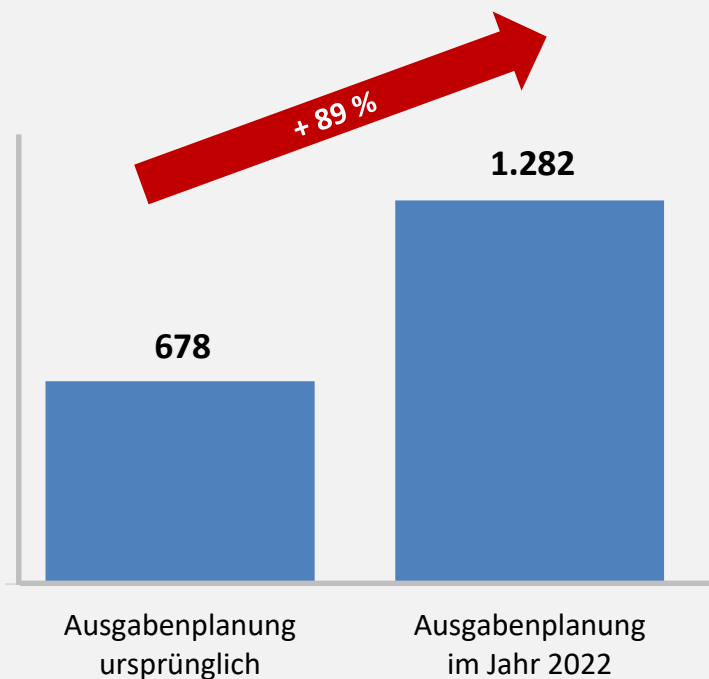
3

- Eine Senkung des Grunderwerbsteuersatzes kann laut dem Hessischen Finanzministerium erst in Erwägung gezogen werden, wenn „finanzielle Spielräume bestehen.“ Das bedeutet, dass auf lange Sicht die Bürger, Vereine und Unternehmen nicht entlastet werden.

Kostenexplosion bei Bauvorhaben für Kanzleramt und Ministerien

NEU

Kostensteigerungen Bürogebäude im Regierungsviertel in Mio. Euro



Quellen:

1) Bund der Steuerzahler: Der Steuerzahler, 6-2022, S. 22f.

2) AfD-Bundestagsfraktion: „Roger Beckamp: Der Erweiterungsbau des Bundeskanzleramtes muss gestoppt werden“, 21.05.2022

1

- Die Kosten für die Bürogebäude der Regierung laufen aus dem Ruder. Derzeit wird mit Kostensteigerungen von 89 % zu rechnen sein. Allein beim Abgeordnetengebäude (Marie-Elisabeth-Lüders-Haus) werden Kostensteigerungen von 286 % erwartet.

2

- Die Kosten für den noch von Angela Merkel in Auftrag gegebene Erweiterungsbau des Bundeskanzleramtes erhöhten sich von 480 Mio. Euro auf 640 Mio. Euro. Dort ist u. a. eine „Kindertagesstätte für 12 bis 15 Kinder in Höhe von 2,8 Mio. Euro“ geplant. Zudem hat sich die Mitarbeiterzahl des Bundeskanzleramtes „in den vergangenen 20 Jahren von 410 auf gegenwärtig 873 Mitarbeiter mehr als verdoppelt.“

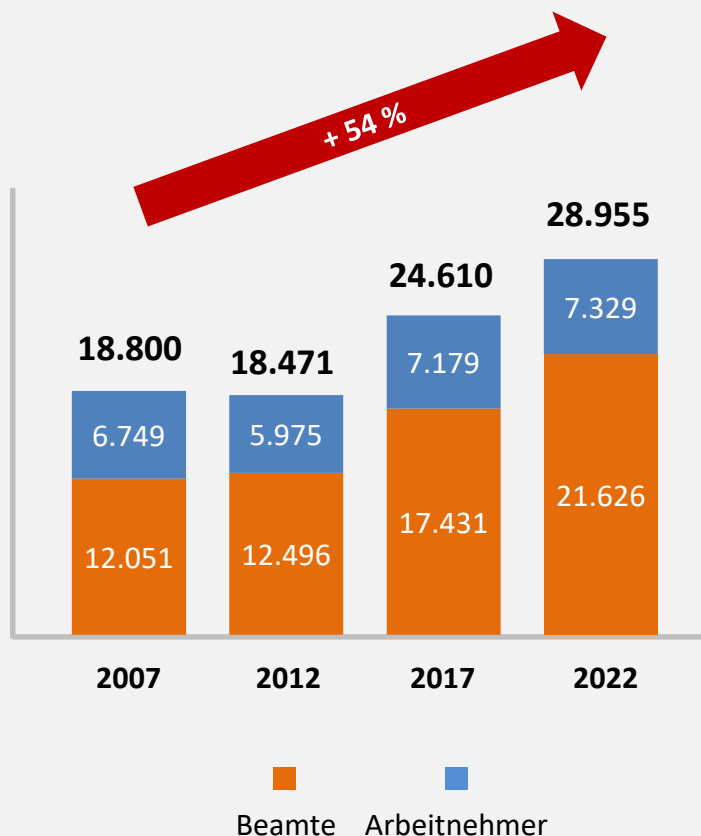
3

- Laut dem Steuerzahlerbund ist „nicht auszuschließen, dass Bauprojekte realisiert werden, denen die Abgeordneten nicht zugestimmt hätten, wenn sie von Anfang an über die tatsächlichen Kosten Bescheid gewusst hätten.“

Die Bundesministerien bauen ihren Personalbestand aus

NEU

Stellenentwicklung in den Bundesministerien nach Anzahl und Jahren



Quelle:

1) Der Steuerzahler: „Die große Selbstbewirtschaftung“, 5-2022

1

- Die Bundesregierung und ihre Ministerien bauen ihre Schaltzentralen weiter auf Kosten der Steuerzahler aus. Innerhalb von 15 Jahren gab es einen Aufwuchs von über 10.000 Stellen (+ 54 %). Zudem sollen die Verwaltungsstellen in der Bundesverwaltung „um rund 3.400 auf mehr als 291.000 dieses Jahr [2022] wachsen (2012: 255.000).“

2

- Vor allem Beamtenstellen wurden geschaffen, die den „Steuerzahler teuer zu stehen kommen, wenn später einmal hohe Pensions- und Beihilfelaisten anfallen. Das schert die aktuell Regierenden aber wenig, denn das sind dann Finanzierungsprobleme künftiger Politikergenerationen.“

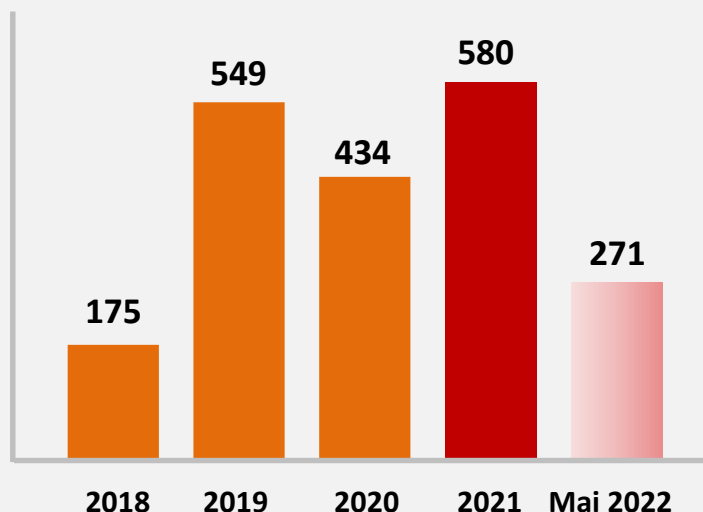
3

- „Die Regierung prastet bei sich selbst, während Bürger und Wirtschaft unter der hohen Inflation und den Rekordpreisen für Energie leiden – schließlich müssen sie auch noch die XXL-Krisenschulden der Politik tilgen! Das passt nicht zusammen, hier fehlt es der Politik an Feingefühl und Vorbildfunktion.“

Kein Vertrauen in Beamte – externe Beratungskosten explodieren

NEU

Gesamtvolumen der Beratungs- und Unterstützungsleistungen von externen Dritten in Mio. Euro und nach Jahren



Quellen:

- 1) Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke: Ausgaben für Beratungs- und Unterstützungsleistungen im Jahr 2021, Drs. 20/862, 25.02.2022
- 2) Die Zeit: „Kosten der Bundesregierung für externe Berater erneut stark gestiegen“, 12.03.2021
- 3) Süddeutsche Zeitung: „Mehr als eine halbe Milliarde für externe Berater“, 31.01.2020
- 4) FinanzNachrichten: „Bundesregierung rechnet Beratungskosten klein“, 06.12.2019
- 5) Handelsblatt: „Ampel-Regierung zahlt 271 Millionen Euro für externe Beratung“, 21.06.2022

1

- Von 2018 bis Mai 2022 hat die Bundesregierung über 2 Mrd. Euro für externe Berater ausgegeben. Und dass, obwohl in den letzten Jahren ein deutlicher Zuwachs an Mitarbeitern in den Bundesministerien stattgefunden hat.

2

- Vor allem das Bundesinnenministerium, das Bundesverkehrsministerium, das Bundesfinanzministerium und das Bundesgesundheitsministerium beschäftigten zusätzliche externe Berater.

3

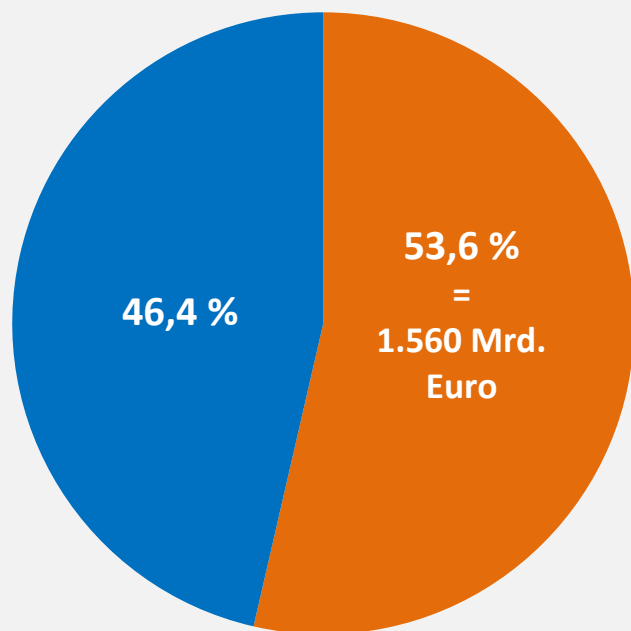
- Die Beratungskosten für den Bundesnachrichtendienst und das Bundesamt für Verfassungsschutz sind darin nicht enthalten und werden nicht veröffentlicht, da diese als geheime Verschlusssache eingestuft werden.

Kosten der „Flüchtlingskrise“ könnten auf 1.560 Mrd. Euro steigen

aktualisiert

Dauerhafte Kosten der Migrationskrise

in % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) (Stand: 11/2016)



■ Flüchtlingskosten des BIP ■ Sonstiges BIP

Quellen:

1) Stiftung Marktwirtschaft: „Ehrbarer Staat? Die Generationenbilanz“, November 2016 2) Neue Zürcher Zeitung: „Die Flüchtlingskosten sind ein deutsches Tabuthema, 15.09.2017 3) Wirtschaftsdienst, Zeitschrift für Wirtschaftspolitik: „Die Kosten der Flüchtlingskrise in Deutschland – eine Investition in die Zukunft?“, Heft 7, 2016

1

- Die „dauerhaften Kosten der ‚Flüchtlingskrise‘“ belaufen sich auf 30,1 % des BIP oder rund 878 Mrd. Euro trotz relativ optimistischer Annahmen“ (Prof. Bernd Raffelhüschen), vorausgesetzt es gelingt, die Flüchtlinge innerhalb von sechs Jahren in den deutschen Arbeitsmarkt zu integrieren. Diese konservative Schätzung hatte sich nicht bestätigt.

2

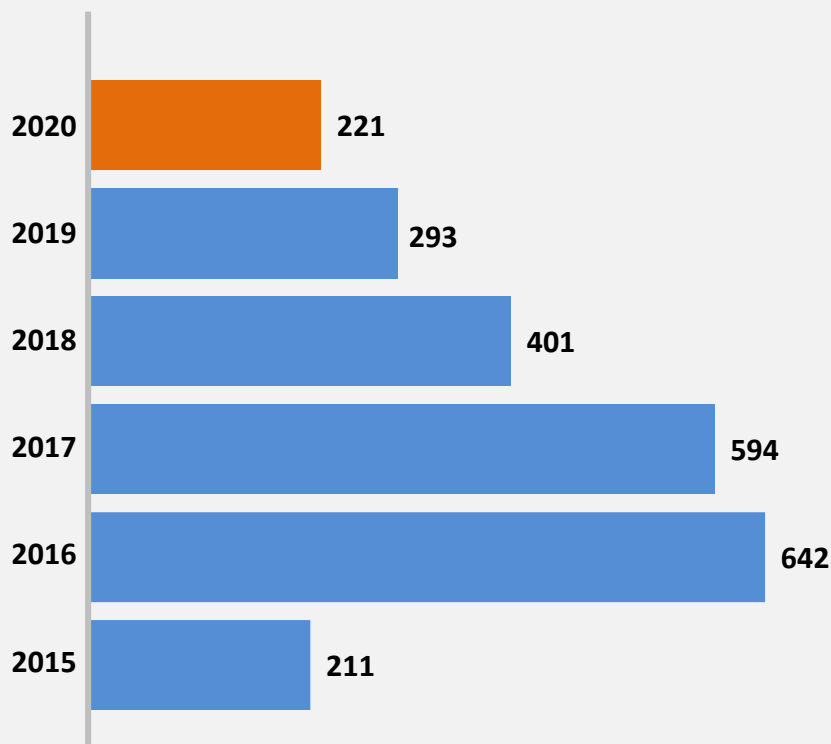
- „Wegen des geringen Bildungsniveaus kalkulierte der Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen, dass jeder Flüchtling in seiner Lebenszeit per saldo 450.000 Euro kostet.“ Falls es zu einer höheren Zuwanderung kommt, „steigt die jährliche Kostenbelastung auf bis zu 45 Mrd. Euro. Da allein im Jahr 2021 über 148.000 neue Asylbewerber und 893.000 ukrainische Kriegsflüchtlinge kamen, reichen selbst die 45 Mrd. Euro pro Jahr nicht aus.“

3

- „Bei einem Scheitern der Integration [käme es zu] einer weiteren Schuldenzunahme in Höhe von 23,5 % des BIP, beziehungsweise rund 685 Mrd. Euro.“ „Insgesamt würden dann die langfristigen Gesamtkosten aus ‚Flüchtlingswelle‘ und ‚Scheitern‘ der Integration mit 53,6 % des BIP oder 1,56 Bill. Euro zu Buche schlagen.“

2015 – 2020: Flüchtlingskrise kostete das Land Hessen 2,4 Mrd. Euro

Pauschal ausgezahlte Erstattung von Kosten für Flüchtlinge nach dem Landesaufnahmegesetz in Hessen in Mio. Euro nach Jahren



Quelle:

1) Große Anfrage der Fraktion der AfD im Hessischen Landtag: Fiskalische Lasten der Zuwanderung, Drs. 20/5651, 25.06.2021

1

- Die Flüchtlingskrise hat seit 2015 Kosten von fast 2,4 Mrd. Euro an Pauschalzuwendungen des Landes Hessen verursacht. Von 2015 bis April 2021 hat Hessen 145.500 Menschen allein in Erstaufnahme-Einrichtungen aufgenommen. Abgeschoben wurden in diesem Zeitraum nur 10.076 Ausreisepflichtige.

2

- Dabei stellt sich nicht nur die Frage, wie viel Geld die Landkreise und kreisfreien Städte erhalten, sondern wie viel sie davon wirklich nur für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen ausgegeben haben. Die Hessische Landesregierung entzieht sich der Beantwortung dieser Frage durch einen Verweis auf die unteren Gebietskörperschaften als Empfänger der Pauschalen, obgleich valide Informationen über den Bedarf und die tatsächliche Inanspruchnahme der ausgezahlten Pauschalen seitens des Landes Hessen als gewährende Gebietskörperschaft vorhanden sein müssten.

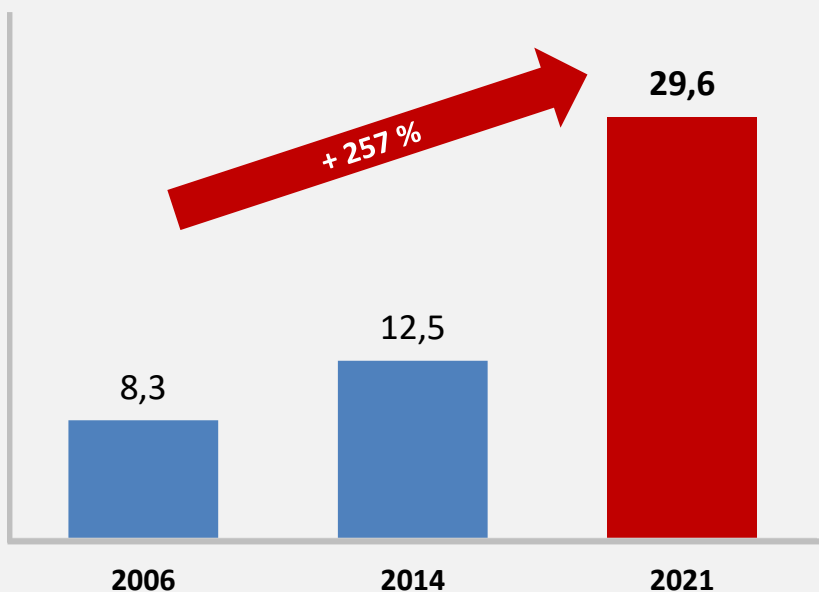
3

- Die Kosten von 2,36 Mrd. Euro, die dem Land Hessen bis 2020 entstanden sind, zeigen nicht nur das Ausmaß der Krise, sondern auch, um welche wirtschaftliche Größenordnung es hier geht.

Deutschland ist nach den USA zweitgrößter Geber bei Entwicklungshilfe

aktualisiert

Deutsche Entwicklungshilfe weltweit in Mrd. Euro nach Jahren



Quellen:

1) OECD: ODA Levels in 2021- Preliminary data, 12.04.2022 2) Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Geber im Vergleich, 23.04.2021 3) Statista: Deutsche Netto-Zahlungen für Entwicklungshilfe, 22.04.2020 4) Süddeutsche Zeitung: „Deutschland zweitgrößter Geber“, 12.04.2021 5) Ifw Kiel: „Why Germany Should Continue Its Development Cooperation With China“, 11/2021 6) Die Welt: „Hunderte Millionen deutsche Entwicklungshilfe für China. Wann ändert sich das?“, 20.06.2022

1

- Obwohl Deutschland die viertgrößte Volkswirtschaft ist, liegt es bei den Entwicklungshilfezahlungen auf Platz 2. Im Jahr 2021 gab Deutschland knapp 30 Mrd. Euro für die Entwicklungszusammenarbeit aus. Was im Vergleich zum Niveau des Jahres 2016 einer Steigerung um fast 257 % entspricht.

2

- Allein von 2020 auf 2021 erhöhten sich die Leistungen für Entwicklungshilfe in Deutschland um fast 5,8 Mrd. Euro. Nicht eingerechnet sind dabei die Rücküberweisungen, zu denen es aufgrund der Migration kommt. Die EU-Staaten leisten insgesamt Entwicklungshilfe von über 50 Mrd. Euro pro Jahr.

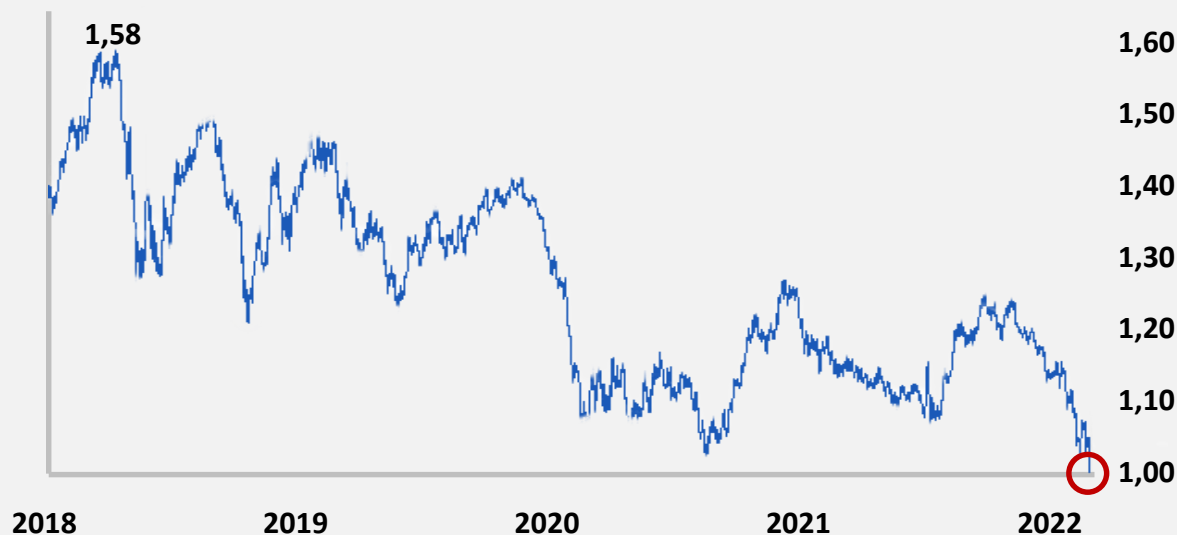
3

- Die Bundesregierung zahlte 2020 an die Atommacht China – welche die zweitgrößte Volkswirtschaft ist – 473 Mio. Euro (2019: 432 Mio. Euro) Entwicklungshilfe. Syrien erhielt 781 Mio. Euro, Indien 579 Mio. Euro, Äthiopien 393 Mio. Euro, die Türkei 376 Mio. Euro, Indonesien 355 Mio. Euro und der Irak 350 Mio. Euro.

Deutschlands Abstieg wird durch den schwachen Euro beschleunigt

NEU

Entwicklung Wechselkurs Euro-US-Dollar-Kurs



1

Der Euro erreichte am 13. Juli 2022 die Parität zum Dollar und notierte auf einem 20-Jahres-Tief. Damit belastet der Euro die deutsche Wirtschaft. Denn „er treibt die Kosten für mittelständische Unternehmen in die Höhe und verteuert das Leben der Verbraucher.“

2

„Der Wechselkursverfall verstärkt viele Probleme, mit denen die deutsche Wirtschaft und die deutschen Verbraucher im Jahr 2022 geplagt sind. Dazu zählt der Anstieg der Energiepreise.“

3

„Das ganze Ausmaß des Wohlstandsverlustes zeigt sich in der deutschen Handelsbilanz: Im Mai hatte der frühere Exportweltmeister Deutschland zum ersten Mal seit 1991 ein Handelsminus erlitten. Ein solches Defizit ist für Deutschland ein Novum.“

Quellen:

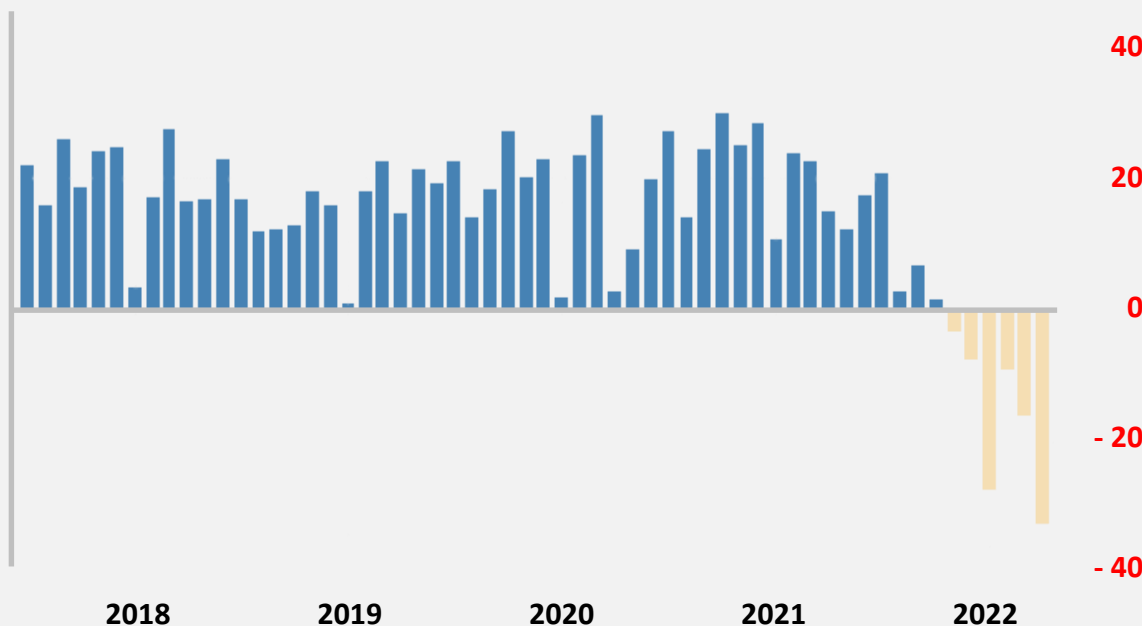
1) [Börse.de: Zeitreihe Euro-Dollar-Kurs](https://www.boerse.de/Zeitreihe-Euro-Dollar-Kurs), 13.07.2022

2) [Die Welt: „Der schwache Euro beschleunigt Deutschlands Abstieg“](https://www.dieWelt.de/News/Politik/Deutschland/der-schwache-euro-beschleunigt-deutschlands-abstieg), 12.07.2022

Eurozone weist seit 2022 Handelsdefizit aus – gewollt oder ungewollt?

NEU

Entwicklung der Handelsbilanz der Eurozone in Mrd. Euro nach Jahren



40
20
0
-20
-40

1

- Die Eurozone verzeichnete im Zeitraum Januar bis April 2022 ein Handelsdefizit von 85 Mrd. Euro. Im Vorjahreszeitraum gab es noch einen Überschuss von fast 72 Mrd. Euro.

2

- Die Europäische Union wies in den ersten vier Monaten 2022 eine Handelslücke von 126 Mrd. Euro auf (Vergleichszeitraum 2021: 14,7 Mrd. Euro). Allein die Handelslücke mit Russland stieg auf 63 Mrd. Euro an.

3

- Ohne das noch vor kurzer Zeit funktionierende „deutsche Geschäftsmodell“ wird es in der Eurozone bei der Handelsbilanz problematisch. Dieses Geschäftsmodell beruht auf einem Energiebezug zu global wettbewerbsfähigen Preisen. Zumal Energie in Russland genug vorhanden ist.

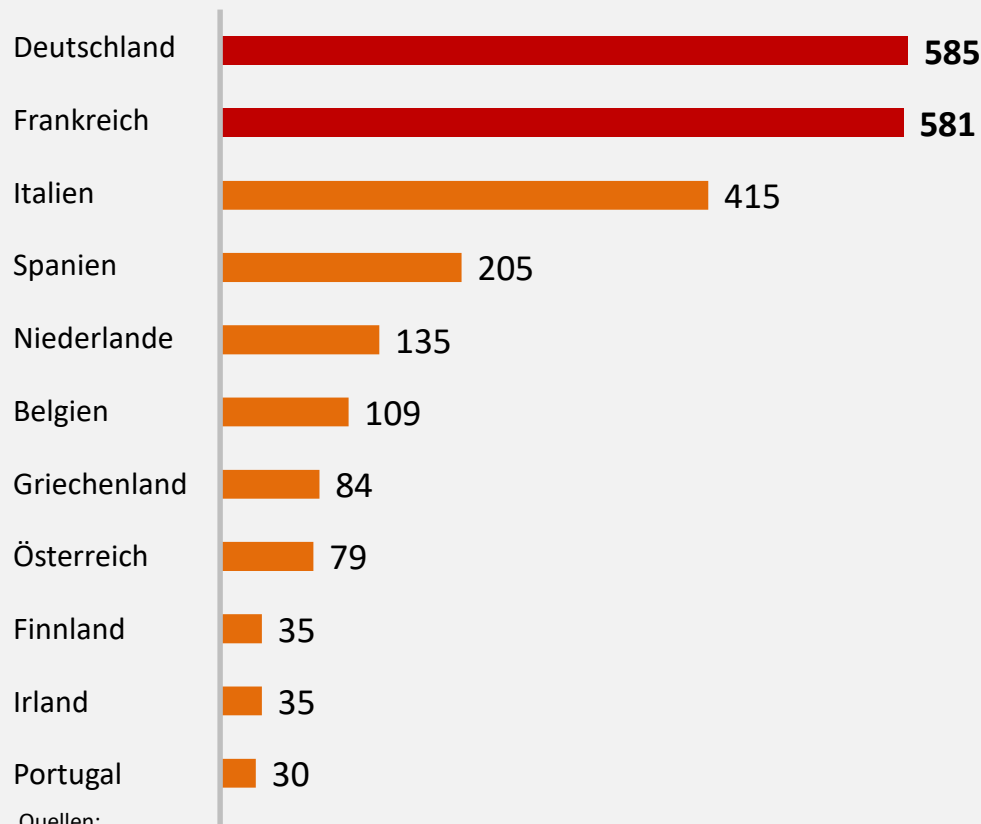
Quelle:

1) Trading Economics: Euro Area Balance of Trade, Eurostat, 16.05.2022

Niedrigzinsen: Der Staat gewinnt – der Bürger verliert

aktualisiert

Zinersparnisse ausgewählter Euro-Staaten in Mrd. Euro in den Jahren 2008-2021 (kumuliert)



Quellen:

- 1) Da die Bundesbank laut eigener Mitteilung vom 07.06.2022 seit 2020 „keine Berechnungen [der Zinersparnisse] mehr dazu veröffentlicht“, wurden eigene Berechnungen unter Hinzuziehung der Ameco-Datenbank erstellt.
- 2) Handelsblatt: „Deutschland hat dank Niedrigzins 368 Milliarden Euro gespart“, 08.01.2019
- 3) Die Welt: „Durch Zienstief spart der Staat 436 Milliarden Euro“, 21.01.2020 4) DZ-Bank-Studie: Weltspartag 2021, 26.10.2021

- 1
 - Die Staaten der Eurozone haben den zusätzlichen finanziellen Spielraum durch die EZB-Nullzinspolitik nicht zum Schuldenabbau genutzt. Vielmehr haben die veränderten Konditionen einen Anreiz geschaffen, sich mehr als zuvor über Kredite zu finanzieren.
- 2
 - Allein der Bund, die Bundesländer, die Gemeinden und Sozialversicherungen haben seit der Finanzkrise bis 2021 mindestens 585 Mrd. Euro an Zinsen gespart.
- 3
 - Die Kehrseite der Medaille ist, dass durch die Nullzins-Politik der EZB-Präsidenten Mario Draghi und Christine Lagarde die deutschen Sparer um 848 Mrd. Euro an Zinsen gebracht wurden.

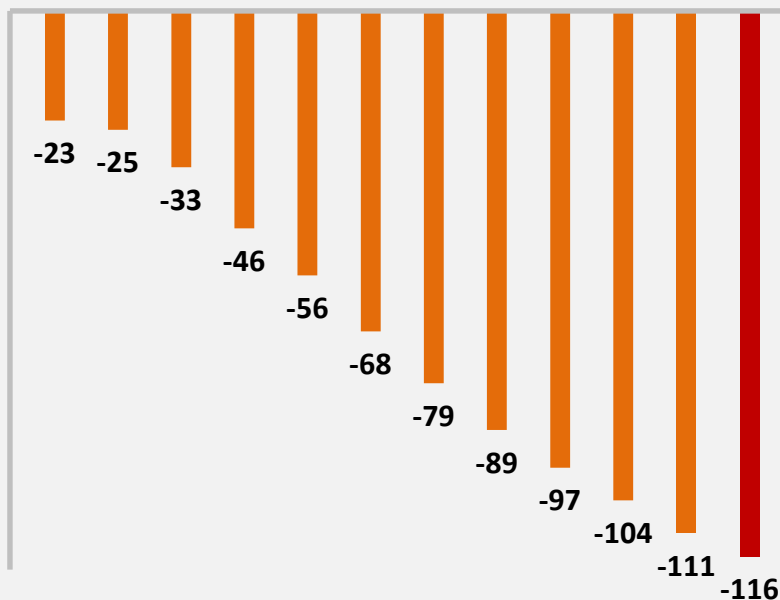
EZB-Niedrigzinsen kosteten deutsche Sparer bislang 848 Mrd. Euro

aktualisiert

Zinseinbußen privater Haushalte – Geldvermögen

2010 bis 2021 (2021: Schätzung), in Mrd. Euro

2010 2011 2012 2013 2014 2015 2016 2017 2018 2019 2020 2021



Quellen:

- 1) DZ-Bank-Studie: Weltsparstag 2021, 26.10.2021
- 2) Tagesgeldvergleich: „Niedrigzinsphase - Kosten für Sparer seit 2009“, 16.04.2022
- 3) Boston Consulting Group: Back to Mesopotamia?, 2011
- 4) Wallstreet Online: „Schulden-Steuer - Zehn Prozent auf alle Sparguthaben“, 17.10.2013
- 5) Die Welt: „Einmalige Abgabe oder Steuer? Die Vermögenden im Visier der Linken“, 15.01.2021
- 6) Statista: Europäische Union: Staatsverschuldung in den Mitgliedstaaten^{1 2} im 1. Quartal 2022, 26.07.2022

1

- Laut der DZ Bank summierten sich die Zinseinbußen bei Einlagen, Rentenpapieren und Versicherungen von 2010 bis 2021 auf 848 Mrd. Euro.

2

- Im ersten Quartal 2022 lag die Staatsverschuldung der EU-Staaten bei 13 Mrd. Euro. Nach Auffassung der Boston Consulting Group (BCG) kann die nur durch „Abschreibungen und Enteignungen“ abgetragen werden.

3

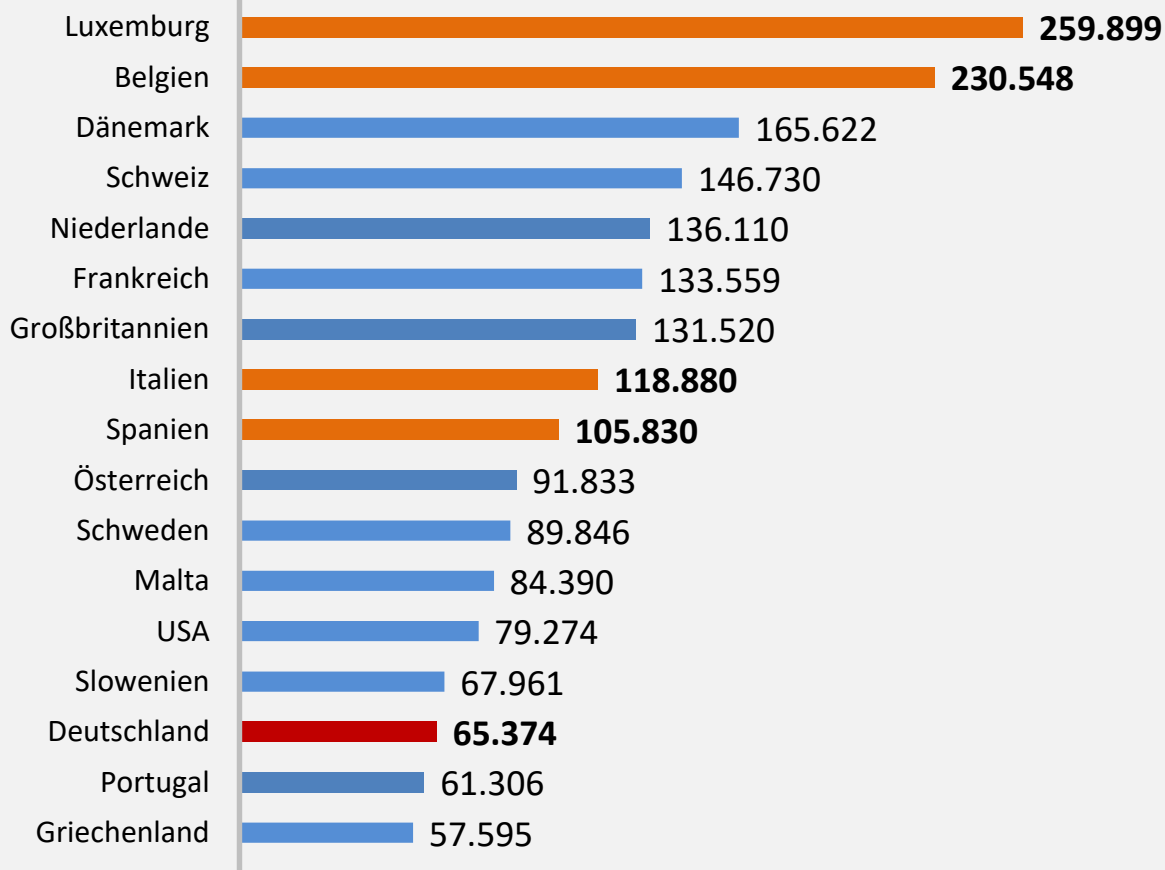
- Der IWF forderte 2014 eine Schuldensteuer von bis zu 10 % der Vermögen in Form von Bankguthaben, Wertpapieren oder Immobilien. Dies würde in der Euro-Zone rund 3,9 Bill. Euro einbringen und die Schuldenlast auf 5,2 Bill. Euro reduzieren.

4

- Auch die SPD, Bündnis90 / Die Grünen und die Linke fordern analog eine Vermögensabgabe. Für den normalen Steuerzahler bedeutet dies einen massiven Angriff auf sein Vermögen. Hat er beispielsweise ein Haus, müsste er sich für die Vermögensabgabe verschulden.

Die Deutschen liegen beim Nettovermögen weiter am unteren Ende

Crédit Suisse-Studie zum durchschnittlichen Nettovermögen (Median) pro Erwachsenem im internationalen Vergleich in US-Dollar im Jahr 2020



Quellen:

1) Credit Suisse: Global Wealth Report 2021e

2) EZB: Statistic Paper Series, Dezember 2016

3) Die Welt: „Das reiche Deutschland gibt es nur im Koalitionsvertrag“, 24.02.2018

1

- Die Crédit Suisse-Studie zeigt, dass nicht wenige EU-Transferempfängerländer ein deutlich höheres durchschnittliches Nettovermögen pro Erwachsenem als Deutschland haben.

2

- Und das, obwohl Deutschland der Hauptfinanzierer der EU ist und insbesondere die Südländer mit Bürgschaften und Krediten vor der Staatsinsolvenz bewahrte.

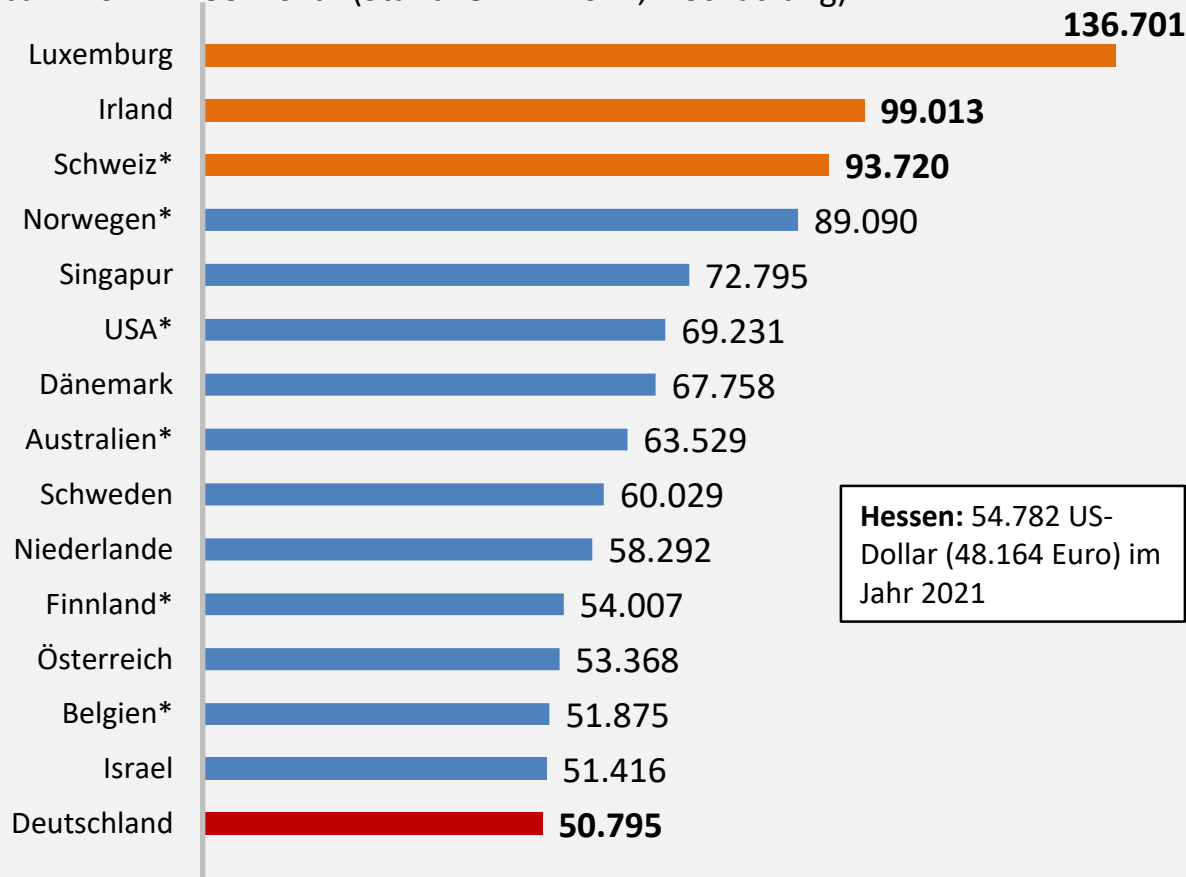
3

- Zudem belegt die Studie, dass die Vermögen ein Jahr nach Einführung des Euro (1999) in Italien und Spanien schneller gewachsen sind, als in Deutschland (2,8 % p. a.). In Italien stiegen die Privatvermögen im Durchschnitt um 3,5 % und in Spanien um 5,6 %.

Der frühere Pleitestaat Irland weist das zweithöchste BIP pro Kopf auf

aktualisiert

Die 20 Staaten mit dem größten Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf im Jahr 2021 in US-Dollar (Stand: 31.12.2021; * Schätzung)



Hessen: 54.782 US-Dollar (48.164 Euro) im Jahr 2021

1

- Deutschland belegt unter den 20 Ländern mit dem größten Bruttoinlandsprodukt (BIP) nur Rang 18 (2020: Rang 16). Nur noch San Marino und Hongkong liegen hinter Deutschland.

2

- Obwohl Irland als erster EU-Staat im Jahr 2010 Finanzhilfen des Europäischen Rettungsschirms in Anspruch nahm, weist es mit über 99.000 US-Dollar das zweithöchste BIP pro Einwohner der Welt auf. Im Jahr 2020 hatte Irland ein BIP von 86.849 US-Dollar.

3

- In Irland müssen Unternehmen nur geringe Körperschaftsteuern zahlen (12,5 % und weniger). Dies führte dazu, dass große internationale Konzerne wie Facebook, Google und Apple ihre Zentren nach Irland verlegten.

Quellen:

1) Statista: Die 20 Länder mit dem größten Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf im Jahr 2021, 09.05.2022

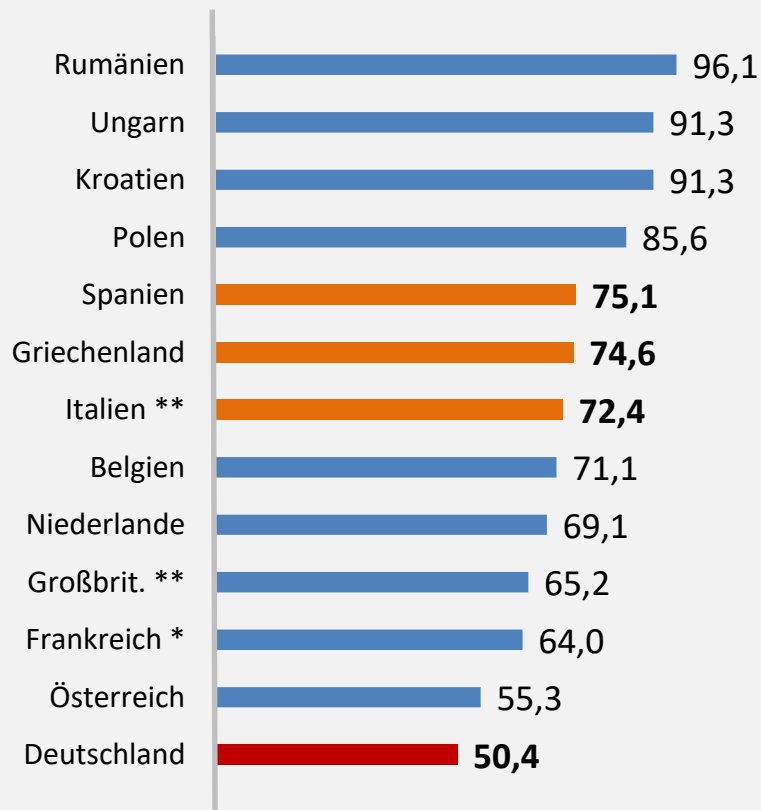
2) Statista: Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner nach Bundesländern im Jahr 2021, 26.04.2022

3) Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Das irische Steuermodell wankt“, 14.06.2021

Deutschland ist seit Jahren Schlusslicht beim Wohneigentum in der EU

aktualisiert

Wohneigentumsquote in Europa in % im Jahr 2020 (* Jahr 2019, ** 2018)



Quellen:

1) Statista: Wohneigentumsquote in ausgewählten europäischen Ländern im Jahr 2020, 19.01.2022 2) Sparda-Studie: Wohnen in Deutschland 2021

3) Destatis: Baugenehmigungen für Wohnungen im März 2022: -8,9 % gegenüber Vorjahresmonat, 18.05.2022

1

- In Deutschland verfügten nur 50,4 % – im Jahr 2019 waren es noch 51,1 % – der Einwohner über Wohneigentum. Damit ist Deutschland Schlusslicht in der Europäischen Union. Allein im ersten Quartal 2022 ist die Zahl der Baugenehmigungen für Einfamilienhäuser um 26,2 % zum Vorjahr gesunken.

2

- Anders sieht es in hochverschuldeten Staaten wie Italien, Griechenland, Portugal und Spanien aus. Dort liegt das Wohneigentum zwischen 72,4 % (Italien) und 75,1 % (Spanien). Spitzenreiter ist Rumänien mit über 96 %.

3

- Gerade der Besitz eines eigenen Hauses oder einer Wohnung stellt einen nicht unbedeutenden Anteil am Wohlstand dar. Denn Eigentum bietet besonders im hohen Alter finanzielle Sicherheit, aber auch hohe Lebensqualität.

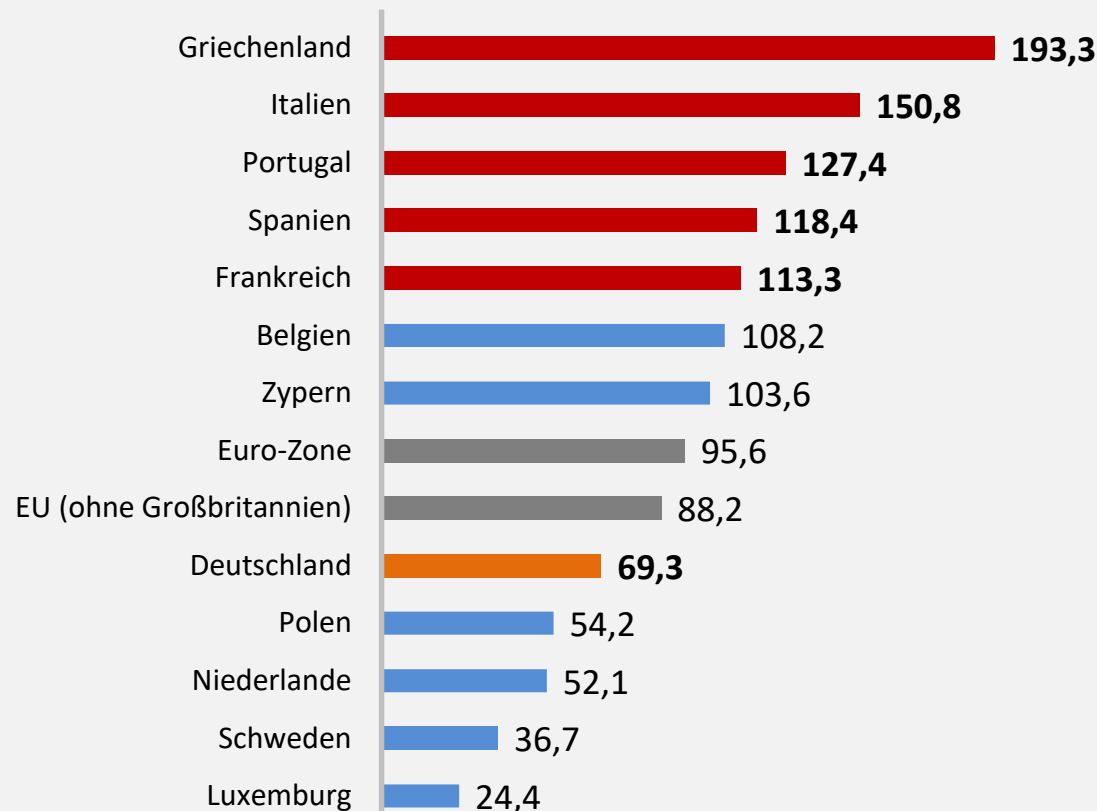
4

- Laut einer Studie der Sparda-Bank erhält man in Deutschland „für 354.000 Euro eine durchschnittliche Wohnfläche von 132 m²“. „Für ein Eigenheim müssen durchschnittlich fast 2.700 Euro je m² investiert werden.“

Staatsverschuldung vieler EU-Staaten wird immer besorgniserregender

aktualisiert

Europäische Union: Staatsverschuldung in den Mitgliedsstaaten in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) in % im 4. Quartal 2021



Quellen:

1) Statista: Staatsverschuldung der EU-Mitgliedsstaaten, 02.05.2022 2) Bundeszentrale für politische Bildung: Öffentlicher Schuldenstand, 14.07.2022 3) Deutsche Bundesbank: „Deutsche Staatsschulden steigen 2020 um 275 Milliarden Euro auf 2,33 Billionen Euro, Schuldenquote von 59,7 auf 70 Prozent“, 31.03.2021

1 Die durchschnittlichen Staatsschulden der Euro-Staaten in Relation zu ihrem BIP sind seit Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2007 (66 %) bis Ende 2021 (95,6 %) um 45 % gestiegen.

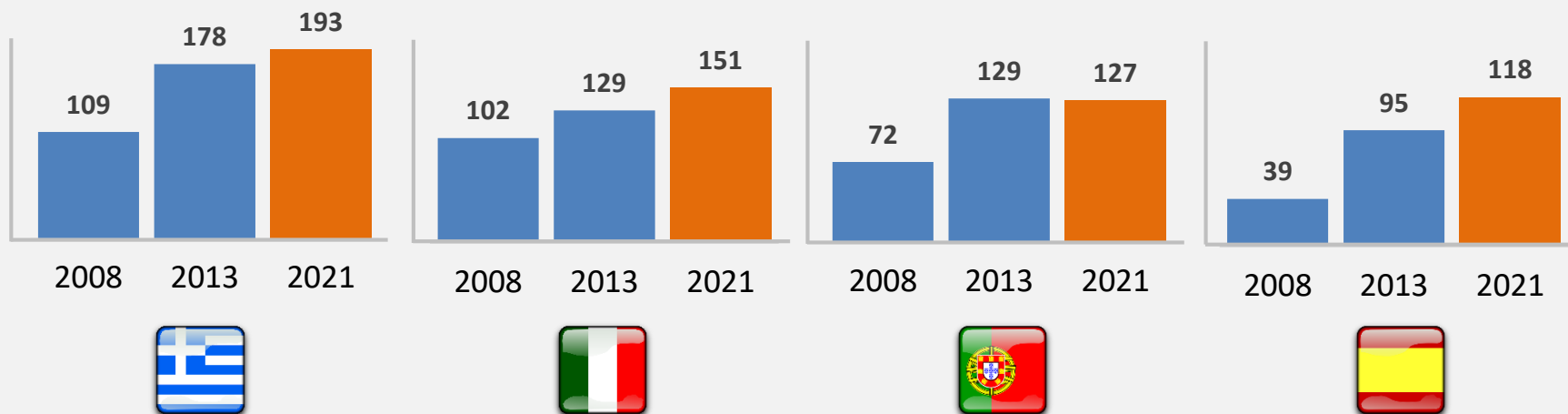
2 Die Staatsverschuldung nahm vor allem in den Südländern drastisch zu. Diese betrug im Jahr 2001 – zwei Jahre nach Einführung des Euro – in Italien 109 %. Im Jahr 2021 betrug diese 151 %. In Griechenland stieg sie von 107 % (2001) auf 193 % (2021).

3 Auch in Deutschland ist die Staatsverschuldung von 58,2 % im Jahr 2001 auf über 69 % (2021) gestiegen (Höchststand 82,5 % im Jahr 2010). Bis 2060 könnte die deutsche Staatsverschuldung laut dem Bundesfinanzministerium auf rund 220 % des BIPs steigen, u. a. durch die „Flüchtlingskrise“.

Die Südländer waren bereits vor Corona deutlich verschuldet

aktualisiert

Staatsverschuldung in % des Bruttoinlandsprodukts



1

- Bereits vor der Corona-Krise hatten sich die Südländer Griechenland, Italien, Portugal und Spanien stark verschuldet. Denn im Jahr 2018 wies Griechenland eine Staatsverschuldung von 192 %, Italien von 130 %, Portugal von 121 % und Spanien von 97 % auf. Die Corona-Krise kann daher von Politik und Medien nicht als Ursache herangezogen werden.

2

- Seit der Finanzkrise konnten sich Staaten wie Italien, Spanien, Griechenland und Portugal durch die EZB-Niedrigzinspolitik entschulden. So hatte Italien bis 2021 Zinersparnisse von 415 Mrd. Euro, Spanien von 205 Mrd. Euro, Griechenland von 84 Mrd. Euro und Portugal von 30 Mrd. Euro. Doch anstatt, dass sie ihren Schuldenberg abbauten, häuften sie weitere Schulden an.

Quellen:

1) Statista: Staatsverschuldung der EU-Mitgliedsstaaten, 02.05.2022 2) Da die Bundesbank laut eigener Mitteilung vom 07.06.2022 seit 2020 „keine Berechnungen [der Zinersparnisse] mehr dazu veröffentlicht“, wurden eigene Berechnungen unter Hinzuziehung der Ameco-Datenbank erstellt. 3) Wikipedia: Liste europäischer Länder nach Staatsschuldenquote, 31.07.2022

1.217 Mrd. Euro an Target-II-Salden kommen uns teuer zu stehen

aktualisiert

1

- Die Target-II-Salden zeigen die Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den nationalen Notenbanken im Euro-System an. Diese stehen für die Subventionierung der Euro-Krisenländer durch die EZB auf Kosten der Euro-Länder, die einen positiven Target-II-Saldo ausweisen. Einfach ausgedrückt: Man kauft auf Pump.

2

- „Die Target-Forderungen der Deutschen Bundesbank gegenüber der EZB steigen auf 1,2 Billionen Euro. Im Gegenzug erreichen die Verbindlichkeiten gegenüber Spanien und Italien einen neuen Höchststand. Spaniens Zentralbank verzeichnet über 520 Milliarden Euro und die italienische über 600 Milliarden Euro an Target-Verbindlichkeiten (Stand: Juni 2022)“.

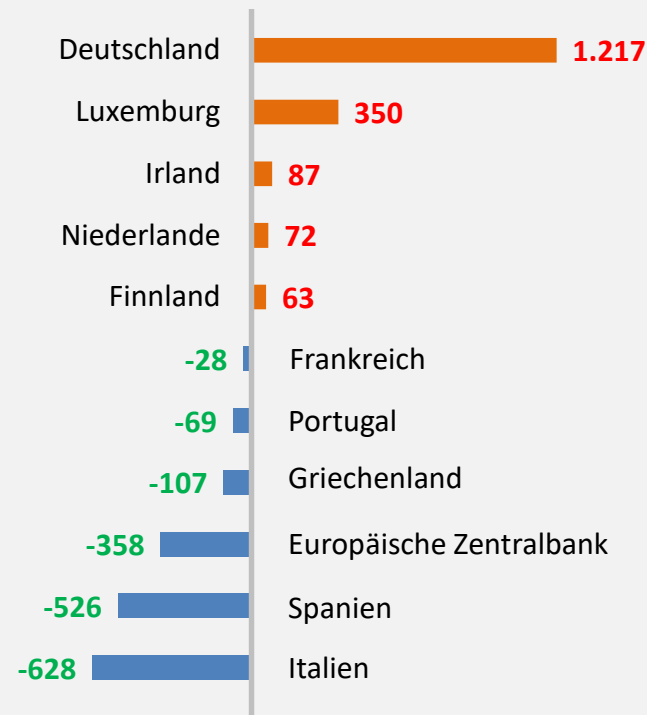
3

- Gegenüber Anfang 2015 (515 Mrd. Euro) stieg der deutsche Saldo um 655 Mrd. Euro (Mai 2021: 562 Mrd. Euro). Entsprechend erreichten die Target-Verbindlichkeiten der südeuropäischen Länder ein Rekordhoch.

4

- Bei einem Auseinanderbrechen der Eurozone, kann das für Deutschland katastrophale Auswirkungen haben. Denn die Forderungen würden vermutlich wertlos verfallen. Die Bundesbank müsste sie abschreiben. Die Rechnung trägt letztlich der deutsche Steuerzahler.

Target II-Salden von Ländern des Eurosystems in Mrd. Euro im Juni 2022 (EZB: Mai 2022)



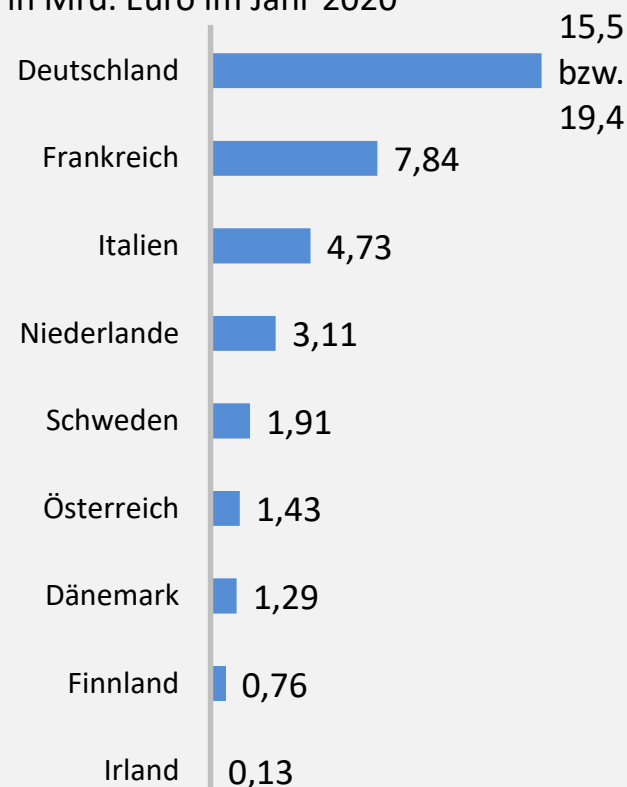
Quelle:

1) Hans-Werner Sinn: „Targetsalden ausgewählter Zentralbanken“, Juni 2022 2) Bundesbank: Target II-Salden, 31.07.2022

Deutschland zahlt Rekordbetrag an die EU

- 1
 - Deutschland zahlte im Jahr 2020 netto 15,5 Mrd. Euro an die EU. (Zahlen für 2021 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.) Größte Nettoempfänger waren Polen (13,2 Mrd. Euro), Griechenland (5,8 Mrd. Euro) sowie Rumänien und Ungarn (je 4,9 Mrd. Euro).
- 2
 - Laut dem Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) zahlte Deutschland sogar einen noch höheren Nettobeitrag. Denn „saldiert man von den gesamten Beiträgen Deutschlands in Höhe von 31,9 Mrd. Euro die Rückflüsse aus dem EU-Haushalt, die nach Deutschland geflossen sind, erhält man einen Betrag von 19,4 Mrd. Euro.“
- 3
 - Da Großbritannien die EU verlassen hat, fehlten dem EU-Haushalt im Jahr 2020 ca. 10,3 Mrd. Euro (Nettobeitrag). Anstatt, dass die EU die Ausgaben kürzt, müssen nun vor allem Deutschland und Frankreich diesen Fehlbetrag ausgleichen.
- 4
 - Die Beitragszahlungen Deutschlands werden in den nächsten Jahren deutlich steigen. So sollen die jährlichen Bruttobeiträge Deutschlands ab 2021 auf bis zu 44 Mrd. Euro erhöht werden (2019: 31 Mrd. Euro).

Nettozahler der Europäischen Union, in Mrd. Euro im Jahr 2020



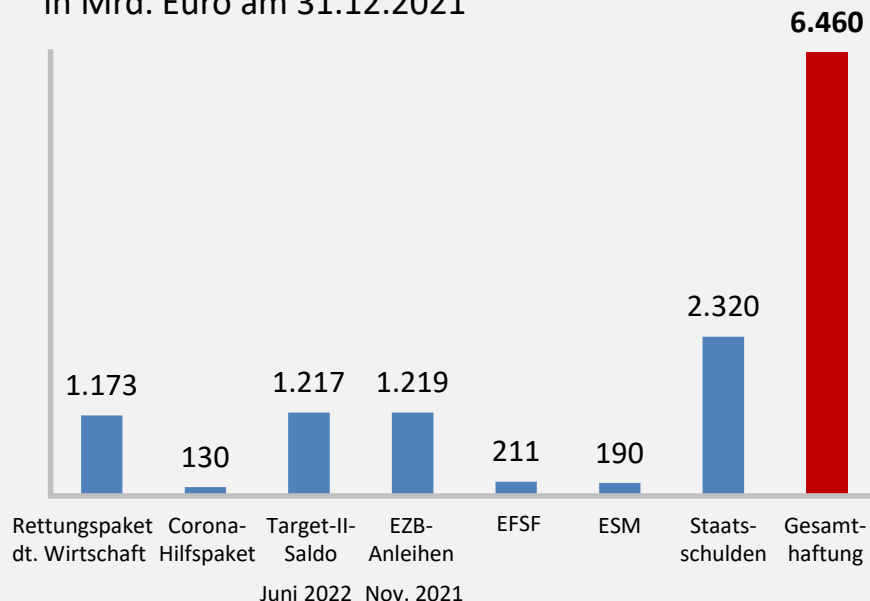
Quellen:

- 1) Statista: Europäische Union: Operative Haushaltssalden der Mitgliedstaaten im EU-Haushalt im Jahr 2020, Juni 2021
- 2) Handelsblatt: „Deutschland zahlt Rekordbetrag in EU-Haushalt“, 06.08.2021
- 3) IW-Kurzbericht 38/21: „Europäische Union: Nicht nur Saldenmechanik“
- 4) Der Spiegel: „Deutschlands EU-Beitrag soll offenbar um 42 Prozent steigen“, 15.06.2020

Gesamthaftung Deutschlands ist eine „tickende Zeitbombe“

aktualisiert

Derzeitige Haftungsrisiken in Mrd. Euro am 31.12.2021



EFSF = Europäische Finanzstabilisierungsfazilität; ESM = Europäischer Stabilitätsmechanismus)

Quellen:

- 1) Tagesschau: „Hilfspaket des Bundes. 130 Milliarden Euro für die Wirtschaft“, 30.12.2021
- 2) Hans-Werner Sinn: „Targetsalden ausgewählter Zentralbanken“, Juni 2022
- 3) Destatis: „Öffentliche Schulden steigen zum Jahresende 2021 auf neuen Höchststand von 2,3 Billionen Euro“, 30.03.2022
- 4) Bundesministerium der Finanzen: „EFSF / ESM - europäische Finanzhilfen“, 31.03.2022
- 5) Tagesschau: „EZB-Anleihekäufe und deren Haftung“, 17.04.2022
- 6) Tagesschau: „750 Milliarden Euro schwere Corona-Hilfspaket“, 12.05.2021
- 7) Bundeshaushalt 2021
- 8) Süddeutsche Zeitung: „Der Rettungsschirm wird immer größer“, 05.04.2020

1

- Alleen die EZB-Anleihekaufprogramme haben derzeit ein Volumen von 4.660 Mrd. Euro (11/2021). Deutschland haftet mit 26,16 %. „Die Anleihekäufe der EZB dienen nicht [dazu,] die Kreditvergabe an[zu]-kurbeln, sondern der Sanierung der Bankbilanzen.“

2

- Zusammen mit den Target-II-Salden, dem EFSF-, dem ESM-Betrag und der Staatsverschuldung sowie dem Rettungspaket für die deutsche Wirtschaft käme Deutschland auf eine derzeitige Haftung von fast 6,5 Billionen Euro (2019: 4,8 Bill. Euro).

3

- Zum Vergleich: Der Bundeshaushalt belief sich im Jahr 2021 – inklusive eines zweiten Nachtragshaushaltes – auf 572,7 Mrd. Euro (2020: 508,5 Mrd. Euro).

4

- Die EU möchte mit der Europäischen Einlagensicherung eventuelle Bankenpleiten der GIIPS-Staaten (Griechenland, Irland, Italien, Portugal, Spanien) durch deutsche Spargelder auffangen.

Unsere AfD-Forderungen zu Steuern, Finanzen und Europäischer Union

NEU

1

- Das Land muss auf Bundesebene darauf hinwirken, dass Familien steuerlich entlastet werden.

2

- Die Grunderwerbsteuer in Hessen muss gesenkt werden. Familien soll so der Erwerb einer eigenen Immobilie erleichtert werden. Der Erwerb von Wohneigentum soll gefördert werden.

3

- Die gesetzlichen Möglichkeiten zur Senkung der Wohnnebenkosten müssen voll ausgeschöpft werden.

4

- Vorhaben zum Bau von Bürogebäuden bspw. für die Landesregierung sind streng zu prüfen. Hier muss dafür gesorgt werden, dass die Kosten nicht nach Baubeginn ins Unermessliche steigen.

5

- Es darf keine Neuauflage von so genannten Corona-Sondervermögen o. ä. mehr geben. Vielmehr sind Staatsschulden abzubauen.

6

- Deutschland muss seine Souveränität innerhalb der EU wahren und die Beitragszahlungen deutlich kürzen.

7

- Die Flüchtlingskrise hat deutsche Steuerzahler bisher weit mehr als 200 Mrd. Euro gekostet. Geld, dass an anderen Stellen wie Schulen, Straßen, Polizei usw. seit Jahren fehlt.

8

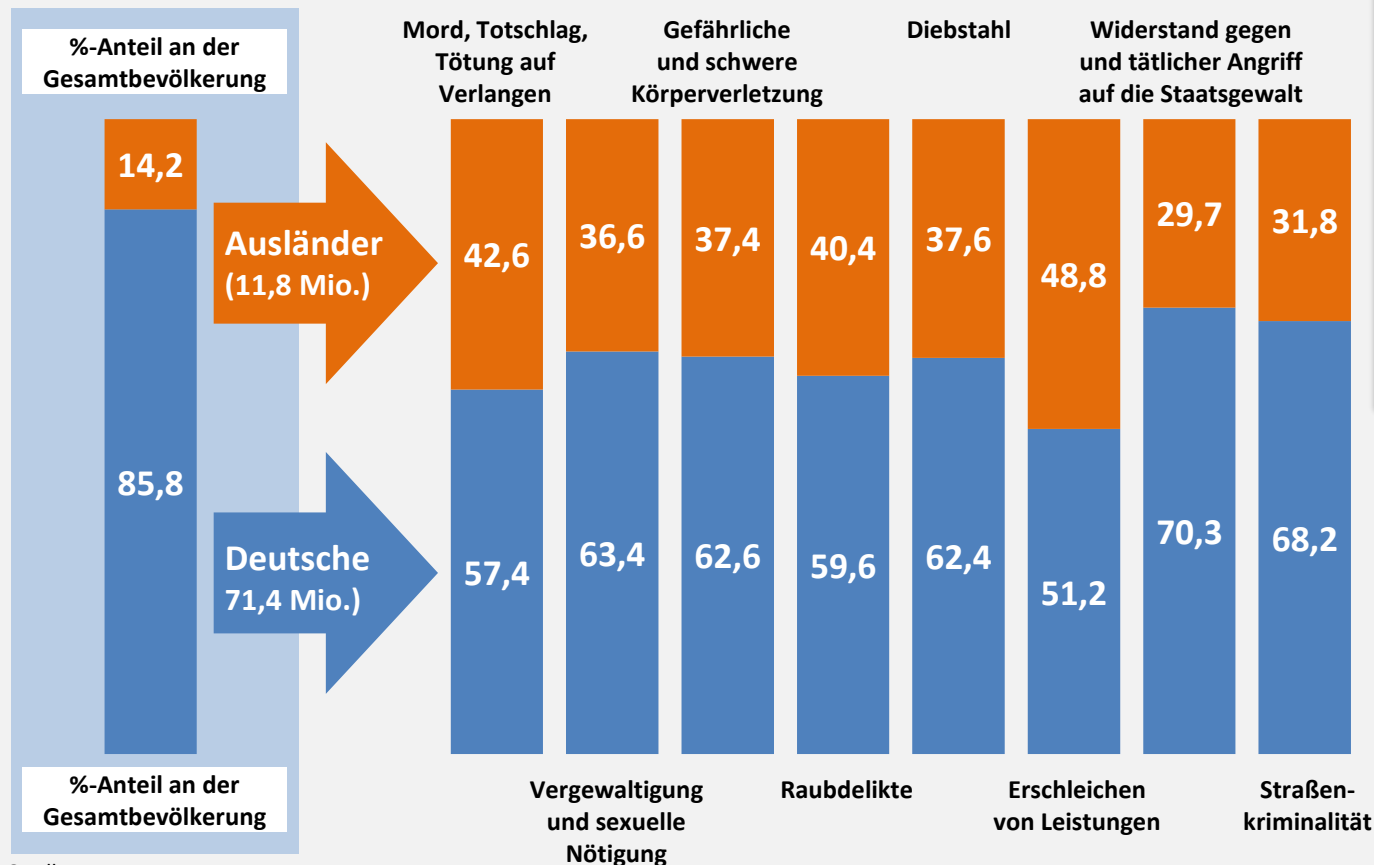
- Entwicklungshilfe darf nur dann gezahlt werden, wenn es sich um Projekte handelt, die Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Bedingungslose Zahlungen oder Unterstützung sind abzulehnen.

1.	Arbeit, Gesundheit, Rente und Soziales	3
2.	Demographie und Migration	33
3.	Bildung und Wissenschaft	52
4.	Energie und Umwelt	72
5.	Infrastruktur und Digitalisierung	92
6.	Steuern, Finanzen und Europäische Union	107
7.	Innere Sicherheit	140
8.	Medien	161
9.	Verteidigung	174
10.	Fazit	185

Nichtdeutsche begingen 2021 unverhältnismäßig viele Verbrechen

aktualisiert

Anteil der deutschen und nichtdeutschen Tatverdächtigen bei ausgewählten Straftaten/-gruppen insgesamt ohne ausländerrechtliche Verstöße in % im Jahr 2021



1 Laut dem Statistischen Bundesamt lebten im Jahr 2021 83,2 Mio. Menschen in Deutschland, darunter 11,8 Mio. Ausländer. Der Anteil der nicht-deutschen Tatverdächtigen ist daher bei Mord, Totschlag, Vergewaltigung und schwere Körperverletzung unverhältnismäßig hoch.

2 In Hessen machen Ausländer 17,1 % der Bevölkerung aus. Auch hier sind die nichtdeutschen Tatverdächtigen überproportional vertreten. Diese sind für 46,4 % der Totschlagdelikte, 45,9 % der Vergewaltigungen und 52,8 % des schweren Raubes verantwortlich.

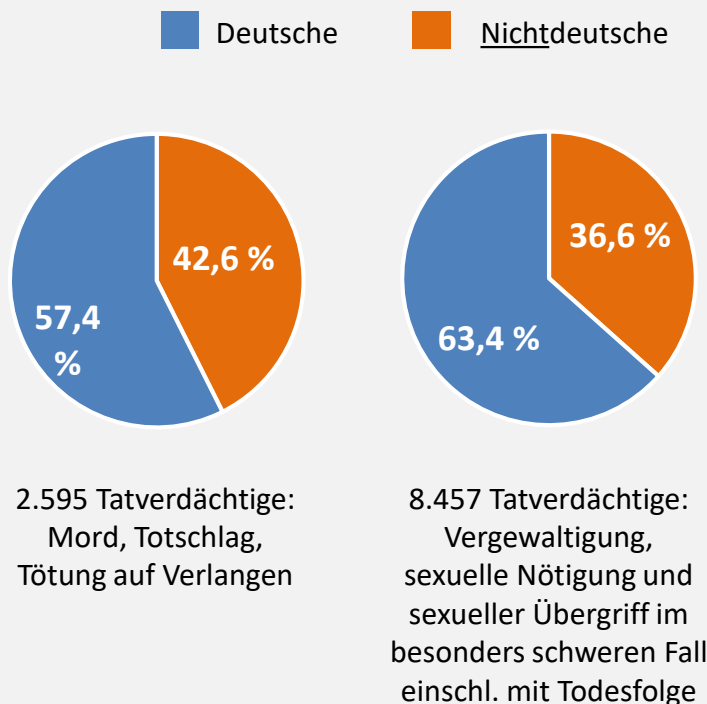
Quellen:

1) Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2021, März 2021 2) Destatis: Migration und Integration - Ausländische Bevölkerung nach Bundesländern, 14.04.2022 3) Destatis: Bevölkerung nach Nationalität und Geschlecht 2021, 20.06.2022 4) Hessischer Integrationsmonitor 2022 5) Hessisches Innenministerium: Polizeiliche Kriminalstatistik 2021, 01.01.2022

Sehr hoher Ausländeranteil bei Mord und Vergewaltigung

aktualisiert

Anteil der Tatverdächtigen bei ausgewählten Straftaten/-gruppen in % im Jahr 2021



Quellen:

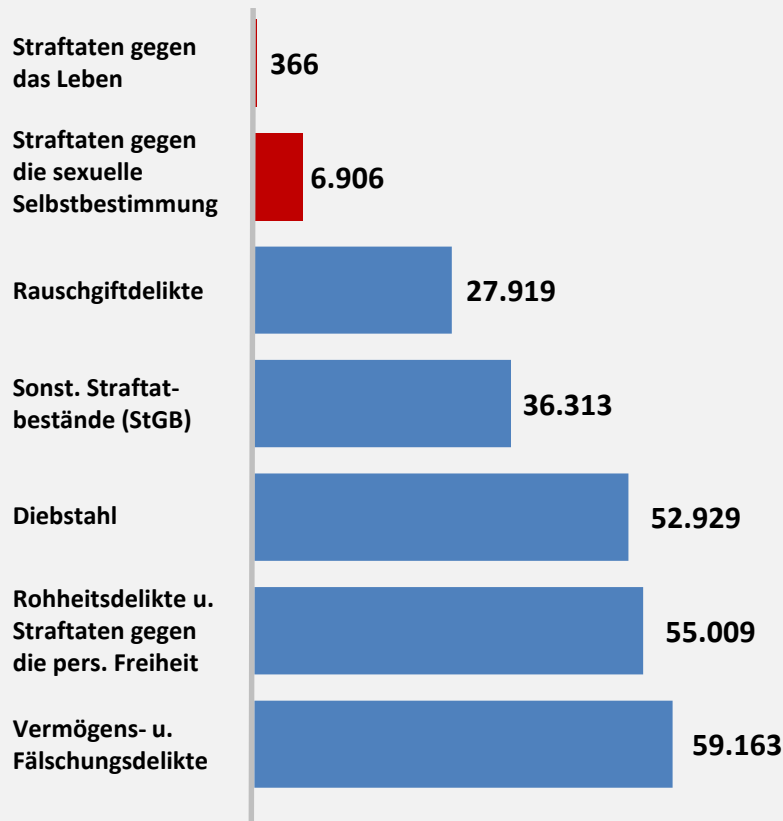
1 Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2021, März 2021
 2) Destatis: Migration und Integration - Ausländische Bevölkerung nach Bundesländern, 14.04.2022 3) Destatis: Bevölkerung in Privathaushalten nach Migrationshintergrund insgesamt, 12.04.2022 4) Kleine Anfrage Dr. Dr. Rainer Rahn (AfD-Fraktion im Hessischen Landtag): Zunahme der Sexualstraftaten in Hessen, Drs. 20/7842, 29.04.2022

- 1
 - Der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen an „Mord, Totschlag, Tötung auf Verlangen“ lag im Jahr 2021 insgesamt bei 42,6 %. Im Jahr 2020 waren es noch 39,6 %.
- 2
 - Die Straftatbestände § 177 StGB (Sexueller Übergriff; sexuelle Nötigung; Vergewaltigung) und § 178 StGB (Sexueller Übergriff, sexuelle Nötigung und Vergewaltigung mit Todesfolge) wurden im Jahr 2021 zu 36,6 % von Ausländern begangen (3.174 von insgesamt 8.676 Tatverdächtigen).
- 3
 - In Hessen wurden im Jahr 2021 insgesamt 7.333 Sexualstraftaten registriert. Dies entspricht einer Steigerung um 31,1 % gegenüber dem Jahr 2020. Unter den Tatverdächtigen befanden sich 1.739 Minderjährige (unter 18 Jahren) und 1.836 Ausländer.

Im Jahr 2021: 366 Straftaten gegen das Leben durch Zuwanderer

aktualisiert

Straftaten von tatverdächtigen Zuwanderern nach Anzahl im Jahr 2021



Quellen:

1) Bundeskriminalamt: Bundeslagebild Kriminalität im Kontext von Zuwanderung 2021 2) Kleine Anfrage Dr. Dr. Rainer Rahn (Fraktion der AfD im Hessischen Landtag): Gewaltkriminalität von Zuwanderern, Teil 3, Drs. 20/6073, 16.08.2021

1

- 2021 betrug der Anteil der tatverdächtigen Zuwanderer an der Gesamtzahl der Straftaten 7,1 % (127.489 Tatverdächtige). Im Jahr 2019 lag der Anteil noch bei 8,0 %. Der Rückgang ist unter anderem durch die im Zuge der Lockdown-Maßnahmen sowie der Einschränkungen im sozialen Leben (Schließung der Diskotheken, keine Massen-Veranstaltungen, Alkoholverbote etc.) zu erklären.

2

- Im Jahr 2021 „wurden 366 Fälle von Straftaten gegen das Leben registriert, bei denen mindestens ein Zuwanderer als Tatverdächtiger ermittelt wurde.“ „In 69 Fällen wurde das Tötungsdelikt vollendet. Dies entspricht einem Anteil von 18,9 %.“ Im Jahr 2019 lag der Anteil noch bei 14,0 %.

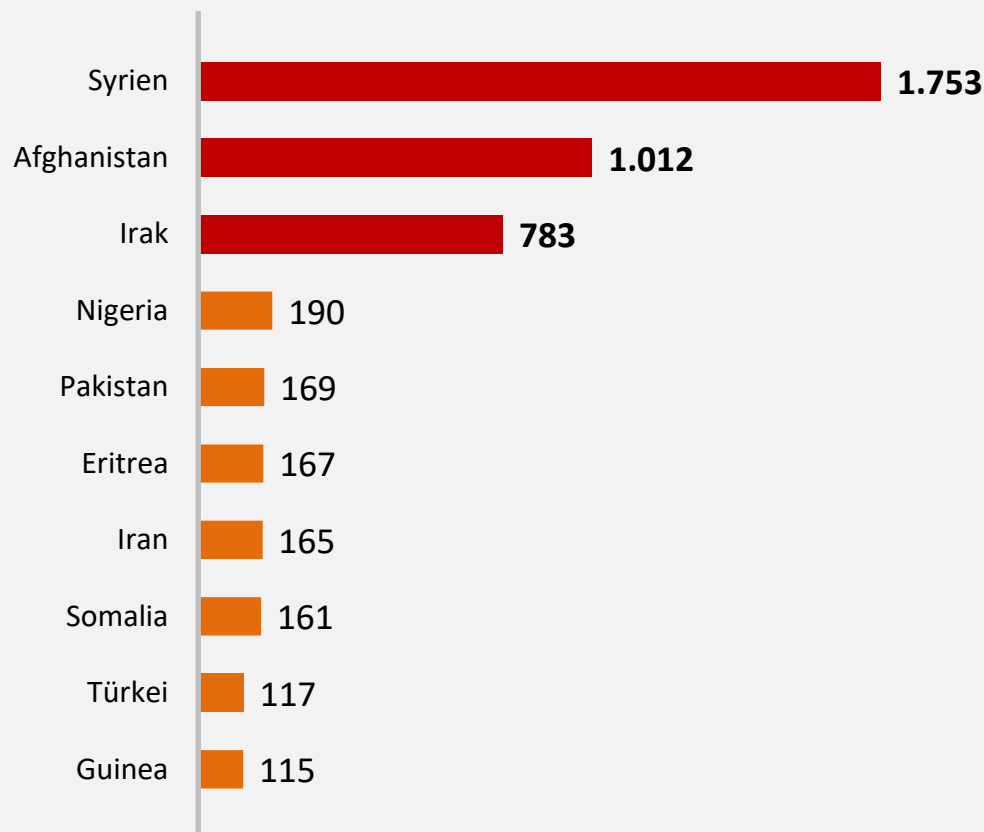
3

- In Hessen waren im Jahr 2020 44,1 % aller Tatverdächtigen Nichtdeutsche (29.885). Von diesen machten Zuwanderer 31,5 % der Tatverdächtigen aus (9.416). Unter den Zuwanderern waren allein 15,1 % (544) tatverdächtig, eine Vergewaltigung und sexuelle Nötigung begangen zu haben.

Straftaten gegen sexuelle Selbstbestimmung: Zuwanderergewalt plus 20 %

aktualisiert

Tatverdächtige Zuwanderer im Bereich „Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung“ nach Staatsangehörigkeit im Jahr 2021



1

- Syrer, Afghanen und Iraker waren auch 2021 deutlich überrepräsentiert als tatverdächtige Zuwanderer bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung. Zum Vorjahr nahmen die tatverdächtigen Syrer um 28,3 %, die der Afghanen um 7,7 %, die der Iraker um 46,1 % und die der Nigerianer um 18,8 % zu.

2

- Im Jahr 2021 wurden 6.224 Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung erfasst, bei denen mindestens ein Zuwanderer als Tatverdächtiger ermittelt wurde. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl um 20 %.

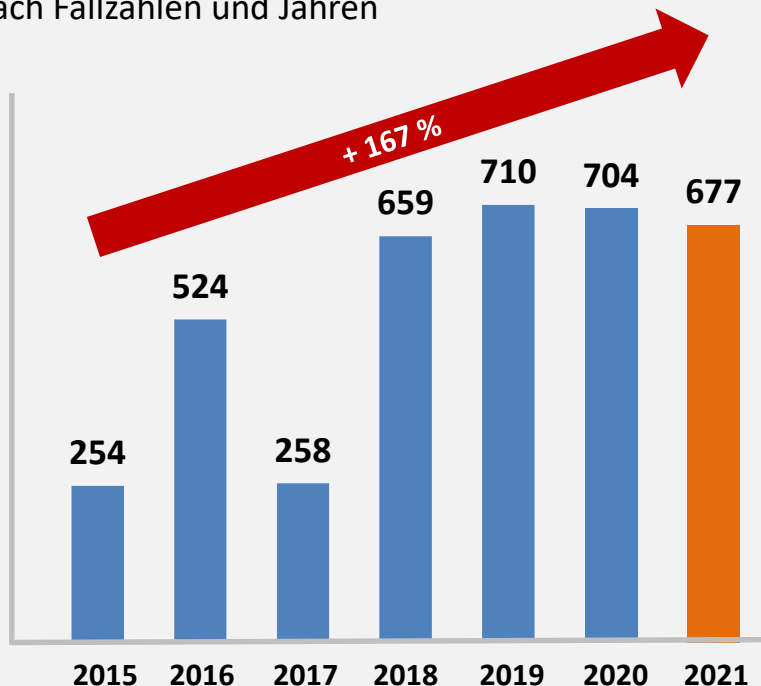
Quelle:

1) Bundeskriminalamt: Bundeslagebild Kriminalität im Kontext von Zuwanderung 2021

677 Gruppenvergewaltigungen – 47 % ausländische Tatverdächtige

aktualisiert

**Vergewaltigung durch Gruppen gemäß § 177
Abs. 6 Nr. 2, Abs. 7 und 8 StGB insgesamt
nach Fallzahlen und Jahren**



Quellen:

- 1) Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik, 2005-2020
- 2) Frage des AfD-Bundestagsabgeordneten Stephan Brandner: Gruppenvergewaltigungen im Jahr 2022, 30.05.2022
- 3) Die Welt: „Das Phänomen "taharrush gamea" ist in Deutschland angekommen, 10.01.2016
- 4) Bild: „Jeden Tag zwei Gruppenvergewaltigungen“, 31.07.2021
- 5) Bild: „Frauen ins Auto gezerzt, verschleppt und vergewaltigt“, 03.09.2021
- 6) Kleine Anfrage der Fraktion der AfD im Hessischen Landtag: Vergewaltigungen und Gruppenvergewaltigungen in Hessen, Drs. 20/6878, 10.04.2022

1

- Im Jahr 2021 gab es 677 Gruppenvergewaltigungen, 2019 sogar 710. Fast die Hälfte der Tatverdächtigen waren Ausländer. Dabei machen Ausländer nur 14,2 % der Gesamtbevölkerung aus.

2

- Erst durch eine Frage des AfD-Bundestagsabgeordneten Stephan Brandner wurden die Zahlen für das Jahr 2021 bekannt. Von 2015 bis 2021 kam es bei dem Delikt der Gruppenvergewaltigung zu einer Steigerung um 167 %.

3

- Das Thema Gruppenvergewaltigung ist erst durch die Vorfälle in der Kölner Silvesternacht 2015/16 ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gelangt. „Bei den polizeilich bekannt gewordenen Tätern handelt es sich bisher mehrheitlich um junge nordafrikanische Männer.“ (Holger Münch, BKA)

4

- In Hessen gab es in den Zeit von 2018 bis 2020 insgesamt 102 gemeinschaftlich begangene Vergewaltigungen. Für das Jahr 2021 legte das Hessische Innenministerium noch keine Daten vor.

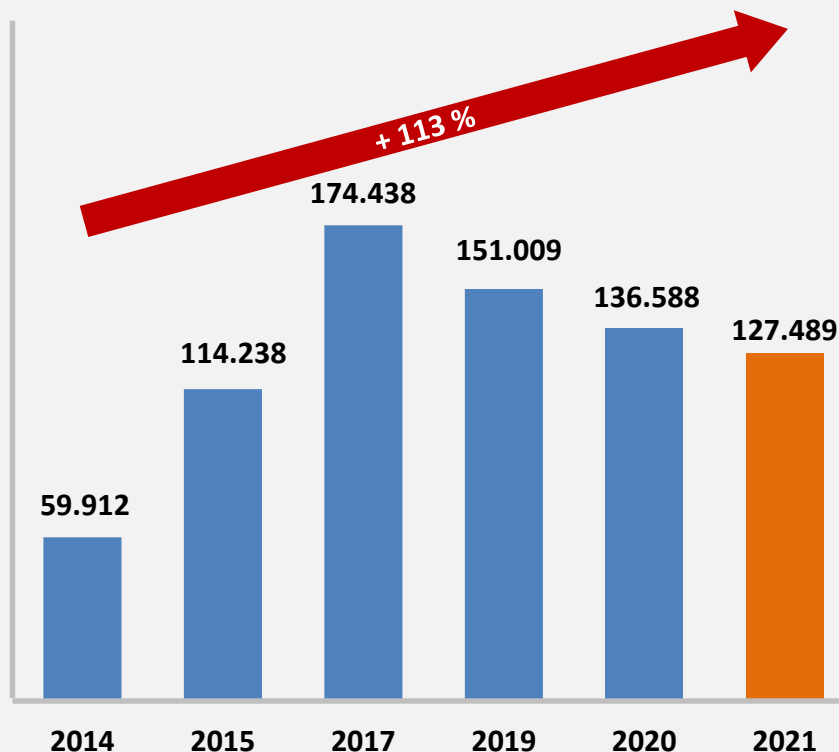
5

- In Deutschland existierte früher kein vergleichbares Phänomen. Statistisch gesehen kommt es heutzutage täglich zu ca. zwei Gruppenvergewaltigungen. Tiefergehende Informationen (Herkunft, Alter, Zuwanderer) werden in der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik nicht mehr veröffentlicht.

Straftaten bei „Flüchtlingen“ in fünf Jahren um 113 % gestiegen

aktualisiert

**Tatverdächtige Zuwanderer („Flüchtlinge“) insgesamt
ohne ausländerrechtliche Verstöße nach Jahren**



Unter ausländerrechtliche Verstöße sind u. a. die unerlaubte Einreise, das Erschleichen eines Aufenthaltstitels oder die Täuschung im Rechtsverkehr zu verstehen. Diese Verstöße sind in der obigen Statistik nicht eingerechnet.

Quellen: 1) Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik, 2014-2021

2) Bundeskriminalamt: Bundeslagebild Kriminalität im Kontext von Zuwanderung 2021

1

- Vergleicht man die Gesamtzahl aller Tatverdächtigen ohne ausländerrechtliche Verstöße (1,79 Mio.), waren davon 127.489 Zuwanderer (7,1 %) tatverdächtig.

2

- Unter den nichtdeutschen Tatverdächtigen (ohne ausländerrechtliche Verstöße) waren es besonders Zuwanderer, die maßgeblich zur Steigerung in den Jahren 2014 bis 2021 beigetragen haben (+ 113 %).

3

- Dagegen ist unter den tatverdächtigen Deutschen in dieser Zeit insgesamt ein deutlicher Rückgang von 18,3 % zu verzeichnen (2014: 1,53 Mio., 2021: 1,25 Mio.).

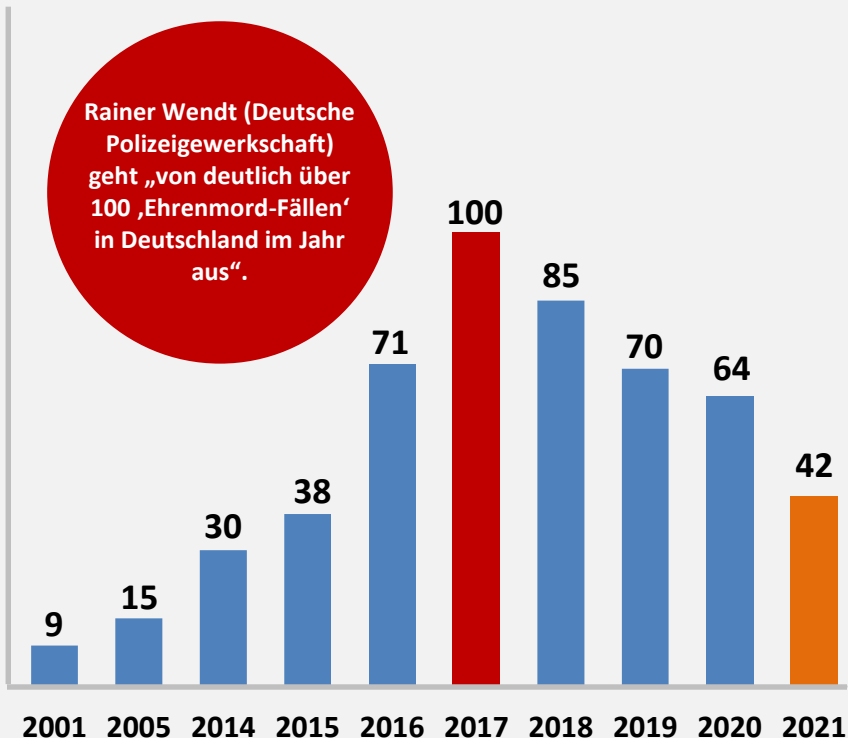
4

- Ex-Bundeskanzlerin Merkel hat mit ihrer widerrechtlichen Grenzöffnung die Tür für ausländische Kriminelle geöffnet. Der große Anstieg an Straftaten ist das traurige Vermächtnis aus 16 Jahren Merkel.

Mit der Flüchtlingswelle stieg die Zahl der Ehrenmorde

aktualisiert

Ehrenmorde in Deutschland, Anzahl (Schätzung) nach Jahren



Quellen:

- 1) Ehrenmord.de: Dokumentierte Ehrenmorde (Stand: 25.07.2022)
- 2) Bild: „Fast jede Woche ein ‚Ehrenmord‘“, 13.08.2021
- 3) Tagesschau: „Ehrenmord oder Femizid?“, 06.08.2021
- 4) Statista: Anzahl der ausreisepflichtigen Ausländer in Deutschland nach Bundesländern im Jahr 2021, 31.12.2021

1

- Das Bundeskriminalamt (BKA) veröffentlicht seit 2011 keine Zahlen mehr zu Ehrenmorden. Der Internetseite „ehrenmord.de“ ist es zu verdanken, dass den Opfern weiterhin ein Gesicht gegeben wird und sie nicht vergessen werden.

2

- Seit der Flüchtlingskrise 2015 wurden mindestens 533 Ehrenmorde (2022: 9; Stand: 25.07.2022) mit tödlichem Ausgang verübt. Zudem wurden in dieser Zeit zusätzlich 13 ungeborene Kinder getötet. Das Dunkelfeld an Ehrenmorden dürfte insgesamt deutlich höher sein.

3

- Die meisten Täter stammen aus islamischen Staaten, wie Afghanistan oder Syrien. „Der Islam-Experte Ahmad Mansour sagt klar, dass sogenannte Ehrenmorde mit [der] Religion und Kultur zusammenhängen.“

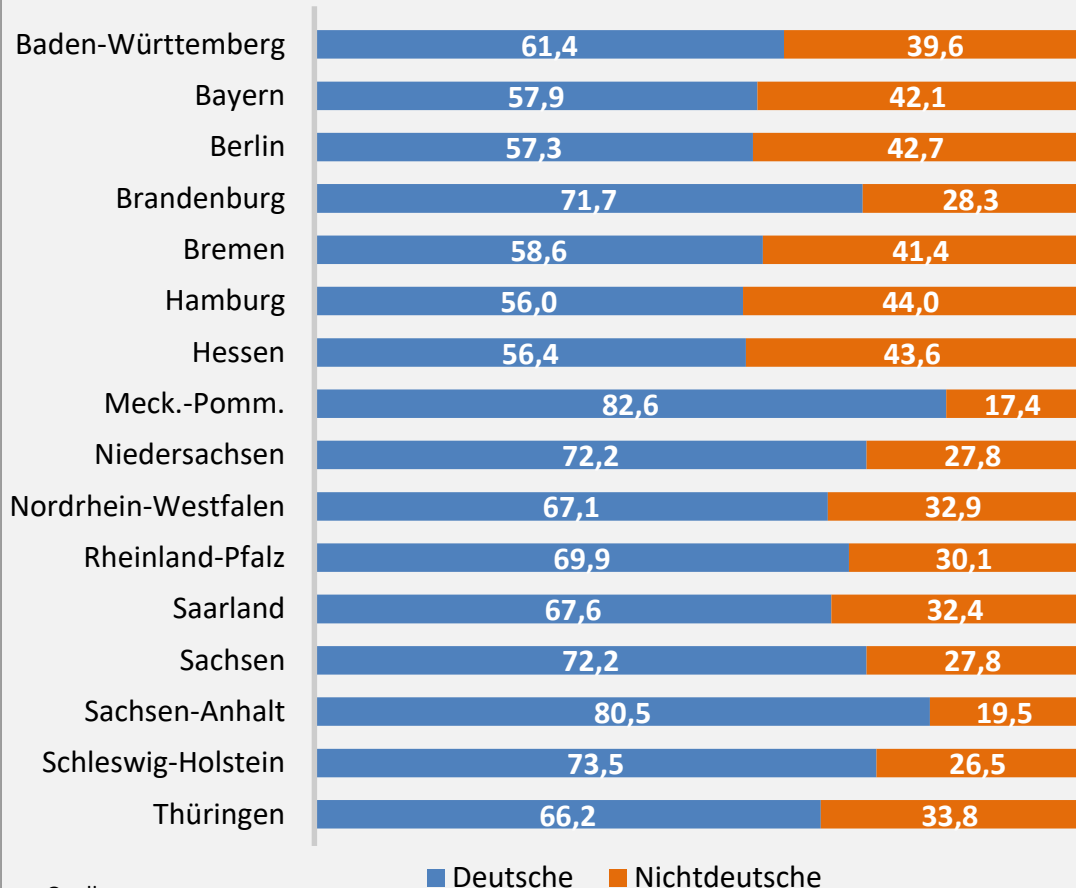
4

- Fast 300.000 Personen waren Ende 2021 ausreisepflichtig, darunter auch viele Straftäter. Doch wegen des verhängten Abschiebestopps bleiben fast alle vorerst in Deutschland. Die Altparteien versuchen den Begriff „Ehrenmord“ zu verschleiern und sprechen von „Femizid“.

In Hessen sind 45 % aller Tatverdächtigen keine Deutschen

aktualisiert

Tatverdächtige Deutsche / Nichtdeutsche in % nach Bundesland im Jahr 2021



Quellen:

1) [Bundeskriminalamt: PKS 2021 Länder-Falltabellen](#)

2) [Bundeskriminalamt: Bundeslagebild Kriminalität im Kontext von Zuwanderung 2021](#)

3) [Statista: Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung in Hessen von 2009 bis 2021, 05.05.2022](#)

1

- In Hessen sind unter allen Tatverdächtigen (145.720) 43,6 % Nichtdeutsche (63.475). Dabei lag der Ausländeranteil in Hessen im Jahr 2021 bei 17,1 %. Bundesweit lag der Ausländeranteil sogar darunter und zwar bei 14,2 %. Dementsprechend sind Ausländer in Hessen gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil, überproportional häufig tatverdächtig.

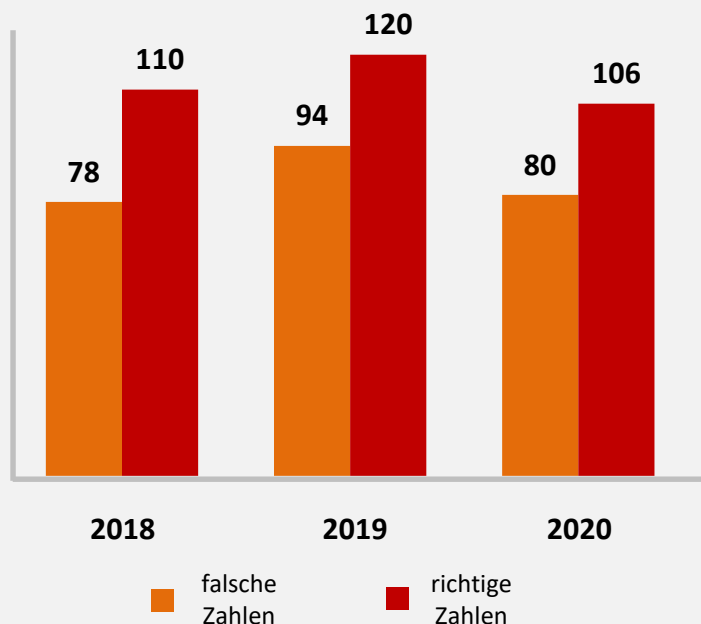
2

- Obwohl in Sachsen und in Thüringen vergleichsweise sehr wenige Ausländer leben, sind von den Tatverdächtigen überproportional viele Nichtdeutsche. Dies gilt für alle Bundesländer, auch wenn in den alten Bundesländern bereits deutlich mehr Ausländer leben.

Hess. Innenministerium musste Zuwanderer kriminalität „korrigieren“

NEU

**Anzahl tatverdächtiger Zuwanderer
bei Vergewaltigung und sexueller Nötigung
in Hessen – falsche versus richtige Zahlen**



Quelle:

1) Kleine Anfrage Dr. Dr. Rainer Rahn (Fraktion der AfD im Hessischen Landtag):
Gewaltkriminalität von Zuwanderern – Teil 3, Drs. 20.6073, 16.08.2021

1

- Das hessische Innenministerium musste seine eigenen Angaben zur Zuwandererkriminalität kräftig nach oben revidieren – und dass bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (Vergewaltigung und sexuelle Nötigung).

2

- Noch Mitte August 2021 – einen Monat vor der Bundestagswahl – teilte der hessische Innenminister mit, dass für die Jahre 2018 bis 2020 in Hessen insgesamt gegen 252 tatverdächtige Zuwanderer in diesem Deliktsbereich ermittelt würde.

3

- Anfang 2022 heißt es vom Innenministerium lapidar, dass die „Fallzahlen teilweise nicht korrekt waren.“ Denn es wurde nicht gegen 252, sondern gegen 336 Zuwanderer ermittelt (+ 33,3 %).

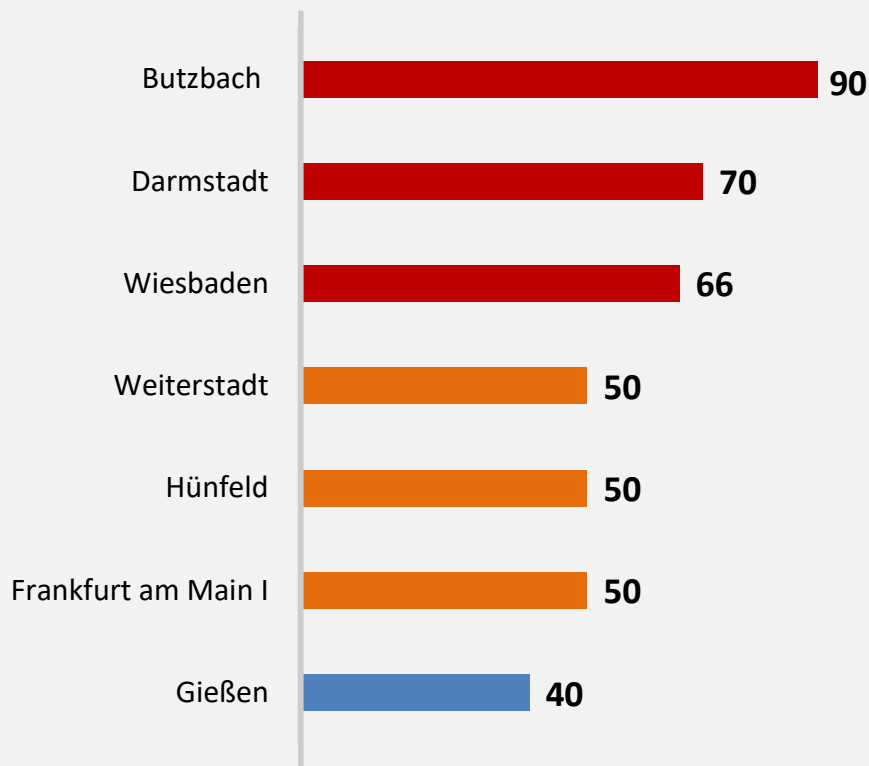
4

- Allein im Jahr 2019 waren 15,4 % aller Tatverdächtigen Zuwanderer (Asylanten, Kontingentflüchtlinge). Da aber Ende Mai 2021 nur etwa 22.500 Zuwanderer in Hessen lebten, zeigt dies, dass die Zuwandererkriminalität besonders hoch ist.

In nur wenigen hessischen Gefängnissen wird Deutsch gesprochen

NEU

Anteil der Inhaftierten mit unzureichenden Deutschkenntnissen nach ausgewählten hessischen Justizanstalten in %



Quelle:

1) Kleine Anfrage Dr. Dr. Rainer Rahn (Fraktion der AfD im Hessischen Landtag): Deutschunterricht an hessischen Justizvollzugsanstalten, Drs. 20/6542, 03.12.2921

1

- In sieben von 17 hessischen Justizvollzugsanstalten (JVA) sprechen zwischen 40 % bis 90 % der Inhaftierten kein Deutsch mehr. In der JVA Kassel II wird dagegen nur von 5 % unzureichend Deutsch gesprochen.

2

- Besonders in den Großstädten Frankfurt mit den Nahbereichen Butzbach und Weiterstadt, sowie Darmstadt, Wiesbaden, Gießen sowie in der JVA Hünfeld bei Fulda wird kaum noch Deutsch verstanden.

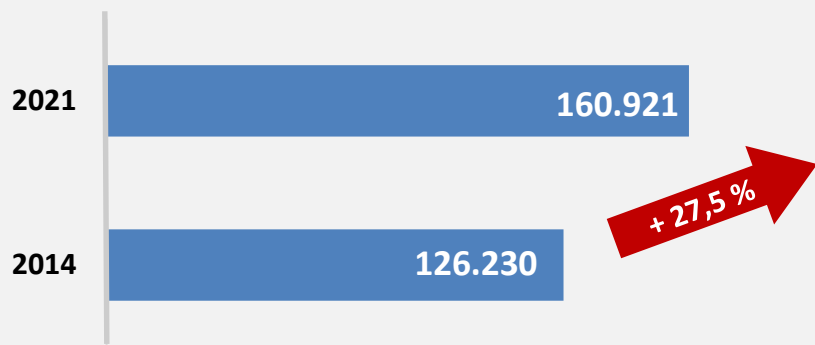
3

- Dies zeigt sich auch daran, dass nur wenig Bereitschaft besteht, Deutschkurse zu besuchen. So haben im Jahr 2020 insgesamt nur 822 Inhaftierte die Unterrichtsangebote angenommen. In der JVA Frankfurt I nur 29 Personen, in Darmstadt nur 17, in Gießen nur 28 und in Hünfeld nur 32. In den Jahren von 2016 bis 2020 wurden für die Unterrichtseinheiten über 900.000 Euro ausgegeben, und das ohne die Kosten von hautamtlichen Lehrkräften.

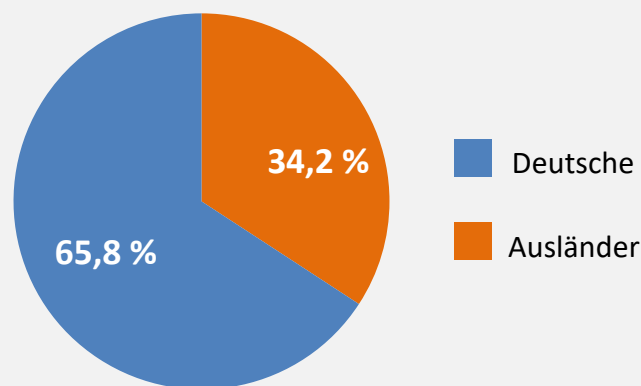
Opfer bei partnerschaftlicher Gewalt seit 2014 um 27,5 % gestiegen

aktualisiert

Entwicklung der Opferzahl partnerschaftlicher Gewalt nach Jahr



Vergleich deutsche und nichtdeutsche Tatverdächtige in % im Jahr 2020



Quelle:

1) Bundeskriminalamt: Partnerschaftsgewalt - Kriminalstatistische Auswertung, 10.11.2020 2) Die Welt: „Fast 161.000 Opfer häuslicher Gewalt in Deutschland“, 15.05.2022 3) Junge Freiheit: „Ausländer bei Partnerschaftsgewalt überproportional häufig vertreten“, 23.11.2021

1

- Im Jahr 2021 wurden insgesamt 160.921 (2020: 146.655) Menschen Opfer von partnerschaftlichen Gewaltdelikten. Sieben Jahre zuvor waren es noch über 27 % weniger (126.230). Zwei Drittel der Opfer waren im Jahr 2021 Frauen.

2

- Im Jahr 2020 wurden in 34,2 % aller Delikte von nichtdeutschen Tatverdächtigen verübt. Diese stellten damals aber nur rund 13,7 % der Gesamtbevölkerung Deutschlands. Somit waren nichtdeutsche Tatverdächtige auch hier überproportional stark vertreten. Neuere Zahlen liegen für 2021 bislang nicht vor.

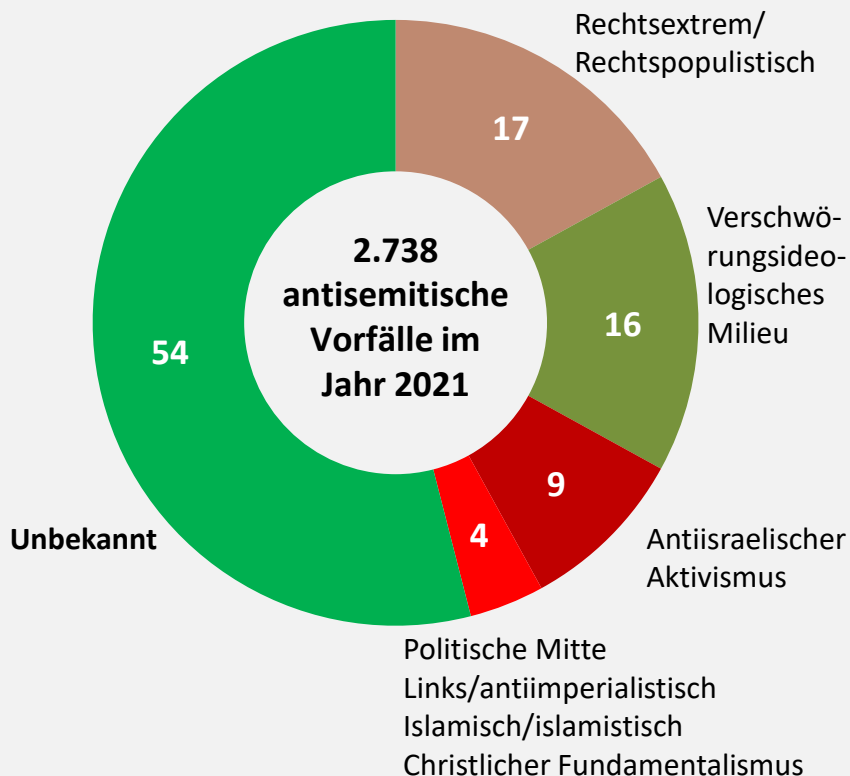
3

- Nach Deutschen wurden 2020 als häufigste Tatverdächtige türkische (7.925 Personen), syrische (4.163), polnische (3.962) und rumänische (2.859) Staatsbürger erfasst. Insgesamt waren 96.499 Deutsche und 50.156 Nichtdeutsche tatverdächtig.

54 % der Fälle von Antisemitismus sind nicht zuzuordnen – wirklich?

NEU

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund antisemitischer Vorfälle in % im Jahr 2021



Quellen:

1) Bundesverband RIAS: Jahresbericht, Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2021, 28.06.2022 2) American Jewish Committee Berlin Ramer Institute: Antisemitische Tätergruppen, 05.07.2019 3) AfD-Fraktion im Hessischen Landtag: „Documenta Fifteen“: Systematisches politisches Versagen auf allen Ebenen“, 18.07.2022

1

- Laut dem Jahresbericht des Bundesverbandes der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) hat die Zahl der antisemitischen Anfeindungen und Angriffe in Deutschland weiter zugenommen. Dabei wurde herausgestellt, dass „54 % sich keiner klaren Weltanschauung zuordnen ließen.“ 17 % der Vorfälle dagegen waren rechtsextrem bzw. rechtspopulistisch.

2

- Dass sich 54 % der Taten nicht zuordnen lassen, verwundert sehr. Denn das „American Jewish Committee Berlin Ramer Institute“ stellte noch im Jahr 2019 fest, dass 31 % aller antisemitischen Tätergruppen islamistisch, 21 % linksextrem, 14 % rechtsextrem und 6 % christlich extremistisch waren.

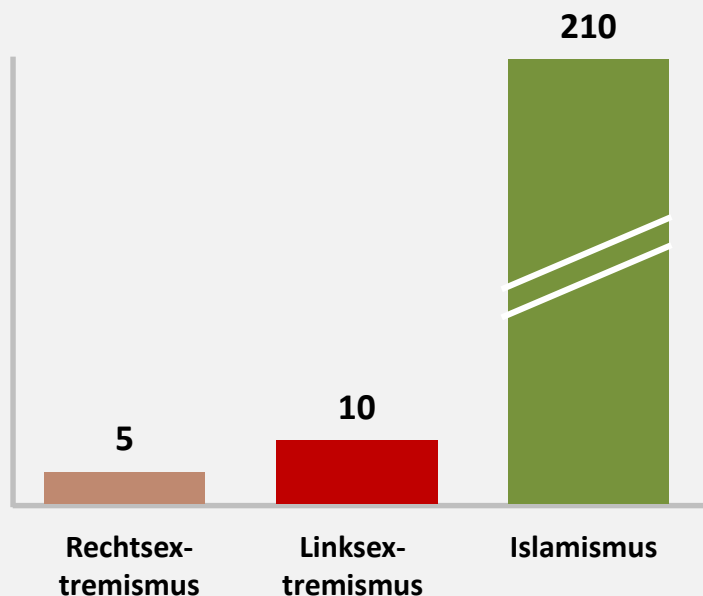
3

- Bei der Documenta in Kassel wurde deutlich, dass antisemitische Stereotype im kulturellen Bereich v. a. bei Linken/Grünen und bei Moslems zu finden sind.

Gerade der Islamismus macht der Bundesanwaltschaft zu schaffen

NEU

Anzahl der neuen Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft in den ersten drei Quartalen 2021



Quelle:

1) Neue Zürcher Zeitung, „Kommt die größte Gefahr für die deutsche Demokratie wirklich von rechts?“, 31.12.2021

1

- Die Bundesregierung sieht im Rechtsextremismus die größte Bedrohung Deutschlands. Dem widersprechen die Angaben der Bundesanwaltschaft deutlich.

2

- Allein in den ersten neun Monaten des Jahres 2021 waren 210 Ermittlungsverfahren gegen Islamisten anhängig (2020: 372).

3

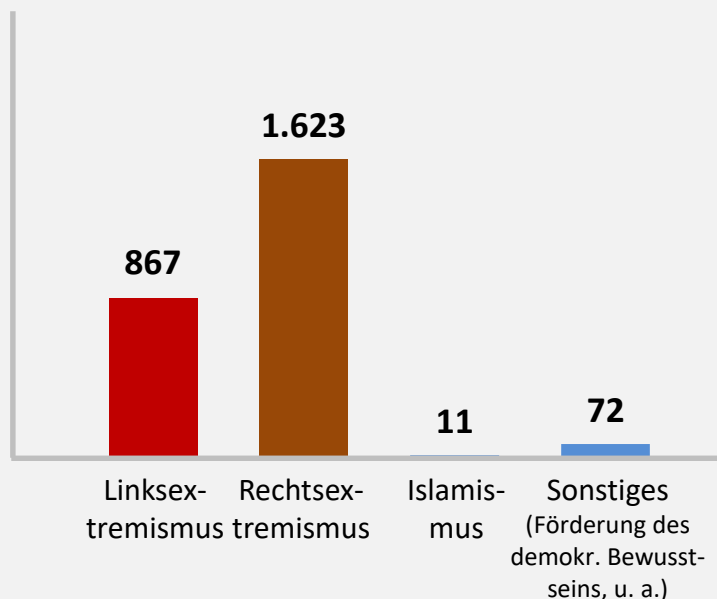
- Anders sieht es beim Rechts- und beim Linksextremismus aus. Im Bereich Linksextremismus wurden zehn und im Bereich Rechtsextremismus fünf Verfahren eingeleitet.

4

- „Den rechten Extremismus deshalb als größte Gefahr einzustufen, funktioniert aber nur, wenn man die islamistischen Anschläge der vergangenen Jahre ausblendet; und zwar die gerade noch vereitelten und die tatsächlich erfolgten.“

Hessische Landeszentrale für politische Bildung: Islamismus nicht bekannt

Anzahl Seminare/Veranstaltungen der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung nach Themenbereichen für die Jahre 2015–2020



Quellen:

1) Kleine Anfrage der Fraktion der AfD im Hessischen Landtag: Informationsverständnis der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung – Teil I, Drs. 20/5039, 12.05.2021

2) Kleine Anfrage der Fraktion der AfD im Hessischen Landtag: Informationsverständnis der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung – Teil II, Drs. 20/5039, 12.05.2021

3) Neue Zürcher Zeitung: „Die Bundeszentrale für politische Bildung soll die Deutschen ausgewogen und unideologisch informieren – schön wär’s“, 07.02.2021

1

- Die Neue Zürcher Zeitung (NZZ) hatte verschiedene Indizien aufgeführt, welche begründete Zweifel an der politischen Ausgewogenheit der Handlungspraxis der Bundeszentrale für politische Bildung aufkommen ließen. So wird etwa die Aufstockung des Mitarbeiterstamms um 59 Stellen „für den Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus“ angeführt, welche zu seiner Verdoppelung gegenüber 2013 führte.

2

- Einen Schwerpunkt der Bundeszentrale stellt der „Kampf gegen rechts“ dar. Allein zu diesem Thema werden 35 Publikationen angeboten, zum Thema „Linksextremismus“ dagegen nur 4 und zum „Islamismus“ 22 Bücher. Für die NZZ ist damit „die ideologische Schiefelage der Bundeszentrale [für politische Bildung] evident“.

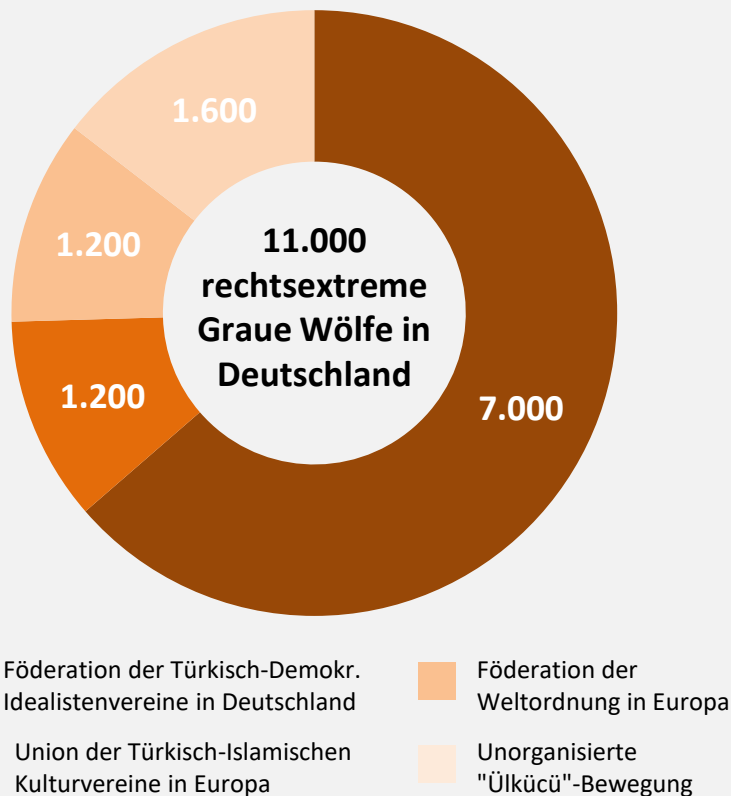
3

- Bei der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion der AfD im Hessischen Landtag stellte sich heraus, dass auch die Landeszentrale für politische Bildung überproportional viele Seminare und Veranstaltungen im Bereich Rechtsextremismus in der Zeit von 2015 bis 2020 anbot. Dem gegenüber fanden in den Jahren 2015 und 2016 nur elf Seminare zum Komplex Islamismus statt. Seit 2017 gibt es hierzu keine entsprechenden Veranstaltungen mehr.

Mindestens 11.000 potentielle rechtsextreme Türken in Deutschland

aktualisiert

Anzahl der Mitglieder der Grauen Wölfe in Deutschland im Jahr 2021



Quellen:

- 1) Bundesministerium des Innern und Sport: Verfassungsschutzbericht 2021
- 2) Kleine Anfrage der Fraktion der AfD im Hessischen Landtag: Türkische Organisation „Graue Wölfe“, Teil I, Drs. 20/5142
- 3) Kleine Anfrage der Fraktion der AfD im Hessischen Landtag: „Graue Wölfe“, Teil II, Drs. 20/5143

1

- Die „Ülkücü“-Bewegung, besser bekannt als „Graue Wölfe“ ist eine rechtsextreme türkische Bewegung, die die türkische Identität idealisiert und gleichzeitig alle anderen Volksgruppen herabwürdigt. Besonders Kurden, Armenier, Juden und Griechen zählen zu ihren Feindbildern. Ihre Ideologie wird seitens des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen als nationalistisch-rassistisch eingestuft.

2

- Die Bewegung wird dem ausländischen Rechts extremismus zugeordnet und seit 2012 vom Verfassungsschutz beobachtet. Sie besteht aus drei Vereinen und einer unorganisierten Graue-Wölfe-Bewegung.

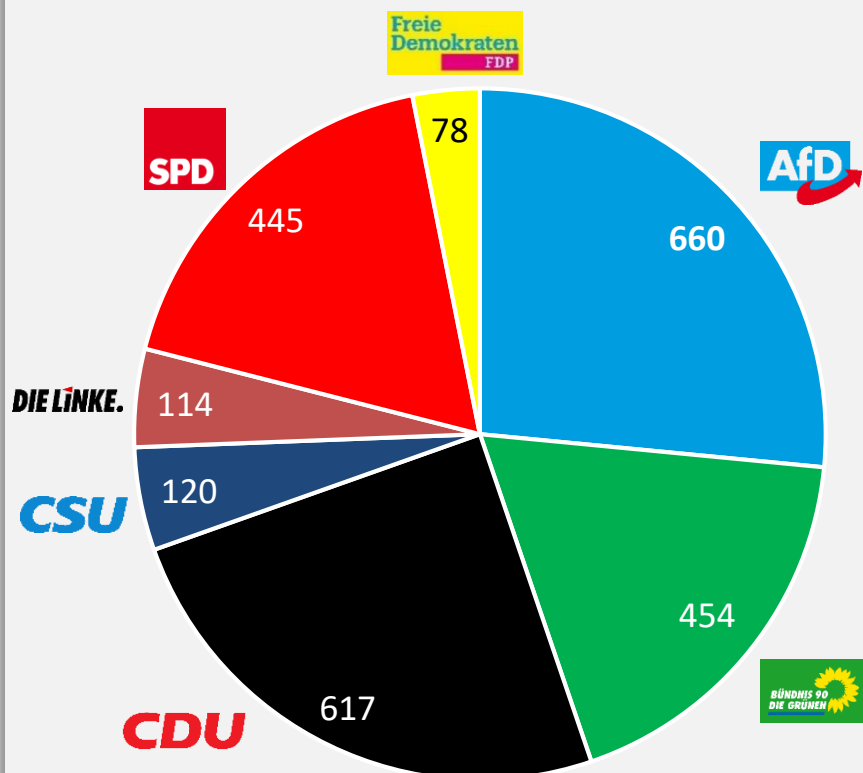
3

- Insgesamt geht der Verfassungsschutz von einem Potential von 11.000 Personen in Deutschland aus. In Hessen werden der ausländischen rechts-extremen Bewegung ca. 2.500 Mitglieder zugerechnet. Mediale Beachtung finden diese Zahlen allerdings kaum, obwohl sie mit denen der deutschen Rechtsextremen in Hessen und Deutschland vergleichbar sind.

Angriffe richten sich seit Jahren am häufigsten gegen die AfD

aktualisiert

Angriffe auf Parteibüros und Politiker im Jahr 2021



Quellen:

- 1) Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Angriffe auf Politiker, Parteibüros und Wahlplakate im vierten Quartal und Gesamtjahr 2021, Drs. 20/674, 15.02.2022
- 2) Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Angriffe auf Politiker, Parteibüros und Wahlplakate bis Anfang Juni 2022, Drs. 20/2605, 05.07.2022

1

- Im Jahr 2021 wurden insgesamt fast 2.500 Angriffe auf Parteibüros, Mitglieder und Mandatsträger verübt. Die AfD war dabei am stärksten von Angriffen betroffen. Insgesamt kam es zu 660 Angriffen auf Einrichtungen der Partei und auf Mitglieder und Mandatsträger der AfD. In 500 Fällen waren die Täter mutmaßlich Linksradikele, 5 waren Rechtsextremen zuzuordnen und 155 waren nicht zuzuordnen. Auch in den ersten 5 Monaten 2022 war die AfD die Partei, die am häufigsten Opfer von Gewalt wurde. Insgesamt wurden 243 Angriffe auf Mitglieder und Büros der Partei gezählt.

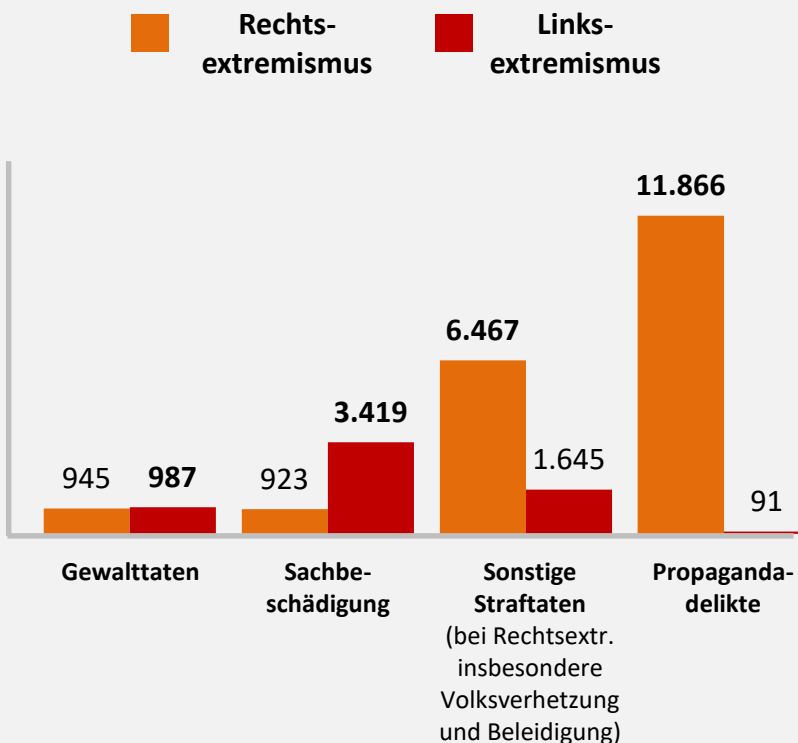
2

- Auch bei der Zerstörung der Wahlplakate traf es die Alternative für Deutschland am häufigsten: Von rund 9.815 registrierten Fällen entfielen 3.365 auf die AfD, 1.751 auf die der Grünen, 1.591 auf die der CDU und 1.478 auf die der SPD.

Linksextremismus: Seit vielen Jahren ein verharmlostes Problem

aktualisiert

Straftaten mit rechts- und linksextremistisch motiviertem Hintergrund nach Anzahl im Jahr 2021



Quellen:

- 1) Bundesministerium des Innern und Sport: Verfassungsschutzbericht 2021
- 2) Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Politisch motivierte Kriminalität links im dritten und zweiten Quartal 2021, Drs. 20/173, 02.12.2021

1

- Verglichen mit Rechtsextremen waren Linksextreme im Jahr 2021 in den Bereichen Brandstiftung (159 links / 11 rechts), Sachbeschädigung (3.419 links / 923 rechts), Landfriedensbruch (147 links / 7 rechts) und gefährlichem Eingriff in den Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr (47 links / 10 rechts) massiv überrepräsentiert.

2

- Laut Bundesverfassungsschutz gab es im Jahr 2021 bundesweit ungefähr 35.300 Rechtsextremisten und 35.800 Linksextremisten. Im selben Jahr gab es 945 rechtsextremistisch und 987 linksextremistisch motivierte Gewalttaten. Insgesamt gingen die rechtsextremen Straftaten zum Jahr 2020 um 9,6 % zurück, die der linksextremistischen um 7,4 %.

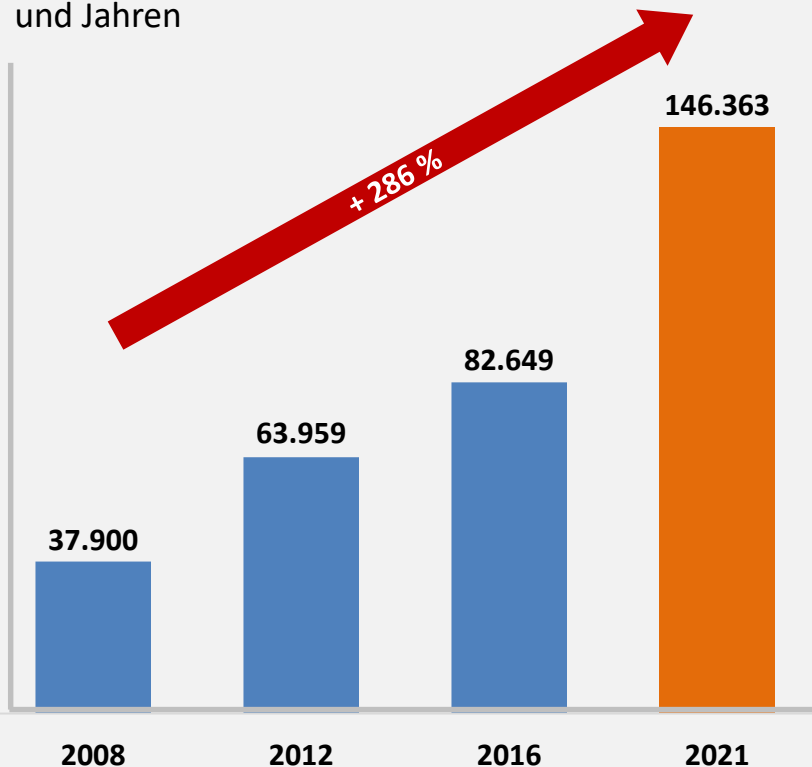
3

- Laut Verfassungsschutzbericht wurden 2021 im Spektrum „Rechtsextremismus“ 11.866 Propagandadelikte erfasst. Für den Bereich „Linksextremismus“ gab es nur 91 Propagandadelikte. Demnach machen Propagandadelikte fast 59 % der Straftaten mit rechtsextremistisch motiviertem Hintergrund aus. Für die Erfassung der Propagandadelikte ist es zudem unerheblich, ob der Tatverdächtige tatsächlich aus dem rechtsextremen Spektrum stammt.

Cyberkriminalität nimmt in Deutschland deutlich zu: 146.363 Angriffe

aktualisiert

Erfasste Fälle von Cyberkriminalität nach Anzahl und Jahren



Quellen:

1)) Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2021, März 2021 2) Statista: Polizeilich erfasste Fälle von Cyberkriminalität im engeren Sinne in Deutschland von 2007 bis 2020, Mai 2021 3) Bundeskriminalamt: Bundeslagebild Cybercrime 2020 4) Forschung und Lehre: „Uni Gießen nach Cyberangriff größtenteils wieder online“, 03.03.2020

1

- Als Cyberkriminalität werden Phishing-Seiten und -Mails, sowie Malware-Software, DDoS-Angriffe usw. gewertet. Mit sog. Erpressungstrojanern legen Angreifer ganze Unternehmen inklusive deren Produktionen lahm. Die Schäden hierbei gehen oft in die Milliarden Euro. Innerhalb der letzten 13 Jahren gab es eine Zunahme von 286 % bei den Cyberangriffen.

2

- Im Dezember 2019 musste die komplette IT-Struktur der Universität Gießen wegen eines Cyberangriffs abgeschaltet werden. Die Schließung des Sicherheitslecks und Wiederinbetriebnahme des Netzwerkes dauerte mehrere Monate. Die Täter konnten bislang nicht ermittelt werden.

3

- An gesellschaftliche Notlagen wie die Corona-Krise passen sich Cyberkriminelle schnell an und nutzen diese aus. Gerade in Zeiten mit vermehrter Heimarbeit ist die Gefahr von Angriffen auf IT-Strukturen stark gestiegen. Hinzu kommt noch der meist unbemerkte Diebstahl von Daten und Identitäten.

Kritik am Staat führt künftig zur Verfassungsschutzbeobachtung

NEU

- Künftig wird eine angebliche Verächtlichmachung – das heißt Kritik – der staatlichen Institutionen von den Verfassungsschutzämtern in dem „neuen Phänomenbereich Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ aufgenommen. Die Bürger werden damit unter Generalverdacht gestellt, wenn sie ihr Grundrecht auf Meinungsfreiheit wahrnehmen. Quellen: 1) Bundesministerium des Innern und Sport: Verfassungsschutzbericht 2021 2) Tichys Einblick: „Verfassungsschutzbericht: Der Bürger unter Generalverdacht“, 10.06.2022

- „Was in der DDR als ‚Öffentliche Herabwürdigung der staatlichen Ordnung‘ (§220) und ‚Staatsfeindliche Hetze‘ (§106) unter Strafe stand, feiert als verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates fröhliche Auferstehung.“ „Die Regierung versucht mithilfe des Inlandsgeheimdienstes, Oppositionelle zu Staatsfeinden zu stempeln.“ Quellen: 1) Achgut: Manfred Haferburg, „Die Verächtlichmachung“. 14.07.2022 2) Achgut: „Sind Sie ein Regierungsleugner?“, 22.06.2022

- „Repräsentanten des Staates in den Grenzen der Gesetze mit Ablehnung, Hohn, Spott und Verachtung zu begegnen und geradezu zu überkübeln, ist das gute Recht jedes Bürgers, zumindest in der Demokratie als solcher, um einmal die Verfassungsschutzformulierung zu verwenden. In früheren Zeiten benutzten die Unzufriedenen mitunter noch Verachtungsverstärker wie faule Eier und matschige Tomaten. Die Repräsentanten allerlei Geschlechter sollten froh darüber sein, dass viel Unmut heute in digitale Kanäle fließt, statt ausgerechnet diesen Umstand zu beklagen.“ Quelle: 1) Tichys Einblick: Alexander Wendt, „Wie ein DDR-Paragraph neu auflebt und Bärbel Bas die Demokratie verächtlich macht“, 14.06.2022

- „Schon längst ist das Vertrauen in den Staat dank fortgesetzter Delegitimierung durch sogenannte ‚Volksvertreter‘ und ihre Parteien auf einem historischen Tief. Die Funktionsfähigkeit dieses Staates ist bereits erheblich eingeschränkt, noch nicht einmal Wahlen finden mehr ordnungsgemäß statt, siehe die Wahlen im vergangenen Jahr in Berlin. Wenn das nicht verfassungsschutzrelevant ist!“ Quelle: 1) Tichys Einblick: „Wo der Verfassungsschutz die „Delegitimierung des Staates“ wirklich bekämpfen könnte“, 21.06.2022

Unsere AfD-Forderungen zur Innere Sicherheit

NEU

1

- Der hohe Anteil ausländischer Tatverdächtiger ist nicht hinnehmbar. Wer als Zuwanderer in Deutschland Straftaten begeht, muss konsequent ausgewiesen werden.

2

- Die kriminellen Clans werden immer dominanter, weil die Regierungen in Bund und Ländern sie nicht effektiv bekämpfen. Durch die ungebremste Zuwanderung bekommen sie auch noch personellen Nachschub. Wir brauchen eine konsequente Nulltoleranz-Strategie gegen Zuwanderer und Clans. Wer straffällig wird, muss sofort abgeschoben werden.

3

- Seit 2015 gab es unzählige Gruppenvergewaltigungen durch Migranten. Derartige Taten zerstören das Leben der Opfer und sind aufs Schärfste zu verurteilen. Die Justiz muss hier harte Strafen verhängen, Abschiebungen und lebenslanges Einreiseverbot müssen die zwingende Folge sein.

4

- „Ehrenmorde“ oder Messerangriffe werden nicht durch Waffenverbotszonen verhindert. Hier darf es auch kein Verständnis oder Bonus für kulturelle Unterschiede geben. Wir brauchen mehr Polizei in deutschen Innenstädten.

5

- Parteien müssen vor Angriffen von extremistischen Organisationen wie der Antifa besser geschützt werden. Zur Wahrung der Demokratie muss hier härter durchgegriffen werden.

6

- Deutschlands Innenminister sind meist auf dem linken Auge blind. Sie überbetonen den Rechtsextremismus und missachten die verheerenden Sicherheitsgefahren durch den Islamismus und Linksextremismus. Durch ihr ideologiegeleitetes Verhalten gefährden die Innenminister die Innere Sicherheit Deutschlands und damit die vitalen Sicherheitsinteressen der Bürger unseres Landes.

7

- Der Islamismus wird immer stärker in Deutschland und stellt eine ernste Bedrohung unserer Lebensweise dar, u. a. auch für Juden in Deutschland. Radikale und insbesondere extremistische Islamisten müssen konsequent ausgewiesen werden. Der Islamismus darf nicht von der Landeszentrale für politische Bildung ignoriert werden.

8

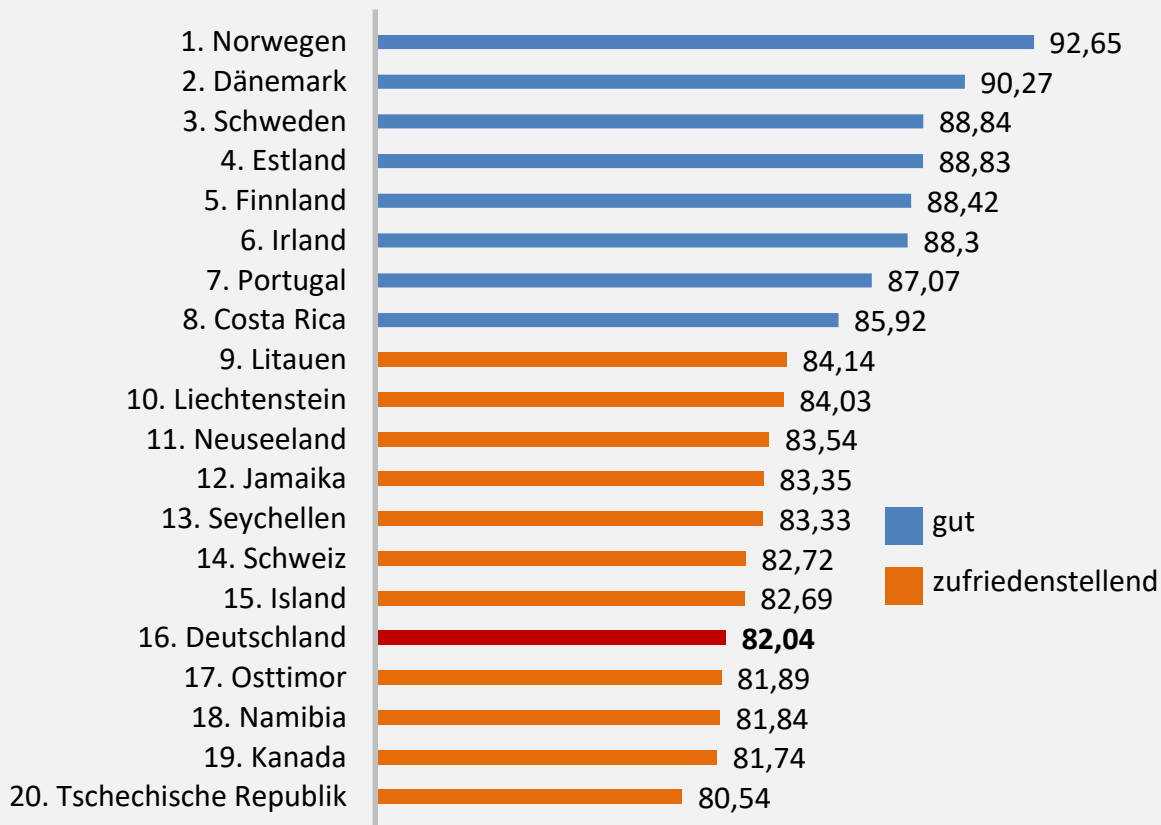
- Cyberkriminalität ist für Deutschland eine große Bedrohung, die bisher eher stiefmütterlich behandelt wird. Gerade vermehrte Heimarbeit macht uns anfällig dafür. Hier muss nachgebessert werden.

1.	Arbeit, Gesundheit, Rente und Soziales	3
2.	Demographie und Migration	33
3.	Bildung und Wissenschaft	52
4.	Energie und Umwelt	72
5.	Infrastruktur und Digitalisierung	92
6.	Steuern, Finanzen und Europäische Union	107
7.	Innere Sicherheit	140
8.	Medien	161
9.	Verteidigung	174
10.	Fazit	185

Deutschland rutscht in der Rangliste der Pressefreiheit um 3 Plätze ab

NEU

Rangliste der Pressefreiheit (Reporter ohne Grenzen) nach Punktzahl im Jahr 2022



Quellen:

1) [Reporter ohne Grenzen: Rangliste der Pressefreiheit: Weltweite Entwicklungen im Überblick im Jahr 2022](#)

2) [Reporter ohne Grenzen: Nahaufnahme Deutschland. Pressefreiheit im Überblick, 2022](#)

3) [Die Welt: „Ein linker Hinterhalt“, 09.07.2022](#)

1

- Deutschland rangiert drei Ränge tiefer als im Vorjahr und landet auf Platz 16, hinter Staaten wie Litauen, Jamaika, den Seychellen und Costa Rica. Die Lage der Pressefreiheit wird nur noch als zufriedenstellend bewertet. In dem „Reporter-ohne-Grenzen“-Bericht wird festgestellt, dass die Anfeindungen und die Gewalt gegen Journalisten in Deutschland zugenommen hat, u. a. während der Corona-Proteste auch durch Linksextremisten.

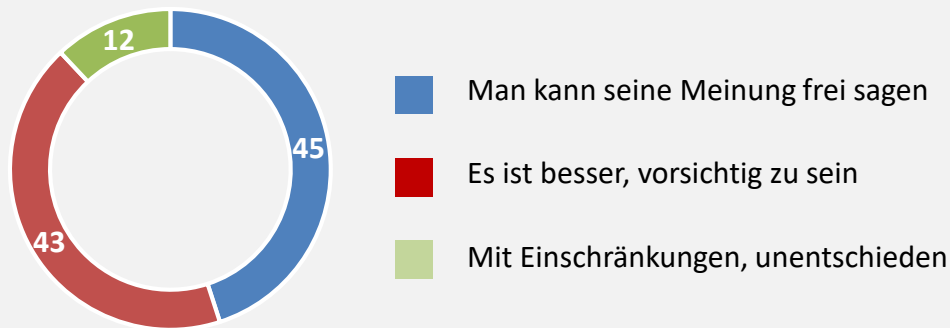
2

- Weitere Negativfaktoren sind die Überwachung durch das BND-Gesetz, Staatstrojaner (Pegasus-Software), Klagen gegen kritischen Journalismus und Recherchen. Zudem herrscht ein „Defizit beim Auskunftsrecht von Medien gegenüber Ministerien“, u. a. bei der Maskenaffäre und bei Nord-Stream 2, sowie wegen des Sendeverbots von RT Deutschland.

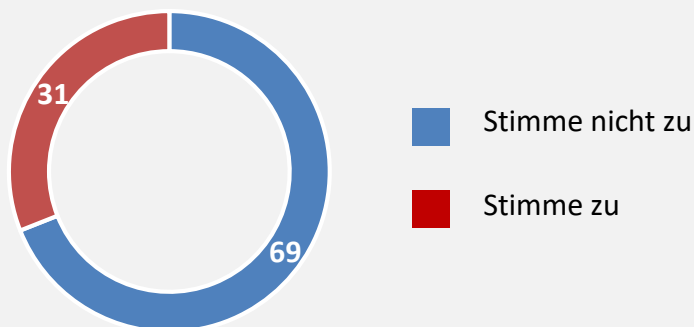
43 % glauben ihre Meinung nicht mehr frei äußern zu können und ...

NEU

„Haben Sie das Gefühl, dass man heute in Deutschland seine Meinung frei sagen kann, oder ist es besser, vorsichtig zu sein“ in %



„Wir leben nur scheinbar in einer Demokratie. Tatsächlich haben die Bürger nichts zu sagen“ in %



Quellen:

- 1) Roland Rechtsreport 2022: „Einstellung der Bevölkerung zum deutschen Justizsystem und zur außergerichtlichen Konfliktlösung – Fake News, Meinungsfreiheit, Verschwörungstheorien und die Rolle sozialer Medien“, 03.03.2022
- 2) SWR, Allensbach-Umfrage: „Demokratiegefährdende Meinung in Deutschland weit verbreitet“, 11.04.2022

1

- In der Bundesrepublik Deutschland stand es noch nie so schlecht um die Bedeutung der Meinungsfreiheit, so der Roland Rechtsreport 2022.

2

- Nur noch 45 % der Bundesbürger sind der Ansicht, dass sie ihre Meinung in der Öffentlichkeit frei äußern können (1971: 83 %; 1991: 78 %, 2011: 66 %). 43 % glauben das nicht!

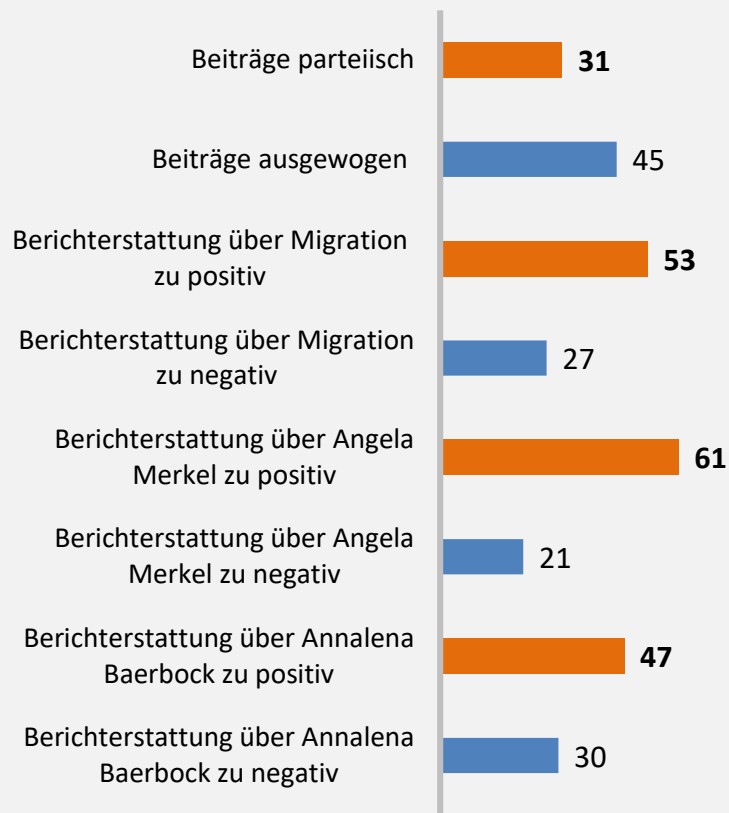
3

- Laut einer vom SWR in Auftrag gegebenen Umfrage glauben 31 % der Bürger in einer Scheindemokratie zu leben. „Im Westen sind 28 % der Meinung, im Osten ist es fast die Hälfte der Befragten (45 %).“

... sogar 53 % halten die Migrations-Berichterstattung für zu positiv

aktualisiert

Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Sender in % im Jahr 2021



Quellen:

1) Bild, Insa-Umfrage: Was denken die Deutschen über ARD und ZDF“, 09.08.2021

2) Diplomatic Council: „Wie neutral sind ARD und ZDF?“ (abgerufen: 09.08.2021)

1

- Laut einer INSA-Umfrage für BILD halten fast ein Drittel die „Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Sender (ÖR) für parteiisch.“ Noch nicht einmal die Hälfte der Befragten sehen die Berichterstattung als ausgewogen an.

2

- Noch negativer fällt das Urteil über die Berichterstattungen zu den Themen Migration, Angela Merkel und Annalena Baerbock aus.

3

- Danach halten 53 % die Äußerungen der öffentlich-rechtlichen Sender zu Migration, sowie 61 % zu Angela Merkel und 40 % zu Annalena Baerbock für zu positiv.

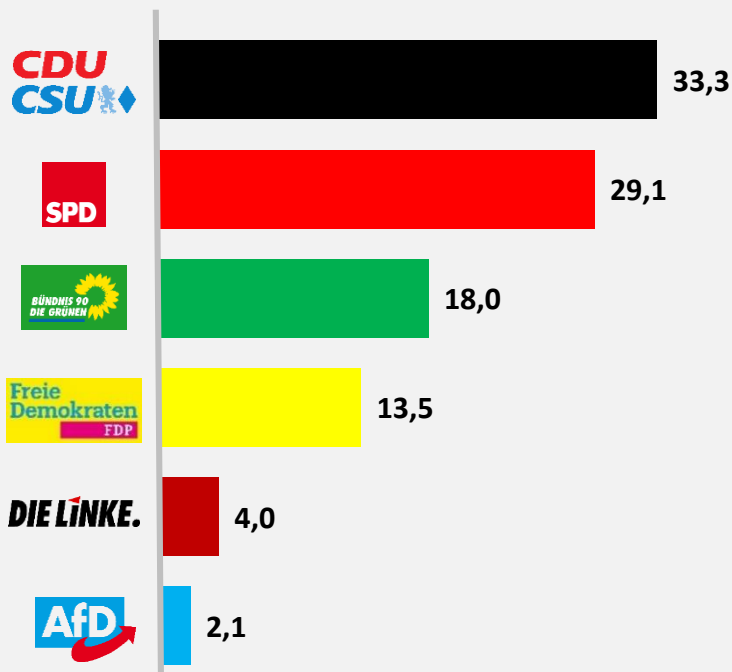
4

- Laut der Denkfabrik Diplomatic Council „hängt das wachsende Misstrauen gegenüber den Mainstream-Medien unmittelbar mit einem politischen ‚Haltungsjournalismus‘ zusammen, der spätestens seit 2015 um sich gegriffen hat.“

Öffentlich-Rechtliche benachteiligten 2021 die AfD in den Talkshows

aktualisiert

Auftritte der Bundestagsparteien in den fünf großen Talkshows („Anne Will“, „Hart aber fair“, „Markus Lanz“, Maybrit Illner“, „Maischberger“) in % im Jahr 2021



Quelle:

1) Meedia: „Karl Lauterbach ist der unangefochtene Talkshow-König 2021“, 16.11.2021

1

- Die AfD war bis zur Bundestagswahl im Herbst 2021 die größte Oppositionspartei im Bundestag. Dennoch kamen ihre Vertreter in den öffentlich-rechtlichen Talkshows kaum vor (2,1 %). Die Grünen als damals kleinste Oppositionspartei wurden dagegen in fast jeder fünften Sendung eingeladen.

2

- Spitzenreiter unter den Politikern war Karl Lauterbach (SPD) mit 29 Auftritten. Christian Lindner wurde 14 mal eingeladen, Robert Habeck (Grüne) und Markus Söder (CSU) je 11, Norbert Röttgen (CDU) 9 mal und K. Göring-Eckardt (Grüne) 8 mal. AfD-Politiker tauchen in der Rangliste gar nicht auf.

3

- Vorherrschende Themen waren Corona (63 Sendungen), der Bundestagswahlkampf (15), die Koalitionsverhandlungen (7) und die Klimakrise (4). Andere wichtige Themen wie Zuwanderung und Innere Sicherheit wurden ausgeklammert.

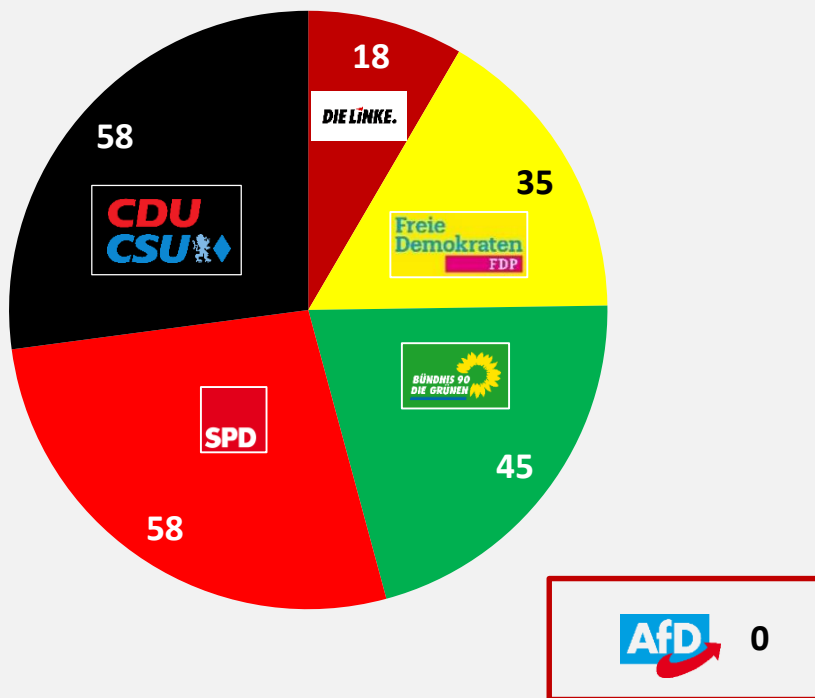
4

- Die AfD, die zum Thema Corona als einzige Partei eine konträre Meinung zum Mainstream und den etablierten Parteien vertrat, wurde dazu nicht befragt.

Bis Mai 2022 keine AfD-Einladung – Institut bestätigt Diskriminierung

NEU

Auftritte der Bundestagsparteien in den fünf großen Talkshows („Anne Will“, „Hart aber fair“, „Markus Lanz“, Maybrit Illner“, „Maischberger“) vom 1.1.-31.05.2022



Quellen:

1) René Springer (AfD-MdB): „Zahl der Talkshow-Auftritte bei ARD und ZDF 2022“, 31.05.2022 2) MIWI Institut für Marktintegration und Wirtschaftspolitik: „Diskriminieren Medien in Deutschland konservative Ansichten und die politische Rechte?“, 06.06.2022

1

- In den ersten fünf Monaten des Jahres 2022 wurden Vertreter der AfD-Bundestagspartei nicht eingeladen. Anders bei den anderen Parteien. In den wöchentlichen 5 Talkshows waren Bundestagsabgeordnete von CDU/CSU und SPD jeweils zu 27,1 %, die Grünen zu 21 %, die FDP zu 16,4 % und die Linkspartei zu 8,4 % vertreten.

2

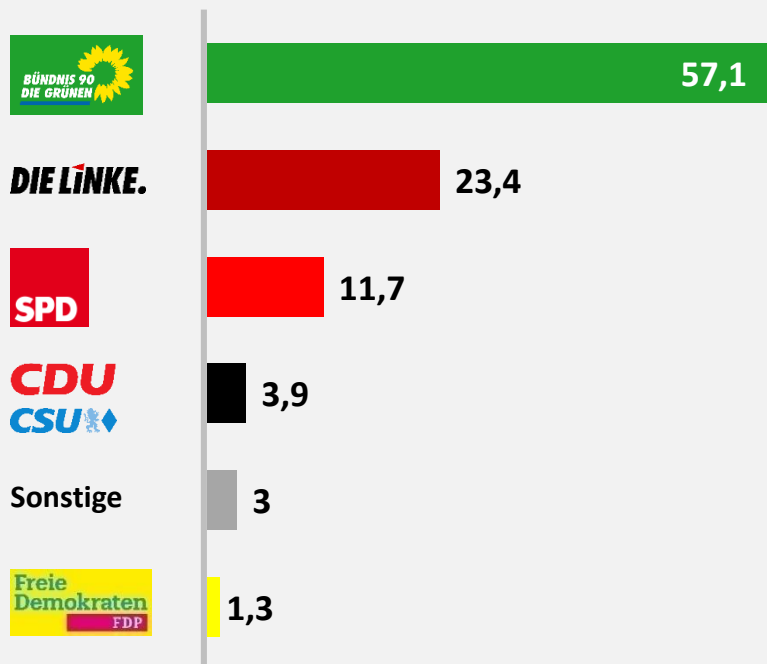
- Der öffentlich-rechtliche Rundfunk scheint nach Ansicht des AfD-Bundestagsabgeordneten René Springer einen „Medienkrieg“ gegen die Oppositionspartei AfD zu führen und fünf Millionen Wähler der AfD zu missachten. Dies deshalb, da die öffentlich-rechtlichen Sender mit dem „Beitragsservice“ auch von diesen monatliche Zwangsgebühren einziehen, sie aber nicht in den Talkshows medial einbezieht.

3

- Laut Auswertung des MIWI-Instituts sind „die öffentlich-rechtlichen und privaten Medien in Deutschland unausgewogen und diskriminieren die AfD eindeutig. In Bezug auf ihre Wahlergebnisse ist die [AfD] in Talkshows und Nachrichten zwischen etwa 40 und 100 % unterrepräsentiert (AfD-Ignorieren) und die meisten, wenn nicht alle Erwähnungen von Journalisten sind negativ (AfD-Bashing).“

92 % der ARD-Volontäre wählen links – Einseitigkeit vorprogrammiert

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre? in %



Quellen:

1) Statista: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?, 17.11.2020

2) Frankfurter Allgemeine Zeitung: „92 Prozent für Rot-Rot-Grün“, 06.11.2021

3) NDR: „Grüne Mehrheit? Die ARD und ihre Volos“, 11.11.2020

1

- Eine Umfrage unter Volontären der ARD ergab, dass von diesen 92 % linke Parteien wie Bündnis90 / Die Grünen, Die Linke und die SPD bei der Bundestagswahl im Herbst 2021 gewählt hätten.

2

- Fast ein Viertel (23,4 %) würde der Linken ihre Stimme geben, obwohl diese in Teilen vom Verfassungsschutz beobachtet wird.

3

- Die damit zum Ausdruck gebrachte Homogenität der angehenden ARD-Redakteure zeigt, dass von keiner neutralen Berichterstattung mehr auszugehen ist. „Hier verwirklicht sich der Anspruch, divers aufgestellt zu sein und zugleich die gesamte Gesellschaft zu repräsentieren, am allerwenigsten.“

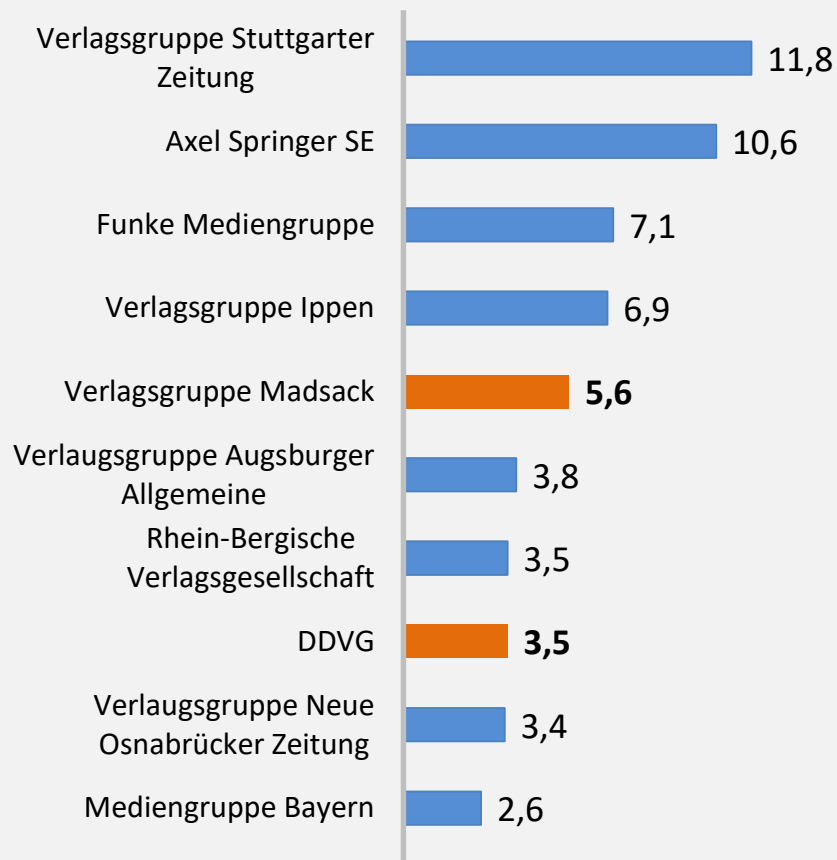
4

- Der Öffentliche Rundfunk versucht diese Umfrage zu verharmlosen. So schreibt der NDR: „Politische Überzeugung [sei] kein Widerspruch zu Objektivität“.

SPD nutzt ihre Medienmacht über DDVG und Verlagsgruppe Madsack

aktualisiert

Marktanteile der größten Zeitungsverlage in Deutschland (Stand: 1. Quartal 2022)



Quellen:

1) Statista: Marktanteile der Verlagsgruppen, 12.07.2022

2) Wikipedia: Verlagsgesellschaft Madsack (Stand: 18.07.2022)

3) RedaktionsNetzwerk Deutschland, Madsack Mediengruppe

1

- Die zehn größten Zeitungsverlage halten einen Marktanteil von 58,8 % (2020: 57,2 %) – bezogen auf die Auflage der deutschen Tageszeitungen.

2

- Der Madsack-Konzern gehört zu den großen Medienkonzernen. Der größte Eigentümer ist mit 23,1 % die SPD. Bei der Dr. Erich Madsack GmbH hält die SPD/DDVG sogar 39,74 %.

3

- Darüber hinaus gehört der SPD die „Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft“ (DDVG, u. a. Sächs. Zeitung, Öko-Test) zu 100 %. Sie übt damit einen großen Einfluss auf die Medien in Deutschland aus.

4

- Der Verlagsgesellschaft Madsack gehörten im Jahr 2022 15 regionale Tageszeitungen und 28 Anzeigenblätter, u. a. Dresdner Neueste Nachrichten, Hannoversche Allgemeine Zeitung, Leipziger Volkszeitung, Märkische Allgemeine Zeitung, RedaktionsNetzwerk Deutschland.

5

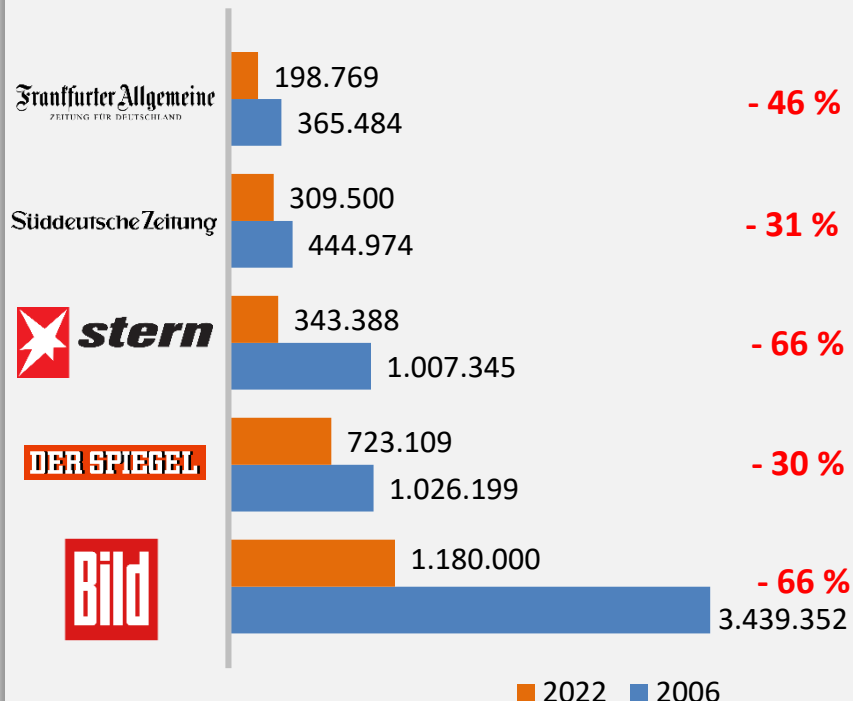
- „Das RedaktionsNetzwerk zählt zu den größten redaktionellen Netzwerken Deutschlands“, versorgt „mehr als 50 Tageszeitungen“ und erreicht täglich rund 7 Mio. Leser.

Die Verkaufszahlen der großen deutschen Zeitungen gehen seit Jahren auf Talfahrt

aktualisiert

Verkaufszahlen im Vergleich 2006 versus 2022

(Stand: 1. Quartal 2022)



Quellen:

- 1) Statista: „Verkaufte Auflagen der Nachrichtenmagazine Der Spiegel, Stern und Focus vom 2. Quartal 2015 bis zum 1. Quartal 2022“, 26.04.2022
- 2) Statista: „Verkaufte Auflage der Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, 25.04.2022
- 3) Statista: „Verkaufte Auflage der BILD/B.Z. Deutschland“, 25.04.2022
- 4) Statista: „Verkaufte Auflage der Süddeutschen Zeitung“, 25.04.2022
- 5) Stephan Paul: „Wie „lokal“ ist meine Zeitung? – Analyse einer Lokalausgabe“, Bachelorarbeit 2014
- 6) Statista: „Verkaufte Auflage der Junge Freiheit“, 26.04.2022

1

- Der Rückgang an der verkauften Auflage der sogenannten Qualitätsmedien liegt u. a. an der vielfach unkritischen und systemkonformen Berichterstattung über die Bundesregierung. Gerade die Art der Berichterstattung trägt dazu bei, dass die Verkaufszahlen sinken. Zudem kommt eine vermehrte Online-Nutzung.

2

- Die Bild-Zeitung verlor innerhalb von zwölf Jahren 66 % ihrer Leser und hat nur noch eine verkaufte Auflage von weniger als 1,2 Mio. Exemplaren.

3

- Die verkaufte Auflage von Focus sank auf gut 247.000 Magazinen. Die Welt hat nur noch eine verkaufte Auflage von 86.026 Exemplaren.

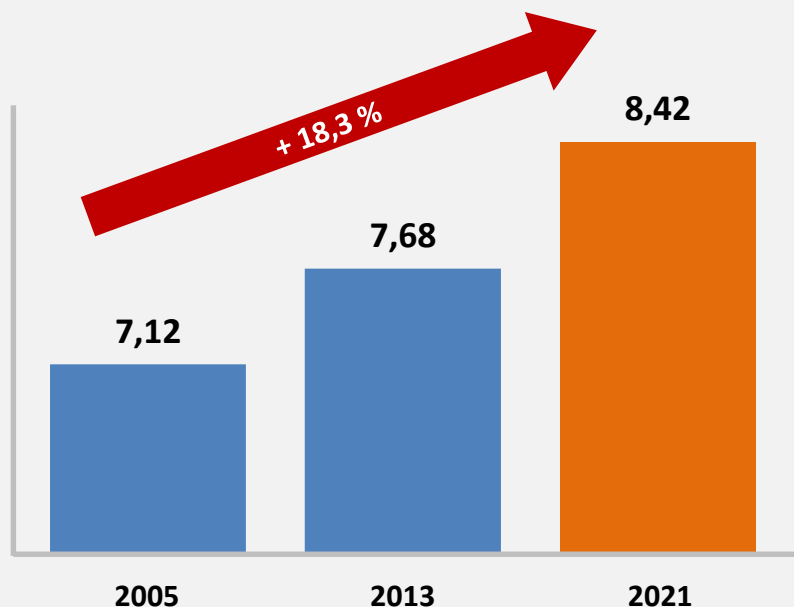
4

- Obwohl die rechtskonservative Wochenzeitung Junge Freiheit die verkaufte Auflage vom 1. Quartal 2014 bis 1. Quartal 2022 um 25,3 % – und somit gegen den Trend der Mainstream-Medien – steigern konnte, bleibt sie im konservativ-freiheitlichen Medienspektrum eine kleine Zeitung.

84 % der Bürger für Abschaffung der ARD/ZDF-Zwangsgebühren

aktualisiert

Gesamtertrag des ARD/ZDF/Deutschlandradio-Beitragsservice und Werbeeinnahmen in Mrd. Euro



Quellen:

- 1) Statista: Erträge des ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice nach Rundfunkanstalt im Jahr 2021, 14.06.2022
- 2) Statista: Gesamtertrag des ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice (bis 2012 der Gebühreneinzugszentrale - GEZ) in den Jahren 2005 bis 2021, 14.06.2022
- 3) Bild: „Von diesem Richter werden wir zur Kasse GEZwungen“, 05.08.2021
- 4) AfD-Fraktion in NRW: „Nicht GEZahlt, schon GEZwungen! ARD-Verweigerer in Haft!“, 29.04.2021
- 5) Die Welt: „Profiteur der Debatte um den „Rundfunkrebell“ Thiel ist die AfD“, 05.07.2021
- 7) AfD-Fraktion in NRW: „Grundfunk“, 13.08.2020
- 8) Bild: „GEZ-Rebell raus aus dem Knast“, 24.08.2021
- 9) Bild: „So kaputt sind die Öffentlich-Rechtlichen“, 06.08.2022

1

- Nachdem immer mehr Skandale bei den Öffentlich-Rechtlichen-Sendeanstalten herauskamen („verdrehte Wahrheiten“, Korruptionsvorwürfe, Werbung für Gender-Sprache, Inhaftierung eines Beitragsverweigerers, Verschwendung von Haushaltsmitteln, oder ein „Pädophilen-Talk über „kindliche Sexpuppen“ u. v. m.) verlangen 84 % die Abschaffung der Rundfunkgebühr.

2

- Die Einnahmen der Öffentlich-Rechtlichen (ARD, ZDF, Deutschlandradio) erhöhten sich 2021 auf über 8,4 Mrd. Euro (2020: 8,1 Mrd. Euro). Diese setzen sich aus dem sogenannten „Beitragsservice“ und den Werbeeinnahmen zusammen.

3

- Im August 2021 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass die 40 Mio. deutsche Haushalte rückwirkend monatlich einen erhöhten Rundfunkbeitrag (18,36 Euro) zu zahlen haben. Die Länderparlamente – die dies früher einstimmig verabschieden mussten – können sich künftig nicht mehr gegen eine Erhöhung wehren.

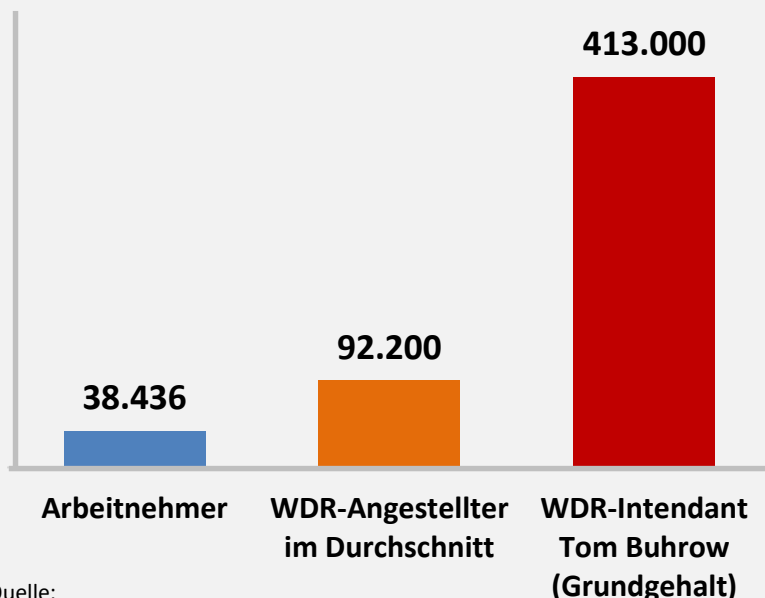
4

- Laut dem Staatsrechtler Professor Rupert Scholz „stellt dieses Urteil die Rechte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks über die Souveränität eines gewählten Landesparlaments. Dabei beziehen sich die Richter auf eine Institution, die das Grundgesetz nirgends vorsieht: Von einer ‚Ländergesamtheit‘ steht in unserer Verfassung kein Wort.“ Eine solche Sicht könne ‚souveräne Rechte‘ von Abgeordneten ‚unzulässig ausschalten‘.“

Gehälter bei den Öffentlich-Rechtlichen weit über dem Durchschnitt

aktualisiert

Bruttojahresgehalt beim WDR versus Durchschnittsverdiener in Deutschland in Euro im Jahr 2021



Quelle:

- 1) ARD: „Gehälter und Vergütungen in der ARD“, 19.10.2021
- 2) Statista: Höhe des durchschnittlichen Bruttolohns/Bruttogehalts im Monat je Arbeitnehmer in Deutschland von 1991 bis 2021, Februar 2022
- 3) Express: „WDR-Geschäftsbericht offenbart große Geldbewegungen“, 10.09.2019
- 4) Versicherungsbote: „Rente-MDR-Intendantin hat Anspruch auf knapp 17.200 Euro Monatsrente“, 21.09.2016 5) Statista: Erträge des ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice nach Rundfunkanstalt im Jahr 2020, 22.06.2021 6) Hessischer Rundfunk: „hr-Rundfunkrat genehmigt Haushaltsplan 2022“, 03.12.2021
- 7) DWDL.de: „HR geht ebenfalls von dickem Minus 2021 aus“, 04.12.2020
- 8) WDR: „WDR-Haushalt 2022 verabschiedet“, 16.11.2021 9) Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Was Intendanten verdienen“, 22.06.2022 10) Hessischer Rundfunk: Jahresbericht 2021

1

- U. a. durch die Rundfunkgebühr erhielt der WDR rund 1,45 Mrd. Euro im Jahr 2021. Dennoch gab der WDR mehr aus, so dass ein Minus von 49 Mio. Euro entstand. Auch der Hessische Rundfunk fährt seit 2019 hohe Verluste ein (2019 und 2020: je - 90 Mio. Euro; 2021: - 69 Mio. Euro; 2022: voraussichtlich 112 Mio. Euro.)

2

- Das durchschnittliche Jahresgehalt beim WDR liegt bei 92.000 Euro. Sekretärinnen und Techniker verdienen (mutmaßlich) weniger, Journalisten deutlich mehr. „Redakteure arbeiten bei der ARD für Monatsgehälter bis zu 11.122 Euro, Kameraleute bis 8.636 Euro, Grafiker bis 8.328 Euro.“

3

- Die bisherige Altersvorsorge für Intendant Tom Buhrow, Justiziarin Eva-Maria Michel und Fernsehdirektor Jörg Schönenborn liegt bei zusammen 8,5 Mio. Euro. Beim Hessischen Rundfunk beliefen sich die Pensionsrückstellungen Ende 2011 auf knapp 1,36 Mrd. Euro.

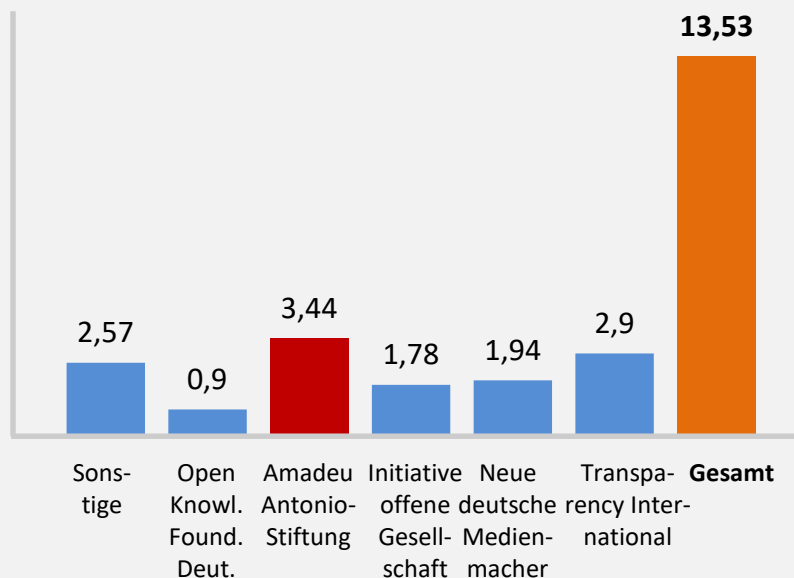
4

- Die MDR-Intendantin und Ex-Vorsitzende der ARD Karola Wille hat einen monatlichen Pensionsanspruch von 17.187 Euro. Das sind über 565 Euro täglich.

Die Bundesregierung fördert linke Kampagnen gegen die Opposition

aktualisiert

Finanzielle Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) durch die Bundesregierung
in Mio. Euro von 2019 bis April 2020 (Amadeu Antonio-Stiftung, „Letzte Generation“ inkl. Jahr 2021)



Quellen:

1) Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Zuwendungen für die Open Society Foundations und deren nahestehenden Nichtregierungsorganisationen bzw. Migrationsverbände, Drs. 19/19629, 28.05.2020

2) Schriftliche Frage des Abgeordneten Stephan Brandner (AfD): In welcher Höhe wurden seit dem Jahr 2000 jährlich Bundesmittel an die Amadeu-Antonio-Stiftung ausgereicht, . 105 f., 06.04.2022

3) Tichys Einblick: „Das Bundeswirtschaftsministerium stützte die „Letzte Generation“ mit Fördergeldern“, 23.07.2022

1

- Allein das Bundeskanzleramt hat von 2019 bis April 2020 fast 11,4 Mio. Euro für ihr nahestehende Nichtregierungsorganisationen ausgegeben. Hinzu kommen Förderungen der Bundesregierung der Amadeu Antonio-Stiftung (siehe Kasten 2), und wie jüngst bekannt wurde, auch der „Klimaaktivisten“ der „Letzten Generation“. Diese blockieren rechtswidrig Straßen und kleben sich an diesen fest.

2

- Die Amadeu Antonio-Stiftung wurde mit 1,44 Mio. Euro gefördert. Zudem erhielt diese Stiftung im Jahr 2021 eine Förderung von über 2 Mio. Euro. Und das, obwohl deren Vorsitzende Anetta Kahane von 1974 bis 1982 Inoffizielle Mitarbeiterin der DDR-Staatssicherheit war.

3

- Zudem werden linksstehende Medien wie die „Neuen deutschen Medienmacher“ (1,94 Mio. Euro), die „re:publica GmbH“ (1 Mio. Euro), die „Open Knowledge Foundation Deutschland“ (0,9 Mio. Euro), das „Europäische Zentrum für Presse- und Medienfreiheit“ (29.000 Euro) unterstützt. Damit wird gegen die Opposition indirekt ein Kampagnen-Journalismus gefördert.

Unsere AfD-Forderungen zu Medien

NEU

1

- Hessen darf dem bundesdeutschen Trend beim weiteren Verlust der Pressefreiheit nicht folgen. Es muss dafür gesorgt werden, dass auch regierungskritische Berichterstattung geschützt wird.

2

- Journalismus zu unliebsamen Themen wie der Corona- oder Migrationspolitik muss weiterhin sachlich und kritisch möglich sein. Staatliche Vorgaben oder Einschränkungen darf es nicht geben.

3

- Die AfD wird bundesweit durch die Medien ignoriert oder ausschließlich negativ dargestellt. Ein staatlicher Eingriff ist auch hier unzulässig, dennoch sollte durch ordentliche Berichterstattung eine der größten politischen Parteien nicht derart mundtot gemacht werden.

4

- Das Eigentum oder die Beteiligung von Parteien an Zeitungsverlagen, wie es bei der SPD der Fall ist, muss in Deutschland gesetzlich unterbunden werden. Hier besteht die große Gefahr der einseitigen Berichterstattung und Manipulation.

5

- Journalisten müssen sich bei ihrer Arbeit wieder auf den Pressekodex (Publizistische Grundsätze) zurückbesinnen und sich daran halten. Meinungsjournalismus ist abzulehnen.

6

- Der Hessische Rundfunk hat in den vergangenen Jahren immer wieder rote Zahlen geschrieben. Diese dürfen nicht durch einen steigenden Rundfunkbeitrag ausgeglichen werden. Auch hier muss wirtschaftliches Arbeiten im Vordergrund stehen.

7

- Sowohl die Gehälter als auch die astronomische Altersvorsorge beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk müssen gekürzt und angepasst werden.

8

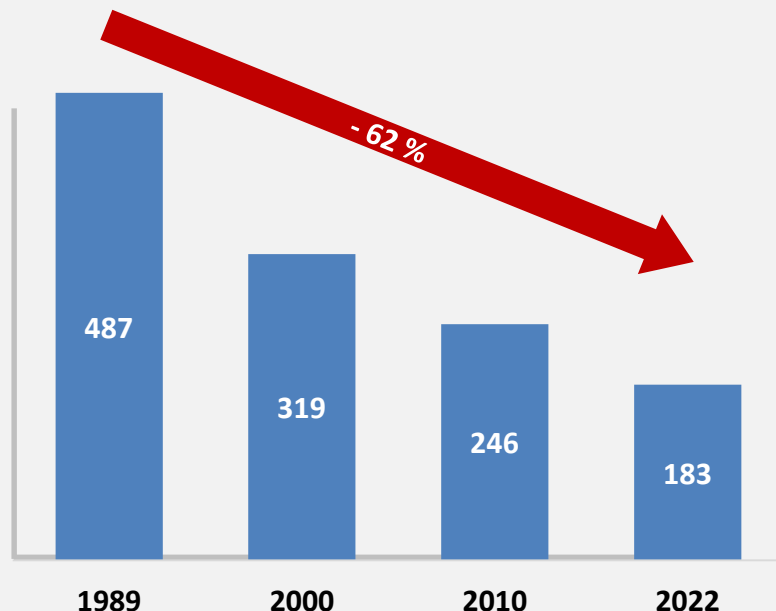
- Die Förderungen politisch einseitiger Projekte oder Vereine müssen unverzüglich eingestellt werden. Kein Steuergeld mehr für links-grüne NGOs.

1.	Arbeit, Gesundheit, Rente und Soziales	3
2.	Demographie und Migration	33
3.	Bildung und Wissenschaft	52
4.	Energie und Umwelt	72
5.	Infrastruktur und Digitalisierung	92
6.	Steuern, Finanzen und Europäische Union	107
7.	Innere Sicherheit	140
8.	Medien	161
9.	Verteidigung	174
10.	Fazit	185

Aussetzung der Wehrpflicht hat zur Destabilisierung beigetragen

aktualisiert

**Personalstärke der Bundeswehr
in Tausend nach Jahren**



Quellen:

- 1) Statista: Personalbestand der Bundeswehr, Februar 2022
- 2) Die Welt: „Feindbild Bundeswehr-Soldat, 09.09.2019
- 3) Focus: „Für mehr Offenheit: Von der Leyen veranstaltet Sex-Seminar bei der Bundeswehr“, 12.01.2017
- 4) Süddeutsche Zeitung: „Bundeswehr entwirft Uniform für Schwangere“, 02.04.2018
- 5) T-Online: „Gender-Streit bei der Bundeswehr – kommt jetzt die Feldwebelin?“, 11.09.2020
- 6) Der Spiegel: „Aus Panzerkommandant wird jetzt »Teamleitung Panzertruppe“, 29.07.2021
- 7) Frankfurter Rundschau: „Einmann“-Packung soll einen neuen Namen erhalten“, 01.07.2021
- 8) Handelsblatt: „Bundeswehr-Berateraffäre. Ehemalige Staatssekretärin Suder vor Ausschuss: Ich kann mich nicht erinnern“, 31.01.2020

1

- Durch die Aussetzung der Wehrpflicht ist die Bundeswehr nur noch bedingt abwehrfähig.

2

- Die frühere Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen sah ihre Aufgabe darin, die Bundeswehr gendergerecht und pazifistisch auszurichten. Ihre Nachfolger Annegret Kramp-Karrenbauer und Christine Lambrecht führen dieses Werk weiter fort.

3

- Mit der linksstehenden Katrin Suder hatte von der Leyen eine Staatssekretärin in der Bundeswehr installiert, die die Bundeswehr entsprechend umkremplelte. Sie wurde mittlerweile ersetzt. Suder und von der Leyen sind vor allem durch die Berateraffäre aufgefallen.

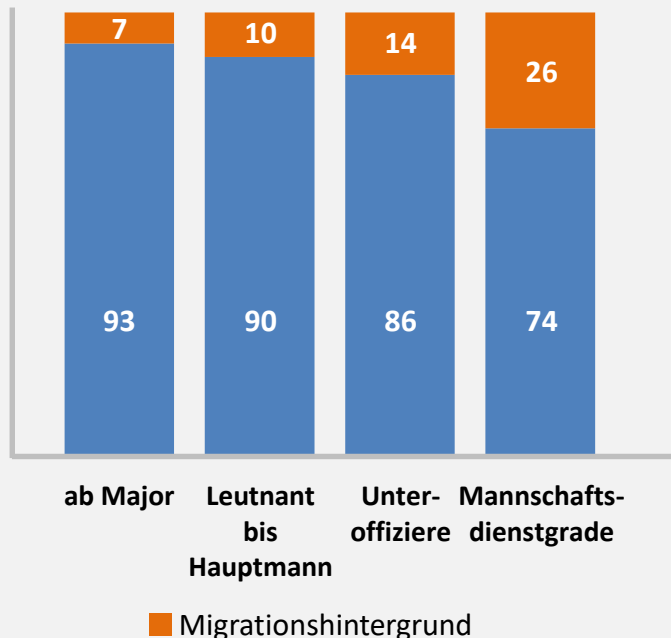
4

- Das Gender-Mainstreaming hat mittlerweile bei der Bundeswehr Eingang gefunden. Aus Panzerkommandant wurde „Teamleitung Panzertruppe“. Auch die Bezeichnung „Einmannpackung“ für das Proviant soll umbenannt werden.

Bereits jeder vierte einfache Soldat hat einen Migrationshintergrund

aktualisiert

Migrationshintergrund in der Bundeswehr nach Rang in % im Jahr 2016



Quellen:

- 1) Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Jeder vierte einfache Soldat hat Migrationshintergrund“, 03.07.2016
- 2) Der Spiegel: „Ex-Bundeswehrsoldaten kämpfen als Dschihadisten in Syrien“, 31.08.2014
- 3) Stuttgarter Zeitung: „Muslime in der Bundeswehr“, 29.02.2016
- 4) Die Welt: „Der Glaubenskrieger“, 21.06.2020
- 5) Deutsche Welle: „Muslime in der Bundeswehr: Soldat*innen, aber ohne Seelsorge“, 25.07.2020
- 6) T-Online: „Mehr extremistische Verdachtsfälle in der Bundeswehr“, 12.05.2022

1

- Bereits 2016 hatten 26 % der Bundeswehrsoldaten im einfachen Dienst einen Migrationshintergrund. Neuere Zahlen liegen aktuell nicht vor. Davon dienten im Jahr 2020 bis zu 4.000 Muslime in der Bundeswehr.

2

- Von der Leyen und ihre Nachfolgerin Kramp-Karrenbauer wollten den Anteil an Migranten weiter erhöhen. Allein im Landeskommmando Baden-Württemberg dienten 2016 bereits fast ein Viertel Muslime.

3

- „Der Spiegel“ berichtete im Jahr 2014, dass „die Bundeswehr für Islamisten immer attraktiver wird“ und das Ex-Bundeswehrsoldaten für den IS kämpften.

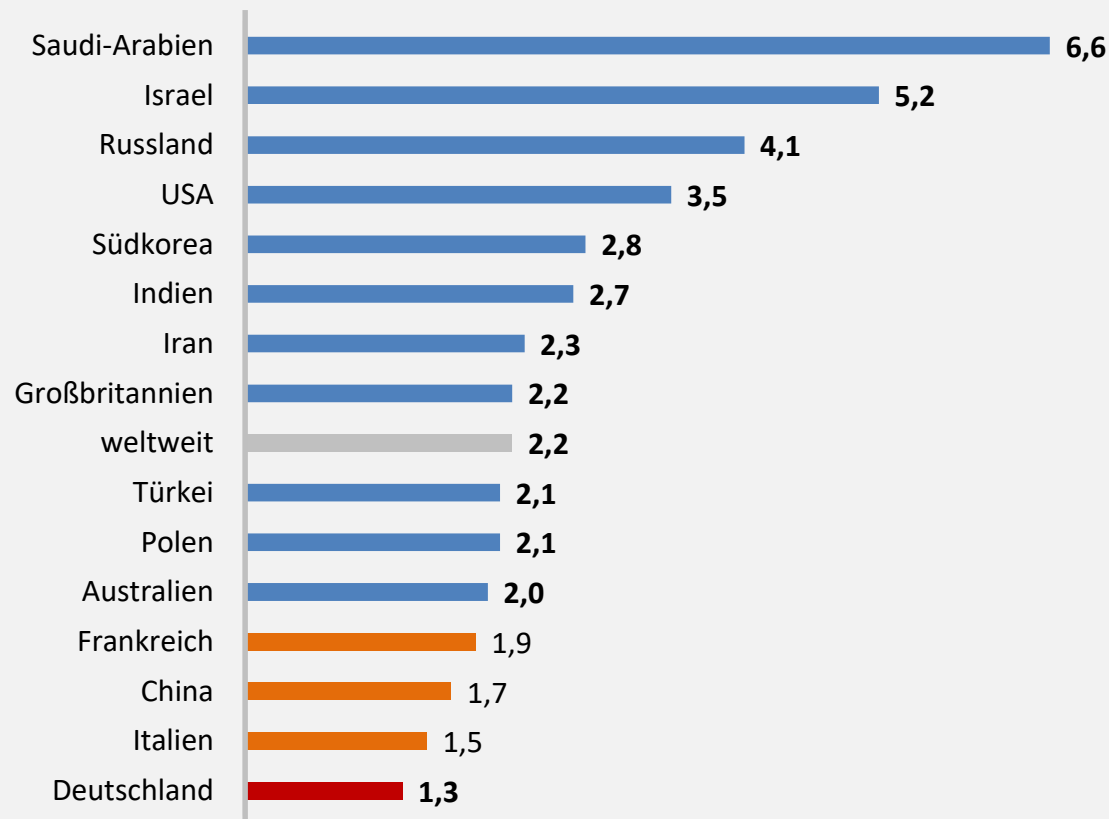
4

- Allein im Jahr 2021 gab es in der Bundeswehr 80 Fälle von Islamismus und 15 Fälle von Ausländerextremismus.

NATO: Deutschland ist Schlusslicht bei Verteidigungsausgaben

aktualisiert

**Anteil der Militärausgaben am jeweiligen Bruttoinlandsprodukt (BIP)
in % im Jahr 2021**



Quellen:

1) Statista: Anteil der Militärausgaben am jeweiligen BIP, 26.04.2022

2) Statista: Ausgaben im deutschen Bundeshaushalt für das Bundesministerium der Verteidigung von 2012 bis 2019 und Planung bis 2021, 03.03.2021

3) Tagesschau: „Verzögerung beim Sondervermögen“, 17.05.2022

1

- Deutschland investierte 2018 noch 1,5 % des BIP für die Verteidigung. Diese Ausgaben sind 2020 auf 1,4 % und im Jahr 2021 sogar auf 1,3 % des BIP gesunken.

2

- Das von der NATO geforderte Zwei-Prozent-Ziel des Bruttoinlandsprodukts wird deutlich unterschritten.

3

- Bei einem angenommenen jährlichen Wirtschaftswachstum von 2 % müsste Deutschland das Verteidigungsbudget im Jahr 2024 auf mindestens 75 Mrd. Euro erhöhen.

4

- Erst der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine hat zu einem Umdenken innerhalb der Bundesregierung geführt. Nun sollen zusätzlich 100 Mrd. Euro für Waffen ausgegeben werden.

Sensible Rüstungssparten wurden entwertet oder ins Ausland verkauft

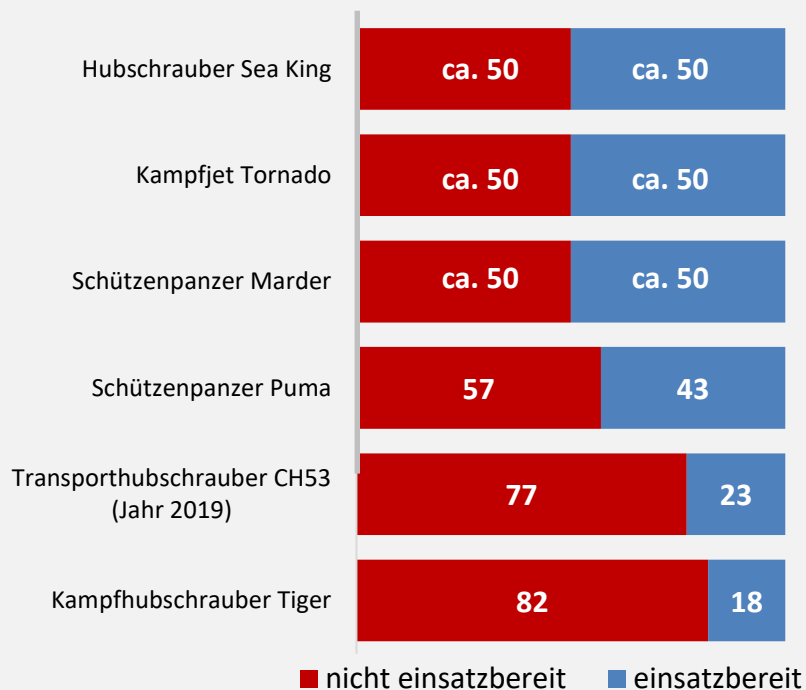
aktualisiert

1	Gehörten deutsche Unternehmen noch bis in die 2000er Jahre zu den größten Waffenherstellern in der Welt, sieht es im Jahr 2021 völlig anders aus. Nur noch EADS – ein Konsortium mehrerer EU-Staaten – befindet sich auf Rang 11 von 15. Allein 7 Rüstungsunternehmen – davon Rang 1 bis 5 – stellen die USA, 4 China, und jeweils 1 Unternehmen kommt aus Großbritannien, Frankreich und Italien. Quelle: 1) <u>Technik Einkauf: „Die größten Rüstungsunternehmen in Deutschland und weltweit“, 27.04.2022</u>
2	Deutsche Rüstungsunternehmen wurden dagegen mit Genehmigung der Bundesregierung an ausländische Investoren verkauft. So wurde die Leopard-II-Panzerschmiede Krauss-Maffei-Wegmann mit dem französischen Rüstungsunternehmen Nexter fusioniert. Nexter untersteht dem französischen Verteidigungsministerium. Quelle: 1) <u>Wikipedia: KNDS</u>
3	Man ließ zu, dass das europäische Unternehmen Airbus die sensible Rüstungselektroniksparte (Sensoren, Radar, Grenzsicherung) an zwei amerikanische Hedgefonds (Kohlberg Kravis Roberts, Carlyle) veräußerte. Dabei benötigen gerade Deutschland und die EU funktionierende Grenzsicherungssysteme. Quelle: 1) <u>Augsburger Allgemeine Zeitung: „Aus Airbus wird Hensoldt“, 02.03.2017</u>
4	Von der Leyen schädigte den guten Ruf von Heckler & Koch, indem sie das Sturmgewehr („G36“) als „Pannengewehr“ hinstellte und die 170.000 Bundeswehr-Gewehre ausmusterte. Quelle: 1) <u>Die Welt: „Jetzt hat von der Leyen ein echtes Problem“, 03.06.2016</u>

Bundeswehr ist nur noch bedingt abwehrfähig und einsatzbereit

aktualisiert

Materiallage Bundeswehr (Auswahl) in % im Jahr 2021



Quellen:

1) Deutscher Bundestag: Unterrichtung durch die Wehrbeauftragte, Jahresbericht 2021, 15.03.2022 2) T-Online: „Lambrecht: 200 von 350 Panzern nicht einsatzbereit“, 27.04.2022 3) Augengeradeaus!: „Materiallage der Bundeswehr: Scheint sich nicht gebessert zu haben“, 18.11.2019 4) Tagesschau: „5000 Militärhelme für die Ukraine“, 26.01.2022

1

- Die Materiallage der Bundeswehr ist nach 16-Jahren-Merkel-Regierung mehr als desolat, denn viele Waffensysteme sind nicht mehr einsatzbereit.

2

- So liegt die „durchschnittliche materielle Einsatzbereitschaft bei sieben Systemen unter 50 % und insgesamt nur bei 68 %. Zu nennen sind beispielhaft der Schützenpanzer Marder, der Kampfjet Tornado oder der Mehrzweckhubschrauber Sea King.“

3

- Ein „lange bekanntes Problem stellen die veralteten Funkgeräte dar.“ Die „Beschaffung von 30.000 Nachbauten [im August 2021] der Funkgerätefamilie SEM80/SEM90 aus den 1980er-Jahren erhärtet die Befürchtungen der Truppe.

4

- „Die Beschaffung bei vielen Ausrüstungs-, Ausstattungs- und Bekleidungsartikeln aus den unterschiedlichsten Gründen [zieht sich] nicht selten über Jahre hin.“ Trotz Verbot beschaffen sich Soldaten privat Bekleidungsartikel mit Schutzfunktion.

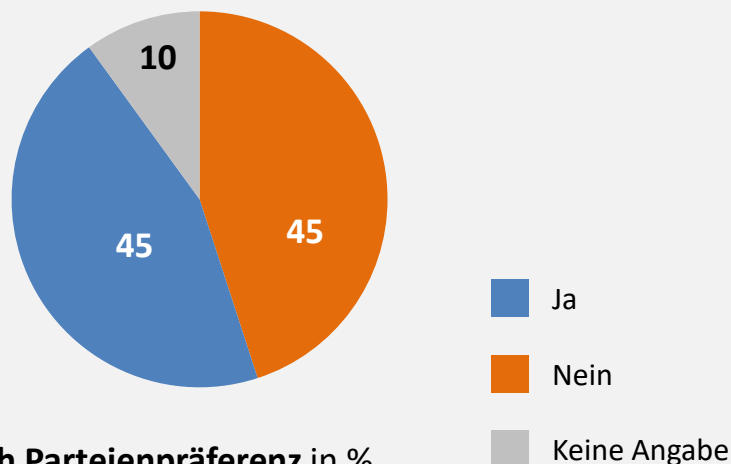
5

- „Nach wie vor problematisch ist die flächen-deckende Ausstattung mit dem Gefechtshelm (Streitkräfte).“ Die Lage hat sich durch Lieferung von 5.000 Helmen an die Ukraine noch verschlimmert.

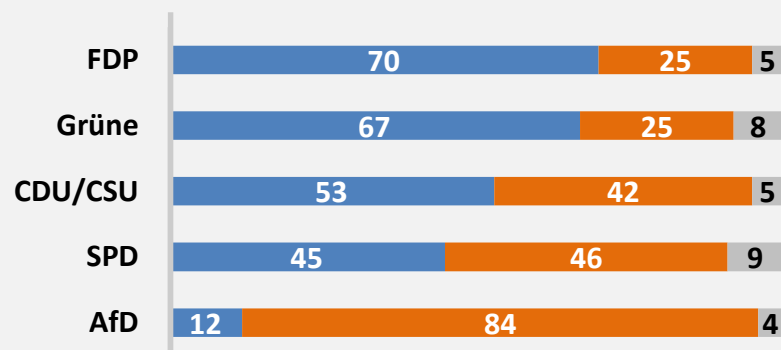
45 % sind für und 45 % gegen Waffenlieferungen an die Ukraine

NEU

Sollten schwere Waffen an die Ukraine geliefert werden? in %



Nach Parteienpräferenz in %



Quelle:

1) Tagesschau: „ARD-DeutschlandTrend. Lieferung schwerer Waffen umstritten“, 28.04.2022

1

- In der Frage, ob schwere Waffen in die Ukraine geliefert werden sollen, sind sich die Deutschen uneins. Jeweils 45 % sind für und gegen eine Lieferung an die ukrainische Regierung.

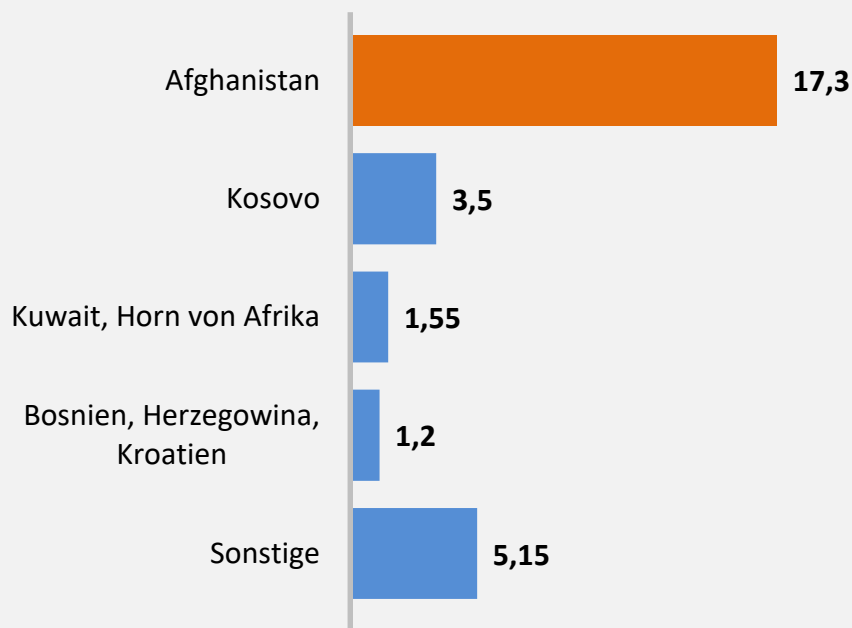
2

- „Klare Fürsprecher finden sich allein in den Reihen von FDP und Grünen. Von den Unions-Anhängern äußert sich zwar gut die Hälfte zustimmend (53 %), aber 42 % melden dagegen Widerspruch an. Tief gespalten präsentieren sich die Anhänger der SPD (45 zu 46 %). Deutlich ablehnend äußern sich die Wähler der AfD (12 zu 84 %).“

29 Mrd. Euro für Auslandseinsätze – Afghanistan kostete 17 Mrd. Euro

aktualisiert

Kosten der deutschen Auslandseinsätze in Mrd. Euro von 1992 bis August 2021 (Auswahl)



Quellen:

1) Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland bei der Aufnahme afghanischer Ortskräfte, Drs. 20/1437, 13.04.2022
 2) Kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion: Das deutsche Engagement in Afghanistan, Drs. 19/32643, 04.10.2021 3) Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: „Informationen für ehemalige afghanische Ortskräfte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“, 10.03.2022 4) Der Tagesspiegel: „Innerlich verachten uns diese Menschen“, 30.08.2021 5) Süddeutsche Zeitung: „Bundesregierung fliegt weiterhin afghanische Ortskräfte aus“, 31.05.2022 6) Die Zeit: „Ortskräfte in Afghanistan – Kaum Verfolgungs-Fälle bekannt“, 20.01.2022

1

- Allein von 1992 bis 2021 wurden mindestens 29 Mrd. Euro für Auslandseinsätze ausgegeben. 2021 wurde der Einsatz in Afghanistan beendet: Die Bilanz sind 17,3 Mrd. Euro Kosten und 59 tote deutsche Soldaten. Traumatisierte und (schwer-)verletzte Soldaten nicht inbegriffen.

2

- Eine Befriedung scheint in Afghanistan in absehbarer Zeit nicht möglich. Direkt nach dem Rückzug der Bundeswehr regieren die radikal-islamischen Taliban Afghanistan wieder.

3

- Laut Auswärtigem Amt stellten „deutsche Visastellen seit der Machtübernahme der Taliban im August vergangenen Jahres mehr als 18.000 Visa für Ortskräfte, besonders gefährdete Personen, die eine Aufnahmezusage seitens der Bundesregierung erhalten haben, und deren Familienangehörige aus.“ Zudem werden wöchentlich „etwa 200 Afghanen aus Pakistan nach Deutschland gebracht.“ Dabei werden Ortskräfte in Afghanistan kaum verfolgt.

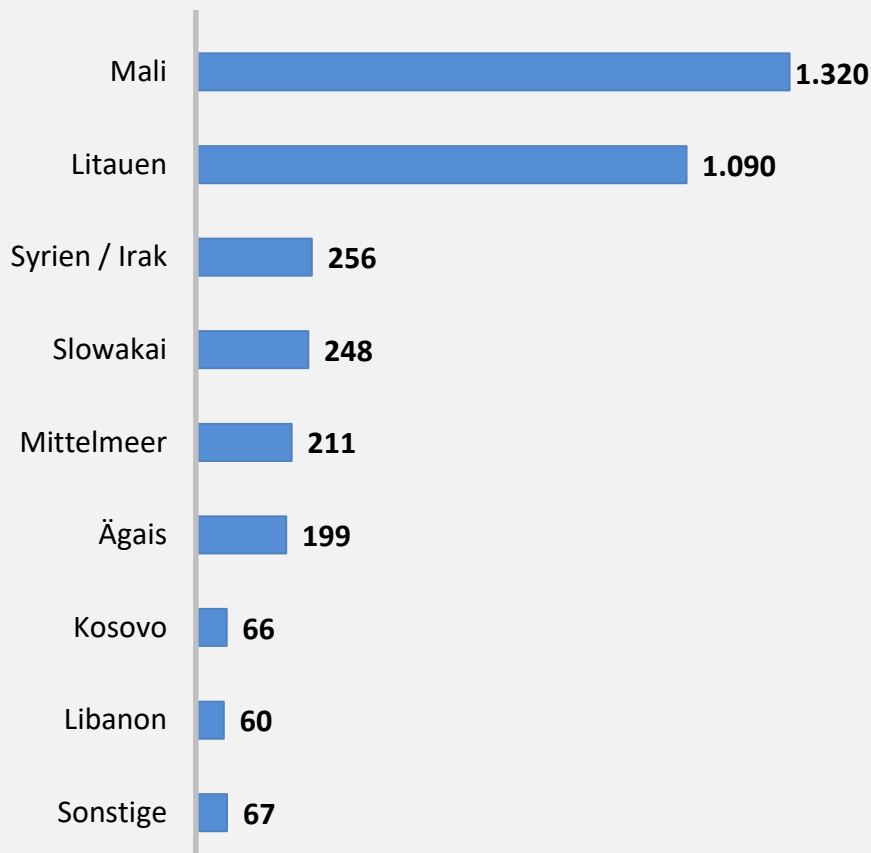
4

- Laut einem ehemaligen Bundeswehr-Oberst verachten die afghanischen Ortskräfte „innerlich uns, was sie aus nachzuvollziehenden Gründen natürlich nie zugeben werden. Sie wollen ja etwas erreichen: den Wohlstandsmagneten Deutschland.“ Es mag Ausnahmen geben, räumt er ein. Doch: „Mir sind sie nicht begegnet.“

3.500 Soldaten befinden sich im Auslandseinsatz – Tendenz steigend

aktualisiert

Stärke der deutschen Einsatzkontingente im Ausland nach Anzahl (Stand: Mai 2022)



Quellen:

1) [Statista: Anzahl der an internationalen Einsätzen beteiligten deutschen Soldaten der Bundeswehr, 02.05.2022](#)

2) [Bundeswehr: Aktuelle Einsätze der Bundeswehr \(Stand: 19.08.2021\)](#)

1

- 3.500 gut ausgebildete Soldaten befinden sich derzeit im Auslandseinsatz. Der Afghanistan-Einsatz wurde Ende Juni 2021 beendet und über 1.000 Bundeswehr-Soldaten kehrten nach Deutschland zurück.

2

- Derzeit nimmt die Bundeswehr an 13 Auslandseinsätzen teil, u. a. in EU-Staaten wie Litauen und Slowakei. Grund ist der Ukraine-Krieg.

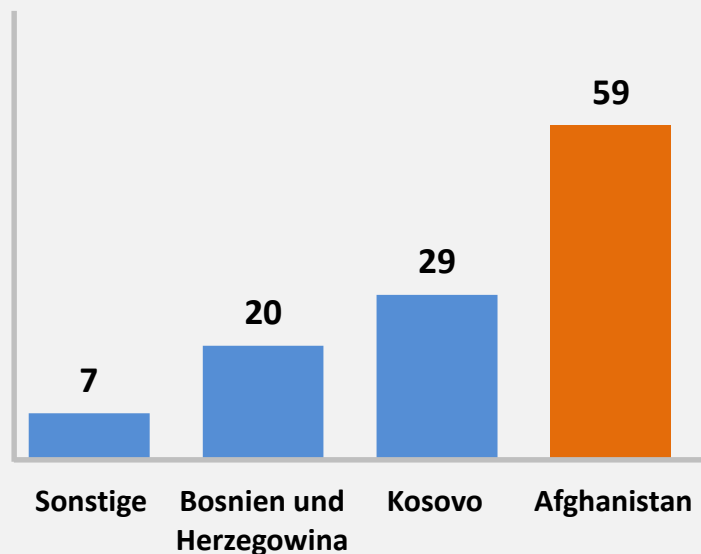
3

- Weder die humanitären Hilfsmaßnahmen der Bundeswehr noch ihre militärische Präsenz konnten in den Krisenstaaten eine nachhaltige politische Veränderung zum Besseren herbeiführen.

Bislang sind 115 Soldaten bei Auslandseinsätzen umgekommen

aktualisiert

Todesfälle nach Einsatzgebieten nach Anzahl
(Stand: Februar 2022)



Quellen:

1) Statista: Todesfälle bei Bundeswehrangehörigen im Einsatz, 22.05.2020

2) Bundeswehr: Todesfälle in der Bundeswehr infolge der Ausübung des Dienstes, 09.02.2022

3) Bundeswehr: PTBS-Statistik und Zahlen, 2020

4) Bundeswehr: Im Ehrenmal der Bundeswehr namentlich genannte verstorbene Bundeswehrangehörige, Juli 2022

5) Volksbund: „Stilles Gedenken seit 2012“, 01.06.2021

1

- Von den 115 Soldaten sind 37 durch Fremdeinwirkung gefallen und 77 unter sonstigen Umständen ums Leben gekommen (22 durch Suizid). Darunter fünf Soldaten aus Hessen.

2

- Vielfach müssen die Soldaten auf veraltete und technisch anfällige Ausrüstung zurückgreifen. Dies erhöht die Gefahr weiterer Todesfälle.

3

- Hunderte Bundeswehr-Soldaten und Veteranen leiden unter einer posttraumatischen Belastungsstörung, die unter anderem auf Auslandseinsätze zurückzuführen ist.

Unsere AfD-Forderungen zur Verteidigung

NEU

1

- Die allgemeine Wehrpflicht muss wieder eingeführt werden. Dies würde nicht nur zu Sicherung des Friedens beitragen, sondern durch den Ersatzwehrdienst den sozialen Sektor massiv entlasten.

2

- Islamismus darf keinen Einzug in die Bundeswehr finden. Bei Muslimen ist vor dem Eintritt in die Streitkräfte genauestens zu prüfen, ob diese für den Dienst geeignet sind und die freiheitlich-demokratische Grundordnung vertreten.

3

- Deutschland muss seine Rüstungsausgaben dauerhaft erhöhen. Die einmalige Investition von 100 Mrd. Euro ist langfristig nicht ausreichend und stopft nur die größten Löcher der vergangenen Jahrzehnte.

4

- Die Materiallage der Bundeswehr muss dringend und schnellstmöglich verbessert werden. Einsatzbereitschaften von weniger als 20 % sind vollkommen inakzeptabel.

5

- Die hessischen Rüstungsunternehmen müssen vor dem Ausverkauf an ausländische Unternehmen geschützt werden.

6

- Soldaten, die im Ausland im Einsatz waren, müssen beste Betreuung für posttraumatische Belastungsstörungen erhalten.

7

- Mit sensiblen Verkehrs- und Finanzknotenpunkten, wie dem Flughafen Frankfurt und der Stadt Frankfurt am Main, muss auch Hessen dafür Sorge tragen, dass diese Infrastruktur vor äußeren Angriffen geschützt werden kann. Dies kann nur die Bundeswehr gewährleisten.

8

- Der Lieferung von schweren Waffen in Krisen- und Kriegsgebiete ist zu widersprechen. Eine indirekte Beteiligung Deutschlands an Konflikten muss umgehend beendet werden.

1.	Arbeit, Gesundheit, Rente und Soziales	3
2.	Demographie und Migration	33
3.	Bildung und Wissenschaft	52
4.	Energie und Umwelt	72
5.	Infrastruktur und Digitalisierung	92
6.	Steuern, Finanzen und Europäische Union	107
7.	Innere Sicherheit	140
8.	Medien	161
9.	Verteidigung	174
10.	Fazit	185

Falsche Prioritätensetzung durch Energiewende und Massenmigration

- Deutschland liegt bei der Rente in der EU weit zurück. Dennoch soll das Renteneintrittsalter erhöht werden. Bereits heute erhalten über 1 Mio. Rentner Grundsicherung. Die Neuregelungen bei Hartz-IV werden zu einer weiteren illegalen Einwanderung in die sozialen Sicherungssysteme führen.
- Seit Merkels Amtsübernahme (2006) kamen über 5 Mio. weitere Ausländer. Deutschland trägt die Hauptlast der Migration in ganz Europa. Die Einwanderung und hier besonders die Islamisierung setzt sich fort, da Deutschland weiterhin am Umsiedlungsplan des „Global Compact for Migration“ festhält.
- Unter den Millionen Migranten, die seit 2015 nach Deutschland illegal einreisen, befinden sich nur wenige Fachkräfte. Die Flüchtlingskrise hat die Wohnungsnot deutlich verschlimmert. Gleichzeitig sind 800.000 deutsche Handwerker und Akademiker netto ausgewandert. Sie kommen nicht zurück.
- Deutschland investiert unterdurchschnittlich in Bildung. Die Corona-Zeit hat die Lernrückstände der Schüler vergrößert. In wenigen Jahren gehen 37 % der Lehrer in Pension. Die deutschen Hochschulen sind international nicht mehr wettbewerbsfähig. Gender und Cancel Culture bedrohen die Freiheit.
- Die Energiewende hat dazu geführt, dass die Deutschen den höchsten Strompreis in der EU zahlen. Die Unternehmen sind nicht mehr wettbewerbsfähig. Nur Deutschland steigt aus der Atomkraft aus. Ein 4-Personen-Haushalt muss künftig mit jährlichen Gas- und Strompreisen von 10.000 Euro rechnen.
- Ab 2023 drohen Stromausfälle, da Deutschland sich unter Merkel abhängig von russischem Gas gemacht hat. CO₂ macht die Erde grüner – und die Regierung will das mit Milliardensummen verhindern. Zudem stößt Deutschland verhältnismäßig wenig Treibhausgasemissionen aus.
- Der Staat und die deutschen Unternehmen investieren zu wenig in die Infrastruktur und Forschung. Das Bahnnetz wurde mutwillig zerstört. Im MINT-Bereich fehlen 258.600 Fachkräfte. Beim Glasfaserausbau liegt Deutschland auf Entwicklungsland-Niveau.

Deutschland wird deindustrialisiert und zum Armenhaus in Europa

- Deutschlands Abstieg wurde durch den schwachen Euro und der falschen EZB-Politik eingeleitet. Mit hohen Wohlstandsverlusten ist zu rechnen. Die EZB-Niedrigzinsen kosteten deutsche Sparer bislang 848 Mrd. Euro. Beim Nettovermögen und Wohnungseigentum liegen wir am unteren Ende.
- Die Gesamthaftung Deutschlands beträgt derzeit über 6,4 Billionen Euro. Die Corona-Pandemie kostete Deutschland in den beiden letzten Jahren mindestens 711 Mrd. Euro. Die Gesamthaftung Deutschlands ist eine tickende Zeitbombe.
- Die Bürger haben mit der höchsten Inflationsrate seit 40 Jahren zu kämpfen. Die Preissteigerungen werden die Bürger an ihr Existenzminimum bringen. Schuld ist weder die Corona-Pandemie noch der Ukraine-Konflikt. Es ist die verfehlte Wirtschaftspolitik der Regierungen Merkel und Scholz.
- Ausländer begingen 42,6 % aller Straftaten gegen das Leben, 36,6 % der Vergewaltigungen sowie 37,4 % der gefährlichen und schweren Körperverletzung. Und das, obwohl Ausländer nur einen Anteil von 14,2 % an der Gesamtbevölkerung ausmachen. Ehrenmorde sind an der Tagesordnung.
- Deutschland ist in der Rangliste der Pressefreiheit abgerutscht. 92 % der ARD-Volontäre wählen links. Die AfD wird seit Jahren systematisch von den Medien benachteiligt. Die Bundesregierung fördert zudem linke Kampagnen gegen die Opposition.
- Die Aussetzung der Wehrpflicht hat zur Destabilisierung der Bundeswehr beigetragen. Sensible Rüstungssparten wurden entwertet oder ins Ausland verkauft. Die Bundeswehr ist nur noch bedingt abwehrfähig und einsatzbereit. Einsatzfähige Waffen wurden an die Ukraine verschenkt.

Diese Veröffentlichung der AfD-Landtagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht für Parteizwecke und während eines Wahlkampfes als Wahlwerbung verwendet werden.

Impressum

V.i.S.d.P.

Dr. Frank Grobe

Parlamentarischer Geschäftsführer der
Fraktion der AfD im Hessischen Landtag
Fachpolitischer Sprecher für
Wissenschaft und Kunst, Forschungspolitik

Schlossplatz 1-3

65183 Wiesbaden

Tel.: 0611 – 350 440

Fax: 0611 – 350 464

E-Mail: f.grobe@ltg.hessen.de

www.afd-fraktion-hessen.de/

ISBN 978-3-00-064128-2

2. Auflage

September 2022

Nachdruckgenehmigungen

Ein Nachdruck ist nur mit schriftlicher Genehmigung der Fraktion der AfD im Hessischen Landtag und mit genauer Quellenangabe erlaubt.

